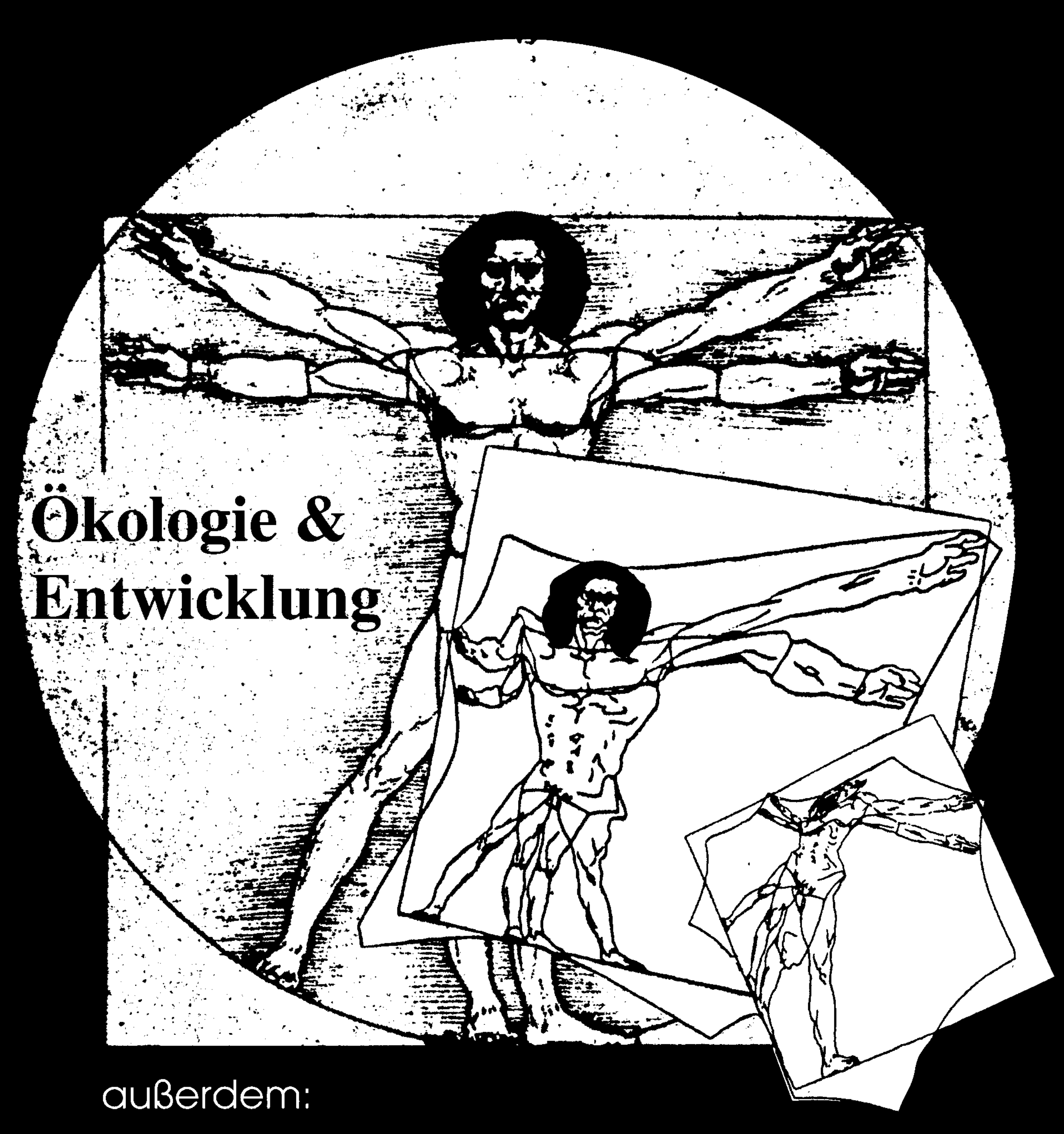
blätter des iz3w



außerdem:

Türkei-Kurdistan: Kommentar
Philippinen: Aquinos Erben sind zerstritten
Zimbabwe: Interview mit einer Ex-Guerrillera
Algerien: Niedergang des FLN-Systems

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Konrad Fisch, Uwe Göde, Stephan Günther, Uwe Hartwig, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Frank Krämer, Georg Lutz, Thomas May, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Sigrid Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Copyright bei der Redaktion und den AutorInnen.

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 182:
25.5.1992

Anzeigenschluß für Nr. 182:
(Druckfertige Vorlagen) 5.6. 1992

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Diese Ausgabe der 'blätter des iz3w' ist die siebte gemeinsame Beilage der Dritte-Welt-Zeitschriften zum Thema: 500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand beigeheftet und liegt die Aktionszeitung des 'iz3w' bei.

Inhaltsverzeichnis



UNTERSTÜTZT DIE FMLN

Die Spendenkampagne geht weiter!

Neues Konto: BfG Heidelberg,
Kto-Nr. 1088 787 700 (BLZ 672 101 11)
Informationsstelle El Salvador e.V.,
Heerstr.205, 5300 Bonn 1
Tel.: 0228 - 694562; Fax: 631226

Aktionszeitung zur UNCED

Das 'iz3w' hat sich zur Aufgabe gemacht, die UNCED-Konferenz in Rio kritisch zu begleiten. Mit der Aktionszeitung soll eine größere Öffentlichkeit für das Thema Umwelt und Entwicklung sensibilisiert werden. Wir möchten engagierten Einzelpersonen, Gewerkschafts-, Dritte-Welt- und Umwelt-Gruppen Material für Veranstaltungen und zur Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stellen.
Die Zeitung hat acht Seiten und das Format einer Tageszeitung (taz-Format). Inhaltlich umfaßt sie folgende Themen: Ökologische Probleme Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (jeweils eine Seite); Debattenseiten zur Frage der 'nationalen Souveränitat' und zur Entwicklungs-Perspektive der Länder der Dritten Welt; kritische Stimmen zur Konferenz und Adressen und Materialhinweise.
Preis: 50 Stück für 20,- DM, 100 Stück für 30,- DM gegen Vorkasse (Scheck oder bar). Größere Mengen 0,20 DM pro Exemplar plus Porto. Einzelexemplare 0,50 DM + 1,- DM Porto.
Bestelladresse:
blätter des iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Massaker in Kurdistan

Die Türkei auf dem Weg zur regionalen Ordnungsmacht

Die Situation sei wieder unter Kontrolle, heißt es in Ankara in bezug auf die bewaffneten Auseinanderandersetzungen in der kurdischen Botanregion. Selbst in der gleichgeschalteten türkischen Presse wird jedoch deutlich, daß "es nicht mehr so ist wie zuvor". Der Krieg, den die türkischen Sicherheitskräfte schon seit ca. 8 Jahren gegen die kurdische Bevölkerung und die Guerilla der Pkk erst verdeckt, dann immer offener führten, wird auch von Regierungsseite nicht mehr beschönigt. In schöner Einmut betonen Regierung, Staatspräsident und Militärs, daß "alles, was innerhalb dieses Krieges notwendig ist, getan werden muß. Das darf nicht mehr versteckt, sondern muß von den Verbündeten akzeptiert werden.

Die Ereignisse in Cizre und Sirnak um die Newroztage stellten in dieser Hinsicht eine Feuerprobe dar. Vor den Augen der Weltpresse wurde in den kurdischen Städten aus Panzern auf unbewaffnete Menschen geschossen. Ca. 100 Todesopfer und hohe Dunkelziffern von Verletzten waren die Bilanz der von staatlicher Seite vorgeplanten Eskalation; Fernsehteams übertrugen das Massaker, die Diskussion darüber, ob in Kurdistan Kriegszustand herrsche hat sich ergeben.

Schon Tage vor dem Newwrozfest war in Diyarbakir eine militärische Landkarte aufgetaucht, auf der verschiedene Städte im Halbkreis um die türkisch irakische Grenze eingezeichnet waren - die Städte in denen es zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen war. Andere, weiter nördlich gelegene Städte, in denen es große Demonstrationen und Sympathiebekundungen mit der PKK gegeben hatte, blieben verschont. Die PKK hatte zwar in Cizre und Sirnak erstmals direkt, bewaffnet auf die Angriffe der Sicherheitskräfte geantwortet, von ihr war die Eskalation nicht ausgegangen. "Wir sind bereit" hieß es in Erklärungen vor dem Fest, "aber wir wollen kein Blutvergießen." "Wir machen die irakische Grenze dicht wie eine Mauer" hatte Demirel am 24.3.92 verkündet. Dazu dienten die Auseinandersetzungen in Cizre und Sirnak ebenso, wie die ununterbrochenen Luftangriffe auf die irakische Seite der Grenze. Offensichtlich ist in Ankara beschlossen worden, nicht mehr zu warten, bis der Türkei die Rolle der Ordnungsmacht in der gesamten kurdischen Region auf internationaler Ebene übertragen wird, das türkische Militär versucht vielmehr diese Rolle nun faktisch einzunehmen und damit die internationale Position der Türkei zu verbessern.

Für die Verbesserung ihrer Position, die nach dem Golfkrieg einen ihrer Tiefpunkte erricht hatte, scheinen die Chancen momentan durch die Öffnung des zentralasiatischen Raumes günstiger als zuvor. Nach der Leseart Ankaras stellt es keinen Widerspruch dar, wenn die türkische Regierung in Kurdistan Krieg führt und gleichzeitig im Konflikt um berg Karabag als Friedenstifterin auftritt. Der Krieg ist notwendig um eine westorientierte stabile Kraft in diesem geographisch wichtige Raum zu schaffen - heißt es in Ankara. Deshalb muß er nicht länger versteckt werden, im Gegenteil, die Türkei fühlt sich stark genug, die Gretchenfrage an den Westen zu stellen: seid ihr für oder gegen uns. Ein Faktor, der diese Art offensiven Verhaltens wohl mit ermöglicht hat, war sicherlich die Tatsache, daß die Antwort der USA schon seit mindestens einigen Monaten feststeht. Vermutungen, daß sich Ministerpräsident Demirel bei seinem Staatsbesuch im Februar in den USA grünes Licht für die Aktionen im März eingeholt hat, scheinen nicht von der Hand zu weisen zu sein.

Genau hier muß auch in erster Linie nach der Begründung für das Verhalten der Bundesrepublik gesucht werden. Nach mehr oder weniger einem Jahr schwelender Kritik an der türkischen Politk insgesamt und der Kurdenpolitik im besonderen kam es nach den Newrozereignissen zur ersten konkreten Sanktion der BRD gegen die Türkei. Die Politiker allem voran Ministerpräsident Özal gingen auf harten Kurs, in der Wirtschaft, z.B. bei den türkischen Unternehmerverbänden herrschte Besorgnis vor. Dort wird als Reaktion auf einem "spontanen Boykottaufruf gegn deutsche Waren", der vor allem von der Presse lanciert wurde, überlegt, was es heißt Exporte im Werte von 7 Mrd DM (1991) in die BRD zu verlieren. Kritik und Stirnrunzeln hatte es in Wirtschaftskreisen schon vor und unmittelbar nach den Ereignissen um das Newrozfest gegeben. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Tansu Ciller, mit reichlichen Vorschußlorbeeren auf den Sessel einer "Staatsministerin für Wirtschaftsfragen" gesetzt, erklärte am 22.3.: "Noch ein Ereignis wie dieses und ich garantiere für gar nichts mehr." Vom Arbeitgeberverband TÜSIAD war schon des öfteren zu hören gewesen, daß "die politischen Probleme des Landes auf eine Art gelöst werden müssen, die die Stabilität nicht gefährdet." Oppositon zum Kriegskurs also, von seiten türkischer Wirtschaftskreise und einem Staat, wie der BRD, die ihre eigene Hegemonie von jeher eher auf indirekte Einflußnahme vor allem im wirtschaftlichen Bereich gründet. Unterstützung von der USA, die umgehend mehrere Cobra Kampfhubschrauber "zur Sicherung dr Grenze lieferte" die Frage ihrer Militärhilfe allerdings mit der Diskussion um eine Verbleiben der multinationalen poised hammer Truppe über den 30.6.92 hinaus verknüpfte. Die Türkei scheint sich hier als ein möglicher Garant direkter amerikanischer Militärpräsent in der Region zu profilieren. Die Frage liegt auf der Hand, ob nicht das deutsche Embargo gegen genau diese Politik gerichtet ist.

Auch in bezug auf mögliche Verhandlungen mit der PKK reagieren türkische Eliten gespalten. Während die Regierung kategorisch ablehnt, die PKK als Verhandlungspartner zu akzeptieren, war z.B. von dem türkischen Großindustriellen Alaton zu vernehmen, "er möge zwar auch nicht mit Terroristen verhandeln, aber wenn es denn sein muß...." Die Suche nach einem kurdischen Verhandlungspartner außerhalb der PKK hält in Ankara noch an. Doch in der kurdischen Bevölkerung und immer größeren Teilen der 4 - 5 Mio Kurden in den türkischen Metropolen wächst die Sympathie für die PKK von Tag zu Tag. Verhandlungen mit "braveren Kurden" würden wohl kaum akzeptiert werden.

Die Türkei wird sich in der kommenden Zeit als doppeltes "Schlachtfeld" profilieren; innenpolitisch wird es kurzfristig nicht möglich sein, die kurdische Region zu befrieden - außenpolitisch werden die USA und die BRD (die wiederum gegen und mit der EG) versuchen ihre Art von Einflußnahme durchzusetzen und - zumindest im Fall der USA möglichst viele Industrienationen einzubinden.

me

Aquinos Erben sind zerstritten

Wahlen auf den Philippinen

Am 11. Mai sind 32 Millionen Filipinos und Filipinas zum Urnengang aufgerufen. Fünf Männer und zwei Frauen kämpfen um die Nachfolge von Präsidentin Corazon Aquino. Sie war im Februar 1986 nach massiven Wahlfälschungen durch einen von Massenprotesten geschützten Militärputsch an die Macht gekommen, der langjährige Diktator Ferdinand Marcos nach Hawaii geflohen. Am 30. Juni endet Aquinos Amtszeit. Die in sie gesetzten Erwartungen hat sie nicht erfüllt. Überfällige Reformen wurden nicht oder nur halbherzig umgesetzt. Das soziale Elend ist nicht eingedämmt worden, die Landreform ist ein Flop, Menschenrechtsverletzungen gehen unvermindert weiter und selbst fortschrittliche Entscheidungen zu Beginn ihrer Amtszeit werden revidiert. So soll das eingemottete, vom US-Konzern Westinghouse in einem Erdbebengebiet nahe des Vulkans Pinatubo gebaute Atomkraftwerk nun doch noch ans Netz gehen.[1]



Cory Aquino setzt auf Fidel Ramos

Neben falschen Versprechungen werden Aquino immer wieder Entscheidungsschwäche und mangelnde Führungsqualitäten vorgeworfen, was die Beliebtheit autoritär auftretender NachfolgekandidatInnen erklärt. Aquinos Koalition ist stückweise zerbrochen. Zuletzt gelang es der Regierungspartei LDP nicht einmal, sich auf einen Nachfolger zu einigen. Zum Jahreswechsel spaltete sich eine Fraktion ab, die jetzt mit Fidel Ramos antritt, einem von zahlreichen KandidatInnen aus Aquinos ursprünglicher Koalition.

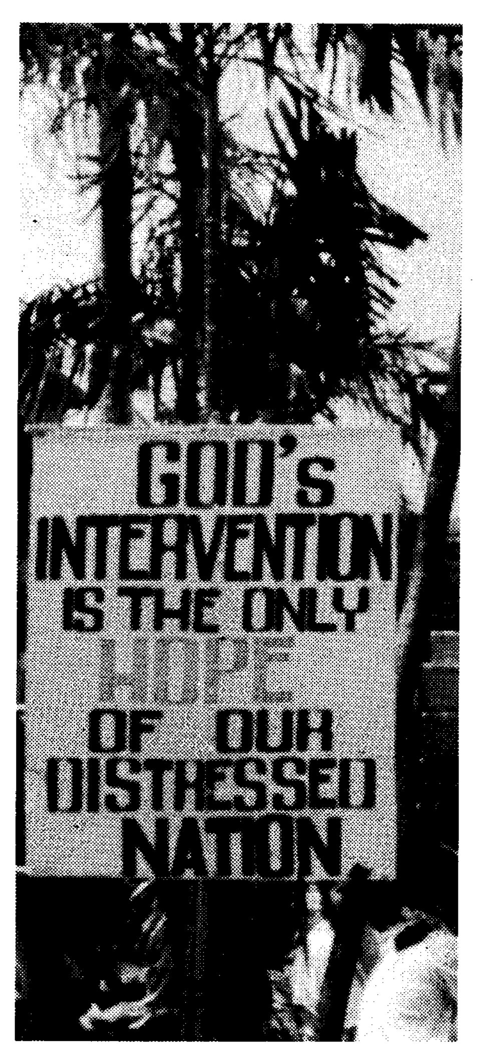
Als ihre große Leistung gilt, daß Aquino die sechsjährige Amtszeit im Regierungspalast überhaupt durchstehen konnte und nicht einem der Putschversuche zum Opfer fiel. Ihre vielleicht noch größere Leistung ist die Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie. Die jetzigen Präsidentschaftswahlen sind die ersten "freien" seit der Verhängung des Kriegsrechts (1972-1981). Es kandidieren so viele wie noch nie für das höchste Staatsamt.

Ein Blick auf die KandidatInnen (siehe Kasten) zeigt jedoch die Grenzen dieser Demokratie. Alle repräsentieren die herrschende Elite. Sie haben eher ein Interesse am Erhalt des Status Quo als an Reformen. Die Bandbreite reicht von Imelda Marcos und Cojuangco am rechten Rand des Elitespektrums zu Salonga am linken. Die ideologischen und zum Großteil auch programmatischen Unterschiede sind jedoch gering. Bis auf den liberalen Salonga sind alle KandidatInnen konservativ. Die Favoriten sind Ramon Mitra, Fidel Ramos und Eduardo Cojuangco. Sie verfügen über das meiste Kapital und die landesweit größten Parteiapparate.

Das politische System war bis zum Kriegsrecht durch zwei Parteien gekennzeichnet, die sich in der Herrschaft des Landes ablösten und hinter denen sich die Clans der Elite gruppierten. Etwa 100 einflußreiche Familien beherrschen traditionell das Land. Wer sich in den Wahlkampf begibt, braucht viel Kapital oder finanzkräftige Mäzene. Pächter, Land- und FabrikarbeiterInnen sind oft von den Eliten abhängig. Mit persönlichen Begünstigungen wie der Vermittlung eines Arbeitsplatzes oder Stipendiums, der Übernahme von Krankenkosten, einem Tauf- oder Hochzeitsgeschenk, dem Bau einer Straße usw. wird die Abhängigkeit zementiert und Wohlverhalten erkauft. Wer vom Arbeitgeber, Großgrundbesitzer oder Bürgermeister eine "Gunst" erhielt, fühlt sich ihm bei der nächsten Wahl verpflichtet.

Dies System erstreckt sich von der kommunalen bis auf die nationale Ebene. Lokale KandidatInnen "liefern" PräsidentschaftskandidatInnen Stimmen im Austausch gegen politische und finanzielle Unterstützung. Wahlkampfkosten sind dabei Investitionen in die Zukunft. Die Wahlsieger holen sich diese während ihrer Amtszeit mit Gewinn zurück.

Das unter Aquino wiedereingeführte parlamentarische System hat die Macht der Clans und die Mechanismen traditioneller Politik unangetastet gelassen. Zwei Drittel der 200 Abgeordneten des jetzigen Unterhauses, die bei den Parlamentswahlen 1987 gewählt wurden, kommen aus einflußreichen Familien. 44 von ihnen saßen schon im Scheinparlament der Marcos-Diktatur. Neu ist bei den Wahlen im Mai jedoch, daß sich weder Regierung noch Opposition auf jeweils einen einzigen Päsidentschaftskandidaten und eine Partei einigen konnten. Deshalb gibt es so



Andere setzen auf Gott

viele KandidatInnen, die sich nicht merklich unterscheiden.

Die Parteien sind beliebig austauschbare Wahlvereine politischer Clans oder Fanclubs einzelner Persönlichkeiten geblieben. Sie sind keine Volksparteien mit klarer Ideologie, verbindlichem Programm, fester Mitgliederzahl und stabiler Stammwählerschaft. Während es kaum Programme gibt, bleiben Parteiwechsel an der Tagesordnung.

Das unter Aquino installierte Wahlsystem (siehe Kasten) bevorzugt die KandidatInnen der Elite und lädt zur Manipulation geradezu ein. Das Aufschreiben der vielen Namen überfordert die WählerInnen, benachteiligt weniger Gebildete und nützt KandidatInnen, die bereits bekannt sind oder z.B. über das Geld verfügen, um Musterzettel zu drucken. Eine Wahlteilnahme können sich VertreterInnen von Basisorganisationen nicht leisten.

Die stellvertretende Vorsitzende der Wahlkomission, Haydee Yorac, hat die Wahlen schon im Vorfeld als "organisatorischen Alptraum" bezeichnet [2]. Anfang Februar kam es zu großen Unregelmäßigkeiten, als sich bei der WählerInnenregistrierung weit mehr hatten eintragen lassen, als dies bevölkerungsstatistisch möglich war [3]. In vielen Gegenden mußte der Vorgang wiederholt werden, weil sich etliche Personen auf die Namen Verstorbener oder fiktiver Personen hatten mehrfach eintragen lassen. Stimmen sind für die armen Bevölkerungsschichten eine willkommene Einkommensquelle und werden meistbietend verkauft.

Die hohe Zahl der PräsidentschaftkandidatInnen hat Auswirkungen auf die Wahl und die Ergebnisse. Ein harter und teurer Wahlkampf ist zu befürchten. Schätzungen über die Kosten reichen bis zu 50 Mrd. Peso (3,2 Mrd. DM), was die Inflation kräftig anheizen würde. Die letzten Monate ist der Peso gegenüber dem Dollar beständig gestiegen, weil hohe Summen von ausländischen Konten ins Land flossen. Seit Jahresbeginn überwacht der IWF das Haushaltsdefizit monatlich, um die Finanzierung von KandidatInnen aus der Staatskasse zu verhindern [4].

Sollten alle PräsidentschaftskandidatInnen bis zum Wahltag durchhalten, wird der Sieger nur eine relative Mehrheit haben. Der zukünftige Präsident wird höchstens über ein Drittel der Stimmen und über keine Mehrheit im Parlament verfügen. Dies erhöht die politische Instabilität und birgt die Gefahr eines Putsches. Vorhersagen sind äußerst schwierig. Die politische Situation ist im Fluß. Viele Kräfte halten sich mit definitiven Festlegungen noch zurück oder lassen in ihrem Verhalten keine Eindeutigkeit erkennen. Sollten sie ihre abwartende Haltung aufgeben, könnten sie durch die Unterstützung des aussichtsreichsten Kandidaten einen Dominoeffekt auslösen.

Nicht klar absehen lassen sich auch die konkreten Auswirkungen des fortschrei-

Die KandidatInnen im Überblick

Ramon Mitra von der Regierungspartei LDP ("Kampf des demokratischen Filipino") ist Präsident des Unterhauses und ein typischer Repräsentant des traditionellen Politikers. Er hat den Segen von Kardinal Sin, dem Oberhaupt der katholischen Kirche, wird von wohlhabenden Familien und der Mehrheit der Senatoren, Kongreßabgeordneten, Gouverneure und Bürgermeister unterstützt. Dies sichert ihm die beste Maschinerie und eine Favoritenrolle. In Umfragen schneidet Mitra nicht so gut ab. Einer seiner Geldgeber ist der einflußreiche Holzschlagunternehmer Jose Alvarez.

Fidel Ramos von der EDSA-LDP (einer nach der Straße des Massenprotests 1986 benannten LDP-Abspaltung) war General und Verteidigungsminister. Unter seinem Vetter Marcos vollstreckte Ramos das Kriegsrecht. Später verteidigte er Aquino gegen zahlreiche Putschversuche. Er trägt die Verantwortung für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und wird von Aquino, einem Teil des Militärs und einigen Geschäftsleuten unterstützt. Bisher war er mit seinem Wahlkampf wenig erfolgreich.

Eduardo Cojuangco von der "Nationalist People's Coalition" ist ein verfeindeter Cousin von Aquino und Freund von Mitra. Als Marcos-Günstling häufte Cojuangco ein riesiges Vermögen an, bevor er 1986 in die USA floh. Seit seiner Rückkehr hat er sein Firmenimperium und alte Patronagebeziehungen reaktiviert. Ende März trat Joseph Estrada, populistischer Senator und ehemaliger Filmschauspieler, als Vize an Cojuangcos Seite. Cojuangcos Geld vereint mit Estradas Beliebtheit geben dem Team gute Chancen. Cojuangcos Nähe zu Marcos und starke wirtschaftliche Eigeninteressen belasten seine Kandidatur.

Miriam Defensor-Santiago von der "People's Reform Party" (PRP) war Chefin der Einwanderungsbehörde und kurzzeitig Landreformministerin. Ihr Wahlkampf baut auf ihrem Image als gnadenlose Korruptionsjägerin. Trotz eigener Korruptionsvorwürfe führt sie beständig in den Meinungsumfragen, deren Repräsentativität allerdings bezweifelt wird. Angesichts ihrer finanziell und organisatorisch schwachen Partei hat Defensor-Santiago kaum Chancen. Wegen ihres rabiaten Auftretens werden ihr faschistoide Methoden vorgeworfen.

Jovito Salonga von der "Liberalen Partei" (LP) war bis vor kurzem Senatspräsident. Als bürgerlich-gemäßigter Nationalist brachte er die traditionelle LP auf einen etwas fortschrittlicheren Kurs. Salonga war im Senat die treibende Kraft hinter der Ablehnung des US-Basenvertrages. Er ist der linke Pol unter den KandidatInnen und wird von einer Reihe von Basisorganisationen unterstützt. Als einziger verfügt er über ein nennenswertes Programm. Mit seinen 72 Jahren und sehr begrenzten Mitteln werden ihm kaum Chancen eingeräumt.

Imelda Marcos, Diktatorenwitwe, von der alten Marcos-Partei "Bewegung für eine neue Gesellschaft" (KBL) ist reich, diskreditiert und immer für eine Show gut. Ihr fehlt der Apparat. Sie begann zu spät, die alten Beziehungen wiederzubeleben. Ihre Kandidatur ist der Versuch, die gegen sie laufenden Gerichtsprozesse abzuwenden. Ihr Sieg ist unwahrscheinlich, eher zieht sie ihre Kandidatur zurück und verbündet sich mit Cojuangco.

tenden gesellschaftlichen Wandlungsprozeßes: Ein höherer Verstädterungsgrad der Bevölkerung, weitere Auflösung feudaler Beziehungen, ein Anstieg sozialer Mobilität, ein größerer Einfluß von Nichtregierungs- und Basisorganisationen und eine größere Verbreitung von Massenmedien sind die auffälligsten Entwicklungen. Desweiteren sind fast ein Viertel der Wahlberechtigten ErstwählerInnen[5].

Andere Entwicklungen sind offensichtlicher. So kandidierten noch nie so viele Generäle und Offiziere (einschließlich ehemaliger Putschisten). Mit Ramos bewirbt sich ein Ex-General direkt um die Präsidentschaft, zwölf weitere kandidieren für andere Ämter [6]. Mit Ausnahme der Liberalen finden sich unter den KandidatInnen aller Parteien zahlreiche Militärs. Unter dem Kriegsrecht ist das Militär zu einer politisierten Großorganisation mit 200.000 Mann herangewachsen, das seine Interessen seit 1986 vehement verteidigt. Ausdruck davon sind die zahlreichen Putschversuche der letzten Jahre und jetzt die hohe Zahl der Kandidaten in Uniform. Das Militär ist aber nicht geschlossen. Kein Kandidat und keine Partei ließe sich allein als die des Militärs bezeichnen. Legal zu den politischen Schaltstellen vorzudringen, ist ein Versuch, die zurückgehende US-Unterstützung zu kompensieren.

Die geringere Einflußnahme der ehemaligen Kolonialmacht USA und der wachsende wirtschaftliche Einfluß Taiwans, Hong Kongs und Japans ist ein weiteres Novum. Während die USA vom Haushaltsdefizit geplagt und mit dem eigenen Wahlkampf beschäftigt sind, stiegen in den letzten Jahren staatliche und private Investitionen der anderen Länder auf den Philippinen. Das Interesse der USA an ihrem philippinischen Stützpunkt Subic hat sich aufgrund globalstrategischer Umbrüche reduziert. Das US-Interesse an dem Inselstaat hat nachgelassen, was sich auch an der Reduzierung des US-Botschaftspersonals zeigt.[7] Washington weiß die überwiegende Mehrheit der KandidatInnen auf seiner Seite, was ein starkes Engagement nicht nötig macht. Ein direktes Eingreifen wäre dagegen bei einem "gegen US-Interessen" gerichteten Putsch wahrscheinlich, wie es ein Krisenszenario des Pentagons auch vorsieht.



Eduardo "Danding" Cojuangco setzt auf den Charme seines Geldes

Erstmalig versuchen Nichtregierungs- und Basisorganisationen (NROs), deren VertrerInnen mangels Geld nicht selbst kandidieren können, einen WählerInnenblock zu bilden, um die Wahlen zu beeinflussen. Sie wollen Sachfragen in den Vordergrund rücken und die wenigen KandidatInnen unterstützen, die die Interessen der breiten Bevölkerungsmehrheit vertreten. Ein eigens ausgearbeitetes Programm ist der Kriterienkatalog für die Unterstützungswürdigkeit. Als Präsidentschaftskandidat wird nur Jovito Salonga unterstützt, bei den Parlaments- und Kommunalwahlen wenige KandidatInnen verschiedener Parteien.

Den NROs ist bewußt, daß sie im Mai auf nationaler Ebene keinen Einfluß ausüben können. Sie konzentrieren sich auf die Lokalwahlen, wo es gelingen könnte, einige Bürgermeister zu stellen und die Ausgangsbasis für zukünftige Wahlen zu verbessern. NROs und vor allem kirchliche Gruppen bemühen sich durch WählerInnenaufklärung und Wahlüberwachung auch um einen fairen Verlauf des Urnengangs.

Die im Untergrund operierende Nationale Demokratische Front setzt weiter auf den bewaffneten Kampf. Der Guerillaorganisation ist es nicht gelungen, den nach Marcos' Sturz entstandenen Spielraum zu nutzen. Bei den Wahlen 1987 konnte die Basis, der immer die Teilnahme an "bürgerlichen" Wahlen ausgeredet worden war, nicht plötzlich für eine Unterstützung der KandidatInnen des Untergrundes mobilisiert werden. Diesmal begann die NDF zu spät, auf dieses wichtige Feld politischer Auseinandersetzung Einfluß zu nehmen. Eine halbherzige Unterstützung vereinzelter lokaler KandidatInnen wird nicht ausreichen, um mehr als eine passive Zuschauerrolle ohne Eingriffsmöglichkeiten zu spielen.

Bisher ist bei breiten Bevölkerungsschichten aber auch nicht erkennbar, daß sie die Wahlen als etwas anderes als eine Art Fiesta ansehen. Für die arme Bevölkerungsmehrheit, die auf jedes Wahlgeschenk angewiesen ist und keine Möglichkeit sieht, die Wahlen zu ihren Gunsten zu beeinflussen, wird dieser Urnengang erneut eine willkommene Einkommensquelle sein statt ein Mittel bewußter politischer Einflußnahme. Die jetzige Regierung hat keine effektiven Maßnahmen ergriffen, um daran etwas zu ändern. Deshalb werden auch bei diesen Wahlen wieder Geld, Betrug und Gewalt eine entscheidende Rolle spielen. Grundlegende Lösungen drängender Probleme des Landes sind vom Ausgang der Wahlen nicht zu erwarten.

Sven Hansen

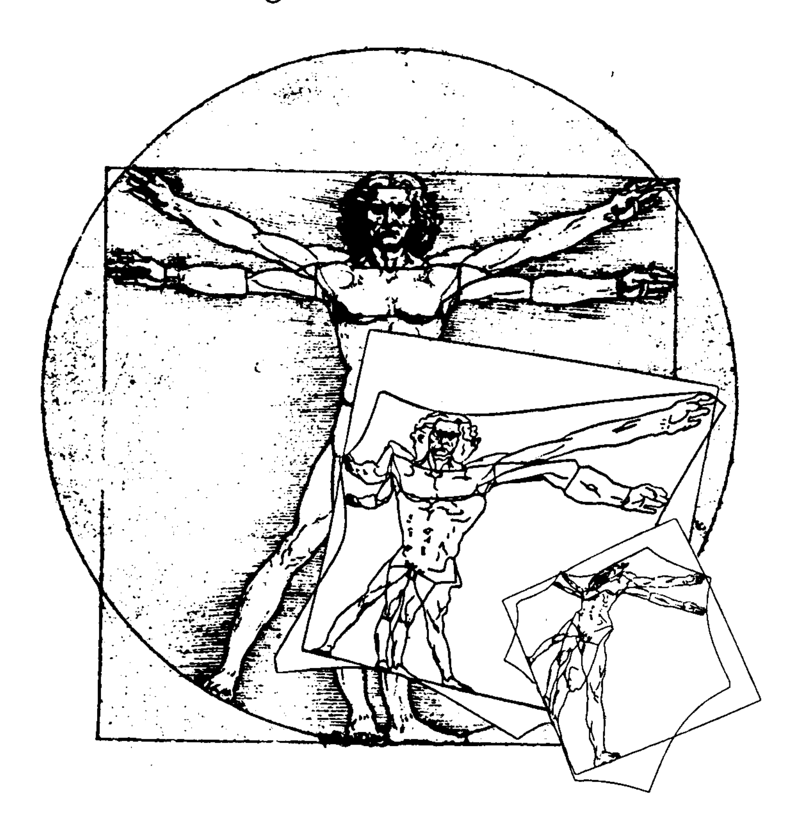
Das Wahlsystem: Programmiertes Chaos

Die Wahlen sind erstmals drei auf einmal: Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen. Um 17.000 Ämter bewerben sich 80.000 KandidatInnen in einem einzigen Wahlgang. Es gibt keine Listenwahl. Jeder Wähler wählt 35 bis 44 Personen: den Präsidenten und Vize, 24 SenatorInnen (Oberhaus), den Kongreßabgeordneten des Wahlkreises (Unterhaus), den Provinz-Gouverneur und Vize, den Abgeordneten des Wahlkreises des Provinzparlaments, den Bürgermeister und Vize und je nach Wahlbezirk drei bis zwölf Stadt- bzw. Gemeinderäte. Die Namen der 35-44 zu wählenden Personen sind nicht anzukreuzen, sondern auf den etwa handtuchgroßen Wahlzettel zu schreiben. Hochgebildete benötigen für das Ausfüllen des Wahlzettels 12 Minuten, AnalphabetInnen, die sich helfen lassen können, etwa 35 Minuten.

Wie das Wählen ist auch das Auszählen der Stimmen langwierig und kompliziert. Die COMELEC veranschlagt bis zu drei Wochen. So lange müssen die Wahlurnen bewacht werden. Erfahrungsgemäß wird sich solange die Gelegenheit bieten, die Wahlergebnisse nachträglich zu verfälschen.

Anmerkungen:

1) Far Eastern Economic Review 19.3.92
2) Far Eastern Economic Review 15.8.91
3) Philippine Daily Globe 4.2.92
4) Far Eastern Economic Review 2.4.92, S.8
5) Manila Chronicle 14.12.91
6) Philippine Daily Inquirer 27.1.92
7) Manila Chronicle 10.2.92



Vorwort

"Alle sind in Bewegung - aber wer bewegt überhaupt etwas?"
(Christian Wernicke, Die Zeit 17.4.92)

In der Tat, eines kann man den Beamten der "Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung", kurz UNCED, sicherlich nicht vorwerfen: Faulheit. Alleine für die vierte und letzte Vorbereitungskonferenz in New York wurden 24 Millionen Seiten Papier produziert. Die Maschinerie dieser größten UN-Konferenz aller Zeiten arbeitet auf Hochtouren. Und dennoch: Alle Beobachter des UNCED-Vorbereitungsprozesses sind sich darin einig, daß die hochgesteckten Erwartungen, die viele in diese Konferenz gelegt hatten, sich nicht erfüllen werden.

Die Verhandlungen laufen ausgesprochen zäh, gefeilscht wird um jedes Komma der verschiedenen Dokumente und Konventionen und am Ende dürfte wenig mehr als die Formulierung eines neuen Minimalkonsenses stehen, der kaum über das Ergebnis der ersten UNCED-Konferenz 1972 in Stockholm hinausgehen dürfte.

So wird also die zentrale Frage, ob Ökologie und Entwicklung vereinbare Begriffe sind, auch nach zwanzig Jahren Umweltdiskussion ungelöst bleiben. Die Suche nach einer möglichst schmerzlosen, kostengünstigen und bequemen Harmonisierung der Konzepte "Umweltschutz" und "Entwicklung" bestimmt nach wie vor die Diskussion auf internationaler Ebene. Dabei sollte doch klar sein, daß eine solche Harmonisierung, sollte sie überhaupt möglich sein, nur um den Preis eines radikalen Wandels des Lebensstils in den Industriestaaten zu haben sein wird.

Sollen die biophysischen Grenzen unseres Planeten weiter ausgetestet, bis zum Letzten ausgereizt werden ? Läßt sich eine ökologisch verträgliche Entwicklung allein mit effizienterem Ressourcenmanagement erreichen? Wie kann der Wachstumsfetischismus der Kultur der Industriestaaten durch eine Politik der "weisen Selbstbeschränkung" abgelöst werden?

Fragen, die auch nach der UNCED-Konferenz unbeantwortet bleiben werden. Die Suche nach den politischen, ökologischen und kulturellen Grenzen "unseres Modells" bleibt, so nötig sie wäre, weiterhin aus.

Die "blätter" versuchen, im ersten Teil dieses Themenschwerpunktes eine Diskussion über die genannten offenen Fragen in Gang zu bringen. Diese Diskussion soll in den folgenden Nummern der "blätter" fortgesetzt werden.

Wolfgang Sachs beschreibt in seinem Beitrag die wechselvolle Beziehungsgeschichte der Begriffe Umwelt und Entwicklung. Die zahlreichen gescheiterten Versuche, beide Begriffe miteinander zu versöhnen, dienten laut Sachs letztlich nur dazu, das Konzept "Entwicklung" zu retten. Ein Ausstieg aus dem Entwicklungsrennen wurde nie ernsthaft diskutiert. Vor diesem Hintergrund erweisen sich viele Appelle zur Rettung des Planeten als Appelle zur Rettung der Industriegesellschaften.

Für Saral Sarkar baut die Diskussion über die Versöhnung von Umwelt und Entwicklung auf Illusionen auf. Ohne einen radikalen Ausstieg aus der Industriegesellschaft, die gar nicht ökologisch sein kann, können die ökologischen Probleme nicht gelöst werden.

Stephan Hessler unternimmt in seinem Beitrag einen ersten Versuch, Erkenntnisse der Chaos- und Systemtheorie auf entwicklungspolitische Fragestellungen zu übertragen.

Als einer der wichtigsten Diskussionspunkte während der UNCED wird sich die Frage nach einer Klimakonvention erweisen. Wie kann der steigende Energiebedarf der Länder des Südens befriedigt werden, ohne die Atmosphäre an die Grenze ihrer Belastbarkeit zu führen? Dieter Seifried und Siegfried Hennicke versuchen in ihrem Beitrag, Strategievorschläge zu entwickeln.

Für Patrick McCully stellt sich das Problem einer Klimakonvention grundsätzlicher. Seiner Meinung nach macht der Transfer von Geld und Technologien in die Länder des Südens keinen Sinn, solange die Strukturen, die die gegenwärtigen Probleme verursacht haben, nicht beseitigt sind.

Der zweite Teil des Themenschwerpunktes widmet sich der UNCED-Konferenz. Barbara Unmüßig analysiert den bisherigen Verhandlungsverlauf. Sie sieht in der UNCED den Beginn eines Prozesses, der weitergeführt werden muß und versucht, Ansatzpunkte für die Arbeit nach der Konferenz aufzuzeigen.

Parallel zur UNCED werden über 200 Veranstaltungen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus aller Welt stattfinden. Thomas W. Fatheuer beschreibt die Aktivitäten und Hoffnungen insbesondere der brasilianischen NGOs und führte dazu ein Interview mit einem Vertreter des brasilianischen Forum, einem Zusammenschluß von über 1000 NGOs.

Die Redaktion



Umwelt und Entwicklung

Zur Geschichte einer widersprüchlichen Beziehung

Neil Armstrong brachte von seiner Reise zum Mond ein neues Bild mit, das uns alle fasziniert hat - kein Bild des Mondes, sondern ein Bild der Erde. Aus dem Raumschiff Apollo fotografierte Armstrong die ferne Erde; auf diesen Bildern, die inzwischen den Umschlag fast eines jeden Buches über die Zukunft des Planeten schmücken, erscheint die Erde vor dem schwarzen Hintergrund des Alls als zerbrechliche blauschimmernde Kugel, bedeckt von einem zarten Geflecht aus Wolken, Meeren, Land und Grün. Die Weltraumfotografie verlieh dem Planeten neue Wirklichkeit, indem sie ihn den Menschen als Objekt präsentierte und zum ersten Mal als Ganzes vor Augen führte. Voller Staunen und Ehrfurcht blickt man auf den schwebenden Erdball - mit einem Mal kann man von unserem Planeten sprechen.

Aber das Possessivpronomen erweist sich als sehr doppeldeutig: dieses 'unser' kann Mitverantwortung ausdrücken und die Abhängigkeit des Menschen von der Wirklichkeit hervorheben, deren Teil er ist, es kann aber auch auf Inbesitznahme verweisen, die Berufung des Menschen betonen, das gemeinsame Gut zu beherrschen und zu verwalten. Die Vorstellung, daß die Erde 'unser' Planet ist, läßt also ganz verschiedene Schlußfolgerungen zu: sie kann zum Maßhalten, aber auch zum Größenwahn führen.

In der Geschichte des Begriffs 'Umwelt' ist die gleiche Ambivalenz festzustellen. Heute führt man ihn auf den Fahnen, um eine neue Ära der 'Entwicklung' einzuleiten, aber ursprünglich war der Begriff als Anklage gegen die Entwicklungspolitik gedacht. Es sieht so aus, als ob nach den Jahrzehnten, in denen 'Unwissenheit' und 'Armut' im Vordergrund standen, nun in den 1990er Jahren die 'Rettung des Planeten' zum Dringlichkeitsprogramm erklärt wird, was, unter großer Anteilnahme der Medien, eine weitere wilde Runde auf dem Entwicklungskarussell einläutet. Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht) beschwört zu Beginn das Bild unseres Planeten im All, doch schon die Einleitung schließt mit der Feststellung: "Dieser neuen, unentrinnbaren Wirklichkeit gilt es ins Auge zu sehen, und sie müssen wir in den Griff bekommen..."[1]

Die Entdeckung der "globalen Fragen"

Bestimmend für die internationale Diskussion über Fragen der Entwicklung war stets die wechselnde Aktualität politischer Themen in den Ländern des Nordens. 1945 war dem Westen nichts wichtiger, als die Wirtschaft nach dem verheerenden Krieg wieder auf Hochtouren zu bringen - das fand seinen Ausdruck in einer grenzenlosen Begeisterung für das Wirtschaftswachstum. Nach dem 'Sputnik-Schock' von 1957 setzten die Amerikaner ganz auf die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte; in den 60er Jahren bewirkte Präsident Johnsons innenpolitische Offensive, daß man die 'Grundbedürfnisse' entdeckte und sich über die weltweite Ungleichheit Gedanken machte. Die aktuelle Befindlichkeit der reichen Nationen bestimmt, was man jeweils unter Entwicklung zu verstehen hat: so ist auch der Begriff 'Umwelt' ins Spiel gekommen.

In der internationalen Diskussion tauchte der Begriff erstmals 1972 auf: Schweden zeigte sich besorgt über den sauren Regen, das Ausmaß der Umweltverschmutzung im Baltikum und die hohen Werte von Pestiziden und Schwermetallen, die in Vögeln und Fischen festgestellt wurden und initiierte eine UN-Konferenz zum Thema 'Mensch und Umwelt', die im Juni 1972 in Stockholm stattfand. Es war eine Art ungeplante, aber sehr nachdrückliche Internationalisierung, die sich hier ankündigte: Industrieabfälle haben eben keine Ausweispapiere und machen nicht an der Zollstation halt, sie entziehen sich jedem nationalen Souveränitätsanspruch. Auf diese Weise entdeckten die Staaten, daß sie keine abgeschlossenen Einheiten sind, sondern allesamt abhängig von dem, was die anderen tun. Eine neue Art von Problemstellung entstand: die 'globalen Fragen'.

Die Idee eines globalen Ökosystems war nicht der einzige Ansatz, es gab konkurrierende Vorstellungen; aber dem Denken der internationalen Elite von Entwicklungsexperten war sowohl die biozentrische wie auch die humanistische Weltsicht fremd. Sie wollten die Natur ja



auch weiterhin ausbeuten, sich dabei nur etwas geschickter und flexibler zeigen.

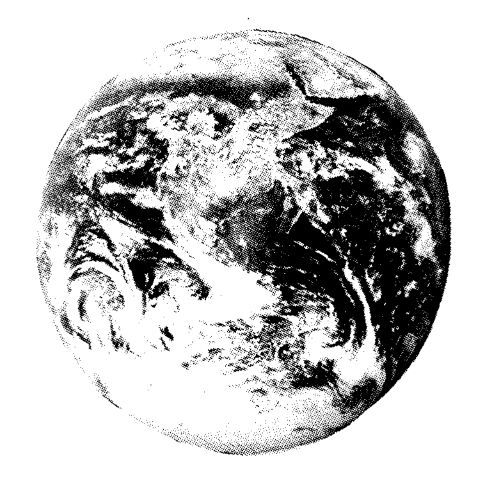
Angesichts der eher trüben Aussichten konnte den Managern in den Spitzenpositionen der internationalen Organisationen nur eine Perspektive gefallen, in der ihr eigener Aufgabenbereich nicht beschnitten, sondern ihre führende Funktion bestätigt wurde. Aus ihrer Sicht war also die Idee eines globalen Ökosystems genau das Richtige: den neuen Untersuchungsrahmen bildete die Weltgesellschaft, und indem die Kritik sich am Bevölkerungswachstum festmachte, stand die Dritte Welt im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Darüberhinaus bot das Modell den Vorteil, die Konflikte um die Ressourcen von den konkreten regionalen oder politischen Zusammenhängen abzulösen - damit erschien wieder regelbar, was sonst wie eine verfahrene Angelegenheit ausgesehen hätte. Datenkränze erwecken leicht den Eindruck von Klarheit, abstrakte Werte eignen sich gut als Bauelemente für diverse Szenarien, und wenn man mechanische Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Bestandteilen annimmt, kann man wieder an die Wirksamkeit globaler Strategien glauben. Auch wenn das Wachstumsideal bereits verblaßt war, so gab es für diejenigen, die glaubten, die Welt lenken zu müssen, doch immer noch eine andere Zielsetzung, auf die man beruhigt zurückgreifen konnte: die Stabilität.

Vereinigung von Umwelt und Entwicklung

Es sollte aber noch eine ganze Weile dauern, bis der Wunsch nach Entwicklung und die Sorge um die Umwelt zusammenfanden: der Brundtland-Bericht erschien erst 1987. Auf der Konferenz von Stockholm im Jahr 1972 wurden alle Vorschläge, die auf einen Wachstumsstop hinausliefen, unerbittlich zurückgewiesen, und zwar gerade von Regierungen aus der Dritten Welt. Unter dem Zwang, das Bruttosozialprodukt zu steigern, war es ihnen offenbar nicht schwer gefallen, naturfeindliche Positionen zu beziehen. Erst im Laufe der siebziger Jahre, und vor allem unter dem Eindruck der Ölkrise, begannen die Regierungen zu begreifen, daß zur Sicherung des weiteren Wachstums nicht nur Kapitalbildung und qualifizierte Arbeitskräfte nötig waren, sondern auch die langfristige Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen.

Den Entwicklungsplanern ging es zunächst nur um die Erhaltung des Inputs für das künftige Wachstum, aber allmählich fanden sie zu einer anderen Haltung: "Machten wir uns in der Vergangenheit Gedanken über die Auswirkungen wirtschaftlichen Wachstums auf die Umwelt," heißt es im Brundtland-Bericht, "so sind wir heute gezwungen, uns mit den Auswirkungen ökologischer Belastungen, wie Verarmung der Böden, Veränderungen des Wasserregimes, Waldschäden und Schäden in der Atmosphäre auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu befassen."



"Unser" kleiner, verletzlicher Planet

Als ein weiteres Hindernis auf dem Weg zur glücklichen Vereinigung von 'Umwelt' und 'Entwicklung' hatten sich die altmodischen Auffassungen vom Wachstum erwiesen. In all den Jahrzehnten, als Industrialisierung einfach nur bedeutete, daß der Schornstein raucht, galt es als selbstverständlich, daß Wachstum ohne fortschreitende Verausgabung der natürlichen Ressourcen nicht möglich sei. Aber diese beschränkte Sichtweise hatte keinen Bestand: vor allem die Konzepte der 'angepassten Technologie' eröffneten ein neues Spektrum technologischer Handlungsalternativen.

Gegen Ende der siebziger Jahre hatte man die neue Flexibilität im Bereich der technologischen Möglichkeiten soweit begriffen, daß man auch die ökologische Situation in anderem Licht sah: seither galten die 'Grenzen des Wachstums' nicht mehr als unüberwindliche Dämme gegen die Quellen des Wohlstands, sondern als einzelne Hindernisse, die man umgehen konnte, indem der Einkommensfluß in neue Bahnen geleitet wurde. Dieser 'weiche Weg' der Umlenkung fand Ausdruck in einer Vielzahl von Experten-Studien - von der Energiepolitik bis zum Gesundheitswesen.

In den siebziger Jahren galt der Umweltschutz aber auch noch als unvereinbar mit dem Kampf gegen die Armut. Andererseits war - und ist - der Anspruch, die Armut zu bekämpfen, ein Zentralaspekt der entwicklungspolitischen Ideologie. Schließlich hat Robert McNamara, als Präsident der Weltbank, dieser Aufgabe 1973 in seiner Rede in Nairobi offiziell die höchste Priorität zugewiesen. Die Verschlechterung der Umweltbedingungen wurde als Effekt der industriellen Lebensweise betrachtet, einen Zusammenhang mit der Armut sah man zunächst nicht - die Armen der Welt erschienen in den Überlegungen nur als künftige Anwärter auf eben diese Lebensweise.

Aber angesichts der weltweit zunehmenden Entwaldung und Wüstenbildung machte man sie bald auch als Frevler aus und überzog sie mit Kampagnen zur Förderung ihres 'Umweltbewußtseins'. Nachdem sich die Fachwelt geeinigt hatte, den Opfern die Schuld zu geben, konnte man gegen die neue Katastrophe das alte Rezept empfehlen: zum Schutz der Umwelt kam nur eine neue Wachstumsära in Frage, denn Wachstum war ja bekanntlich ein Mittel gegen die Armut. Damit stand einer innigen Verbindung von 'Umwelt' und 'Entwicklung' nichts mehr im Wege: der Neuling konnte im Kreis der alteingesessenen Familie freundliche Aufnahme finden.

Neue Chance für "Entwicklung"

Auf den abgelebten Begriff 'Entwicklung' wirkte diese Verbindung wie eine Verjüngungskur. Das ganze ist die wiederholte Anwendung eines altbewährten Tricks: im Verlauf der letzten dreißig Jahre ist jedesmal, wenn die zerstörerischen Wirkungen der Entwicklung sich deutlich zeigten, der Begriff soweit gedehnt worden, daß er nicht mehr nur für die Schädigung, sondern auch für die Wiedergutmachung stand. Um 1970 zum Beispiel, als nicht mehr zu leugnen war, daß die Entwicklungspolitik zur Verschlimmerung der Armut führte, erfand man, um das Unvereinbare zu vereinen - die Erzeugung der Armut und ihre Abschaffung - den Begriff der 'gerechten Entwicklung'. In der gleichen Manier verfuhr der Brundtland-Bericht, als er die Sorge um die Umwelt in die Entwicklungsvorstellungen einführte: man schuf sich mit der Idee der verträglichen 'dauerhaften Entwicklung' eine begriffliche Dachkonstruktion, unter der sowohl die Schändung der Umwelt als auch ihre Rettung Platz fanden.

In der neuen Entwicklungsära werden die Experten zweifellos ihren Horizont erweitern müssen, und ihre Aufmerksamkeit auch auf den Zustand von Wasser, Boden, Luft und den Energieverbrauch richten. Aber das ändert nichts am grundsätzlichen Charakter der Entwicklungspolitik: es handelt sich nach wie vor um eine Reihe von Maßnahmen zur Steigerung des Bruttosozialprodukts. "Bei dem gegebenem Bevölkerungszuwachs muß die Produktion auf das Fünf- bis Zehnfache ansteigen, wenn der Verbrauch an Fertigerzeugnissen in den Entwicklungsländern bis zum nächsten Jahrhundert - wenn der Bevölkerungszuwachs sich ausgleicht - das Niveau in den Industrieländern erreichen soll" - so steht es im Brundtland-Bericht, und damit empfiehlt er letztlich nichts anderes als Wachstum, nur eben nicht mehr, wie einst, um das 'größte Glück der größten Zahl' zu verwirklichen, sondern um die Umweltkatastrophe zu begrenzen, die auf künftige Generationen zukommt.

Gab es je einen besseren Vorwand für





Versöhnung von Entwicklung...

Interventionen als die Gefahren, die uns allen, die der Erde drohen? Die Bedrohung wird immer deutlicher, und damit entstehen neue Eingriffsmöglichkeiten: die Politik bemächtigt sich der Natur, und ein neuer Schlag von Technokraten fühlt sich berufen, die Wachstumspolitik am Rande des Abgrunds entlang zu steuern.

Ambivalenz als Erfolgsrezept

Ökologie ist eine vielschichtige Angelegenheit, sie umfaßt Computersimulationen und politisches Handeln, man kann sie als wissenschaftliche Disziplin und als umfassende Weltanschauung begreifen. Der Begriff verknüpft zwei verschiedene Welten. Weltweit gibt es Protestbewegungen, die sich in ihrem Kampf für die Erhaltung der Natur auf Befunde jener wissenschaftlichen Disziplin berufen, die den Zusammenhang zwischen Lebewesen und ihrer Umwelt untersucht.

Die Wissenschaftler dagegen sehen mit Verblüffung, wie man ihre Hypothesen einerseits zu politischen Schlagworten verkürzt und andererseits zu Grundsätzen einer Art post-industrieller Philosophie erhebt - die Verbindung von Wissenschaft und Protest ist alles andere als glücklich. Es hat den Forschern nicht gefallen, daß man sie zu Kronzeugen gegen die Rationalität der Wissenschaft und ihren Nutzen für die Menschheit machen wollte; überdies haben die Aktivisten der Bewegung bestimmte Formeln, wie etwa die vom 'Vorrang des Ganzen vor seinen Teilen' oder vom 'natürlichen Gleichgewicht' just dann übernommen, wenn die Fachwissenschaft von solchen Theoremen bereits abgerückt war.

Aber ohne den Rückgriff auf die Wissenschaft wäre die Ökologiebewegung vermutlich ein Häuflein von Naturschwärmern geblieben und hätte sich nie zu einer historischen Kraft entwickeln können. Zum Teil erklärt sich das Geheimnis ihres Erfolges gerade aus ihrem hybriden Charakter. Die Bewegung zeigt sich einerseits in hohem Maße skeptisch gegen die Wissenschaft und die Rationalität der Technik - damit nimmt sie jenes Motiv wieder auf, das seit der Romantik, die Geschichte der Moderne kontrapunktisch begleitet hat. Aber gerade weil sie sich andererseits auf die Wissenschaft beruft, kann sie die Moderne grundsätzlich in Frage stellen und, im Namen der Wissenschaft, ihrer Logik entgegentreten.

Zum ersten Mal scheint eine antimoderne Bewegung den Gegner mit seinen eigenen Waffen schlagen zu wollen. Die Bewegung stützt ihre Behauptungen und ihren Anspruch auf eine Theorie des Ökosystems, die Physik, Chemie und Biologie vereint. Das ist eine erstaunliche Leistung, aber auch eine zweischneidige Angelegenheit. Die wissenschaftliche Ökologie hat eine wissenschaftliche antimoderne Haltung befördert, die mit großem Erfolg den herrschenden Diskurs gestört hat, aber mit Hilfe der ökologischen Wissenschaft könnte der Protest wiederum technokratisch aufgefangen werden. Erkenntnistheoretisch betrachtet, kann diese ambivalente Qualität der 'Ökologie' als Grund für den Erfolg der Bewegung, wie für ihr Scheitern gelten.

Von der Wissenschaft zur Weltanschauung

Seit den sechziger Jahren ist die Ökologie nicht mehr eine Angelegenheit der Biologen an den Universitäten, sie hat ihren Weg ins öffentliche Bewußtsein gefunden. Der wissenschaftliche Begriff hat sich zu einer Weltanschauung gewandelt, die mit der Verheißung antritt, zu vereinen, was versprengt ist, zusammenzufügen, was auseinandergerissen wurde - mit einem Wort: dem Ganzen zu dienen. Aus den schmerzlichen Erfahrungen mit den modernen zielorientierten Institutionen ist ein neues Verlangen nach Ganzheit erwachsen, das sich der Sprache der wissenschaftlichen Ökologie bedient, um sich Ausdruck zu verschaffen.

'Ökosystem' war das konzeptionelle Relais, das dafür sorgte daß der Funke von der Biologie auf die Gesellschaft übersprang, und im Nachhinein erscheint das nicht weiter verwunderlich: der Begriff ist dafür ganz hervorragend geeignet. Bedeutungsumfang und Geltungsbereich sind weiträumig, der Begriff umfaßt nicht nur Pflanzen und Tiere (wie schon der Begriff der Lebensgemeinschaft), sondern er reicht von der unbelebten Welt bis zur Welt der Menschen. Damit sind die ontologischen Unterschiede zwischen der Welt der Mineralien, dem traditionellen 'Pflanzen- und Tierreich' und schließlich der Welt der Menschen aufgehoben - der Begriff ist einfach universell gültig und gewissermaßen freilaufend, ohne ein enges Bedeutungsgehege.

Ein Fachbegriff steigt auf ins Reich der Metaphysik - eine wirklich bemerkenswerte Karriere! Vielen Umweltschützern scheint Ökologie inzwischen für das Wahre, Schöne, Gute in der Welt zu stehen und damit die sittliche Ordnung des Daseins zu stiften: Ökologie ist Wahrheit, aber auch ein sittlicher Imperativ und sogar ein ästhetisches Ideal.

Nun stützt sich aber die Theorie der Ökosysteme auf die Kybernetik, eine Wissenschaft, die sich mit der Technik automatischer Regelkreise beschäftigt - und das ist alles andere als ein Bruch mit der zweifelhaften westlichen Tradition der Naturbeherrschung. Kann es eine Steuerungstheorie ohne Manipulationsinteresse geben? Schließlich geht es ja auch der Systemtheorie nur um eine Steuerung höherer Ordnung: die Steuerung der (Selbst-) Steuerung.

Dem Systemdenken liegt unbestreitbar die Vorstellung einer selbstregulierten Maschine zugrunde, einer Maschine, die ihre Leistung nach vorgegebenen Regeln an wechselnde Bedingungen anpassen kann. Ob es nun um eine Fabrik, eine Familie oder um einen Binnensee geht, interessant sind nur die Regelmechanismen, die das jeweilige System befähigen, auf Veränderungen seiner Umgebung zu reagieren. Hat man diese Mechanismen entdeckt, so kann man sich daran machen, sie zu verändern, um Einfluß auf die Stabilisierungsfähigkeit des Systems zu nehmen. Unter den Belastungen, die ihr der Mensch in der Neuzeit zugemutet hat, ist die Stabilisierungsfähigkeit der Natur inzwischen allerdings auf das äußerste beansprucht.

Die Natur unter dem Aspekt selbstregulierender Systeme zu betrachten, bedeutet also entweder, daß man feststel-



len will, wie weit man die Überlastung noch treiben kann, oder daß man versucht, die Regelmechanismen zu verändern. Beide Strategien beharren auf der Bacon'schen Vision von der Naturbeherrschung, neu ist nur die Ambition, nun auch noch die Rache der Natur zu lenken. Letztlich erweist sich die Technologie der Ökosysteme als unvereinbar mit der Ökologie als Weltanschauung. Die Bewegung hatte sich von der Modernität verabschiedet - nur um sie in neuer Gestalt durch die Hintertür wieder einzulassen.

Überleben als neue Staatsraison

Die Macht des Staates und seine Ansprüche gegen die Bürger sind im Verlauf der Geschichte auf viele Arten gerechtfertigt worden. Zu den klassischen Staatszwecken, wie Recht und Ordnung oder gerechte Verteilung des Wohlstands, die immer wieder bemüht wurden, ist in jüngerer Zeit das Ziel der 'Entwicklung' getreten: nicht wenige Regierungen der Dritten Welt sind bereit, im Namen der Entwicklung die Lebensinteressen der Hälfte ihrer Landesbevölkerung zu mißachten. Und inzwischen sieht es so aus, als könne das 'Überleben des Planeten' als neue pauschale Rechtfertigung für die weltweit zu erwartenden staatlichen Eingriffe in das Leben der Menschen dienen.

Die Weltbank zum Beispiel, deren Ansehen unter der vernichtenden Kritik von seiten der Umweltschützer erheblich gelitten hatte, schöpfte bald neue Hoffnung: "Ich bin sicher," erklärte 1988 der damalige Vizepräsident David Hopper, "daß die Bank im Laufe des nächsten Jahres im gesamten Bereich der Umweltprobleme in den Partnerländern tätig sein wird; dabei wird es um technische und organisatorische Fragen gehen, von den kleinsten Einzelheiten der Projektplanung bis zu den übergreifenden Problemen der Konzeption von umweltpolitischen Programmen und ihrer praktischen Durchsetzung"[2]. Das blieb nicht unwidersprochen, aber es dauerte eine Weile, bis die Protestrufe in den vollklimatisierten Büros in Washington gehört wurden; und das Resultat war eher ein Eigentor: die Forderung, den Aktivitäten der Weltbank Einhalt zu gebieten, hat letztlich eine Ausweitung ihrer Tätigkeit bewirkt.

Daß die Umweltschützer immer wieder auf die Verwundbarkeit der Natur hingewiesen haben, hat die Regierungen dazu bewogen, sich dieses neuen Konfliktbereichs anzunehmen. Sie mußten einsehen, daß es an politischen Regelungen und Verordnungen fehlte - und diesmal ging es nicht um das friedliche Zusammenleben der Menschen, sondern darum, das Verhältnis von Mensch und Natur zu regeln.

Der Staat tritt als Vermittler auf: er sorgt für eine Bestandsaufnahme, stellt fest, in welchem Zustand sich die Natur befindet, und welchen Anteil daran der Mensch hat. Er übernimmt die Aufgabe, Normen und Gesetze zu erstellen, die das künftige Verhalten bestimmen sollen, und er sorgt auch dafür, daß die neuen Regeln eingehalten werden. Einerseits ist sorgfältig darauf zu achten, daß die Natur auch weiterhin bestimmte Dienste leisten kann, zum Beispiel für saubere Luft und sauberes Wasser und ein stabiles Klima zu sorgen. Und zum anderen müssen die vielfältigen Formen gesellschaftlicher Ausbeutung der Natur hinreichend kontrolliert und in geregelte Bahnen gelenkt werden.

Diesen hohen Anforderungen kann der Staat nur genügen, wenn entsprechende Institutionen geschaffen werden: Kontrollsysteme, Regelmechanismen und die nötigen Exekutivorgane. Eine neue Schicht von Fachleuten übernimmt diese Aufgaben, für die erkenntnistheoretische Abstützung der Eingriffe soll die Ökowissenschaft sorgen. Mit anderen Worten: die Experten, die sich bisher um das Wirtschaftswachstum gekümmert haben, erheben nun den Anspruch, für die Überlebensfragen zuständig zu sein.

Bekanntlich haben es aber viele ländliche Gemeinschaften in der Dritten Welt gar nicht nötig, auf die Spezialisten aus den eilig gegründeten Instituten zur Erforschung dauerhafter Agrikultur zu warten, um sich die neuesten Rezepte, etwa gegen die Bodenerosion, empfehlen zu lassen. In ihrer Welt der tribalen und bäuerlichen Traditionen war die Vorsorge für kommende Generationen seit jeher selbstverständlich. Jetzt besteht allerdings die Gefahr, daß ihr ortsgebundenes Wissen über den Schutz der Natur in Konflikt gerät mit den neuen zentral geplanten Systemen der 'Verwaltung der Umweltressourcen'.

Als die Frauen der Chipko-Bewegung in Indien die Weisheit und den Mut besaßen, mit ihren Körpern die bedrohten Bäume vor den Kettensägen der Holzfäller zu schützen, fand ihre Aktion ein großes Echo; sie wurde als symbolisches Beispiel für den lokalen Widerstand begriffen. Aber der Erfolg hatte seinen Preis: nun tauchten die staatlichen Forstverwalter auf und erklärten sich für zuständig. Freundliche Experten lösten die sturen Holzfäller ab, und plötzlich verlief der Konflikt in ganz anderen Bahnen. Man verwies auf Statistiken und Diagramme, sprach über Wachstumskurven und optimale Abholzungsraten. Es gab Vorschläge zur Wiederaufforstung und Pläne zum Aufbau einer holzverarbeitenden Industrie - und den Dorfbewohnern malte man eine verlockende Perspektive als Besitzer kleiner Sägewerke aus.



...und Umwelt?

Eigentlich war es den Aktivisten nur darum gegangen, die Bäume zu schützen, weil von ihnen ihr Lebensunterhalt abhing und weil es galt, einen ursprünglichen Lebenszusammenhang zu verteidigen. Doch plötzlich wurden sie mit Forschungsergebnissen und den abstrakten Kategorien der Ressourcenwirtschaft konfrontiert. Und überdies war bei dieser neuen Attacke immer vom "nationalen Interesse" an einer "ausgewogenen Entwicklung der Ressourcen" die Rede. Das waren ganz und gar fremde Zwecksetzungen, die nichts mehr damit zu tun hatten, was der Wald den dort lebenden Dorfbewohnern bedeutete, oder welche Baumarten für ihr Überleben wichtig waren. Ihre 'Ökologie', die in der Bewahrung ihres lokalen Gemeinguts bestand, geriet in Konflikt mit einer 'Ökologie', die der Verwaltung knapper natürlicher Ressourcen dienen soll. So kann sich die Planung zur Erhaltung nationaler Ressourcen als eine neue Form der Fortsetzung des Vernichtungsfeldzugs gegen die Subsistenzwirtschaft erweisen.

Die Fachleute der Ressourcenplanung




treten im Namen des Naturschutzes auf, aber ihr Bild der Natur ist grundlegend verschieden von den Vorstellungen der Dorfbevölkerung. Sobald sich Politik und Planung der Natur bemächtigen, wird sie zur 'Umwelt'. Man darf diese beiden Begriffe nicht gleichsetzen, weil man sich sonst die Einsicht verstellt, daß 'Umwelt' eine begriffliche Konstruktion unserer Epoche ist.

Die Dorfbewohner in Indien haben eine völlig andere Vorstellung von Natur: für sie gibt es 'pakriti', eine fruchtbare und einwirkende Kraft, die jeden Stein, jeden Baum, jede Frucht und jedes Tier durchdringt und für ihren Fortbestand im Einklang mit der Menschenwelt sorgt. Der Reichtum der Natur wird als eine Gabe begriffen, die man 'pakriti' verdankt - darum ist Demut und Verehrung die angemessene Haltung.[3]

In Kulturen, die die Natur als ein lebendes Wesen begreifen, ist den Eingriffen des Menschen meist eine genau definierte Grenze gesetzt, wird sie überschritten, so muß man feindliche Reaktionen befürchten. 'Umwelt' dagegen steht für eine völlig andere Sichtweise, mit diesem Begriff verbindet sich der moderne Blick auf die Natur, der natürliche Grenzen lediglich als Beschränkungen der menschlichen Überlebensmöglichkeiten sieht. Dieser Unterschied in der Grundhaltung wird häufig übersehen, wenn man traditionelle Wirtschaftsformen als 'ökologisch' bezeichnet.

Globale Ökokratie?

Gegen Ende der achtziger Jahre wurden schwindende Ressourcen und weltweite Umweltverschmutzung allmählich auch auf den Kommandohöhen der internationalen Politik als Problem registriert. Inzwischen sind multilaterale Einrichtungen mit der Verbreitung von Biomasse-Konvertern und dem Entwurf forstwirtschaftlicher Programme befaßt, auf den Wirtschaftsgipfeln streitet man sich um den Kohlendioxid-Ausstoß, und die Wissenschaft läßt Satelliten in die Umlaufbahn bringen, um festzustellen, wie krank die Erde ist. Diese Debatten gewinnen an Bedeutung, aber sie werden auf eine grundlegende Weise ganz einseitig geführt: man fordert immer weiter gehende Regelungen, nur von kluger Selbstbeschränkung ist nicht die Rede.

Angesichts der zunehmenden Gefährdung werden immer neue Produkte, Verfahren und Programme erfunden, um den bedrohlichen Auswirkungen der Industrialisierung zu entgehen und das System in Gang zu halten. In der neuen Krise erklären sich Kapital, Bürokratie und Wissenschaft - die Heilige Dreifaltigkeit der westlichen Modernisierung - für unentbehrlich und geloben, durch neue Techniken, integrierte Planung und raffiniertere Modelle das Schlimmste zu verhüten. Die Senkung des Treibstoffverbrauchs, die Umweltverträglichkeits-Gutachten, die genaue Überwachung der natürlichen Prozesse, all das mag gut gemeint sein, aber es stützt sich auf zwei Annahmen: erstens, daß die Gesellschaft auch weiterhin gezwungen sein wird, die Natur bis an die Grenzen der Möglichkeiten zu belasten, und zweitens, daß man die Ausbeutung der Natur weder maximieren noch minimieren, sondern optimieren muß.

Auf der ersten Seite des Jahresberichts 1987 des 'World Resources Institute' findet sich der programmatische Satz: «Die' Menschheit braucht die Umwelt und muß sie daher mit Umsicht bewirtschaften." Entscheidend ist das Wort "daher" - es muß nur eingefügt werden, wenn man die Wettbewerbsdynamik der Industriegesellschaften für selbstverständlich hält. Andernfalls wäre die Umwelt nicht in Gefahr und brauchte auch keine Bewirtschaftung. Bei näherer Betrachtung erweisen sich die Aufrufe zur Rettung des Planeten häufig als Aufrufe zur Rettung des Industriesystems.

Es kommt hinzu, daß Lösungen der Umweltprobleme, die mit intensivem Einsatz von Kapital, Bürokratie und Wissenschaft verbunden sind, auch ihre sozialen Kosten haben. Den weltweiten industriellen Apparat am Laufen zu halten und immer weiter zu beschleunigen, und zugleich die Biosphäre des Planeten zu schützen, ist eine prometheische Aufgabe, deren Bewältigung eine gewaltige Zunahme von Überwachungs- und Ordnungsmaßnahmen erfordern wird. Wie sonst will man die unzähligen Entscheidungen aufeinander abstimmen, die auf allen Ebenen gefällt werden, bei den Einzelnen, im Rahmen der Nationen und im Weltmaßstab?

Es ist dabei eher eine Nebensache, ob die Modernisierung des Industrialismus überhaupt gelingt, ob sich dabei Marktanreize als das beste Mittel erweisen, strenge Gesetze, Wiedergutmachungsprogramme, raffinierte Methoden der Ausspähung oder eindeutige Verbote - alle diese Strategien erfordern jedenfalls mehr Zentralismus und vor allem eine Stärkung des Staates. Die 'Ökokraten' werden wohl kaum die industrielle Lebensweise in Frage stellen, nur um die Belastung der Natur zu reduzieren, also bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihr ganzes Geschick, ihren Weitblick und die neuesten technologischen Mittel einzusetzen, um die zahllosen gesellschaftlichen Aktivitäten zum Gleichlauf zu bringen - ein Szenarium wie für einen Orwell-Roman.

Die wahre historische Aufgabe stellt sich anders und kann nicht ökokratisch formuliert werden: wir müssen uns fragen, wie ökologische Gesellschaften aussehen könnten, die mit weniger Regierungsgewalt und weniger Expertenmacht auskommen.

Der ökokratische Diskurs der 1990er Jahre wird in Umrissen bereits deutlich: ausgehend von der begrifflichen Verbindung von 'Umwelt' und 'Entwicklung', und kognitiv gestützt auf die Theorie der Ökosysteme, soll ein neues Niveau der administrativen Überwachung und Lenkung erreicht werden. Die Logik des Wettbewerbs in der Produktion, auf die das globale Ökologieproblem zurückgeht, bleibt unhinterfragt, Ökologie wird stattdessen reduziert auf eine Reihe von Lenkungsstrategien, die auf eine effizientere Nutzung der Ressourcen und die Handhabung der Risiken gerichtet sind.

Kulturelle Gleichschaltung der Welt

Damit erscheint als technisches Problem, was man doch letztlich als entscheidendes Dilemma begreifen müßte: unsere Zivilisation ist in eine Sackgasse geraten, weil sich das bereits erzielte Niveau der Produktion selbst im Norden als unhaltbar erweist - ganz zu schweigen vom Rest der Welt. Eine Grundsatzdebatte, wie man sie über Fragen der öffentlichen Moral führen muß (und dazu gehört die Frage, wie das Leben der Gesellschaft organisiert sein soll, was, wieviel und in welcher Weise produziert und konsumiert werden soll) wird allerdings nicht stattfinden, wenn sich die Ökokratie durchsetzt. Die Zielvorstellungen des Westens werden dann weiterhin fraglos als richtig gelten, und zwar weltweit.

Gesellschaften, die ihre Anstrengungen nicht vollständig auf die Produktion richten wollen, und ganz bewußt bereit sind, einen geringeren Güterdurchsatz in Kauf zu nehmen, wird man sich irgendwann nicht mehr vorstellen können. Dabei wäre eine Vielzahl von Zukunftsperspektiven für Gesellschaften denkbar, die das Niveau ihrer materiellen Produktion beschränken, um sich anderen Idealen zu verschreiben, die aus ihrer Tradition erwachsen. Doch alle Bemühungen, dieses Spektrum der Möglichkeiten zu erfassen, könnten am Ende vergeblich sein: die Ökokraten haben keinen Blick für die Vielfalt, die sich außerhalb der westlichen Wirtschaftsgesellschaft bietet.

Wolfgang Sachs

Vorabdruck aus:
Wie im Westen so auf Erden,
Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik
Mit freundlicher Genehmigung des rororo-Taschenbuchverlags. Voraussichtlicher Erscheinungstermin Herbst 1992, 24,80 DM

Anmerkungen:

1) V. Hauff (Hg.), Unsere gemeinsame Zukunft.: Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven: Eggenkamp, 1987,

2) D. Hopper, The World Bank's Challenge: Balancing Economic Need With Environmental Protection. Seventh Annual World Conservation Lecture, 3. März 1988.

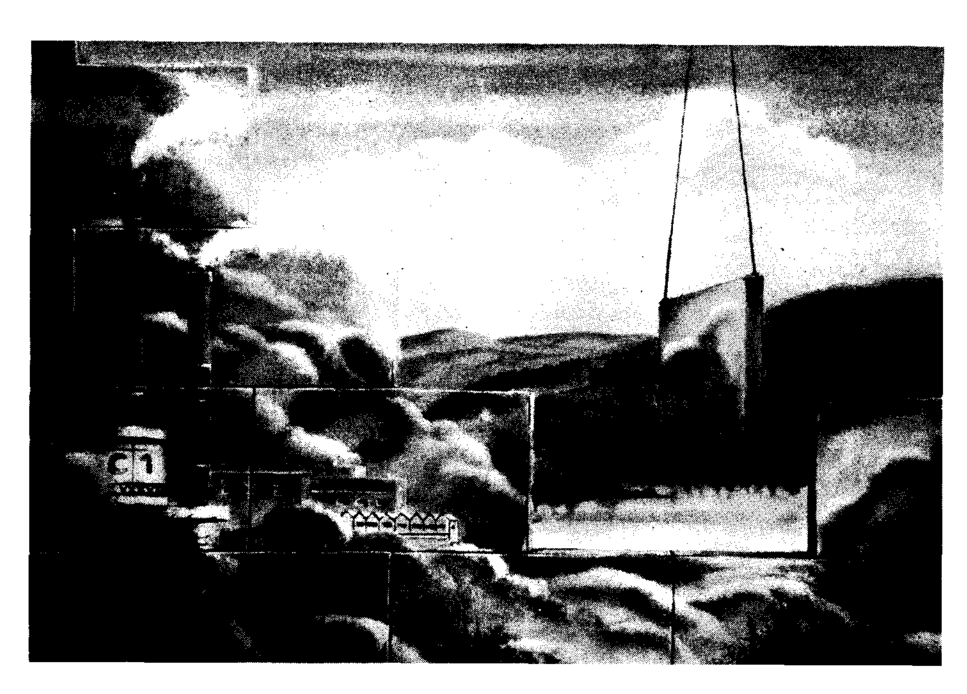
3) V. Shiva, Staying Alive: Women, Ecology and Development, London: Zed Books, 1989, S.219



Illusion und Realität

Der Ausstieg aus der Industriegesellschaft als letzte Chance

Leopoldo Mármora beschreibt das "unlösbare Dilemma" der 70er Jahre so: "Sowohl ein Nullwachstum... mit unbedachten Folgen für die Armen in den Entwicklungsländern und daraus resultierenden Konflikten um die Verteilung des Reichtums der Nationen als auch ein fortgesetztes Wachstum... mit... schließlicher Zerstörung der Umwelt sowie der Rohstoffbasis würden... zur Verschärfung globaler Destruktionspotentiale führen."[1]



Um aus diesem Dilemma herauszukommen, sind in den letzten Jahren bewußt vier Illusionen gebastelt worden, woran sich auch Mármora beteiligt hat. Es sind die Illusionen, [1] daß Ressourcenverbrauch dank Technologie trotz Wachstums reduziert werden kann; [2] daß technologischer Umweltschutz machbar ist;[3] daß Entwicklung und Umweltschutz kompatibel sind; (Stichwort: nachhaltige Entwicklung) und [4] daß eine aktive Weltmarktintegration eine umweltschonende Entwicklung in der Dritten Welt ermöglichen kann.

Der Zweck der ersten und zweiten Illusion ist es, die Industriegesellschaften konkret und als Modell für die übrige Welt zu retten. Der Zweck der dritten und vierten ist es, den Ländern der Dritten Welt den Glauben zu stärken, sie könnten sich auch industrielle Entwicklung leisten, ohne ihre natürliche Lebensgrundlage zu ruinieren. Dies geschieht im Namen der Beseitigung der Armut.

Diese Illusionen sind argumentativ miteinander verbunden. Dabei dienen die ersten zwei als Glaubenssätze, aus denen die letzten zwei abgeleitet werden. Es wird nicht nur geglaubt, daß technologischer Fortschritt die Umwelt retten kann, es wird auch behauptet, daß Armut eine der Hauptursachen der Umweltzerstörung sei.[1a] Daraus wird abgeleitet, daß Armut beseitigt werden muß, um die Umwelt zu schützen. Das heißt Entwicklung, das heißt: Produktivitäts- und Produktionssteigerung durch Industrialisierung muß sein. Und Industrialisierung ist auch notwendig, so das Argument, um die Geräte für technologischen Umweltschutz herstellen oder aus anderen Ländern importieren zu können. Die Logik ist scheinbar perfekt.

Ist nachhaltige Entwicklung möglich?

Die Autoren des Brundtland-Berichts meinen, "ein schnelleres Wirtschaftswachstum in Industrie- und Entwicklungsländern sei notwendig, wenn große Teile der Dritten Welt wirtschaftliche, soziale und ökologische Katastrophen abwenden sollen." . Sie kennen zwar die Angst von vielen, daß "eine schneller wachsende Weltwirtschaft ökologische Probleme nach sich ziehen wird, die nicht geringer sein werden, als die durch die wachsende Armut verursachten Probleme". Doch sie stellen "ermutigende Trends" fest, die angeblich belegen, daß "künftige Modelle der land- und forstwirtschaftlichen Entwicklung, des Energieverbrauchs, der Industrialisierung und menschlichen Besiedlung weniger materialintensiv und damit ökonomisch effizienter und ökologisch verträglicher gestaltet werden können".[2]

Hier ist Skepsis angebracht. In seinem nur zwei Jahre vor dem Brundtland-Bericht erschienenen Buch zitiert F.E. Trainer vergleichende Zahlen aus den Nachkriegsjahren bis Ende der 1970er Jahre, um genau das Gegenteil zu belegen.[3] Er schreibt: "Wenn technologischer Fortschritt uns retten soll, dann muß er rapide Reduktionen in der Menge von Energie, Maschinerie und Kapital zustande bringen, die notwendig ist, um eine Einheit von Output zu produzieren; aber in der Praxis finden wesentliche Anstiege statt."

Er zitiert auch andere Autoren, die 1979 und 1980 meinten, daß technologiebedingter Ertrag im allgemeinen zurückgeht. Wie unglaubwürdig optimistische Zahlen auf diesem Gebiet sind, zeigt Mármora selbst. Er berichtet von zwei Studien von Martin Jänicke. In der ersten, 1985 veröffentlichten Studie zeigte Jänicke,


Auch "Öko-Autos" steigern die Entropie!

daß das seit 1973 erzielte industrielle Wachstum mit weniger Rohstoffen und Energie erzeugt wurde. Die zweite, die die Zeitspanne 1982-1988 erfaßt, zeigt aber eine gegenläufige Tendenz. "Das spontane 'Delinkage' zwischen BIP und Ressourcenverbrauch ... ist ... wieder rückgängig. Sogar der vielzitierte Primärenergieverbrauch steigt seitdem wieder schneller als das BIP."

Klar, wo es Verschwendung gibt, wird allein deren Beseitigung die Effizienz des Ressourcenverbrauchs erhöhen. Auch technologische Innovationen können diese Effizienz steigern. Aber irgendwann wird das Optimum erreicht sein. Danach wird z.B. eine zwei Kilometer lange Autofahrt doppelt soviel Benzin benötigen wie eine ein Kilometer lange. Wir können uns kein Auto vorstellen, das nur mit Luft angetrieben wird. Nach Erreichung jedes Optimums tritt auch das Gesetz abnehmenden Grenzertrags inkraft, im Kontext unseres Themas, abnehmende Effizienz des Ressourcenverbrauchs. Das ist wahrscheinlich die Erklärung für die unterschiedlichen Befunde der zwei Studien von Jänicke.

Aber egal, wie effizient Ressourcenverbrauch auch sein mag, solange sie nicht erneuerbar sind, werden alle Ressourcen bei fortgesetztem Wirtschaftswachstum, ja auch bei Null-Wachstum, über kurz oder lang erschöpft sein. Was Recycling betrifft, kann wegen des Entropiegesetzes Energie gar nicht und Materie nur begrenzt wiederverwertet werden.[4]

Organische Rohstoffe sind zwar erneuerbar, aber sie wachsen langsam und beanspruchen knappe, fruchtbare Erdoberfläche. Ihr Raum- und Zeitbedarf machen sie zu begrenzten Ressourcen, d.h. sie dürfen nur in begrenzter Menge und in einem begrenzten Tempo verbraucht werden, wenn sie nicht erschöpft werden sollen.

Es herrscht auch der Glaube, daß die unerschöpfliche Solarenergie die Lösung aller Energieprobleme bieten könnte. Aber auch das ist eine Illusion. Da, wie Nicholas Georgescu- Roegen zeigt, die Herstellung der für die Sammlung der Sonnenenergie notwendigen riesigen Ausrüstung, die zudem alle 15-20 Jahre ersetzt werden muß, Technologien benutzt, die auf fossilen Brennstoffen beruhen, ist Sonnenenergie keine Lösung des Ressourcenproblems. Nicht nur das. Er zeigt: "jedes gegenwärtige, brauchbare Rezept für die direkte Nutzung der Solarenergie verursacht ein Defizit in der allgemeinen Energiebilanz; das heißt, jedes solche Rezept verbraucht indirekt mehr Energie in (einer) anderen Form(en) als es direkt produziert."[5]

Der Mythos des Postindustrialismus

Mensch hört heutzutage oft modische Begriffe wie Informationsgesellschaft, post-maturity economies (postreife Wirtschaften), Dienstleistungswirtschaften usw. Sich auf die Tatsache beziehend, daß z.B. in den USA sechs von zehn Arbeitnehmern in irgendeiner Form Informationen verarbeiten, reden einige Vulgärumweltschützer von einer "Dematerialisierung" der Industriegesellschaften, die angeblich ermöglicht, daß diese sehr viel weniger Ressourcen verbrauchen als früher.[6] Daß dies reiner Unsinn ist, haben sogar die Autoren des Brundtland-Berichts erkannt. Sie schreiben: "...selbst die fortgeschrittensten Industriewirtschaften hängen von der ständigen Versorgung mit Fertigwaren ab. Egal ob im Land produziert oder importiert, benötigt ihre Herstellung weiterhin große Mengen an Rohstoffen und Energie."

Hier ist gesunder Menschenverstand nützlich. Erstens, wenn die energie- und materialintensiven Zweige der Wirtschaft in unterentwickelte Länder verlagert werden, sieht zwar die Bilanz der hochentwickelten Wirtschaften besser aus, aber die Bilanz der Weltwirtschaft bleibt unverändert. (Das gleiche gilt auch für die Umweltzerstörungsbilanz.) Es ist ein Nullsummenspiel. Zweitens, wenn mensch nicht bloß auf die Produktionsseite starrt, sondern auch einen Blick auf die Konsumseite wirft, wird klar, wie schlecht die Bilanz der hochentwickelten Wirtschaften ist. Für eine Einheit realen oder Nettokonsum verbraucht deren Durchschnittsbürger ungeheuer viel mehr Ressourcen als der Durchschnittsbürger der unterentwickelten Länder. Der nur Information verarbeitende Arbeitnehmer der USA braucht ja weiterhin Autos, Kühlschränke, Urlaub, Hamburger usw. Der Mensch mit gesundem ökonomischen Menschenverstand weiß, daß 20 Prozent der Menschheit, die in den hochentwickelten Industrieländern leben, 80 Prozent der Ressourcen der Erde verprassen. Daten kann mensch nicht essen. Was noch schlimmer ist: ein effizienteres und schnelleres Sammeln und Verarbeiten von Daten führt nicht nur zu effizienterem, sondern auch, wenn alles so bleibt wie heute, zu beschleunigtem und daher erhöhtem Ressourcenverbrauch.

Ist technologischer Umweltschutz möglich?

Da allgemein davon ausgegangen wird, daß die Umweltbelastung durch Produktion in direktem Verhältnis zum Ressourcenverbrauch steht, ist logisch zu erwarten, daß Reduzierung des Ressourcenverbrauchs pro Produktionseinheit zusätzlich noch zur Reduktion der Umweltbelastung trotz Wirtschaftswachstums führen würde. Doch die erstere Reduzierung ist im weltwirtschaftlichen Maßstab unwahrscheinlich. Ist es möglich, zumindest die Umweltbelastung pro Produktionseinheit durch technologische Innovation oder vermehrte Anwendung schon bekannter Umwelt-



technologien direkt (d.h. ohne den Umweg der Reduzierung des Ressourcenverbrauchs) zu reduzieren?

Es ist durchaus vorstellbar, daß in der Anfangsphase einer Technologie bzw. eines Industriezweiges die Umweltbelastung pro Produktionseinheit wesentlich reduziert werden kann - durch neue Ideen und ohne viel Aufwand. So ist es in dieser Phase nicht unvorstellbar, daß die absolute Umweltbelastung bei steigender Produktion sinkt. Aber wie hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs wird auch in dieser Hinsicht irgendwann das Optimum erreicht sein, die Technologie bzw. die Industrie wird Reife erreichen. Danach wird jede Produktionssteigerung durch proportionale oder sogar überproportionale Steigerung der Umweltbelastung begleitet werden.

In den meisten Fällen aber ist Reduzierung der Umweltbelastung pro Produktionseinheit nur durch erheblichen Aufwand von Energie und anderen Ressourcen möglich. Und das verursacht seinerseits Umweltbelastung - nur einer anderen Art und anderswo. Zum Beispiel kann die SO_2-Emission aus Kraftwerken beseitigt werden, aber das erfordert sehr viel Aufwand, u.a. 3 Prozent des produzierten Stroms. Das bedeutet, daß mehr Kohle verfeuert werden muß, was mehr CO_2-Emission verursacht. Außerdem trägt die Herstellung der Filteranlage selbst zur Umweltbelastung bei. Und da die Lebensdauer aller Filteranlagen begrenzt ist, müssen sie immer wieder ersetzt werden. Gleiches gilt wahrscheinlich auch für bloße industriell-technologische Maßnahmen zur Reduzierung des CO_2-Ausstosses. So gesehen ist auch die Solarenergie nicht ganz ökofreundlich.

Zudem bedeutet oft Reduzierung der Umweltbelastung nur eine Verdünnung und breitere Verteilung der Emissionen (Politik der hohen Schornsteine). Sie kann auch nur bedeuten, daß mensch die Umweltgifte auffängt und anderswo deponiert, was zu bekannten Deponieproblemen führt. Ein anderer Aspekt der Problematik ist, daß im Laufe der Zeit die industrielle Produktionsweise - mit, aber auch ohne Wachstum - immer schwierigere Aufgaben bewältigen muß. Schon heute muß wegen Öl in der Nordsee und in Alaska gebohrt werden. Auch für Kohle und andere Erze muß immer tiefer und in immer schwierigeren Regionen geschürft werden. Das alles wird unweigerlich erhöhte Umweltbelastung nach sich ziehen. Technologische Innovationen allein werden solche Mehrbelastungen sicher nicht verhindern können.

Bei Fragen der Umweltbelastung dürfen wir also nicht isoliert auf ein Problem schauen. Es kommt auf den Nettogewinn für die gesamte Umwelt der Erde an. Und der kann heute bei steigender Produktion nur zurückgehen.

Die genannten Illusionen sind auch in der Dritten Welt weit verbreitet, selbst unter Ökologen, die nur von alternativer Entwicklung reden. Hier zwei Beispiele aus Indien: D'Monte, der einsieht, daß es unmöglich ist, für alle Inder Behausungen aus Zement und Ziegelsteinen zu bauen, propagiert verbesserte Lehmhäuser. Nichtsdestotrotz will er für Indien Technologien des 21. Jahrhunderts wie Satelliten und Solarenergie.[7] Agarwal denkt an "verbesserte Lehmhäuser mit einem ausgezeichneten Telephonsystem und kompostierenden Toiletten plus einen mit Absaugepumpen ausgestatteten Lastwagenpark."[8]

Was nützt aktive Weltmarktintegration?

Die meisten Dritte-Welt-Länder müssen, wenn sie solche und andere moderne (Umwelt-)Technologien haben wollen, diese importieren. Mármora gibt eine Strategieempfehlung für sie: "Eine aktive ...Weltmarktintegration auf der Grundlage immer höherwertiger Güter und Dienstleistungen, mit einem zunehmenden Grad an nationaler Weiterverarbeitung in Industrie und Landwirtschaft würde... dazu führen, daß der Ressourcenanteil kontinuierlich sinkt, die finanziellen und strukturellen Bedingungen für die Einführung umweltschonender, energie-



sparender Technologien geschaffen und somit die Umweltbelastung von den Wachstumsraten der Produktion... abgekoppelt bzw. absolut reduziert werden kann." Komplementär dazu fordert er den ökologischen Umbau der Industriegesellschaften.

Ich habe oben ausgeführt, warum Mármoras in diesem Zitat ausgedrückte Hoffnungen Illusionen sind. Und an anderer Stelle habe ich nachgewiesen, daß eine ökologische Industriegesellschaft ein schwarzer Schimmel ist.[9] Nur eins kann nicht bestritten werden, nämlich, daß ein bei der Ausführung dieser Strategie erfolgreiches Land mehr Geld (Devisen) haben würde, um Umwelttechnologien einzuführen. Mármora merkt aber nicht, daß er nur ein Nullsummenspiel vorschlägt. Wenn alle (oder auch nur einige) heute unterentwickelten Länder auf dem Weltmarkt mehr hochwertige Güter und Dienstleistungen verkaufen, dann können die heute hochentwickelten Länder proportional weniger davon verkaufen. Die letzteren brauchen aber auch "Hunderte von Milliarden Mark" oder "enorme Summen", um ihre Industriegesellschaften ökologisch umzubauen, was Mármora von ihnen fordert. Dieses Dilemma kann anscheinend nur durch ein Wunder gelöst werden. Durch Mármoras Strategie können Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung nur umverteilt, nicht aber im globalen Maßstab reduziert werden, es sei denn, daß gleichzeitig die materielle Produktion im globalen Maßstab sinkt. Aber Mármora hat das nicht gefordert. Im Gegenteil, er scheint weiteres globales Wirtschaftswachstum zu befürworten, indem er von "Versöhnung von ökonomischem Wachstum... und Naturschutz" redet.

Das Fazit dieser Ausführungen: nachhaltige Entwicklung ist nicht möglich, es sei denn, wir verstehen unter Entwicklung etwas anderes als Wirtschaftswachstum. Auch theoretisch ist der Begriff in einer begrenzten Welt ein Widerspruch in sich. Es kann natürlich ausdrücklich gesagt werden, daß nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur bis zu einem bestimmten Punkt möglich ist. Aber dann ist der Gebrauch des Wortes "nachhaltig" unsinnig.

Wir wissen, daß die Weltwirtschaft diesen Punkt längst überschritten hat. 1989 verglich Dennis Meadows die Menschheit mit einem Selbstmörder, der schon aus dem Fenster gesprungen ist.[10]

Der Ausweg aus dem Dilemma

Der einzige logische Ausweg aus dem Dilemma ist der Ausstieg aus der Industriegesellschaft. Eine industrielle Wirtschaft basiert hauptsächlich auf Verbrauch von nichterneuerbaren und nur zum Teil wiederverwertbaren Ressourcen. Allein aus diesem Grund ist sie langfristig unhaltbar. Die unvermeidlichen Umweltbelastungen und die Nichtverallgemeinbarkeit dieser Art Wirtschaft kommen dazu.

Es wird oft behauptet, jedes menschliche Wirtschaften sei ein Eingriff in die Natur, stehe also im Gegensatz zu ihr. Das ist Unsinn. Erstens hat die Natur auch eine gewisse Fähigkeit, unsere Eingriffe zu ertragen. Und zweitens ist eine Wirtschaft durchaus vorstellbar, die diese Fähigkeit der Natur nicht strapaziert. Alfred Howard stellte schon in den 1940er Jahren fest, daß die traditionelle Landwirtschaft in Indien und China ökologische Perfektion erreicht hatte. Er schrieb: "Die landwirtschaftlichen Praktiken des Orients haben den höchsten Test bestanden - sie sind fast so beständig wie die des Urwalds, der Prärie oder des Ozeans."

Ähnliches kann auch über die präindustrielle Landwirtschaft Europas gesagt werden. Wahrscheinlich können mit ausschließlich präindustrieller Landwirtschaft alle Menschen der Erde nicht mehr ernährt werden. Aber schon allein durch eine starke Reduzierung des Fleischkonsums kann der Zwang, industrielle Hilfsmittel zu benutzen, erheblich reduziert werden. 1977 schrieb Malcolm Caldwell

unter der Überschrift "Die alternative Zukunft": "Ein post-überentwickeltes Britannien würde auf einem landwirtschaftlichen Sektor beruhen, der einen sehr viel höheren Prozentsatz der verfügbaren Arbeitskräfte beschäftigt;...bei Lebensmitteln würde Britannien selbstversorgend sein. ... Das britische Essen wird modifiziert werden, mit einer kleineren Fleischkomponente."[12]

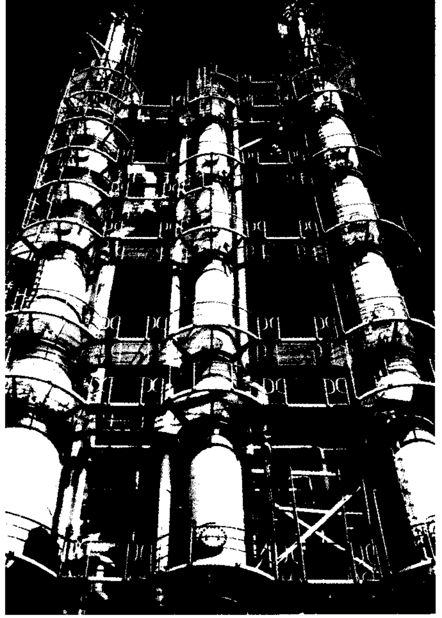
Das ist nicht nur ein Traum. Caldwell zitiert Kalkulationen, nach denen diese Selbstversorgung leicht machbar ist. Außerdem gibt es keine Regel, daß die Weltbevölkerung unbedingt 5 Milliarden oder mehr zählen muß. Ein allmählicher Ausstieg aus der Industriegesellschaft muß mit einer allmählichen Reduzierung der Weltbevölkerung einhergehen. Wie das zu machen ist, darauf gibt es Antworten genug, aber ich kann aus Platzgründen hier nicht darauf eingehen.

Aber das allein wird nicht genügen. Da Wirtschaftswachstum, sogar Nullwachstum, mit gleichzeitiger Abnahme von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung im Weltmaßstab eine Illusion ist, ist es ein kategorischer Imperativ, daß die Weltwirtschaft nicht bloß stagnieren, sondern schrumpfen muß, wenn die Kassandrarufe von Menschen wie Dennis Meadows ernst genommen werden sollen.

Der Naturwissenschaftler Wolfram Ziegler hat die "Gesamtlast", mit der wir mit dem heutigen "Energie- und Materialdurchsatz" auf die Biosphäre drücken, errechnet und ist zu dem Schluß gekommen, daß es eine "Naturnotwendigkeit" ist, daß wir diese Gesamtlast "um eine Zehnerpotenz" zurücknehmen. Das wäre nach Ziegler ein Rückgang auf ein Niveau, das vor hundert Jahren herrschte, und das wäre notwendig, um nur die Biosphäre noch vor unserem "Schadensprodukt" zu retten.[13] Das bedeutet, wir müssen global neue Wirtschaftsformen entwickeln, die hauptsächlich erneuerbare Ressourcen verbrauchen und dies in einem Tempo tun, in dem sie erneuert werden. Da in solchen Wirtschaftsformen die problematischen und die nichterneuerbaren Ressourcen nur noch dort benutzt werden dürfen, wo sie unvermeidlich sind, muß der Großteil der Arbeit mit menschlicher und tierischer Arbeitskraft verrichtet werden. Solche Wirtschaftsweisen werden den heutigen Gegensatz Mensch/Natur aufheben können.

Und die Armut?

Ich habe oben gesagt: "neue Wirtschaftsformen entwickeln". Das bedeutet, daß kein einfacher Rückzug in alte Formen stattfinden darf. Denn in fast allen bisherigen Wirtschaftsformen gab es eine reiche ausbeutende und unterdrückende Minderheit, und die arme, ausgebeutete und unterdrückte Mehrheit. Eine solche Situation kann in keiner


Weg damit!

Zukunftsgesellschaft akzeptiert werden, selbst wenn sie ganz ökologisch wirtschaftet.

Die modernen Industriegesellschaften konnten die entstehenden Klassenkonflikte dadurch entschärfen, daß sie den ausgebeuteten und unterdrückten Armen dank dem wachsenden BSP-Kuchen immer etwas mehr geben konnten. Dieser Ausweg aus sozialen Konflikten ist nicht mehr zulässig. Folglich muß Verteilungsgerechtigkeit in einer insgesamt schrumpfenden Weltwirtschaft stattfinden. Diese Forderung aber kann die kapitalistische Marktwirtschaft von ihrer inneren Logik her nicht erfüllen. Die Systemfrage kann also noch nicht begraben werden, wie Mármora denkt. Aber auch bei Verteilungsgerechtigkeit oder gar -gleichheit gibt es keinen Zweifel, daß bei einem Ausstieg aus der Industriegesellschaft nicht nur die Reichen, sondern auch große Teile der Arbeitnehmer weniger Güter und Dienstleistungen zum Konsumieren haben würden als heute. Aber es kann gehofft werden, daß in einer ökologischen egalitären Gesellschaft die Menschen ihr Glück nicht im Konsum von materiellen Dingen suchen würden, sondern in nichtmateriellen Dingen wie z.B. Beziehung von Menschen zueinander.

Ist dieser Ausstieg nur ein romantischer Traum?

Diese Forderung hat nichts mit Romantik zu tun. Sie basiert auf harten Fakten, auf harter Logik. Der Ausstieg ist eine Notwendigkeit, kein Traum. Wenn die Menschheit längerfristig überleben will, dann hat sie keine Wahl. Es ist eher unser bisheriger Kurs, der aus lauter Wunschträumen besteht, die schon heute in Alpträumen enden.

Aber vielleicht will die Menschheit überhaupt nicht längerfristig überleben. Georgescu-Roegen fragte schon 1972 verzweifelt: "Wird die Menschheit auf irgendein Programm hören, das eine Einschränkung ihrer Sucht nach exosomatischem Komfort impliziert? Vielleicht ist das Schicksal der Menschheit eher, ein kurzes, aber leidenschaftliches, aufregendes und extravagantes Leben zu haben, als eine lange, ereignislose und vegetative Existenz. Laßt andere Spezies, Amöben zum Beispiel, die keine spirituellen Ambitionen haben, eine noch durch reichlichen Sonnenschein bestrahlte Erde erben."[14]

Es ist schwer diese Frage zu beantworten, zumal heute nur eine kleine Minderheit der Menschheit ein extravagantes Leben führt. Aber wenn die Menschheit ein langes Leben haben will, dann ist ein Ausstieg aus der Industriegesellschaft nicht nur notwendig, sondern auch machbar. Zwar nicht über Nacht, aber ein Anfang kann schon heute gemacht werden. Das wird sicher bessere Bedingungen für spirituelle Ambitionen schaffen.

Saral Sarkar

Die "blätter" werden die Diskussion über eine Vereinbarkeit von Ökologie und Entwicklung fortsetzen. In der nächsten Nummer folgt eine Antwort von Leopoldo Mármora auf die Thesen von Saral Sarkar.

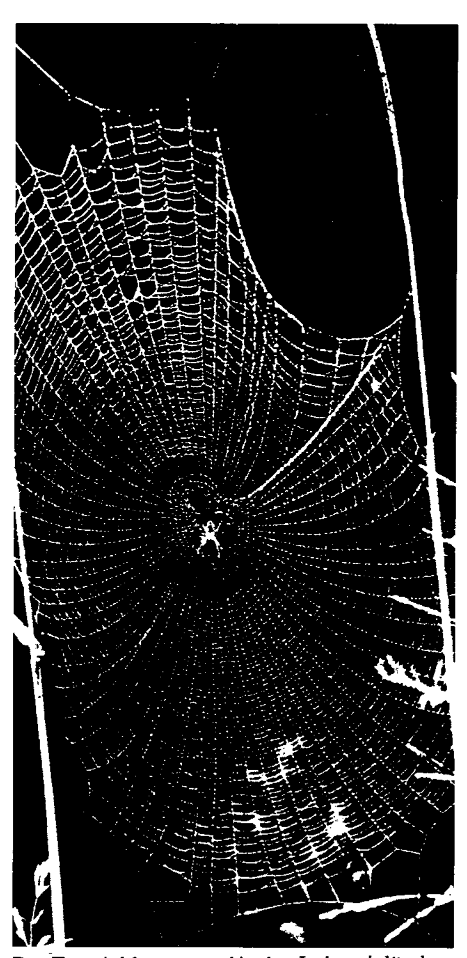
Anmerkungen:

1. Leopoldo Mármora: Ökologie als Leitbild der Nord-Süd-Beziehungen; in "Peripherie"; Nr. 39-40/1990;
1a. The World Commission on Environment and Development: Our Common Future; Oxford; 1987;
2. Ebd.
3. F.E. Trainer: Abandon Affluence!; London; 1985;
4. Vgl. (1) Nicholas Georgescu-Roegen: The Entropy Law and the Economic Process in Retrospect; (eine Publikation des IÖW in deutscher Übersetzung); Berlin; 1987; (2) Christian Schütze: Das Grundgesetz vom Niedergang; München; 1989
5. Nicholas Georgescu-Roegen: Technology Assessment - the Case of the Direct Use of Solar Energy; in "Atlantic Economic Journal"; Dezember 1978; S.19-20.
6. Vgl. Darryl D'Monte: Industrialism - Open Sesame or Dead-End?; Pune (Indien); 1987
7. Ebd.
8. Anil Agarwal: Between Need and Greed; in Anil Agarwal et al. (Hrsg.): The Fight for Survival; Delhi; 1987
9. Saral Sarkar: Ökologische Industriegesellschaft ist ein schwarzer Schimmel; in "Kommune"; Nr.2/1990.
10. Der Spiegel; Nr. 29/89
11. Zitiert nach Vandana Shiva: Staying Alive; Delhi; 1988;
12. Malcolm Caldwell: The Wealth of Some Nations; London; 1977;
13. Wolfram Ziegler, zitiert nach: Rudolf Bahro: Logik der Rettung; Stuttgart; 1987;
14. Nicholas Georgescu-Roegen: Energy and Economic Myths; New York etc; 1976; S. 35.



Chaos für Rio

Umwelt und Entwicklung aus der Sicht der "Neuen Naturwissenschaften"



Der Entwicklungsstand in den Industrieländern als komfortabler Endpunkt der Evolutionsgeschichte?

Kaum eine Konferenz im Rahmen der Vereinten Nationen hat im Vorfeld mehr Aufmerksamkeit erregt als die bevorstehende UNCED 1992. In den Ländern der Dritten Welt wird die "United Nations Conference on Environment and Development" vorwiegend unter entwicklungspolitischen Aspekten betrachtet, in den Medien hierzulande wird sie zumeist auf den Terminus "Weltumweltkonferenz" reduziert. Daß hier der Entwicklungsaspekt unterschlagen wird, hat seinen Grund:

Nachholende Entwicklung in der Dritten Welt wird in den Industrieländern zunehmend als Bedrohung und Beschneidung der eigenen Lebensqualität und der Zukunftschancen empfunden. Der eigene Entwicklungsstand erscheint vielen Menschen in den Industrieländern als komfortabler Endpunkt der Evolutionsgeschichte, als ein Stadium, in dem man sich ausruhen könnte, wenn nicht andere Weltbürger lästigerweise den gleichen Lebensstandard anstreben würden.

"Wenn, grob gerechnet, ein Drittel der Weltjahresproduktion an mineralischen Rohstoffen gebraucht wird, um die 6% der Weltbevölkerung (in den USA) auf ihrem Konsumptionsstandard zu halten, von dem man annimmt, daß ihn auch der Rest der Welt anstrebt, dann folgt daraus, daß beim gegenwärtigen Ressourcenangebot der US-Standard auf höchstens 18 % der Weltbevölkerung ausgedehnt werden kann und dabei nichts für die restlichen 82 % übrigbleibt .... Kein Land der Dritten Welt sollte die Hoffnung hegen, jemals den materiellen Überfluß (der USA) erreichen zu können."(Jeremy Rifkin, Entropie - eine neue Weltansicht; Hamburg 1982, S. 217)

Umweltpolitik für die Dritte Welt wird durch solche Modellrechnungen zu einer quasi naturgesetzlich vorgegebenen Aufgabe. Sie muß in erster Linie verhindernd tätig werden: Entwicklung in der Dritten Welt verzehrt die Ressourcen unserer Erde. Es muß also einerseits die Zahl der Menschen begrenzt werden, die um die knappen Ressourcen konkurrieren (Bevölkerungspolitik). Andererseits müssen sich die Staaten der Dritten Welt mit einem Anteil am globalen Ressourcenverbrauch zufrieden geben, der ihren momentanen Belastungsanteil der Biosphäre nicht oder nur unwesentlich übersteigt. Sie müssen auf Entwicklung (im herkömmlichen Sinne) verzichten, um die Stabilität des Gesamtsystems nicht zu gefährden.

Die Leitlinien für eine am Überleben des Gesamtsystems orientierte Weltentwicklung wurden bereits zu Beginn der 70er Jahre im ersten Bericht des Club of Rome vorgelegt: Nullwachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung. Auf der UN-Konferenz in Stockholm 1972 lehnten die Vertreter der Dritten Welt eine solche Nicht-Entwicklungstheorie kategorisch ab.

Falsche Entweder-oder-Logik

Betrachtet man die gegenwärtige Diskussion im Vorfeld der UNCED 1992, so gewinnt man den Eindruck, daß die Mehrzahl der Akteure über den Stand der 70er Jahre-Debatte über den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung nicht hinausgekommen ist. Es wird darüber gestritten, wessen Belastungsanteile die größten globalen Schäden verursachen, Regenwaldvernichtung und Methangasemissionen in der Dritten Welt werden gegen CO_2- und FCKW-Belastungen durch die Industrieländer aufgerechnet. Vertreter aus Entwicklungsländern insistieren auf "Ressourcensouveränität" und "berechtigten Entwicklungsinteressen" ihrer Länder, in Industrieländern wird Ressourcenvernichtung in der Dritten Welt als ein Problem "ökonomischer und ökologischer Sicherheit" gewertet, und, wie in einer kürzlich veröffentlichten CSU-Studie, mit der Option geliebäugelt, Wehrpflichtige der Bundeswehr mit grünen Helmen zum Bäume-Umarmen in den Regenwald zu schicken.

Kritische Stimmen zur UNCED 1992 beziehen sich überwiegend darauf, daß die Belange der einen oder anderen Seite im Kampf um globale Belastungsanteile nicht gebührend berücksichtigt werden, daß Naturschutz Entwicklungsinteressen geopfert werde oder, anders herum Entwicklung dem Naturschutz zum Opfer falle. Einige Kritiker äußern Zweifel an der Leistungsfähigkeit internationaler Großkonferenzen; sie werden als ein ungeeignetes und veraltetes Instrument zur Durchsetzung von Umwelt- und Entwicklungsbelangen gebranntmarkt.

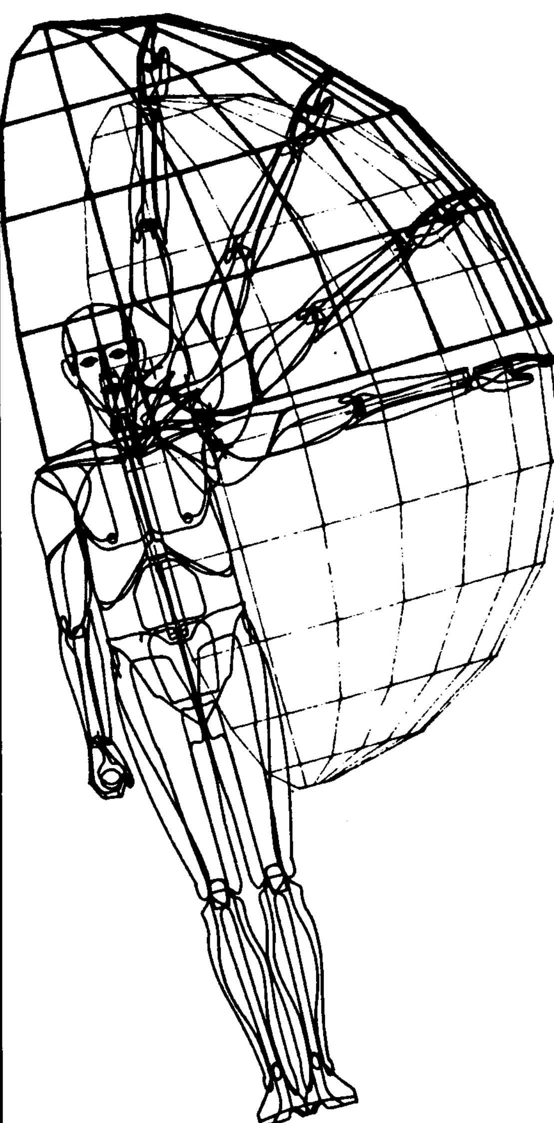
Eine Wiedergabe dieser Kritik soll den Leser(innen) erspart bleiben. Die UNCED mag ein ungeeignetes und veraltetes Instrument internationaler Politik sein, wesentlich ungeeigneter und veralteter sind die naturwissenschaftlichen Grundlagen, auf deren Basis im Bereich globaler Umwelt- und Entwicklungspolitik argumentiert wird. Auf den ersten Blick erscheinen sie plausibel, rational und naturgesetzlich determiniert.

Die theoretischen Grundlagen der globalen Ökologiedebatte, wie sie im Vorfeld der UNCED einmal mehr als unumstößliche Wahrheiten präsentiert werden, sind weder sonderlich plausibel, sie sind auch nicht rational, sondern eher emotio-

nal begründet, und naturgesetzlich determiniert sind sie schon gar nicht, sie sind schlicht falsch! Das Falsche existiert in zwei konkurrierenden Varianten, in der Idee der Modernisierung und in der Idee des Naturschutzes. Beide Ideen basieren jeweils auf dem Bild einer Welt, die nicht existiert.

Modernisierer leben in einer grenzenlosen Welt, die nicht durch Naturgesetze, sondern durch mathematische und ökonomische Axiome definiert ist.

Naturschützer haben die naturwissenschaftliche Weltansicht der Entropie verinnerlicht, die den Lauf der Welt als Zerfallsprozeß begreift - eine Theorie, die weniger naturgesetzlicher Realität, als dem Gemütszustand der Naturschützer entspricht.



Untersuchungsgegenstand der Chaostheorie ist nicht mehr das System im Gleichgewicht, sondern Entwicklungen im Bereich des "deterministischen Chaos"

Beiden Denkrichtungen gemeinsam ist die Entweder-oder-Logik, die Umwelt und Entwicklung als unvereinbare Größen begreift.

Variante 1: Die Welt der Modernisierer: "Entwicklung ist nötig."

(Alles ist machbar, Herr Nachbar!)

Variante 1 ist die Essenz der entwicklungspolitischen Großtheorien, der kapitalistischen Modernisierungs- und der marxistischen Dependenztheorie. Die Logik der Modernisierung heißt Ökonomie. Nach der ökonomischen Logik ist Natur etwas, was nutzlos und sinnlos herumliegt, bis der Mensch sich ihrer bedient, sie durch Transformation und Verwertung in seinen Dienst stellt. Der Mensch besitzt deshalb im Modernisierungsdenken einen höheren Stellenwert als die Natur, er ist das "Wirtschaftssubjekt", Natur dagegen gilt als unvollkommen, sie muß im Entwicklungsprozeß optimiert werden.

Solange noch Bedürfnisse des Menschen existieren, muß der Prozeß des Wachstums weitergehen. Wachstum kann also aus der Sicht der Modernisierer keine naturgesetzlichen Grenzen haben. Diese grenzenlose Welt hat wissenschaftliche Grundlagen, eine mathematische, physikalische und empirische. Die mathematische Basis ist der Zahlenstrahl: in der Mitte die Null, nach rechts und links strebt er gegen plus, bzw. minus unendlich. Zwischen diesen offenen Enden ist jede mathematisch korrekte Rechenoperation legitim, vorwärts und rückwärts sind lediglich in ihren Vorzeichen unterschieden. Fehlentwicklungen (etwa Umweltschäden) sind deshalb durch Entwicklung behebbar. Die Annahmen prinzipieller Berechenbarkeit und Reversibilität (Grundpfeiler Newtonscher Physik) treibt den Modernisierer geradewegs in den Planungs- und Machbarkeitswahn. Modernisierer neigen dazu, die Lösung der Weltprobleme mit einer Entwicklung ad infinitum anzugehen, die Natur dagegen klammheimlich einer Endlösung zuzuführen.

Variante 2: Die Naturschützer: "Entwicklung ist unmöglich."

(Es geht bergab!)

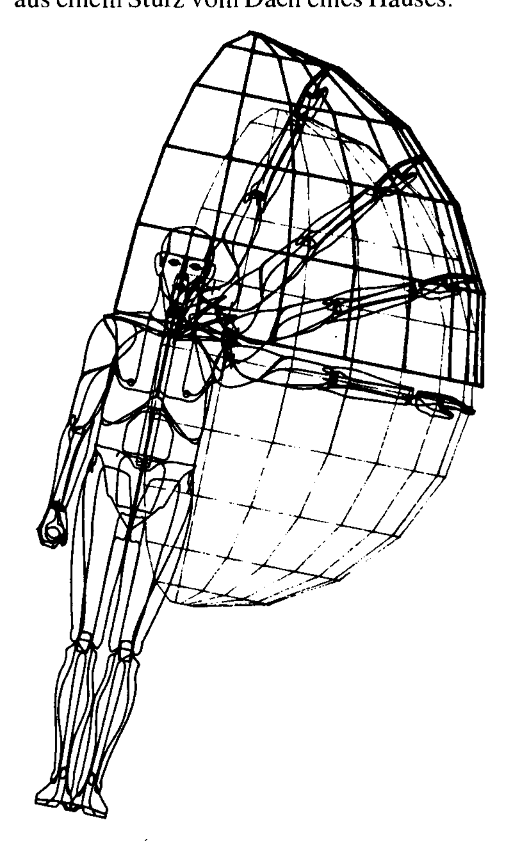
Seit nunmehr 150 Jahren ist bekannt, daß die Newtonschen Annahmen einer sinn- und richtungslosen Natur, die nach den Prinzipien der Reversibilität beliebig verplant und verwertet werden kann, nicht zutreffen. Clausius und Maier lieferten mit dem 2. Hauptsatz der Thermodynamik (Entropiegesetz, Thermodynamik des Gleichgewichtes) den Beweis, daß Natur sehr wohl eine Gerichtetheit aufweist: den Zerfall.

Jede Form von Entwicklung, von Transformation, von Aktivität in geschlossenen Systemen verringert nach der Entropietheorie den absoluten Bestand und die Qualität der Naturressourcen. Einziger Ausweg aus dem Zielkonflikt zwischen Umwelt und Entwicklung ist demnach die Nicht-Entwicklung, allenfalls die Magerkost einer "niederentropischen Entwicklung", wie sie der Protagonist der modernen Entropielehre, Nicolas Georgescu-Roegen, empfiehlt.

Die Entropielehre besitzt eine bemerkenswerte Analogie zum Weltbild des Konservativen. Die naturwissenschaftliche Lehre vom Zerfall paßt sehr gut in die "Früher war alles besser - Mentalität" und die politische Handlungsmaxime des "Bewahrens". Es ist deshalb einigermaßen verwunderlich, daß gerade die fundamentalistische Radikalökologie, die ihre Wurzeln in der links-progressiven Politik hat, mit den Ideen der Entropietheorie liebäugelt.

Entwicklungsprozesse auf allen Mikro- und Makroebenen haben nach der Entropietheorie eine Richtung: abwärts! Der Entropiesatz ist für alle geschlossenen Systeme universell gültig.

Kritik an dieser Universalitätsannahme, etwa aus der Ecke der Modernisierer, ist wenig stichhaltig, wenn sie sich nicht naturwissenschaftlich begründen läßt: Die mathematisch-empirische Beweisführung, wie sie etwa W. Leontief 1972 in einer von der UNO in Auftrag gegebenen Studie ("World 2000") anstellte, ist nicht statthaft. Aus der Beobachtung, daß es bisher keine Grenzen des Wachstums gab, lassen sich ebensowenig Schlußfolgerungen für die Zukunft ableiten, wie aus einem Sturz vom Dach eines Hauses:





die Annahme, daß man wohlbehalten unten ankommen, weil man zur Hälfte der Strecke noch heil ist, mag ein empirischer Beweis sein; durch die Naturgesetze werden wir schließlich auf unangenehme Weise eines besseren belehrt.

Eine Kritik an der Entropietheorie kann daher nur naturwissenschaftlich fundiert werden. Dies ist der sogenannten Chaostheorie in überzeugender Weise gelungen.

Chaostheorie: "Entwicklung ist möglich"
(Erfolgsrezepte der Natur)

Chaostheorie ist der populärwissenschaftliche Oberbegriff für eine ganze Reihe von Reformen, Neuerungen und Revolutionen innerhalb der Naturwissenschaften (Thermodynamik des Nichtgleichgewichtes, Nichtlineare Dynamik, Fraktale Geometrie, Synergetik, Quantentheorie, Koevolutionstheorie, Theorie dissipativer Strukturen, Theorie der Selbstorganisation, usw.) Die "Neue Naturwissenschaft" begreift im Gegensatz zu ihren statischen Vorgängern die (Um-) Welt als einen dynamischen Wandlungsprozeß, und löst damit die klassische Dichothomie von Umwelt und Entwicklung auf.

Chaostheorie stellt sowohl Prämissen des auf mathematisch-axiomatischen Prämissen beruhenden Weltbildes der Modernisierer, als auch die entropietheoretische Weltsicht der Naturschützer in Frage. Im einzelnen richtet sich die Kritik gegen folgende Annahmen:
- die Newtonsche Annahme der Reversibilität, der beliebigen Umkehrbarkeit von (Fehl-) Entwicklungen.
- die Laplacesche Annahme der Determiniertheit, wonach vollständige Information auch vollständige Berechenbarkeit von (Entwicklungs-) Planung ermöglicht.
- die kartesianische Annahme, daß das Ganze nicht mehr als die Summe seiner Elemente darstelle und die darauf basierende Methodik.
- die mechanistische Annahme, daß alle Systeme in Bewegung einem Gleichgewicht zustreben.
- die entropietheoretische Annahme, daß innerhalb geschlossener Systeme Zerfall die einzige Entwicklungsrichtung sei.
- die geisteswissenschaftliche Annahme, daß Entwicklung in der Natur nicht selbstorganisiert und zielgerichtet sein kann.

Chaostheorie und Politik

Die Übertragung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse auf die Politik ist, vorsichtig formuliert, nicht gerade populär. Das liegt zum einen an ihren unrühmlichen Vorgängern wie Sozialdarwinismus oder der nationalsozialistischen Rassenlehre mit ihren scheinwissenschaftlichen Theorien.

Zum andern herrscht in der politischen Theorie der kartesianische Geist der Aufklärung, eben jene Logik, die auch das Denken und Handeln der Modernisierer bestimmt. Danach transzendiert der Mensch seine natürlichen Grenzen und ist kein Bestandteil der Natur, des Objektes, er ist Subjekt, denn der Mensch denkt (wer lenkt, sei dahingestellt). Politik ist daher der normativen Kraft, dem Willen des Souveräns unterstellt und nicht Naturgesetzen, die das Verhalten von Wasserdampf in Reagenzgläsern bestimmen. Für Naturwissenschaft ist da kein Platz.

In den letzten Jahren hat sich dieses Bild geändert, seit die Vertreter der Chaostheorie das Subjekt in den Naturwissenschaften entdeckten. Mit den Forschungen der Quantenmechaniker geriet die Dichothomie Beobachter - Naturprozeß ins Wanken; das Eliminieren externer Einflüsse auf die Versuchsapparatur (zur Beobachtung subatomarer Vorgänge) erwies sich als prinzipiell unmöglich. Hatte Albert Einstein in seinen Theorien die prinzipielle Trennung von Materie und Energie wiederlegt, so bedeutete die Quantentheorie das Ende der Trennung von Mensch und Umwelt, von Subjektivität und Objektivität in der Naturwissenschaft.

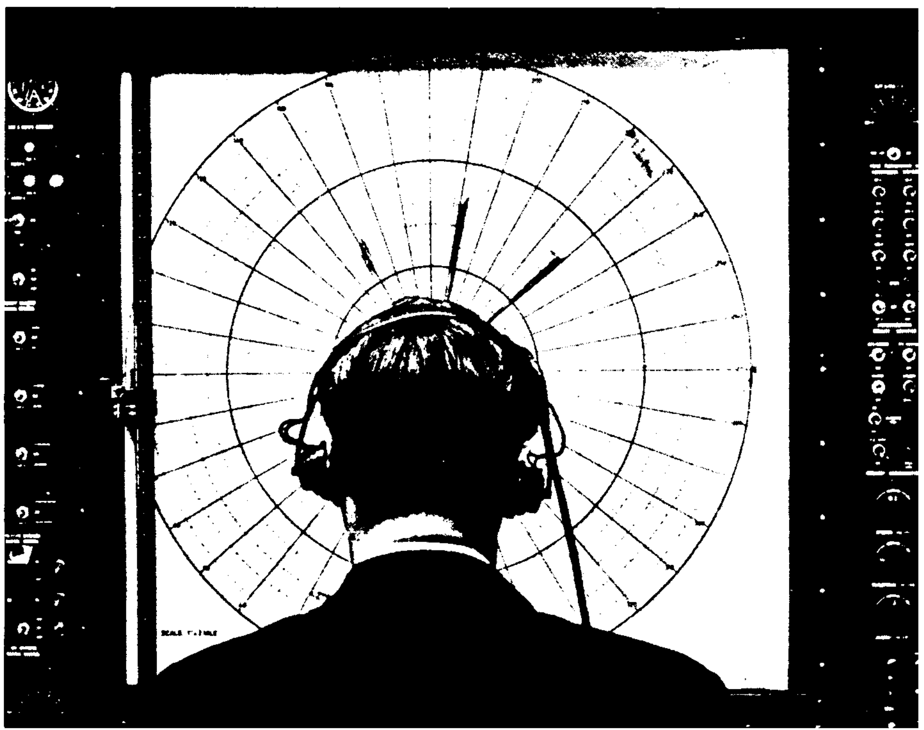
Insgesamt formuliert die Chaostheorie eine Anzahl von Entwicklungsprinzipien, die in der Natur beobachtet werden. Sie weichen von der alten Naturwissenschaft deshalb ab, weil die Technik heute ein viel breiteres Spektrum der Natur erfassen kann. Untersuchungsgegenstand ist nicht mehr das System im oder nahe am Gleichgewicht, sondern Entwicklungen im Bereich des "deterministischen Chaos".

Die Entwicklungsprinzipien, die im folgenden kurz angeführt werden, beschreiben nicht nur den Verlauf physikalischer Systeme; sie lassen sich ebenso auf Gesellschaftssysteme übertragen und führen im Bereich Entwicklungspolitik zu verblüffend einleuchtenden Analogien und Erklärungen.

So beschreibt Fritjof Capra am Beispiel eines Säugetieres die Umgehung der Entropiefalle: Dieses Säugetier gerät in eine Eiszeit. Zunächst wählt es die erprobte Strategie, die größere Temperaturdifferenz durch schnelleres Umherlaufen auszugleichen. Sinkt die Außentemperatur weiter, so führt die einfache quantitative Reparaturstrategie zum Entropiewachstum und irgendwann bricht das Tier tot zusammen. Natürliche Entwicklung kann die Entropiefalle durch qualitativen Wandel umgehen. Das Tier läßt sich ein dichteres Fell wachsen.

Qualitativer Wandel ist, übertragen auf Gesellschaftssysteme, immer dann notwendig, wenn lineare Entwicklung-Umwelt-Beziehungen aufbrechen und völlig neue Problemdimensionen auftreten. Man könnte das Beispiel der Sowjetunion anführen; sie ist in die Entropiefalle getappt. Der realsozialistische Block war ein geschlossenes System par excellence. Solche Systeme versuchen durch rein quantitative Strategien auf veränderte Umweltbedingungen zu reagieren, was die Kosten der Systemerhaltung (man denke nur an den enormen Stasiapparat) ständig erhöht, bis das System, wie geschehen, plötzlich zusammenbricht.

Gelungene Entwicklung bedeutet also immer auch Systemoffenheit, Bereitschaft zum qualitativen Wandel, zur Neu-



Die Dichotomie Beobachter - Naturprozeß geriet ins Wanken



definition von Entwicklungszielen, zu Nicht-Linearität. Die Theorie der Selbstorganisation gibt eine weitere Prämisse für Evolution vor: die Autonomie. Fern von Gleichgewichten durchläuft ein System Phasen der Unstetigkeit, des Chaos, an denen ein natürliches System geradezu selbst entscheidet, welchen Weg es einschlagen wird. Wird ein System zum Gleichgewicht gezwungen, fallen Evolutionsmöglichkeiten weg. Demokratie ist damit ebenso eine Voraussetzung für Entwicklung wie Vielfalt und Chaos.

Chaostheorie und Umweltpolitik

Welche Aussagen lassen sich aus der Chaostheorie nun für die Positionen zur Umweltpolitik ableiten, die Modernisierer und Naturschützer im Vorfeld der UNCED formulierten?

Modernisierer glauben an die prinzipielle Lösbarkeit des Umweltproblems innerhalb des marktwirtschaftlichen Rahmens. Die Vorschläge zur Internalisierung von Umweltkosten im internationalen Rahmen (Weltumweltfonds, etc.) sind wenig praktikabel. Chaostheoretisch ist eine globale Marktwirtschaft an sich gefährlich und entwicklungshemmend. Sie besitzt alle Merkmale einer Monokultur, verliert die Möglichkeiten der Systemöffnung und wird als ein geschlossenes System zum Entropiewachstum beitragen. Dieser Entropie fallen alle freien Güter der Welt zum Opfer, sie werden zu knappen Gütern, erhalten einen Preis oder verschwinden völlig. Das gilt insbesondere für Güter, deren Preis nicht bestimmbar ist, die aber für den Marktprozeß selbst, für die Lebensqualität Konsensfindung unentbehrlich sind, wie z.B. Vertrauen.

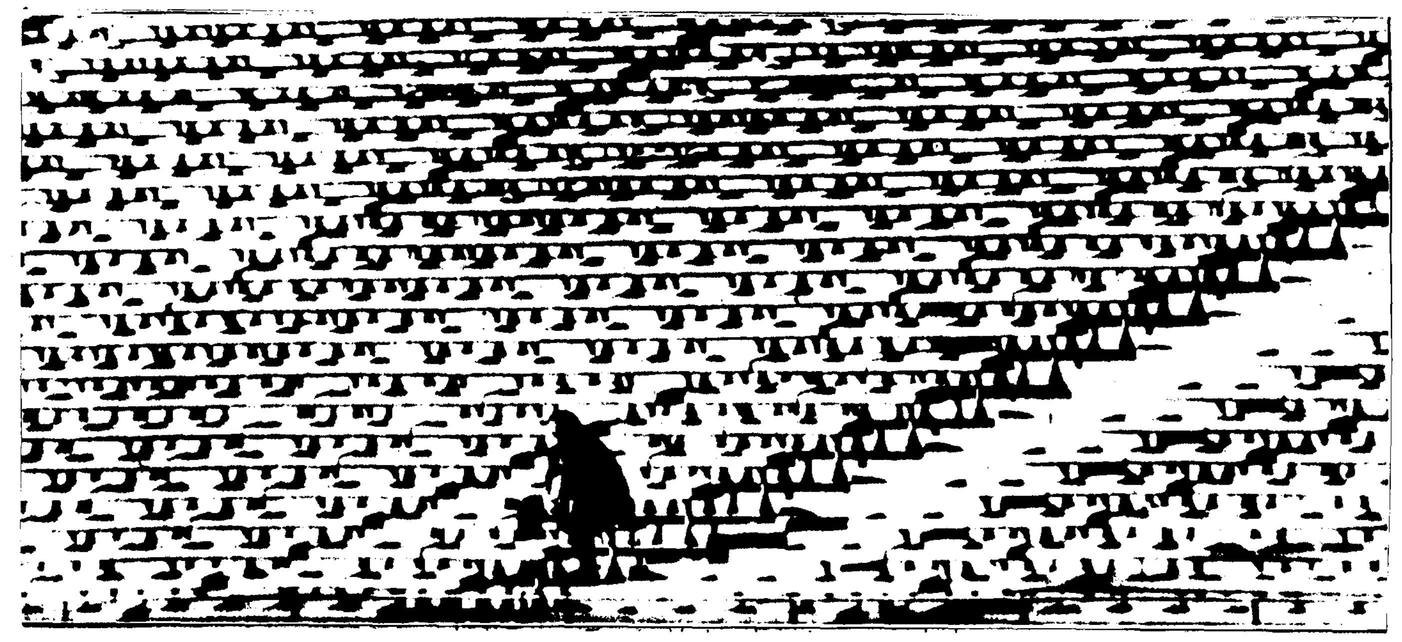
Eines der zentralen Anliegen der Naturschützer ist die Ausweisung von Naturparks in Entwicklungsländern. Aus chaostheoretischer Sicht sind solche Parks nicht zu empfehlen. Sie stellen einmal mehr ein geschlossenes System dar, Umwelt wird in Parks eingeschlossen, Menschen müssen draußen bleiben. Die Reservatsidee ist deshalb statisch und teuer.

Favorisiert werden nach der Chaostheorie alle Ansätze zu einem integrierten Naturschutz, indem sich ökonomische Entwicklungsinteressen und Naturschutz nicht ausschließen. Ein solcher Weg ist, am Beispiel der Tropenwaldregionen, die agroforstliche Nutzung des Waldes. Im Agroforst finden sich alle chaostheoretischen Erfolgsrezepte wieder: keine Entweder-oder-Logik, Vielfalt, Autonomie (Substinenz) und Systemoffenheit.

Die Beispiele zeigen, daß die "Neuen Naturwissenschaften" nicht nur graue Theorie enthalten. Im Gegenteil: noch nie war die Theorie so bunt wie heute. Warum soll nicht auch die krisengeschüttelte Entwicklungstheorie etwas von der Farbe abbekommen?

Stephan Hessler

Das Tier in der Entropiefalle. Sämtliche Bilder dieses Artikels aus der Zeitschrift "Wechselwirkung"





Stabilisierung des Klimas

Über die Notwendigkeit einer neuen Energiepolitik

Der durch Menschen verursachte Treibhauseffekt und der Ozonabbau in der Stratosphäre sind zu 80-90% durch den kapitalistischen Industrialisierungstyp verursacht und schädigen vor allem die Dritte Welt. Die Verantwortung und die technisch-ökonomischen Potentiale für die Lösung der hierdurch verschärften weltweiten Probleme liegen bei den Industriestaaten.

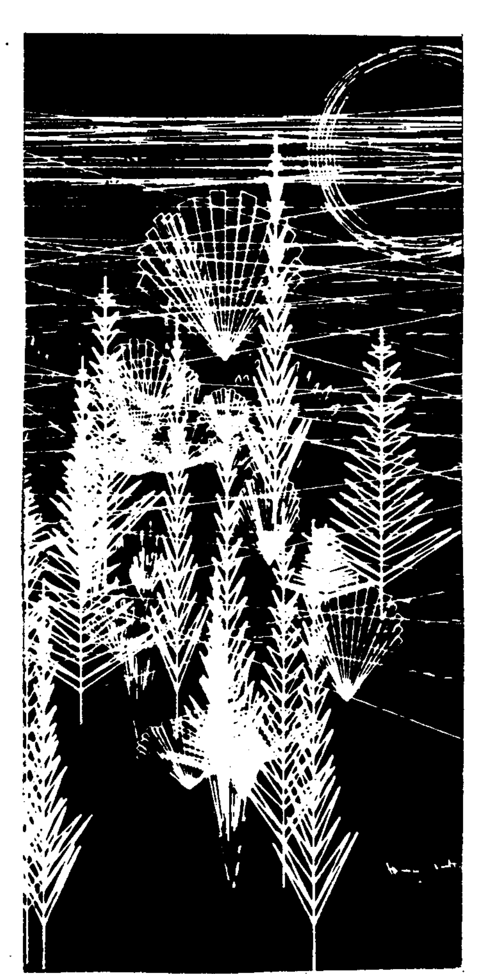
Bei den FCKWs sind die unmittelbaren Verursacher (etwa zwei Dutzend Hersteller in acht Ländern) ausschließlich und die mittelbaren Nutznießer (die Verbraucher) überwiegend in den Industrieländern konzentriert (ca. 80% des Weltverbrauchs). Die Ernteschäden durch verstärkte UV-B-Einstrahlung treffen aber vor allem die Ernährungsbasis der Dritten Welt.

Am Treibhauseffekt offenbart sich ein besonders krasses Mißverhältnis von historischer Verursachung durch die reichen Industrieländer und Betroffenheit der Ärmsten in der Dritten Welt. Die Überschwemmungs-Katastrophen in China und Bangladesh (mit Hundertausenden Toten) im Jahr 1991, vermitteln eine Vorahnung davon, daß die Existenz ganzer Völker und Staaten der Dritten Welt bedroht sein könnte.

Mit Klimamodellen läßt sich heute - unter realistischen Annahmen für die übrigen Spurengas-Emissionen (FCKW; Methan; troposphärisches Ozon; Distickstoffoxid) - errechnen, daß die Einhaltung einer Obergrenze für den Temperaturanstieg von zusätzlich zwei Grad Celsius bis zum Jahr 2100 voraussetzt, daß nur noch ein maximales "Budget" von rd. 300 Mrd.t Kohlenstoff (derzeit pro Jahr mehr als 5 Mrd.t) durch Verbrennung fossiler Energieträger in die Atmosphäre freigesetzt werden darf. Eine Weltkatastrophe wäre unvermeidbar, wenn jeder Bewohner der Dritten Welt mit bisher rd.225 kg CO_2 pro Kopf das gleiche "Verschmutzungsrecht" der Atmosphäre in Anspruch nehmen würde wie ein US-Amerikaner (oder Europäer) - also pro Kopf rd. fünf Tonnen Kohlenstoff pro Jahr (ein Europäer ca. zwei t) freisetzen würde.

Dies macht schlaglichtartig deutlich:

Eine wesentliche Ursache für die drohende Klimakatastrophe ist der steigende Energieverbrauch. Solange an der vorherrschenden Energiepolitik, die auf eine Ausweitung des Energieangebots abzielt, festgehalten wird, wird das Problem nicht in den Griff zu bekommen sein. Stattdessen ist eine risikominimierende Energiepolitik vonnöten, die vor allem Effizienzsteigerung und Dezentralisierung der Energieversorgung beinhaltet.



Automatisierter Wald. Grafik: Grace Hertlein

Ökologisch gesehen, sind die Industrieländer bankrott, ihre "Verschmutzungsrechte" der Atmosphäre sind aufgebraucht. Der Industrialisierungstyp des reichen Nordens ist nicht verallgemeinerungsfähig. Eine unveränderte Energie- und Verkehrspolitik der Industrieländer - insbesondere der USA - nach dem Motto "weiter so" - würde bereits für die nächste Generation der Kinder in der Dritten Welt die Katastrophe vorprogrammieren.

Politische Dimensionen von "Natur"-Katastrophen

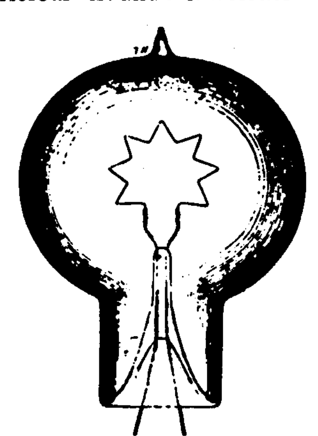
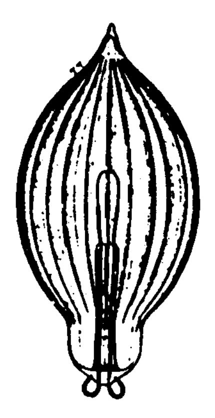
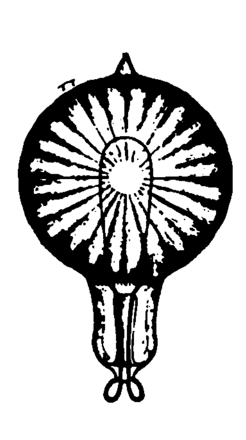
Die politischen Dimensionen der drohenden Klimakatastrophe werden bisher unterschätzt: Nicht nur mehr "Akzeptanz" für die Atomenergie könnte hierdurch erpreßt werden. Maßnahmen zur Eindämmung und Anpassung an den Treibhauseffekt könnten undemokratische Formen annehmen, die diejenigen eines "Atomstaats" noch in den Schatten stellen.

Die räumliche Globalisierung der Umwelt-und Klimakrisen erhält in zahlreichen Artikeln und Politikerreden immer mehr die ideologisch-politische Dimension einer "Volksgemeinschafts"-Politik im (weltweiten) Umweltschutz. Volksgemeinschaftsideologien hatten in Zeiten akuter Krisen schon immer Hochkonjunktur. Der Verweis auf "unser aller Betroffenheit" und das zu sichernde angebliche "Gemeinwohl", diente den Tätern historisch stets zur Entwaffnung des möglichen Widerstands der potentiellen Opfer und zur ideologischen Herstellung von Opferbereitschaft. Die Vorbereitung auf Opfer und Anpassung an scheinbar unvermeidbare Umweltkatastrophen ist möglicherweise auch einer der Gründe dafür, daß der Treibhauseffekt in der letzten Zeit eine derartige politische Aufmerksamkeit erfährt.

Die Gegenthese ist: Die heutigen und vor allem zukünftige "Natur"-Katastrophen sind in der Regel (außer bei Vulkanausbrüchen und Erdbeben) anthropogenen Ursprungs. So komplex die Ursachen und Folgen auch sein mögen: Es exi-

stieren immer konkret identifizierbare Haupttäter (Verursacher) und Hauptleidtragende. Jede (Natur-) Katastrophe hat eine spezifische soziale Verteilungswirkung; in der Regel verschärft sie bestehende Ungleichheiten und Ausbeutungsverhältnisse.

Je länger der notwendige ökologische und soziale Umbau der Industriegesellschaften hinausgezögert wird, desto mehr wächst die Gefahr, daß autoritäre Anpassungsstrategien an die menschgemachten "Natur"-Katastrophen an Boden gewinnen und die Krisenlasten auf die ohnehin Schwachen abgewälzt werden. Schon wird darüber diskutiert und entschieden, welche Temperaturerhöhung (aus der Sicht der ökonomisch Mächtigen) "tolerierbar" ist und mit welcher Priorität eine

Frühe Formen der Glühbirne und des Glühfadens

"Vermeidungs-", eine "Anpassungs" oder eine "aktive Lenkungsstrategie" verfolgt werden soll.

Ein Artikel eines Experten aus dem Hause Siemens fordert z.B. als ersten nötigen Schritt: "Festlegen eines als tolerierbar anzusehenden Limits durch eine anerkannte Expertengruppe". Es muß betont werden, daß es sich dabei - unter den heutigen machtpolitischen Konstellationen - um die autoritäre Verplanung der Existenz von Millionen von sogenannten "Umweltflüchtlingen" handeln würde und daß mit der Festlegung auf eine angeblich "tolerierbare" weitere Temperaturerhöhung - über das ohnehin nicht mehr vermeidbare Maß hinaus - auch der Tod dieser Menschen stillschweigend in Kauf genommen wird.

Risiken streuen, kumulieren oder minimieren?

Sowohl mit der friedlichen und nichtfriedlichen Nutzung der Atomenergie als auch mit dem anthropogenen Treibhauseffekt sind unermeßliche und buchstäblich grenzenlose Risiken verbunden. Allein durch die durch das Reaktorunglück in Tschernobyl bedingten Nutzungsausfälle in der Landwirtschaft entstehen der Sowjetunion bis zum Jahr 2000 Schäden in Höhe von 600 bis 900 Mrd. DM (Iswestija, April 1989). Die monetären Schäden eines Super-Gaus im AKW Biblis (bei Frankfurt) werden auf mindestens 4000 Mrd. DM geschätzt; 4,8 Mio. Menschen würden an Krebs erkranken. Selbst wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe minimal wäre: Welcher Politiker oder Industriemanager kann eine derartige mögliche Gefährdung von Mensch und Natur wirklich verantworten?

Wer trotz Tschernobyl fordert, die Atomenergie im Lichte der Klimaproblematik "neu zu bewerten", plädiert letztlich dafür, einem lebensbedrohenden Risiko ein anderes hinzuzusetzen. Aber nicht Risikostreuung, sondern eine Energiestrategie der Risikominimierung ist notwendig und (noch) möglich.

Ein drittes, globales Risiko, das durch die gegenwärtige Energiepolitik hervorgerufen wird, ist durch den Golfkrieg offensichtlich geworden: die Zuspitzung der geostrategischen Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen. Der Krieg mit dem Irak war auch ein Feld-und Kreuzzug der Reichen für "ihr" Öl, und dieses High-Tech-Massaker wird - wenn die Industrieländer ihren Kurs nicht in Richtung "dauerhafte Entwicklung" ("sustainability") auch für die Dritte Welt ändern - als Vorbote einer wachsenden Konfrontation zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden gesehen werden müssen.

Energierisiken nicht kumulieren zu lassen, sondern zu minimieren, erfordert eine rasche Wende in der Energiepolitik hin zu einer forcierten rationellen Energienutzung.

Durch immer aufwendigeren, riskanteren und großtechnischen Ausbau des Energieangebots (vom Wasserstoff bis zur Kernfusion) ist der Energiehunger der industrialiserten Länder, sind die Weltenergieprobleme nicht zu lösen. "Business as usual" kann die Katastrophe nicht aufhalten. Die Zeit wohlfeiler Lippenbekenntnisse für Energiesparen in den Industrieländern ist vorbei: Das Umsteuern auf den "sanften" nutzungsorientierten Energiepfad - die planmäßige und überprüfbare Reduzierung des Einsatzes nichterneuerbarer Energieträger (bzw. der CO_2-Emissionen) in den nächsten drei Jahrzehnten um durchschnittlich etwa zwei % pro Jahr - müssen auf die Tagesordnung.



Das Primat der Energiepolitik gegenüber der 'Ware Energie'

Entscheidende Voraussetzung dieser risikominimierenden Strategie ist das Primat der Energiepolitik gegenüber dem bisher schrankenlosen Geschäft mit der "Ware Energie" durchzusetzen. Dieses Geschäft stellt sich verharmlosend als (Energie)-"Versorgung" dar, obwohl die mit den Energieumsätzen verbundenen gesellschaftlichen und ökologischen Schäden durch Atom- und Kohlestrom bereits höher geschätzt werden als die Erzeugungskosten pro Kilowattstunde.

Die heute noch vorherrschende Energie-und Unternehmenspolitik ist "angebotsorientiert", d.h. die Energieprobleme werden aus der Verkäuferperspektive - durch Ausweitung und Diversifizierung des Energieangebots-"gelöst". Dies führt zu einer Kumulierung von Risiken.

Die bei der letzten Weltenergiekonferenz (1989) versammelten Energiemanager lieferten hierfür erneut den Beleg: Nach ihren Szenarien steigen die CO_2-Emissionen bis zum Jahr 2020 um bis zu 70%, trotz einer Ausweitung der Atomenergie auf nahezu das Dreifache.

1987 lag der Welt-Primärenergieverbrauch bei etwa 10,4 TW[1]. Die Bandbreite der Welt-Szenario-Schätzungen für das Jahr 2030 liegt zwischen 35 TW und 5 TW (Effizienzszenario von Lovins u.a. ohne Atomenergie). Technisch "machbar" sind beide Modelle, obwohl sie sich im prognostizierten Energieverbrauch - bei etwa gleichen wirtschaftlich-demographischen Basisannahmen - um den Faktor sieben unterscheiden!

Hieran zeigt sich: Der maßlose Zuwachs des Energieverbrauchs ist der entscheidende risikokumulierende Faktor. Ohne eine drastische Reduktion des Energieverbrauchs durch die technisch mögliche "Effizienzrevolution" (A. Lovins) können die globalen Energierisiken nicht gleichzeitig abgebaut werden. Vor allem zeigt sich: Mehr oder weniger Energieverbrauch ist kein Schicksal, sondern politische Entscheidung: Nicht immer mehr Kilowattstunden, sondern steigende Energiedienstleistungen (z.B. warme Wohnungen, Kühlung, motorische Kraft) mit immer geringerem Einsatz nicht erneuerbarer Energie, lautet die technische Herausforderung für eine zukünftige Entwicklung. Eine Halbierung des Pro-Kopf-Energieverbrauchs in den Industrieländern - ohne eine Einbuße an Lebensstandard - ist technisch und wirtschaftlich möglich und absolute Not-

wendigkeit für eine weltweite Klimaschutzpolitik.

Der umfangreiche Bericht der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" und Untersuchungen des Öko-Instituts belegen, daß - trotz eines weiterhin unterstellten Wirtschaftswachstums - eine Reduktion des Energieeinsatzes sowie durch den verstärkten Einsatz regenerativer Energiequellen eine Reduktion der CO_2-Emissionen um über 30% in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2005 erreicht werden kann. Hierzu bedarf es allerdings des entsprechenden politischen Willens zur Umsetzung.

Zu arm zum Energiesparen?

Der entwicklungsbedingt steigende Bedarf an Energiedienstleistungen muß in der Dritten Welt durch den Einsatz modernster, angepaßter Energietechnologie und -planung und durch weitgehende Ausnutzung der örtlichen erneuerbaren Energiequellen befriedigt werden. Die Lebensstile, Investitions- und Konsumgewohnheiten der herrschenden Klassen und Schichten in der Dritten Welt sind bisher durch die reichen Industrieländer geprägt. Die Dritte Welt kann sich jedoch diesen aus den Industrieländern importierten verschwenderischen Umgang mit Energie buchstäblich nicht mehr leisten. Die Effizienzrevolution wird hier zur Überlebensfrage. Es trifft nicht zu, daß die Dritte Welt zu arm zum Energiesparen ist. Wegen der "dualen" Wirtschafts-und Sozialstruktur gilt (vereinfacht), daß kurz- und mittelfristig im "modernen" Sektor und bei den herrschenden Eliten viel von dem eingespart werden kann, was im "tradionellen Sektor" an kommerziellem Energiebedarf zuwächst.

Vor allem können die Energiezuwächse pro Kopf auf jeder Entwicklungsstufe von vornherein begrenzt und die energieexpansiven Stufen des kapitalistischen Industrialisierungstyps übersprungen werden (sog. "Leap-Frogging"), wenn bei allen zukünftigen Investitionszyklen in der Dritten Welt jeweils die effizientesten und an die Entwicklungsbedingungen der Dritten Welt angepaßten Nutzungtechniken eingesetzt werden.

Wie groß die Energieeinsparmöglichkeiten auch in den Ländern der Dritten Welt sind, soll am Beispiel Indiens gezeigt werden.

Die indische Wirtschaft ist zwischen 1970 und 1988 gemessen am Bruttoinlandsprodukt um 117% gewachsen. Der kommerzielle Endenergieverbrauch hingegen stieg mit 139% deutlich schneller. Da durch eine Erhöhung des Stromanteils am Endenergieverbrauch die Umwandlungsverluste überproportional gewachsen sind, wuchs der Verbrauch an kommerzieller Primärenergie sogar um 187%. Während die Energieintensität (Verhältnis von Energieeinsatz zu Bruttoinlandsprodukt) in der Bundesrepublik in diesem Zeitraum um rund 30% zurückging, ist die Energieintensität in Indien deutlich gestiegen.

Rationelle Energienutzung hat für die indische Wirtschafts- und Energiepolitik bisher keine Priorität gehabt: die Stahlwerke Indiens liegen beispielsweise mit ihrem spezifischen Energieverbrauch um 83% über dem deutschen und um 57% über dem Standard US-amerikanischer Stahlwerke. Die indische Zementindustrie benötigt pro Tonne Zement rund 2,4 mal soviel Energie wie die deutschen Zementhersteller. Der US-amerikanische Durchschnittswert wird um 110% und der Weltdurchschnitt um 30% überschritten.

Ein wesentlicher Grund für diese Ineffizienz ist sicherlich die indische Preispolitik, die Preise für Kohle und Strom subventioniert und somit einer rationellen Energienutzung entgegenwirkt. Nach Angaben von Bowonder müßten die Strompreise um etwa 40% steigen, wenn für den Kohleeinsatz Weltmarktpreise zugrundegelegt werden und die Erzeugungskosten gedeckt werden sollten.

Doch Indien ist zu arm, um diesen Weg längerfristig weiter beschreiten zu können: Bei einem unterstellten Wirtschaftswachstum von 5% bis zum Jahr 2005 und einer Konstanz der Energieelastiziät bei 1.45 (der Faktor, um den der Energieverbrauch gemessen am gesamtwirtschaftlichen Wachstum ansteigt), würde der kommerzielle Primärenergieverbrauch Indiens gegenüber dem Niveau von 1986 um insgesamt rund 265% ansteigen. Die hierzu notwendigen Investitionen und Ausgaben wird die indische Wirtschaft nicht aufbringen können.

Daß es auch in Indien Alternativen zu einer angebotsorientierten Energieversorgung gibt, hat bereits 1983 der "National Productivity Council" festgestellt, der im Industriesektor ein Einsparpotential von rund 25% des Energieeinsatzes dokumentierte. Für das hierfür notwendige Maßnahmenpaket wurde damals ein Investitionsbedarf von 36 Mrd. Rupien ermittelt. Um die eingesparte Energie zusätzlich bereitzustellen, hätten hingegen 58 Mrd. Rupien investiert werden müssen. Zudem hätten die Einsparinvestitionen zu einer Energiekostensenkung von 19 Milliarden Rupien pro Jahr geführt.

Doch rationelle Energienutzung darf sich nicht nur auf die Länder der Dritten Welt konzentrieren. Die Bundesrepublik und auch andere Industrieländer exportieren mit ihren Technologien und Verhaltensmustern auch ihr System der Energieverschwendung in die Dritte Welt. Die Bundesrepublik hat im Jahr 1989 Waren im Wert von 549 Millarden DM exportiert. Davon gingen 62 Mrd. DM in die Länder der Dritten Welt: Autos Investitionsgüter, Produktionsanlagen, Haushaltsgeräte, also Güter, deren Anwendung Energie benötigt.



Windgenerator, Alternative zu fossilen Brennstoffen

Etwa die Hälfte des Exports in die Dritte Welt entfallen auf diese Güter, und es ist unmittelbar einsehbar, daß der Energieverbrauch dieser Güter ganz wesentlich den Energiebedarf der Dritte-Welt-Länder mitbestimmt. Je schneller und gründlicher die Einspartechnologien in den Industrieländern zur Anwendung gelangen, desto eher werden die Energierechnungen der Dritte-Welt-Länder entlastet werden. Wesentlich ist dabei: Ohne eine globale Schuldenentlastung, ohne Entschädigungszahlungen für den Verzicht auf zerstörerischen Natur-und Ressourcenverzehr nach unserem Vorbild und ohne einen Technologie- und Wissenstransfer für die Dritte Welt wird der Nachholbedarf und Energiehunger des armen Südens auch für den reichen Norden katastrophale Folgen haben.

Atomenergie als Innovationsblockade

Die durch Atomenergie "vermiedenen" CO_2-Emissionen werden als ein auf den ersten Blick plausibles Argument für die Atomenergie angeführt. So plädiert nun auch der Club of Rome in seinem jüngsten Bericht für ein Offenhalten der "nuklearen Option": "Wie es aussieht, müssen wir uns in den kommenden Jahrzehnten auf eine kritische Situation gefaßt machen, falls uns die Gefahren der Erderwärmung zwingen sollten, den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu reduzie-

ren, gleichzeitig aber keine Alternativen in Sicht sind. Unter solchen Umständen könnte die Kernspaltung die einzige Möglichkeit sein, die Situation wenigstens teilweise zu entschärfen. Viele von uns betrachten die Verbreitung von Atomkraftwerken seit langem mit Skepsis. Zu offensichtlich sind die Gefahren, die von den Atomkraftwerken und von der Lagerung des Atommülls ausgehen. Heute jedoch räumen wir widerwillig ein, daß die Verbrennung von Kohle und Öl aufgrund des dabei enstehenden Kohlendioxids für die Gesellschaft wahrscheinlich noch gefährlicher ist als die Atomkraft. Darum gibt es triftige Gründe dafür, die nukleare Option offenzuhalten und schnelle Brüter zu entwickeln."

Der Club of Rome zieht jedoch diese von der Atomlobby mit Freuden aufgegriffene Aussage selbst in Zweifel: "Allerdings müssen wir darauf hinweisen, daß die Wahl dieser Option nur eine Teillösung bringt. In der kurzen Zeit, die uns noch bleibt, um den CO_2-Gehalt zu reduzieren, dürfte es nahezu unmöglich sein, die notwendigen Anstrengungen für den Bau einer ausreichenden Zahl von Atomkraftwerken zu unternehmen und das erforderliche Kapital zu beschaffen."

Der beispiellose Kapitalaufwand zur Durchsetzung der Atomenergie (in der Bundesrepublik: Etwa 38 Mrd. DM aus öffentlichen Mitteln, 57 Mrd. Kapitalaufwand für den Bau von Atomkraftwerken, 20 Mrd. für Atomruinen wie dem "Schnellen Brüter" und ungezählte Milliarden für den Brennstoffzyklus) steht in einem krassen Mißverhältnis zu ihrer marginalen klimastablisierenden Rolle : Der Anteil der Atomenergie an der Endenergie betrug 1987 weltweit nur etwas mehr als 2% (Primärenergieanteil: 5,2 %,Stromanteil etwa 16%) und in der Bundesrepublik etwa 5,3% (Primärenergieanteil rd. 10,9%; Stromanteil 31.2%); selbst wenn in allen Ländern der Atomstromanteil an der Stromerzeugung nach französischem Beispiel auf rd. 70% angehoben werden könnte (eine auch in ökonomischer Hinsicht absurde Strategie für die Dritte Welt), könnten damit - bei einem Stromanteil an der Endenergie von rd. 17% - nur rd. 25% des Primärenergieverbrauchs nuklear gedeckt werden. Dies zeigt, daß die Diskussion über eine Ausweitung von Atomstrom als CO_2-Reduktionsmaßnahme immer am Hauptproblem vorbeigeht -nämlich wie der weit überwiegende nicht stromspezifische Endenergiebedarf eingespart oder CO_2-freier erzeugt werden kann.

Aber noch gravierender ist: Der Ausstieg aus der Atomenergie ist nicht nur wegen der unvermeidbaren und auf Dauer niemals mehrheitsfähigen Risiken der Atomenergie notwendig. Auch die systemischen Hemmnisse für eine Klimastabilisierungspolitik bei unverändertem Atomstromangebot sprechen dafür: Die ökonomische Logik und die Entwicklungsdynamik eines atomaren Großkraftwerkssystems wirken als Investitions- und Innovationsblockade: Die Funktionsprinzipien eines Groß-Kraftwerks- und Verbundsystems mit Atomenergie sind für das gesamte - zumindest für das leitungsgebundene - Energiesystem strukturprägend. Dies betrifft z.B. die Einsatzchancen von rationellerer Stromnutzung und die Kraft-Wärme-Koppelung und Regenerativen direkt. Über die stromseitig beeinflußte Nah-und Fernwärme-Politik werden indirekt aber auch der Marktanteil von Öl, Gas und Solarwärme sowie die Einsatzchancen rationellerer Wärmenutzung mitbestimmt (nicht zuletzt auch über die Prioriäten in der Forschungspolitik). Eine Strategie mit Vorrang für Effizienzsteigerung und der notwendig dezentrale Einstieg in die Sonnenenergie-Wirtschaft stehen daher im Widerspruch zu den technischen und wirtschaftlichen Systemzwängen eines Großkraftwerks-und Verbundsystem auf der Basis von Atomenergie.

Vorreiter einer "No regret"-Politik

Damit eine globale Klimaschutzpolitik zustande kommt, z.B durch die dringend notwendige Verabschiedung einer "Konvention zum Schutz der Erdatmosphäre und zur Sicherung einer dauerhaften Entwickung", sind exemplarische nationale Vorreiterrollen für eine risikominimierende Energiestrategie unverzichtbar; deren Demonstrationseffekt würde unzählige internationale Konferenzen ersetzen.

Durch verschiedene Studien wird zunehmend bestätigt, daß eine risikominimierende Klimaschutzpolitik zumindest auf lange Sicht und aus volkswirtschaftlicher Perspektive eine "Politik ohne Bedauern" ("No regret policy" d.h. eine Politik, die auch aus anderen Gründen ohnehin durchgeführt werden sollte) darstellt. So hat z.B. die Generaldirektion XI der Europäischen Gemeinschaft in einer "Draft Communication" unter der Überschrift "A no regret strategy" festgestellt: "Verbesserte Energieeffizienz und Energiesparen sind folglich eine höchst attraktive Option für die Europäische Gemeinschaft...Die Reduktion von CO_2-Emissionen... senkt gleichzeitig die Emissionen anderer gasförmiger, flüssiger und fester Schadstoffe und minimiert in vielen Fällen andere Umweltprobleme (z.B. Lärm und Landnutzung). Der ökonomische Nutzen sollte nicht unterschätzt werden, da z.B. allein der Schaden an den europäischen Wäldern durch sauren Regen nach IIASA auf etwa 30 Mrd. Dollar pro Jahr geschätzt wird".

Im Gegensatz zu der nur noch als kriminell zu bezeichnenden Energiepolitik der Bush-Administration ist z.B. die Energie-und Umweltpolitik in einigen Bundesstaaten und von Versorgungsunternehmen der USA sehr ermutigend. So berichtet z.B. die New York Times vom 21.5.1991:" Die Southern California Edison Company (SCE) und das kommunale Energieversorgungsunternehmen (EVU), das Los Angeles versorgt, haben beschlossen ihre CO_2-Emissionen in den nächsten 20 Jahren um 20% zu senken...Die Unternehmen, die ersten amerikanischen EVU mit einer derartigen Ankündigung, sagten, daß diese Reduktion vor allem durch verbesserte Effizienz der Stromnutzung bei Beleuchtung, Kühlung, Heizung und anderen Verwendungsformen erreicht würde. Weitere Reduktionen resultierten aus modernisierten Gaskraftwerken und aus dem Ankauf von mehr Energie aus Wind, Solarenergie und Geothermik". Der Chairman von SCE wird damit zitiert, daß diese Reduktionen auf einer "No regret policy" basierten: "Zu einer effizienteren Nutzung von Elektrizität zu ermuntern ist generell billiger als neue Kraftwerke zu bauen" (eigene Übersetzung).

Unser Fazit ist daher: Wir wissen genug, um jetzt zu handeln. Das Risiko, das Falsche zu tun, ist gering gegenüber dem des Nichtstuns. Was zur Verhütung der Klimakatastrophe getan werden muß, sollte zumeist ohnehin geschehen und bedeutet aus gesellschaftlicher Sicht kein Opfer, sondern eine vielleicht letzte historische Chance.

Peter Hennicke,
Dieter Seifried

Der Text wurde gekürzt. Das Originalmanuskript enthält zusätzlich die Darstellung eines Energiekonzeptes für die Hansestadt Bremen sowie zahlreiche Anmerkungen und Literaturhinweise. Das Manuskript kann gegen 5.- Mark in Briefmarken beim iz3w, Pf. 5328, 78 Freiburg, bestellt werden.

Anmerkung:
1) 1 Terawatt(TW)=10^{12} Watt

190 Seit.
12.80 DM
ISBN:
3-922
263-06-2



Es gibt eine praktikable Alternative zur expansiven Energiestrategie: Die Energiequelle Energiesparen. Lösen wir die Probleme hier, um die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt zu fördern.

Der Glaube an die Macht des Geldes

Eine immense Steigerung der internationalen Hilfe wird von vielen als ein wesentlicher Teil einer Strategie im Umgang mit dem befürchteten Treibhauseffekt angesehen. Diese Meinung ignoriert jedoch die Hinterlassenschaft bisheriger Entwicklungshilfe: Neokolonialismus, Verschuldung, Abhängigkeit, Korruption und Fehlentwicklung. Die Geschichte des Transfers westlicher Technologie in die Dritte Welt präsentiert sich kaum weniger düster. Die Betonung der Notwendigkeit eines Transfers von Technologie und Geld in die Dritte Welt verschleiert zudem, wie dringend notwenig ein radikaler Wandel der Konsumgewohnheiten der Industriestaaten sowie globaler ökonomischer und politischer Strukturen ist.

Die Entwicklungsländer haben in der Tat den Ressourcentransfer von Nord nach Süd als Grundbedingung für ihre Beteiligung an einer internationalen Klimakonvention genannt. Auch zahlreiche NGOs weisen immer wieder auf die Notwendigkeit erheblicher Geldmittel für die Dritte Welt hin. Das Centre for Science and Environment in Neu-Dheli beispielsweise schlug ein System vor, in dem die Industrienationen mit dem höchsten Ausstoß an Klimagasen jährlich eine Summe von 100 Milliarden US-Dollar an den Rest der Welt bezahlen müßten. Eine ähnliche Summe nennt auch Michael Grubb, Energieforscher am britischen Royal Institute for International Affairs:"Ressourcentransfer muß ein wesentliches Element jeder Strategie zur Verminderung des Treibhauseffektes sein...um eine effizientere Infrastruktur sowie die Entwicklung nicht-fossiler Energiequellen zu finanzieren..."[1] 1988 forderte das Washingtoner Worldwatch Institute einen Fonds von 28 Milliarden Dollar um "massive Investitionen in die Energieeffizienz und die Wiederaufforstung in Entwicklungsländern" zu finanzieren, und unlängst befürwortete auch Greenpeace einen 30 Milliarden-Dollar-Fonds, um die Entwicklung erneuerbarer Energieformen in Entwicklungsländern zu fördern.

Allheilmittel Geld?

Angesichts des weitreichenden Konsenses wäre es politisch wie ökonomisch wohl kein größeres Problem, einen irgendwie gearteten Klimafonds zur Finanzierung notwendiger Maßnahmen in Entwicklungsländern zu gründen. Weit schwieriger wäre es, das Geld auf eine Art und Weise auszugeben, die tatsächlich die CO_2-Emmissionen senken und nicht internationale wie nationale Ungleichheiten verschärfen würde.

Viele, die in entwicklungs- und umweltpolitischen Zusammenhängen arbeiten, sind sich der katastrophalen Bilanz der Entwicklungshilfe bewußt. Bei vielen ist aber immer noch die Meinung anzutreffen, diese Probleme könnten mit ein wenig mehr Sorgfalt und einer verstärkten Beteiligung von NGOs weggewischt werden. Solange aber die gegenwärtigen ökonomischen und politischen Machtstrukturen bestehen bleiben, gibt es nur geringe Hoffnung, daß ein massiver Fluß von neuer Hilfe in die Dritte Welt andere Auswirkungen als eine Verschärfung der Lage der Armen haben könnte.

Wer soll die Mittel kontrollieren?

Die Frage der Kontrolle über einen neuen Klimafonds war Gegenstand heftiger Diskussionen in internationalen Verhandlungen. Dabei favorisieren die meisten Industrienationen die Verwaltung neuer Mittel durch bereits existierende Institutionen, hier vor allem die Global Environmental Facility (GEF).[2] Die GEF, 1990 von der Weltbank in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungs- und Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP und UNDP) gegründet, zog schon bald die Kritik von Umweltschützern auf sich, die an die Geberländer appellierten, die Finanzierung der GEF einzustellen, solange diese nicht in ausreichendem Maße die Bedürfnisse lokaler Gemeinschaften respektiere und fördere.

Angesichts der harschen Behandlung, die sie durch Weltbank und IWF erfahren mußten, ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich die Entwicklungsländer vehement gegen eine Kontrolle neuer Fonds durch diese Institutionen wehren. Die G77, eine Gruppe von 127 Entwicklungsländern favorisiert den Aufbau einer neuen Institution zur Kontrolle des Klimafonds, die auf der Basis einer gleichberechtigten Repräsentation von Entwicklungs- und Industrieländern aufgebaut sein und den leichten Zugang zu den Mitteln für Entwicklungsländer sichern sollte.

Doch wird sich jede neue Institution innerhalb der existierenden politischen und ökonomischen Strukturen kaum von den gegenwärtigen Institutionen unterscheiden können. Ihr Personal würde sich aus Bankern, Ökonomen und 'Entwicklungsexperten' schon bestehender Agenturen zusammensetzen. Diese Leute würden dieselben Werte, Ansichten und Theorien vertreten und würden mit denselben Regierungsbeamten und Geschäftsleuten zu verhandeln haben. Zudem müßten auch die Mittel eines neuen Fonds über die existierenden Durchführungsorganisationen wie etwa FAO oder UNDP (UN-Entwicklungsprogramm) laufen, deren Politik und Praxis immer wieder von Umwelt- oder entwicklungspolitischen Gruppen kritisiert wird.

Die Fehler multilateraler Entwicklungsagenturen sind ein Produkt des internationalen Systems, in dem sie operieren. Die Erfahrungen von Umweltschützern aus den diversen Kampagnen



zeigen, daß diese Institutionen ohne Veränderungen der internationalen Strukturen weitestgehend unreformierbar bleiben. Es wäre naiv zu glauben, sie würden ihre Praxis nur deswegen ändern, weil ihnen Mittel zur Abwendung der Klimakatastrophe zur Verfügung gestellt werden.

Die Chance ist nur gering, daß das Geld aus solchen Fonds auf längere Sicht der Dritten Welt nützen und die Erderwärmung bremsen könnte. Auch die Eliten in der Dritten Welt, die einen leichteren Zugang zu den Mitteln verlangen, unterscheiden sich in ihrer Ansicht kaum von ihren Verhandlungspartnern in den reichen Nationen. Sie haben nur das Gefühl, keinen fairen Anteil an den Segnungen des industriellen Wachstums zu erhalten.

Der größte Fehler

Das Geld aus den Klimafonds ist im wesentlichen vorgesehen für den Transfer "ökologisch-verträglicher" Technologie aus der Ersten in die Dritte Welt. Im Kontext internationaler Verhandlungen stellt sich der Technologietransfer als schlichte Verschiffung von Maschinen und "know-how" in die Dritte Welt dar. Die einzigen Probleme, die sich dabei stellen, scheinen einerseits die Finanzierung und andererseits die Patentfrage zu sein.

Der gegenwärtige Enthusiasmus von Regierungen und NGOs in Süd und Nord bezüglich Technologietransfer hat interessante historische Parallelen. Schon in den späten 50er und frühen 60er Jahren waren von westlicher Wissenschaft und Technologie entscheidende Impulse für den Kampf gegen Armut, Hunger und Krankheit erwartet worden.

Die desillusionierenden Erfahrungen führten dann in den 70er Jahren zu dem Konzept sogenannter "angepaßter Technologie". Es wird heute kaum wahrgenommen, wie klar sich internationale Entwicklungsagenturen dieses Konzept zu eigen gemacht haben. 1976 stellte ein Weltbank-Bericht fest,"daß die Unterstützung der Bank für angepaßte Technologie längerfristig gesehen einen wesentlichen Beitrag zur Effektivität der Technologie in Entwicklungsländern leisten wird."[3] Im selben Jahr stellte ein OECD-Bericht fest:"...in einigen wenigen Jahren wird sich der Konsument angepaßter Technologie in einer Art Supermarkt befinden, mit Dutzenden verschiedener Werkzeuge und Technologien für alle seine Bedürfnisse."[4]

Natürlich hatte "der Konsument" bei der Entscheidung, was denn nun "angepaßt" für ihn sei, wenig zu sagen. Diese Entscheidungen wurden in den Büros der Entwicklungshilfeorganisationen und -ministerien von Leuten getroffen, deren Leben von moderner westlicher Technologie bestimmt wird und die nur wenig von den Wünschen und sozialen



Erst mal vor der eigenen Haustür kehren. Aus: Forum Wissenschaft 4/91

Beziehungen der Landbevölkerung in Entwicklungsländern wissen. Das Ergebnis war, in den Worten des ehemaligen Direktors der kanadischen Hilfsorganisation CUSO, Ian Smillies," daß die Dritte Welt überschwemmt wurde mit Windmühlen, die nicht liefen, mit Solaranlagen, die nicht heizten und Biogasanlagen, die schon vor ihrer Inbetriebnahme kaum mehr als heiße Luft waren."

Wie schon andere groß angekündigte Konzepte - ländliche Entwicklung, Armutsbekämpfung, Grundbedürfnisbefriedigung, Frauenförderung - wurde auch das Konzept der angepaßten Technologie von den großen Entwicklungsorganisationen durchgekaut und wieder ausgespuckt. Von den ursprünglichen Zielen blieb dabei nicht viel übrig. Es ist nicht zu sehen, warum das Schicksal der Klimafonds ein anderes sein sollte.

Das trojanische Pferd

Ein weiteres weitverbreitetes Fehlurteil über die Rolle des Technologietransfers ist, daß er sozial "neutral" sei. Dabei ist westliche Technologie in der Dritten Welt oft ein trojanisches Pferd westlicher Ökonomie, westlicher Werte und Lebensformen. Wolfgang Sachs veranschaulicht diesen Prozeß an dem Beispiel eines simplen Elektromixers: "Brummend und leicht vibrierend macht er blitzschnell Saft aus harten Früchten. Ein wundervolles Werkzeug! So scheint es. Aber ein kurzer Blick auf das Kabel und die Steckdose zeigt uns, daß das, was wir vor uns haben, der häusliche Stützpunkt eines nationalen, ja sogar weltweiten Systems ist. Die Elektrizität wird über ein Netzwerk von Kabeln und Überland-Leitungen eingespeist, die wiederum von Kraftwerken gefüttert werden, die ihrerseits abhängig sind von Wasserdruck, Pipelines oder Tankerladungen, die wiederum Dämme, Ölplattformen oder Bohrtürme in entfernten Wüsten benötigen. Die ganze Kette garantiert nur dann eine angemessene und prompte Lieferung, wenn jedes seiner Teile mit einer Armee von Ingenieuren, Planern und Finanzexperten ausgerüstet ist, die ihrerseits von Verwaltungen, Universitäten, ja ganzen Industriezweigen (und manchmal gar vom Militär) geboren werden.

Wer immer einen Schalter betätigt, bedient kein bloßes Werkzeug. Er oder sie wird Teil einer Kette funktionierender Systeme. Zwischen dem Gebrauch einfacher Technik und modernem Gerät liegt die Umstrukturierung einer ganzen Gesellschaft."[5]

Ein massiver Fluß von westlichem Geld in effiziente Technologie und erneuerbare Energie birgt zudem die Gefahr einer verstärkten technologischen Abhängigkeit des Südens vom Norden. Diese Abhängigkeit könnte einer der Gründe sein, warum sich Regierungen der Industriestaaten so sehr für einen Technologietransfer einsetzen, denn sie garantiert Absatzmärkte. Nicht auszuschließen



wäre auch, daß die Menschen in der Dritten Welt als Versuchskaninchen für noch nicht getestete westliche Technologien mißbraucht würden.

Ausdrücke wie "umweltfreundlich" oder "angepaßt" sind ausgesprochen relativ; ihre Bedeutung hängt immer von dem ab, der sie gebraucht. Die Atomindustrie beispielsweise behauptet, ihre Kraftwerke seien eine "angepaßte" Technologieform, um die CO_2- Emissionen zu reduzieren, und es ist zu erwarten, daß die Atomindustrie alles versuchen wird, einen Teil der zu verteilenden Mittel für sich zu beanspruchen. Ebenso könnten die Befürworter großer Staudämme versucht sein, sich einen Teil des Kuchens zu sichern.

Grüne Konditionalität

Alle Vorschläge, die Mittelvergabe auf Staaten mit einer "geprüften" Umweltpolitik zu beschränken, werden von vielen Regierungen in der Dritten Welt vehement zurückgewiesen. Dies ist, angesichts bisheriger Erfahrungen mit fremder "Hilfe" auch nicht ganz unverständlich. Jedenfalls würden sich Gläubiger selbst belügen, wenn sie glaubten, sie könnten den Gebrauch ihres Kapitals wirksam kontrollieren. Jegliche Kondition von Außenstehenden, die die Bedingungen in dem betreffenden Land kaum kennen, schaden in der Regel mehr als daß sie nützten.

Eine strikte Konditionierung der Mittel aus einem Klimafonds würde die Mittelvergabe sehr erschweren. Dabei haben schon jetzt nahezu alle Entwicklungshilfeorganisationen ein "Vergabeproblem"- sie finden längst nicht genügend attraktive Projekte, für die sie ihr Geld auch sinnvoll ausgeben könnten.

Es ist ein deutlicher Hinweis auf die Überlegenheit der Industriestaaten in internationalen Gesprächen, daß so wenigen Beobachtern die Ironie der Situation auffällt, daß die größten Verschmutzerstaaten dazu ausersehen werden, dem Rest der Welt beim Saubermachen zu helfen. Die indische Ökologin Vandana Shiva hierzu: "Die Führung des Nordens in der Entwicklung umweltschädigender Technologie kann nicht automatisch in eine Führung in der Entwicklung umweltverträglicher Technologien umgewandelt werden." [6]

Ausbreitung der Technologie

Die bisher angeführten Argumente sind nicht grundsätzlich technologiefeindlich. Seit der Entstehung der Spezies Mensch wurden Technologien weitergegeben, übernommen und angepaßt und dieser Prozeß kann, selbst wenn dies wünschbar wäre, nicht mehr angehalten werden. Das große Gewicht, das dem Technologietransfer in der internationalen Klimadebatte beigemessen wird, verschleiert aber die Tatsache, daß die Prozesse, die zu steigenden Emissionen von Treibhausgasen führen, im wesentlichen politischer und ökonomischer und weniger technischer Natur sind. Die Ursache dafür, daß die USA die größte Verschmutzernation der Welt ist, hat wenig zu tun mit einem Mangel an effizienter Technik und erneuerbarer Energie, durchaus aber mit der Größe der Öl-, Kohle und Automobilindustrie dieses Landes, die jeweils einen großen Einfluß auf das politische Establishment ausüben.

Daß die Verarmungsprozesse in der Dritten Welt auch etwas mit dem internationalen Finanzsystem zu tun haben, steht außer Zweifel. Seit 1982 hat die Dritte Welt jährlich 30 Milliarden $ mehr für Schuldenrückzahlungen in den Norden aufwenden müssen, als gleichzeitig an neuen Mitteln in die Länder des Süden geflossen sind. Die Antwort auf dieses Mißverhältnis kann aber nicht sein, den Mittelfluß von Nord nach Süd zu erhöhen, denn das Grundgerüst des internationalen Finanzsystems, das die gegenwärtigen Probleme verursacht hat, würde dasselbe bleiben. Jeder massive Fluß neuer Finanzmittel von Nord nach Süd würde die Abhängigkeit der Dritten Welt vertiefen und die Fehler der letzten drei Dekaden von Entwicklung wiederholen.



Kehren vor der eigenen Haustür

Diejenigen in den Industriestaaten, die sowohl entschlossene Aktionen gegen den Treibhauseffekt als auch mehr Gerechtigkeit für die Dritte Welt fordern, täten gut daran, sich in ihren Forderungen auf den verschwenderischen Umgang der Industrienationen mit Energie zu konzentrieren. Der Energieverbrauch der Ersten Welt ist der Hauptverursacher der globalen Erwärmung, deren Auswirkungen die Dritte Welt am härtesten Treffen werden. Ein radikaler Wandel dieses Konsummodells würde einen tiefgreifenden Effekt auf die Gesamtstruktur der westlichen Gesellschaften haben und damit auch die ökonomischen Strukturen, die in der Dritten Welt so viel Elend verursacht haben, verändern.

Die Forderung nach einer erheblichen Steigerung der Hilfeleistungen für die Dritte Welt könnte den Regierungen der Industriestaaten als Entschuldigung dafür dienen, nichts weiter zu tun, als die hohen Kosten für den Klimaschutz vor ihren Wählern zu rechtfertigen und die Verantwortung für die Erderwärmung von den historischen und gegenwärtigen Emmissionen der Industriestaaten auf die in Zukunft zu erwartenden Emmissionen der Dritten Welt abzuschieben. Der Umgang mit der globalen Erderwärmung ist keine Kostenfrage, sondern eine Frage der ökonomischen und politischen Neuorientierung.

Patrick McCully

Aus: Ecologist 6/1991 S.244ff.
Übersetzung: Michael Knüfer

Anmerkungen:

(1) M.Grubb-Energie Policies and the Greenhouse Effect: Volume One-Policy Appraisal. London 1991
(2) Mittlerweile wird es immer wahrscheinlicher, daß sich die Industriestaaten mit ihrer Forderung durchsetzen werden. (siehe blätter Nr. 179 S.58)
(3) World Bank - Appropriate Technology in World Bank Activities. Washington 1976
(4) Ebd.
(5) W.Sachs: "Six Essays on the Archaeology of Development", Interculture 109/1990
(6) V.Shiva: Transfer of Technology, Briefing Paper for UNCED. Penang 1991

UNCED - Chance für eine globale Umwelt- und Entwicklungspolitik?

Umweltminister auf dem Weg zur Arbeit Aus: Forum Wissenschaft 4/91

Nach dem Ende der vierten Regierungsverhandlungen zur Vorbereitung der UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung, die im Juni 1992 in Rio de Janeiro stattfinden wird, ist große Ernüchterung eingetreten. Was derzeit politisch möglich erscheint ist geradezu lächerlich angesichts der Dimension der weltweiten sozialen und ökologischen Krise. Als im Dezember 1989 die Vereinten Nationen für 1992 die UNCED-Konferenz beschlossen, bestand noch die Hoffnung, daß nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes "Umwelt" endgültig zum Spitzenthema internationaler Politik avancieren könnte.

Die Erwartungen an die Konferenz waren zunächst sehr hoch. Schließlich sollte es um nichts weniger als um die Rettung des Planeten gehen. Mit der Resolution 44/228 formulierte die UNO ihre Vorstellungen an die UNCED wie folgt: "UNCED soll den Übergang von einem fast ausschließlich auf die Förderung wirtschaftlichen Wachstums ausgerichteten Wirtschaftsmodell zu einem Modell herbeiführen, das von den Prinzipien einer dauerhaften Entwicklung ausgeht, bei der dem Schutz der Umwelt und der rationellen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen entscheidende Bedeutung zukommt. Ferner soll UNCED dazu beitragen, eine neue globale Solidarität zu schaffen, die nicht nur aus wechselseitiger Abhängigkeit erwächst, sondern darüber hinaus aus der Erkenntnis, daß alle Länder zu einem gemeinsamen Planeten gehören und eine gemeinsame Zukunft haben."

UNCED sollte daher in Ergänzung zur 1987 veröffentlichten Analyse des Brundtland-Berichtes Strategien und Maßnahmen (Agenda 21) ausarbeiten, die eine dauerhafte Entwicklung in allen Ländern fördern und die weltweite Umweltzerstörung bremsen sollen.

Die UNCED ist weit davon entfernt, die hier formulierten Ansprüche und Hoffnungen auch nur annähernd einzulösen. UN-Konferenzen sind vielleicht auch nicht der Ort für historische Weichenstellungen.

Keiner erwartet mehr, daß in Rio konkrete Vereinbarungen getroffen werden. Der "Erdgipfel" - ursprünglich als feierlicher Rahmen für die Unterzeichnung vorher verhandelter Abkommen und Konventionen gedacht - wird nun auch von offizieller Seite als Teil eines langwierigen Prozesses betrachtet. Angesichts der in der Resolution 44/228 formulierten Aufgaben und Perspektiven ist das eine realistische und angemessene Einschätzung.

Konflikte und Interessensgegensätze

Die Rio-Konferenz streicht wie vieleicht keine andere UN-Konferenz zuvor, die Konflikte und Interessensgegensätze innerhalb des OECD-Blockes einerseits und zwischen Industrieländern und Ländern der Dritten Welt andererseits, zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Mensch und Natur heraus. Das Gerede von der "Einen Welt" und von der globalen Umweltpartnerschaft, der Einzug "grüner" Rhetorik in die Konferenzdiplomatie haben den Blick für die macht- und interessenpolitischen Gegensätze zwischen den verschiedenen Macht- und Interessensblöcken zunächst verstellt. Spätestens seit Mitte 1991 prägen sie jedoch die Vorbereitungsgremien der UNCED und die parallelen Verhandlungen für die Klimakonvention und die Konvention zum Erhalt der bilogischen Artenvielfalt.

Das ursprüngliche Anliegen der UNCED, nämlich die Auseinanderset-



zung um das weltweite Entwicklungsparadigma, um den Zusammenhang unseres Wirtschaftssystems mit der Zerstörung des Planeten zu führen, ist dem Nord-Süd-Konflikt und der Blockadehaltung zahlreicher Industriestaaten, mit Strukturreformen zu beginnen, zum Opfer gefallen. Stattdessen geriet im Verlaufe des UNCED-Prozesses z.B. die Frage des zukünftigen Finanztransfers immer mehr in den Vordergrund. Für den Süden bietet sich mit der UNCED seit langem wieder eine Chance, vom Norden zusätzliche und neue Finanzmittel für die maroden Ökonomien einzufordern. Für die Industrieländer, die sich zu entscheidenden Strukturveränderungen ihrer Ökonomien nicht entschließen können und wollen, ist es am einfachsten, sich mit Geldern für Projekte des globalen Umweltschutzes in der Dritten Welt aus der Verantwortung zu stehlen. UNCED - kritisieren Beobachter - verkomme immer mehr zu einer "Zahlungs- Konferenz".

Die UNCED wird voraussichtlich in Einzelfragen Minimalkonsense und Kompromisse hervorbringen. Die Vereinbarungen zum Schutz des Klimas und dem Erhalt der Artenvielfalt werden weit unterhalb der notwendigen Erfordernisse bleiben. Dennoch wird UNCED - und darin liegt die eigentliche Bedeutung der Konferenz - die weiteren Themenschwerpunkte und die Verfahrensregeln für eine Serie weiterer Globalverhandlungen festlegen.

Denn die prognostizierten Klimaveränderungen durch menschenverursachte Spurengasemissionen, großflächige Vegetationszerstörungen (Entwaldung, Wüstenausdehnung, Bodenerosion) und der Verlust der biologischen Vielfalt haben das öffentliche und politische Bewußtsein für globale Zusammenhänge geschärft und auch die Auseinandersetzungen über die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen durchaus wiederbelebt.

UNCED und die Konventionsverhandlungen stehen deshalb auch für den Versuch, die internationale Umweltpolitik zu verbessern und zu intensivieren. Die Industrieländer haben ähnlich wie im Vorfeld der ersten UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm ihren Handlungs- und Regulierungsbedarf in der internationalen Umweltpolitik formuliert und definiert. Die Festlegung der Tagesordnung der UNCED ist deshalb auch von Einzelaspekten und Einzelbereichen lokaler, regionaler und globaler Umweltprobleme geprägt. Die Beseitigung der Ursachen der Armut, die Frage nach der globalen Verteilungsgerechtigkeit wurden und werden von den Industrieländern jedoch nicht als wirkliche politische Herausforderung betrachtet.

Vor Stockholm war die Position der Industrieländer geprägt durch die vom Club of Rome in Auftrag gegebene Global-Studie "Grenzen des Wachstums". Diese Studie prognostizierte den ökologischen Kollaps innerhalb von weniger als hundert Jahren und beruhte auf der Annahme einer drastischen Ressourcenverknappung bei gleichzeitiger rapider Zunahme der Weltbevölkerung. Damit war nicht nur die für das industrielle Wachstum als bedrohlich empfundene Ressourcenverknappung thematisiert. Zugleich hatte auch die These von Malthus, daß sich aus Bevölkerungswachstum und knappen Ressourcen erbitterte Verteilungskämpfe entwickeln, wieder Eingang in die Diskussion (zumindest des Nordens) gefunden.

Die Ökologiedebatte der 90er Jahre konzentriert sich in den Industrieländern weniger auf die Ressourcenverknappung als darauf, international die Risiken industrieller Umweltverschmutzung zu begrenzen und die "Verschmutzungsrechte" neu aufzuteilen (Wer darf die Erdatmosphäre mit wieviel Kohlendioxid verschmutzen und knappe Ressourcen nutzen?).

Die Industrieländer gestehen zwar mittlerweile ihre Hauptverantwortung für die drohenden Klimaveränderungen und das Ozonloch ein. Dieser Einsicht folgen jedoch keine, zu späte oder unzureichende Taten, die auf die notwendige und längst fällige Umstrukturierung unseres Wirtschaftssystems zielen.

Darüber hinaus sind die Industrieländer untereinander extrem uneins, mit welchen Instrumenten (Abgaben, Steuern, Umwelttechnologie, Abkommen und Konventionen) und in welchem Tempo die (Umwelt-) Schäden unseres Wohlstandsmodells repariert und begrenzt werden und (Natur-) Ressourcen für künftige Generationen gesichert werden können.

Neue Blockbildungen

Zunehmende Wirtschaftsprobleme insbesondere in den Vereinigten Staaten aber auch in Europa und die Furcht vor Wettbewerbs- und Standortnachteilen machen Zugeständnisse an den ökologischen Umbau der Industriegesellschaften immer unwahrscheinlicher. Die Verabschiedung einer Klima-Rahmenkonvention und sogenannter Protokolle stehen deshalb im Zentrum zahlreicher politischer Auseinandersetzungen, die analog der Einzelinteressen der Länder völlig neue politische Bündnisse und Blockbildungen hervorbringen.

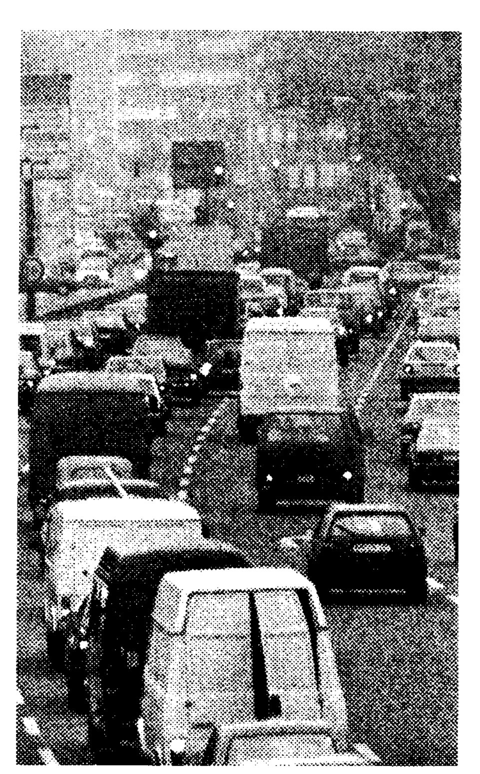
Die USA befürworten lediglich eine Rahmenkonvention, die allgemeine Prinzipien und Verpflichtungen festhält, verweigern sich jedoch festen Reduktionszielen und entsprechenden Zeitplänen. Die USA sprechen sich auch gegen feste Zusagen aus, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Die Konflikte mit den europäischen Staaten, die eine Konvention ohne feste Reduktionsziele für wenig hilfreich halten, sind einer breiteren Öffentlichkeit relativ bekannt.

Die Länder der Dritten Welt treten gerade bei den Klimaverhandlungen nicht als gemeinsamer Interessenblock auf, zu sehr sind die Einzelinteressen der Dritte-Welt-Länder vom Entwicklungsstand und von der Betroffenheit durch Klimaveränderungen bestimmt.

Mittlerweile sind unter den Ländern der Dritten Welt circa drei Lager auszumachen:

- Länder, die keinen wesentlichen Beitrag zu den weltweiten Emissionen leisten, jedoch in besonderem Maße von den Folgen drohender Klimaveränderungen betroffen sind. Hier hat sich ein neues politisches Bündnis formiert, die Alliance of Small Island States (AOSIS). Als Hauptbetroffene (pazifische Inseln) fordern sie schnelle und umfassende Maßnahmen zum Klimaschutz im Norden.
- größere Emittenten von Treibhausgasen wie China, Indien und Brasilien sehen Klimaveränderungen durchaus als eine langfristige Bedrohung und wollen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, jedoch nur, wenn der Norden zu einem umfassenden Technologie- und Finanztransfer bereit ist. China und Indien verlangen von den Industrieländern durchgreifende Maßnahmen zur Reduzierung von Kohlendioxid, sprechen sich jedoch gegen jegliche in der Konvention festgelegte Reduktion in ihren Ländern aus. Brasilien befürwortet eine Konvention mit festen Reduktionszielen für die Industrieländer und signalisiert dafür Entgegenkommen beim Schutz seiner Wälder.
- eine kleine, aber politisch lautstarke Gruppe bilden die Erdöl und Erdgas exportierenden Länder, die durch CO_2-



Unzureichende Maßnahmen zur Umstrukturierung unseres Wirtschaftssystems

Reduktionen die Grundlagen ihrer Nationalökonomien bedroht sehen.

Diese hier grob skizzierten Positionen bei den Klimaverhandlungen machen noch einmal deutlich, daß die Gruppe 77 keineswegs mit einer Stimme spricht und verweisen auf die Ausdifferenzierungsprozesse in der Dritten Welt selbst, die künftig politische Verhandlungen nicht nur im Kontext der internationalen Umweltpolitik prägen werden.

Biologische Vielfalt: Rohstofflager oder Artenreservoir?

Neben einer Klimakonvention ist den Industrieländern an einem effizienten Ressourcenmanagement gelegen. Der Erhalt der biologischen Vielfalt und der Schutz der Wälder, die ebenfalls durch völkerrechtsverbindliche Konventionen erreicht werden sollen, verweisen auf ein besonderes Konfliktfeld mit Regelungsbedarf seitens der Industrieländer.

Der Raubbau an den Wäldern und der Verlust der biologischen Vielfalt in den Ländern der Dritten Welt werden zum einen als Risikofaktoren betrachtet, die unseren Wohlstand, unsere "Umweltpolitik", unsere "ökologische Sicherheit" gefährden. Zum anderen stehen diese zwei Beispiele vergangener und gegenwärtiger Raubbaupolitik im Spannungsfeld von ökonomischem Nutzen und erforderlichen Schutzmaßnahmen. Denn die Wälder und zukünftig insbesondere die biologische Vielfalt allgemein sind wirtschaftlich für den Norden hochinteressante Ressourcen. Die Wälder werden dabei einerseits als Artenschutzreservoir und Klimastabilisatoren benötigt und unterliegen andererseits vielfältigen ökonomischen Nutzungsinteressen nicht nur der Holzwirtschaft.

Unter dem Blickwinkel moderner Biotechnologie verwandelt sich die biologische Vielfalt in ein unerschöpfliches Rohstofflager, das es - so die Konventionsentwürfe - unter dem Aspekt seiner Ausbeutbarkeit zu erhalten gilt. Die Verknüpfung von Schutz und Nutzbarkeit soll mit der Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt gelingen.

Den Irrglauben, daß moderne Biotechnologie zum Schutz der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt beiträgt, pflegen die Verhandlungsführer aus Nord und Süd gleichermaßen, wenn auch mit unterschiedlichen Gründen: Die bio- und gentechnologischen Industrien des Nordens haben zunehmendes Interesse an den Einsatzmöglichkeiten genetischer Ressourcen.

Genetisches Material aus den Ländern der Dritten Welt wird z.B. für unsere Nahrungsmittelproduktion, für die Ernährungssicherung der Weltbevölkerung angesichts des dramatischen Verlustes der genetischen Vielfalt z.B. beim Saatgut von immer zentralerer Bedeutung.

Schon heute ist Keimplasma aus der Dritten Welt mit über zwei Milliarden US-Dollar jährlich alleine an den Erlösen der US- amerikanischen Weizen-, Mais- und Reisproduzenten beteiligt.

Die Vertreter der Dritten Welt verlangen im Rahmen der Konventionsverhandlungen deshalb ganz folgerichtig, daß sie a) an den wirtschaftlichen Gewinnen beteiligt werden und b) der Transfer moderner (Bio-) Technologie in Dritte-Welt-Länder durch die Konvention geregelt werden muß.

Es steht hier jedoch zu befürchten, daß die geforderte Technologie nicht diejenige sein wird, die die Dritte-Welt- Länder brauchen, um ihre biologische Vielfalt zu erhalten. Im Gegenteil dürfte sie weiterer Ausbeutung Vorschub leisten und in vielen Fällen die ökologisch angepaßten Nutzungssysteme gerade der lokalen Bevölkerung untergraben.

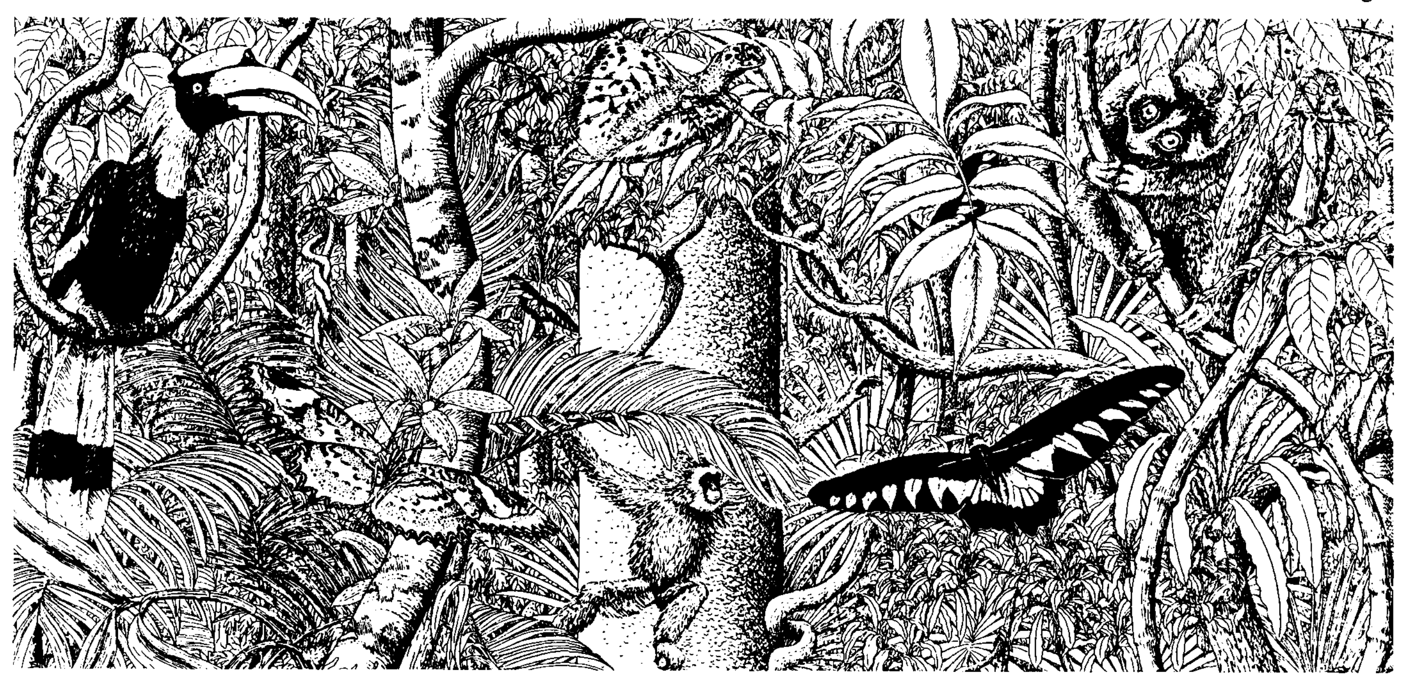
Die Bekämpfung der Armut, die Gesundheitsversorgung, Bildung, die gesamte Sicherung der Grundbedürfnisse stehen zumindest in der Verhandlungsführung der Dritte-Welt-Staaten genau wie bei der Stockholmer Umweltkonferenz von 1972 an erster Stelle. Umwelt- und Ressourcenzerstörung werden jedoch nicht mehr wie damals als nachgeordnete und randständige Probleme betrachtet.

Damals wie heute pochen die Länder der Dritten Welt - und das zu Recht - auf ihr Recht auf Entwicklung. Sie bestehen auf die Umsetzung einer neuen und gerechten Weltwirtschaftsordnung und fordern neue Handlungsspielräume für ihre Entwicklung. Die Position der G 77 im Rahmen der UNCED stützt sich auf die Einschätzung der Süd-Kommission, daß die Umweltproblematik der geeignete Hebel dafür ist, die Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen voranzutreiben.

Die ursprüngliche Absicht der G 77, kein Abkommen, keine Vereinbarung zu unterzeichnen, ohne daß sie mit festen Zusagen, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Nord-Süd-Entwicklung neuzugestalten, verknüpft sind, zerbröckelt im Verhandlungsstreß der Einzelthemen und Einzelinteressen.

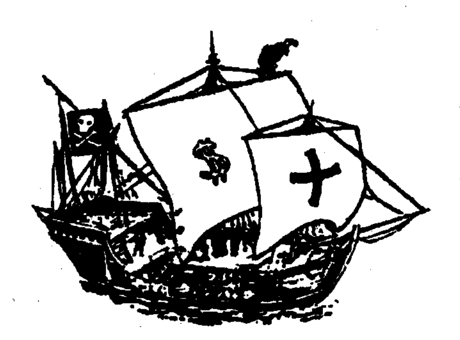
Für die (welt-) umweltpolitischen Interessen der Industrieländer scheinen die Forderungen der Länder der Dritten Welt ohnehin nur ein Störpotential zu sein. Die G7 wird auch weiterhin die Weltwirtschafts- und Umweltpolitik bestimmen und zu einer tiefgreifenden Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht bereit sein.

Die Forderungen des Südens nach Technologie- und Finanztransfers wird der Norden dort erfüllen, wo er ein eige-



Biologische Artenvielfalt: Läßt sich Nutzung und Schutz vereinbaren?

Kampagnenbeilage Nr. 7 (April / Mai '92)
Auflage: 40.000
In ila Nr. 155, Dritte Welt Nr. 5.92, Südostasien-Informationsdienst Nr. 2.92, iz3w Nr. 181, EPK Nr. 2.92 u.a.



500 Jahre Kolonialismus
500 Jahre Widerstand

»Bootschaft '92« auf Herbst verschoben

Die für den Juni'92 geplante "Reise gegen den Strom" muß auf den Herbst verschoben werden. Die Resonanz, die das Projekt bei den unterschiedlichsten Initiativen und Gruppierungen sowohl in der BRD als auch in Lateinamerika gefunden hat, ist in den letzten Monaten in einem Maße gestiegen, auf das wir mit unseren bisherigen Arbeitskapazitäten nicht vorbereitet waren.
Die Heterogenität des Spektrums mitwirkender Organisationen und der verschiedenen Schauplätze macht zum einen den Reiz des Projekts aus, zum anderen aber auch seine Schwierigkeit. Auf BRD-Seite werden VertreterInnen etablierter Kulturinstitute sowie der alternativen Kultur- und Medienszene, RepräsentantInnen aus Wirtschaft und Politik, der Wissenschaft, der Medien und der Amtskirche, GewerkschaftlerInnen sowie VertreterInnen des "informellen" Sektors und außerparlamentarischer Oppositionsgruppen teilnehmen. Auch auf der Seite der lateinamerikanischen Gäste wird es sich um ein sehr heterogenes Spektrum handeln. Darunter werden sein: VertreterInnen der Kampagne »500 años de resistencia indigena, negra y popular«, des lateinamerikanischen und karibischen Kirchenrates, der Frauenbewegung, der Wissenschaft sowie Journalisten und Kulturschaffende aus den Bereichen Literatur, Film, Theater, Musik und Malerei.
In der neu gewonnenen Zeit bis September (der genaue Termin wird nach Ostern festgelegt) gilt es nun, den Ideenreichtum der verschiedenen am Projekt beteiligten Instanzen in operationelle Schritte zu verwandeln. Dabei sollen die Personen und Institutionen in der BRD und in Lateinamerika, die ein deutliches Interesse an der Durchführung bekundet haben, in stärkerem Maße als bisher einbezogen werden. Wie dies geschehen kann, soll auf einem Koordinationstreffen der mitwirkenden Organisationen aus allen "An-Rheiner-Städten" beraten werden. **Treffen: 23. 5. 92 in Frankfurt, Bürgerhaus Bornheim.** Kontakt: medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069-4990041/2 (Thomas Gebauer)

Ulrich Mercker (ILA)

Tagungen / Seminare

Weltwirtschaftsgipfel — Stand der Mobilisierung

Demo und Aktionstage

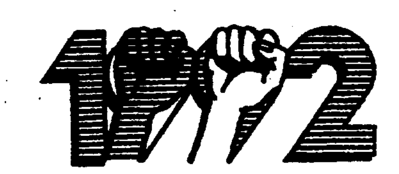
Am 4. Juli gibt es eine Großdemo. Aktionstage sind vom 6. — 8. 7. in München. Da die Aktionstage vor allem durch die Aktionen der einzelnen Gruppen gestaltet werden, ist hier eine vielfältige und bundesweite Beteiligung notwendig. Dazu gibt es eine weitere **Aktionskonfrenz am 16. / 17. 5. 92 in Frankfurt.** Anmeldung: "3.Welt" Haus, Westerbachstr.40, W-6000 Frankfurt 90, Tel. 069-7894846
Zu dieser Aktionskonferenz sind alle Gruppen — und ganz besonders die Bündnisse und Initativen, die sich zu "500 Jahre" gebildet haben — eingeladen und aufgefordert Ideen / Projekte für Aktionen mitzubringen.

Internationaler Kongreß

Der Sprecherrat und verschiedene Fachschaften der UNI München veranstalten in Zusammenarbeit mit einem bundesweiten UnterstützerInnenkreis vom 3. 7. — 5. 7. einen internationalen Kongreß gegen den WWG in München. Der Kongreß soll zu 7 thematischen Schwerpunkten (Foren) arbeiten. Stichpunkte sind: 500 Jahre Kolonialismus — 500 Jahre Widerstand, Demokratie und Menschenrechte, Rassismus-Migration, Ökologie, Osteuropa, HERRschaftssicherung, Weltwirtschaft, autonomes Frauenforum. Bitte beteiligt Euch an der inhaltlichen Gestaltung des Kongresses. Es werden noch viele Ideen und Menschen gesucht.
Infos zum Kongreß: Zentrales Kongreßbüro, c/o Sprecherrat LMU, Leopoldstr. 15, 8000 München 40, Tel. 089-21802072 oder bei der Anti-WWG-Koordination, Holzstr. 2, 8000 München 5, Tel: 089-268 123, FAX. 089-2603513.

Kolonialismus und Identität

Arbeitstagung vom 8. 5. bis 10. 5. 92 in der Fachhochschule Düsseldorf. Im Programm u.a. Vorträge von Etienne Balibar, Philisophieprofessor aus Paris, über Kolonialismus und Rassismus; Henning Melber, Uni Kassel, über moderne Formen des Rassismus; Sofia Montenegro, Feministin aus Nicaragua, Redakteurin ("Barricada") und Herausgeberin ("Gente") über Frauenbewegungen in Lateinamerika; Barbara Lukas, Informationsbüro Nicaragua, über "Der weiße Mann und die 52% Frauen — ihre Unterdrückung und ihr Widerstand"; Önder Erdem, Infobüro Wuppertal, über politische und ökonomische Probleme im Verhältnis Lateinamerika — EG; Clemens Rode, Friedrich-Ebert-Stiftung, über 'alternative' Gesellschaftsentwürfe in der Geschichte Lateinamerikas sowie Raul Leis, Sozialwissenschaftler aus Panama, über soziale Bewegungen in Lateinamerika — unter besonderer Berücksichtigung indigener Bewegungen. Kontakt: Infobüro Nicaragua e.V. Postfach 101320, 5600 Wuppertal Tel. 0202/4936305, Fax. 0202/452129.



500 Jahre kolonialistische Politik — Reparationen für die "Dritte Welt" als Entschädigung für Sklaverei, Kolonialismus und den Verlust kultureller Identität!?

Tagung mit Gästen aus Lateinamerika, Afrika und den USA in Münster am 9. / 10. 5. 92, parallel zur offiziellen Vorbereitung des "Weltwirtschaftsgipfels", an der die Wirtschaftsminister der sieben größten Industriestaaten und einiger östlicher Staaten auf Einladung von Möllemann nach Münster kommen werden. Am Samstag, 9. Mai wird die Veranstaltung zugunsten einer Anti-WWG-Demo mit dem Titel »Sie organisieren die Armut der Völker« unterbrochen. Beginn: 12.00 Uhr am Hindenburgplatz in Münster. Veranstalter: BUKO und Arbeitskreis Afrika. Anmeldung: AKAFRIK, Albersloher Weg 27, W-4400 Münster, Tel. 0251-661116

Rundreise von VertreterInnen indigener Organisationen aus Mittel- und Südamerika 18. 5. — 20. Juni

Die erwarteten zwölf Delegierten kommen als ANDERE, die von uns Respekt, Dialog einen Perspektivenwandel, eine Veränderung von Gesellschaft, Kirche, Kommunen und Staat und unserem Marktsystem einfordern. TeilnehmerInnen: Anamaria Xuga (Quiché-Volk aus Guatemala), Antonia Agreda (ONIC -Zusammenschluß indigener Organisationen in Kolumbien, Anamaria Guacho (ECUARURANI — Zusammenschluß der Hochland-Indios aus Ecuador), Francisco Anibal (CONAP — Zusammenschluß im peruanischen Amazonasgebiet, Vertreter der "rondas campesinas" (Selbstorganisation der Andenbauern im nördlichen Peru), Serafin Ajhuacho (methodistischer Pastor in Bolivien), Rosa Isolde Reuque (Mapuche — Chile), Vertreter aus dem brasilianischen Amazonasgebiet.
Kontakt: AG SPAK, Adlzreitstr. 23, 8000 München 2, Tel. 089/774077

„Wir bringen Euch die Zivilisation"

Wochenendseminar in Zusammenarbeit mit dem Infobüro Wuppertal e.V., vom 22.5. - 24. 5. 92 in Geseke-Eringerfeld. Unsere heutige Sicht auf "das Andere, die Anderen und die Fremden" ist geprägt durch 500 Jahre Kolonialismus. Das Seminar soll zum einen geschichtlich aufspüren, wie europäisches Denken nach innen und außen zu Ausgrenzung und Vernichtung führte. Zum anderen sollen Wurzeln des erschreckend zutage tretenden Rassismus in unserer Gesellschaft und in jedem von uns aufgespürt werden. Anmeldung: Forum Eltern und Schule, Huckarder Str. 12, W-4600 Dortmund 1, Tel. 0231-148011

Kulturelle Identität und Entwicklung

Tagung in Hamburg am 29. / 30. 5. 92. Die afrikanische Schriftstellerin Axelle Kabou hält die internationale entwicklungspolitische Szene seit einem Jahr in Atem mit ihrem Buch: „Und wenn Afrika die Entwicklung ablehnt?" Die AG Afrika hat Axelle Kabou nach Deutschland eingeladen, um ihre Ansichten über Alternativen zur jetzigen "Entwicklungspraxis" vorzutragen. Außerdem: Konrad Itondo zu: Zerstörung der kulturellen Identität. Überlegungen zur Medienentwicklung in Afrika.
Anmeldung: AG Afrika/ESG, Rentzelstr. 7, 2000 Hamburg 13, Tel.040-447793



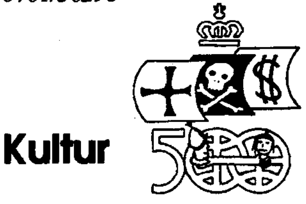
Basisparlament in Straßburg vom 5. — 10. Juni 92.

Das Basisparlament soll der Erarbeitung von Forderungen dienen und zu den Themen: Europa, Banken, IWF, Unterdrückung und Widerstand, Frauenrechte etc. Alternativen erarbeiten. Kontakt: KAIROS Europa c/o Rainer Weitzel, Hittorfstr. 21, 1000 Berlin 33

Action for Solidarity Equality Environment and Development A SEED

Unter dem Titel »UNSAID« (ungesagt) laufen zeitgleich zur UN-Ökokonferenz UNCED weltumspannende Jugendkonferenzen, die die Konfernz in Rio kritisch begleiten wollen. Das europäische Treffen findet vom 5. — 12. 6. in Freiburg statt. Erwartet werden 600-800 Jugendliche aus ganz Europa. Über Arbeitsgruppen, Workshops, und Exkursionen sollen die Themen Weltwirtschaft, 500 Jahre Kolonialismus, Golf-Krieg (Neue-Weltordnung) und der EG-Binnenmarkt mit dem Thema ökologische Entwicklung verknüpft werden.
Kontakt: A SEED, Eschholzstr. 86, 7800 Freiburg, Tel.0761/36268, FAX. 0761/36296

Kultur



18. Open Ohr Festival, Pfingsten '92 in Mainz

„Die unendlichen Opfer der Geschichte zu vergessen, könnte dazu führen, daß 'die Ermordeten um das einzige betrogen werden, was unsere Ohnmacht ihnen schenken kann, das Gedächtnis" (Th. W. Adorno)
Thema des diesjährigen Open Ohr Festivals: **»500 Jahre Kolonialismus — oder die Verteilung der Welt«.** Das Festival soll genutzt werden, um die tatsächlichen Auswirkungen und Hintergründe über die europäischen — und später nordamerikanischen — Invasionen und Interventionen in die Erinnerung zurückzurufen. Dies kann jedoch nicht allein bedeuten, den geschichtlichen Prozeß nachzuvollziehen, sondern vielmehr die aktuelle Wirklichkeit — auch in Europa und der BRD — aus dem Blickwinkel dieser Ära zu beleuchten. Berichte, Diskussionen, Vorträge, Filme zu: Entwicklungsperspektiven für Lateinamerika, Rassismus, Soziale Realität in den USA, Menschenrechtsverletzungen, Ökologie, Haiti, El Salvador, Jamaika, BRD. Vom 5. — 8. Juni können BesucherInnen, ReferentInnen und KünstlerInnen auf der Zitadelle in Mainz dazu diskutieren und streiten, sowie tanzen, feiern und essen. Im Kulturprogramm u.a.: Rudi Rhodes Basta Theater, Sergio Vesely, Urs Fiechtner mit der Konzertlesung: „Gesang für Amerika", Jazz mit Andy Sheppard, die New Yorker Avantgardegruppe Elliot Sharp, Connexion Latina, Los Andinos. Information: Festivalbüro, Rathaus, 6500 Mainz, Tel.: 06131-122173/2824, Fax.: 123568

500 Jahre Unterdrückung und Widerstand

Ausstellung zur Eroberung Lateinamerikas noch bis zum 12. 10. 92 in W-4760 Werl, Forum der Völker, Melsterstr.15. Gibt in leicht verständlichen Texten und Bildtafeln einen Überblick zur Geschichte und Aktualität der Unterdrückung in Lateinamerika. Dem Forum der Völker geht es dabei um eine Beleuchtung der Ereignisse aus Sicht der Eroberten.

Rundreise des Frauentheaterkollektivs SISTREN

Die jamaikanische Frauenorganisation SISTREN gründete sich 1977. Theaterspiel ist die treibende Kraft bei SISTREN. Sie haben mit viel Energie, Kreativität und ausgehend von ihrer Analyse des sozialen Lebens der Frauen in Jamaika ermutigende Möglichkeiten zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse aufgezeigt.
Termine: ab 22. Mai in Berlin, ab 26. Mai in Kassel, ab 29. Mai in Hamburg, ab 1. Juni in Hildesheim, ab 5. Juni in Bremen ab 7. Juni in Recklinghausen
Kontakt: SUR e.V. c/o Jutta Bangel Hermannstr. 28, 1000 Berlin 44

Lateinamerika Tage 92 in Dortmund vom 25. 4. — 16. 6. 1992

Unter dem Motto "Das faule Ei des Columbus" werden inhaltliche Schwerpukte wie Verschuldung, Rohstoffpreise bzw. -vermarktung, indianische Ökologie und das Verschwinden des Regenwaldes thematisiert. Daneben gibt es Konzerte z.B. mit dem südamerikanischen Jazzer Egberto Gismonti (30. 5.).
Kontakt: Tierra Nueva e.V., Lindemannstr. 84, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/136726

Columbus oder die Entdeckung des Anderen

Eine Theaterproduktion der Kulturetage Oldenburg, Regie Noberto Presta. Die Schauspieler kommen sie ziehen und tragen schwer beladen mit allem, was sie an diesem Abend brauchen. Sie tragen ihre Geschichte ... *„vielleicht ist diese unsere Erde bereits das Haus der Toten und ist es immer gewesen"* Carlos Fuentes
Kontakt: Kulturetage Oldenburg z.Hd. Ulla Strodtmann, Bahnhofstr. 11, 2900 Oldenburg, Tel. 0441-17635

LA OTRA CARA — Das andere Gesicht Lateinamerikas 1492-1992

Veranstaltungsreihe von »de pueblo a pueblo e.V.« vom 11.— 30. Mai 1992 in Hannover. U.a. am 15. Mai Frauen in Lateinamerika (Dora Maria Tellez, am 19. Mai Lateinamerika als Verlierer der Weltwirtschaft (Gilbert Ziebura), am 20. Mai Konzert mit Silvia Barrios -Argentina Indigena, am 21. Mai Lesung mit Esther Andradi, am 23. Mai Vorstellung mit Teatro Vivo — Tierra ...
Kontakt: de pueblo a pueblo, Kollenrodtstr. 59, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/392835

Mexico-Stadt der Frauen

Ausstellung zur Frauenbewegung in Mexico-Stadt vom 12. April — 17. Mai im Bonner Frauenmuseum, vom 29. Mai — 14. Juni in der Pasinger Fabrik in München, vom 23. September — 20. Oktober im Wiener Rathaus.

Papel mural — Wandmalprojekt '92

Ein gemeinsames Projekt von KünstlerInnengruppen aus mehreren europäischen Städten. In möglichst vielen Städten sollen 1992 Wandbilder aus der Zusammenarbeit lateinamerikanischer und europäischer Künstler entstehen.
Kontakt: Judy Engelhard, Cultur Cooperation, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-394133 oder Klaus Klinger, Farbenfieber e.V., Fürstenwall 210, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211/378198.

Eine **Liste** mit vielen weiteren **Kulturveranstaltungen** hat Misereor herausgegeben. Adressen und Kurzvorstellungen von Musik-Tanz, Theatergruppen zum Thema.
Bezug: Misereor, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Mozartstr. 9, 5100 Aachen

Videos

»Que todos se levanten — Alle sollen sich erheben«

Guatemala heute. Ähnlich wie vor 500 Jahren sind vor rund zehn Jahren zehntausende, vor allem indianische Bauern vor dem Terror der guatemaltekischen Armee geflohen. Die einen in die Hauptstadt, wo sie auf Müllhalden ein Überleben suchen, andere ins benachbarte Mexiko, wieder andere ins unwegsame Bergland. Vor 500 Jahren wurden die Nachfahren der Maya durch eine ausländische Armee, die spanischen Eroberer, gewaltsam von ihrem Land gerissen und in "Indianerdörfer" konzentriert und versklavt. Heute werden die IndianerInnen in "Modelldörfer" gezwungen, hunderttausende müssen in "Zivilpatrouillen" Kontroll- und Arbeitsdienste verrichten. In Guatemala ist Eroberung nicht Geschichte, sondern Gegenwart. Auch die Demokratie ändert nichts, sie ist Teil einer modernen Aufstandsbekämpfungsstrategie. Der Film zeigt die versteckten Gesichter Guatemalas, läßt die Menschen ihre bitteren Erfahrungen erzählen, anklagen und hoffen ...(aus der Presseankündigung).
Video, VHS, 55 min. spanisch mit dt. Untertiteln. Verleih: Videowerkstatt autofocus e.V., Oranienstr.45, W-1000 Berlin 61

»Auf den Spuren einer mörderischen Geschichte«

Kurzvideo über den alltäglichen Kolonialismus in unseren Städten — am Beispiel Freiburgs, VHS, ca.15 min., als einführender Vorfilm zu Veranstaltungen zum Thema. Verleih ab Ende Mai: Institut für Dritte Welt Forschung, Habsburger Str.9, 7800 Freiburg.

Eine **Medienliste** zu weiteren Filmen, Videos, Dia-Tonbildschauen, Ausstellungen, hat Misereor zusammengestellt. Bezug: Misereor, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Mozartstr. 9, 5100 Aachen

Lesetips

Tierra Nuestra

Zeitschrift in spanischer Sprache, vierteljährlich herausgegeben von der Alternativen Nachrichtenagentur APIA (Mexiko), dieses Jahr mit Schwerpunkt zu den Aktivitäten der Kampagne »500 Años de Resistencia Indigena, Negra y Popular.« Bezug: APIA, Mumbgasse 1-3/49, A-1020 Wien, Tel. 022226-18292 (Abo sfr 30,-, ÖS 200).

Deutscher Kolonialismus

Ein Lesebuch zur Kolonialgeschichte. Schwerpunkt ist deutscher Kolonialismus in Afrika. Hrsg. von der Entwicklungspolitischen Korrespondenz, 2. erweiterte Auflage, 240 Seiten, DM 14,-. Bezug: EPK, Nernstweg 32-34, W-2000 Hamburg 50.

Nach 500 Jahren — Stimmen aus dem Süden

Lateinamerikanische AutorInnen nehmen Stellung zur Geschichte und Gegenwart, bewerten die gewaltsamen Umbrüche seit dem Erscheinen der ersten Europäer in Amerika und kommentieren Perspektiven für 1992. HRSG. vom FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, 186 Seiten, DM 16,80.

Jean-Bertrand Aristide: Lasst mich meine Geschichte erzählen — Bericht aus Haiti

Reden des gestürzten Präsidenten von Haiti mit einem Vorwort von Jean Ziegler. Aristide berichtet aus einer Welt der kämpferischen Hoffnung, die mitten im Schrecken der Diktaturen geboren wird. Seine Predigten und Radiosendungen trugen wesentlich dazu bei, daß das Volk 1986 das Duvalier-Regime stürzte, und neuen Mut schöpfte. Edition Exodus, Luzern 1992, 113 Seiten, DM 19,80.

500 Jahre Kolonialismus

Der Sonderdruck der »blätter des iz3w« zu Kolonialismus und Widerstand (Themenschwerpunkte der Hefte Nr. 167 und 173) wird nun zum zweiten Mal aufgelegt. Der Endpreis beträgt DM 6,- plus Porto. zu beziehen über ADW, Kronenstr. 16, 7800 Freiburg.

"Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1492 — 1992"

Die Aktivitäten des seit 1987 arbeitenden internationalen »Forum für Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1492 — 1992« sind auf die Entwicklung einer gemeinsamen Diskussion zwischen den fortschrittlichen Bewegungen in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, den USA und Europa über die wirkliche Bedeutung des fünfhundersten Jahrestages der Invasion Amerikas für die herrschende Weltordnung gerichtet. Rassismus, Folter, Verletzung der Menschenrechte, Zerstörung der Umwelt, Diskriminierung von Frauen etc. sind keine "Schönheitsfehler" in dieser an sich demokratischen Weltordnung, sondern integrale Bestandteile zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Herrschaftssystems, dessen Etablierung im Weltmaßstab mit der Invasion von 1492 begann. Eine Perspektive für "Die Verdammten dieser Erde" (F.Fanon) zeichnet sich nur dann ab, wenn es gelingt, die herrschende Weltordnung in eine demokratische zu verwandeln, in der die Reichtümer des Planeten nicht 15 Prozent der Weltbevölkerung vorenthalten bleiben, während 85 Prozent der Menschheit die minimalen Existenzbedingungen vorenthalten werden.
Forderungen zum 12.Oktober 1992:
* Die Länder der 1. Welt beginnen mit der Rückzahlung ihrer Schulden an die "Dritte Welt", die durch Ausbeutung von Menschen und Sklavenhandel, Ausplünderung der natürlichen Ressourcen sowie durch ungleichen Tausch angesammelt wurden.
* Der Sicherheitsrat der UNO wird aufgrund seines undemokratischen Veto-Rechts aufgelöst. Alle Entscheidungen sind in der Vollversammlung zu treffen.
* Das internationale Völkerrecht wird ohne Einschränkungen respektiert. Der Interventionismus der 1.Welt ist zu stoppen.
* Die durch Diebstahl und rücksichtslosen Aufkauf aus der "Dritten Welt" in die Metropolen transferierten Kulturschätze sind zurückzugeben.
* In Kooperation mit den sozialen Bewegungen in den Städten und Gemeinden der EG werden "Mahnmale für die Opfer der europäischen Invasion von 1492 errichtet.
* In den Metropolen muß mit einer konsequenten Bekämpfung des Rassismus begonnen werden.
Eine der zentralen Aktivitäten des Forums ist das vom 8. bis 13. 10. 92 in Puerto Real (Andalusien) stattfindende FORO POPULAR, welches »Emanzipation lateinamerikanische Identität: 1492 — 1992« gemeinsam mit dem Bündnis aller spanischen Kollektive gegen den V. Centenario sowie der Stadt Puerto Real durchführen wird. Auf diesem internationalen Treffen werden RepräsentantInnen aller fortschrittlichen gesellschaftlichen Sektoren Lateinamerikas mit den EuropäerInnen über die Themen Menschenrechte und Rassismus, Weltwirtschaftsordnung, Umweltzerstörung, Möglichkeiten der kontinentalen Befreiung, Kampf der Indigenas sowie der AfrikanerInnen, der Frauenbewegung, etc. diskutieren. Außerdem wird das FORO POPULAR für alle TeilnehmerInnen einen Raum des Zusammenlebens und der Kommunikation sein sowie Möglichkeiten bieten, sich in vielfältigen Formen mit eigenen Beiträgen zu beteiligen (Ausstellungen, Theatergruppen, Musik, Darstellung der eigenen Aktivitäten, etc.).
Einen Schwerpunkt des FORO POPULAR stellt die Übergabe eines "Mahnmals für die Opfer der europäischen Invasion von 1492" dar, das der ecuadorianische Künstler Oswaldo Guayasamin errichten wird und das durch Spenden finanziert werden soll.
Weitere Informationen und Material: Verein Monimbo e.V., c/o Bruni Höfer, Darmstädter Str. 23, W-6057 Dietzenbach, Tel. 06074-26891, Fax 44601

Der Kommentar

Wo ist die Kampagne 1992 ?

Seit Monaten überschüttet uns ein Tutti-Frutti an Broschüren- und Büchern zum Thema 500 Jahre Kolonialismus. Jede Institution und Gruppe, die irgendwie kritisch gegenüber dem "Entdecker" und solidarisch gegenüber Indianern ist, meldet sich zu Wort. In fast jeder Kirchengemeinde stehen Teile der eigenen Vergangenheit, die der Missionierung, zur Debatte. Ein riesiges Denkmal zur Erinnerung an Kolonialismus in Puerto Real (Andalusien), Worte des Bedauerns von multikulturellen Stadtvätern wie Cohn Bendit in Frankfurt und in fast jeder Volkshochschule ein Themenschwerpunkt. Ohne Frage wichtige Aktivitäten. Nur zu München, wo sich im Juli die Mächtigen der Industrienationen (G7) zum Weltwirtschaftsgipfel einfinden, die eigentlichen Adressaten von Protest und Widerstand, tut sich bundesweit gesehen wenig. Warum?

Ein Gegenkongreß, Aktionstage und eine Großdemo scheint in diesem Zusammenhang das Maximale zu sein. Ähnlich den Tagen anläßlich der IWF / Weltbanktagung 1988 in Berlin. Einige fetzige Nächte nach dem Motto: action bringt satisfaction, oder postmodern ausgedrückt, wir erobern die öffentlichen Räume und singen den Bankern ein Gute-Nacht-Lied. Anschließend entpuppt sich die ganze Geschichte als Seifenblase, die am Tag nach dem Abflug der Banker und Regierenden zerplätzt. Die Erfahrungen dieser Tage werden zwar immer wieder beschworen, lassen sich aber offensichtlich kaum als zukünftige politische Bausteine verwenden. Das steckt uns heute in den Knochen und dämpfte von Anfang an die Euphorie für eine Wiederholung in München.

In dieser verzwickten Situation gewinnen zwei politische Positionen an Gewicht und bestimmen leider Teile der inhaltlichen Diskussionen im beschworenen Kampagnenjahr 1992.

1.Politische Brackwassersurfer wie Heinz Dieterich (Sieger und Besiegte im fünfhundertjährigen Reich) und Robert Kurz (Der Kollaps der Modernisierung) finden immer wieder ihr geneigtes Publikum, das sich an dem Strohhalm Untergang des Kapitalismus oder/und Revolution festhält. Rhetorisch geschickt verpackt werden alte 68er Zusammenbruchstheorien, die schon Grünspan angesetzt haben und mit gesellschaftlichen Realitäten nichts zu tun haben, aufgetischt. Die Diskussion über das Verhältnis von utopischen Entwürfen und praktischen Lebenswelten muß endlich von dem pseudomarxistischen Schutt befreit werden, der hier immer wieder aufgetürmt wird. Die Eschatologie derartiger finalistischer Gesellschaftsvorstellungen wird in der Praxis bis zum bitteren Ende durchgehalten.

2. Auf der anderen Seite stehen unsere FreundInnen des Lobbyismus. Sie haben diese aus der Bürgerbewegung der USA stammende Aktionsform gewählt, um der Solibewegung zeigen zu können, wie man/-frau die Regierenden besser beeinflussen und beeindrucken kann. Über "fundrising" werden die Mittel bei staatlichen Stellen organisiert, um die lieben Bundesbürger "briefly" aufzufordern, doch bitte die und die Frage ihren Bundestagsabgeordneten zu stellen. Im Zeichen des Kampagnenjahres wurde die UN-Umweltkonferenz mit großer Hoffnung als Schwerpunkt ausgewählt. Die Tatsache, daß die VertreterInnen von BUND und anderen Ökogruppen nach langem Betteln in dem nationalen Vorbereitungskommitee saßen, wurde als großer Erfolg gefeiert. Der Schmusekurs zahlte sich indes nicht aus. Es kam zum vorhersehbaren politischen Waterloo. Von Töpfer wurden sie als Aushängeschild benutzt, mit kleinen Geldbeträgen abgespeist und — das ist entscheident — politisch über den Tisch gezogen. Keine einzige politische Forderung der beteiligten Ökogruppen fand sich im bundesdeutschen Entwurf für die Rio-Konferenz wieder. Heute ist der Katzenjammer groß und es wird quälend von langwierigen Prozessen gesprochen. Es rächt sich eben, wenn *„we are one world"* und der moralische Zeigefinger als politisches Programm gewählt werden und anschließend dem Treiben der Mächtigen nur fassungslos zugeschaut werden kann.

Beide Positionen griffen in die Debatte um die Gegenaktivitäten zum Weltwirtschaftsgipfel ein. Auf der einen Seite verbalradikale Kraftmaierei, "den Mächtigen in die Hummersuppe spucken", ohne dies auch nur annähernd umsetzen zu können. Und anschließend werden die Schweinereien der Weltgeschichte an einer Perlenschnur aufgereiht. Auf der andern Seite trifft man auf lauwarme Forderungen und moralische Empörung, die niemand weh tun sollen.

Das BUKO-Spektrum kritisierte die beiden Positionen, brachte aber kaum eigene inhaltliche Vorschläge in die zähflüssige Debatte ein. Ein Trauerspiel, das nur dann behoben werden kann, wenn eine Professionalisierung der Gremien einhergeht mit einer offenen politischen Diskussion, die weder in alten Positionen verharrt noch diese völlig über Bord wirft. Es ist zu erörtern, ob und wie gesellschaftliche Veränderungen in einem spezifischen Rahmen möglich sind, ohne utopische Vorstellungen zu verlieren.

Georg Lutz (ADW)

Kampagnenbeilage 1992 der Dritte-Welt-Zeitschriften, Auflage 40.000

Herausgeber: Argentiniengruppe Stuttgart, blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt Dritt Welt, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, ides, ika, ila, Korea Forum, Lateinamerika Anders, Lateinamerika-Nachrichten, philippinen FORUM, POSITION, relaciones, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief, Solidaritätsshop Dritte Welt, Coordination gegen BAYER-Gefahren STICHWORT, Südostasien Informationsdienst, Trialog, WERKKEN

Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, W-7800 Freiburg, Tel.0761-74003

Redaktion und Layout: Uwe Hartwig, Georg Lutz, Gerhard Rieger, Andreas Wenzel

V.i.S.d.P.: Georg Lutz

In Zusammenarbeit mit der Stiftung Umverteilen! Stiftung für eine, solidarische Welt. Außerdem danken wir dem Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) für die finanzielle Unterstützung und Wilfried Telkämper von den GRÜNEN im Europaparlament für die Unterstützung bei der Übersetzung.







Genetisches Material aus der Dritten Welt ist für die Sicherung unserer Nahrungsmittelproduktion von zentraler Bedeutung

nes umweltpolitisches und ökonomisches Interesse hat. Die Länder der Dritten Welt werden davon sehr unterschiedlich profitieren. Ein Hauptteil der eventuell neuen Finanzressourcen wird in die Länder fließen, die für die internationale Klima-, Wald- und Artenschutzpolitik von besonderer Bedeutung sind (z.B. Indien, China, Brasilien, Indonesien, Kamerun). Für die zahlreichen afrikanischen Länder mit ihren enormen ökonomischen und ökologischen Problemen wird ein Klimafonds möglicherweise nicht von großem Nutzen sein.

Armutsbekämpfung und Grundbedürfnisbefriedigung, Gesundheitsversorgung und Ausbildung - alles Themen der Agenda 21 der UNCED - werden wohl der klassischen Entwicklungspolitik mit ihren bi- und multilateralen Organisationen überlassen bleiben.

Handlungsfeld für NGOs

Die Widerstände gegen den ökologischen Umbau der Industriegesellschaften allmählich aufzulockern ist ein zentrales Handlungsfeld für NGOs im Norden.

NGOs in Süd und Nord - auch das wird im Rahmen der UNCED-Vorbereitung deutlich - kämpfen zum einen gemeinsam für einen wirklichen Durchbruch in der internationalen Wirtschafts- und Umweltpolitik und setzen sich für eine neue Definition des Verhältnisses Gesellschaft und Natur ein. Aber auch sie sind sich über die Strategien nicht einig.

Der umweltpolitische Handlungsdruck, der insbesondere die Strategien und politische Motivation der großen Umweltverbände des Nordens bestimmt und die tiefe ökonomische und soziale Krise der überwiegenden Zahl der Länder der Dritten Welt, die die politische Agenda der Süd-NGOs dominiert, führt unweigerlich zu verschiedenen Prioritäten. Der UNCED-Vorbereitungsprozess zeigt, daß Nord- und Süd-NGOs zur Durchsetzung ihrer Ziele durchaus bereit sind, Allianzen mit ihren Regierungen einzugehen.

So empfinden nördliche Umweltorganisationen Dritte-Welt Länder als "Bremser" im Aushandeln einer internationalen Klima- und Waldschutzpolitik und unterstützen argumentativ ihre Regierungen, nationalstaatliche Souveränitätsprinzipien zugunsten einer gemeinsamen Zielen verpflichteten Kooperation einzuschränken.

Umwelt-NGOs des Nordens fördern letztlich die umweltpolitischen Interessen der Industrieländer, was globalökologisch durchaus als Fortschritt zu bezeichnen ist. Sie setzen sich jedoch zu wenig für die Umstrukturierung der internationalen Witschaftsbeziehungen ein.

Süd-NGOs gehen gerade - nach kolonialer und neokolonialer Erfahrung verständlich - bei allen Problemstellungen, die die staatliche Souveränität tangieren, Allianzen mit ihren Regierungen ein. Gerechte Rohstoffpreise, Schuldenstreichung, zusätzlicher Finanztransfer und nichtkommerzieller Transfer umweltverträglicher Technologien prägen die Position der G 77 ebenso wie der Süd-NGOs. Hinter diesen mehr als berechtigten Forderungen treten die möglichen Alternativen zu einem weniger Ressourcenzerstörenden Entwicklungsmodell zurück. "Gerechter Handel" ist per se nicht naturverträglich, Exportstrukturen dienen nicht in jedem Fall der Grundbedarfssicherung usw.

Der UNCED-Prozeß sollte von NGOs in Nord und Süd dazu genutzt werden, gemeinsame Handlungsfelder für die Zeit nach der Konferenz zu definieren. Ohne entsprechenden innergesellschaftlichen politischen Druck wird die gewaltige Aufgabe der Umgestaltung unserer Verschwendungsökonomien nicht gelingen und wird die "Herausforderung UNCED" - wie von vielen befürchtet - ein gigantisches Spektakel, ein Festival des Stillstandes und der Scheinheiligkeit ohne besondere Signale bleiben.

Barbara Unmüßig
UNCED-Projektstelle DNR/BUND

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.1/92 enthält u.a.:

Flüchtlinge in Norderstedt, Skins und Gewalt, Kurden zwischen Saddam und Neuer Weltordnung, Anti-Herrschaftliche Tendenzen in China gestern und heute, Theorie und Praxis von Class War, Der Ort der Geschlechterdifferenz, Anarchistenpresse vor 1933 in Österreich-Ungarn, Diskussion um Anarchismus heute, Teil 3 uva. 72S., 7.-DM

Trotzdem ★ Verlag Neuerscheinungen

Janet Biehl: Sozialer Ökofeminismus und andere Aufsätze

Biehls Ansatz betont die Bedeutung des gesellschaftlichen Gefüges für das Leben von Frauen ohne alles in einer deterministischen Abhängigkeit zu sehen. Der soziale Ökofeminismus fordert einen Feminismus ein, der sich am politischen Handeln orientiert und nicht an Mythen prähistorischer Matriarchate oder Göttinnen-Kulten. 88S., 14.-DM

Noam Chomsky, Joel Beinin, Howard Zinn u.a. Die Neue Weltordnung und der Golfkrieg

Aufsätze zu den Hintergründen des Golfkrieges und zur US-Außenpolitik: *Noam Comsky:* Media Control (Desinformation und Golfkrieg), *Howard Zinn:* Macht, Geschichte und Kriegsführung, *Joel Beinin:* Über die Ursachen des Golfkriegs, *Noam Chomsky:* Die Neue Weltordnung. Weitere Beiträge von Michael Emery und Craigh Hulet, 130 S., 16.-DM.

Trotzdem Verlag
PF 1159
D-7043 Grafenau/Württ.
Tel. 07033-44273
Fax 07033-45264

Wer macht was in Rio?

Parallelveranstaltungen zur UNCED

Die UNO legt großen Wert darauf, NGOs in den UNCED-Prozeß zu integrieren. Einige Mega-NGOs werden als Beobachter an der offiziellen Konferenz teilnehmen. Entscheidend für die Rolle der NGOs sind aber die zahlreichen Parallelveranstaltungen (Global Forum) zum Treffen der Regierungschefs.

Als zentraler Veranstaltungsort wird gegenwärtig der Parque do Flamengo vorbereitet. Dort wird es Ausstellungen geben und Raum für den größten Teil der bisher angemeldeten über 200(!) Treffen.

Es ist klar, daß nicht alle diese Veranstaltungen den gleichen Stellenwert besitzen. Ein Herzstück wird das Internationale Forum der NGOs und sozialen Bewegungen sein. Dieses Treffen wird während des gesamten Zeitraums der offiziellen Konferenz stattfinden. Es soll diese kritisch begleiten, gleichzeitig aber eigene Vorschläge entwickeln.

Nun wird das internationale Forum nicht das einzige Großereignis im Rahmen des Parallelprogramms sein. Den größten Veranstaltungsraum haben sich die Frauengruppen reserviert, die Stellungnahmen zu den Vorhaben der offiziellen Konferenz erarbeiten wollen.

Die indianischen Völker bereiten eine Teilnahme in einer besonderen Form vor. Ein Zusammenschluß verschiedener indianischer Gruppen hat begonnen, unweit des offiziellen Konferenzortes ein eigenes Dorf zu errichten: Verschiedene Stämme bauen Häuser in der jeweiligen traditionellen Form. Vom 21. bis 31.Mai soll in diesem Dorf ein weltweites Treffen der indigenen Völker stattfinden, das eigene Positionen zur UNCED vorbereitet. An dem Treffen sollen VertreterInnen von 180 Völkern teilnehmen. Ein Schwerpunkt wird die Frage sein, wie indianisches Wissen und die Artenvielfalt, die in den indianischen Gebieten bewahrt wird, vor Enteignung via Patentierung geschützt werden kann. Grundproblem ist die fehlende Autonomie der indigenen Völker. Normalerweise sind es gerade die Regierungen, die die indianischen Rechte mißachten, die dann wiederum die gesamte Bevölkerung des Landes auf internationalen Konferenzen wie der UNCED vertreten. Die UNCED bietet die Chance unabhängig von den Regierungen indianische Positionen in die Öffentlichkeit zu bringen und vielleicht einen neuen Durchbruch in der Anerkennung der Forderung nach Selbstbestimmung zu erreichen- das sind zumindest die Hoffnungen der Organisatoren.

Da das Global Forum in die offizielle Konferenz eingebunden ist, beantwortet sich die in Deutschland oft gestellte Frage, ob es Gegenveranstaltungen zur UNCED gibt: Bis jetzt findet alles von Belang unter dem Dach des Global Forum statt, ist also kaum als Gegenveranstaltung zu bezeichnen. Allerdings ist bislang kein Fall von inhaltlicher Intervention von seiten der UNO oder der brasilianischen Regierung, die das Global Forum finanziell unterstützt, bekannt geworden.

Das Forum der brasilianischen NGOs

Anders als in Deutschland sind in Brasilien praktisch alle NGOs vom UNCED-Fieber befallen worden. 1990 formierte sich das "Forum de ONGs e movimentos sociais", ein Bündnis, das inzwischen über 1000(!) Gruppen umfaßt.

Wie sich denken läßt, ist ein Zusammenschluß von solcher Breite nicht ohne Probleme vonstatten gegangen. Anfangs waren es insbesondere die Umweltgruppen, die die Initiative ergriffen hatten und es gab Tendenzen, das Forum ausschießlich Gruppen mit einem Ökoschwerpunkt vorzubehalten. Schließlich setzte sich aber die Position durch, daß die UNCED keine reine Ökologiekonferenz ist, daß vielmehr gerade die sozialen Auswirkungen des herrschenden Entwicklungsmodells zur Diskussion stehen. Somit sind heute im brasilianischen Forum neben Umweltgruppen der Gewerkschaftsdachverband CUT, die Vereinigung der Favelabewohner Rios und praktisch alle Frauengruppen Brasiliens vertreten.

Angesichts der Heterogenität blieben natürlich gravierende Differenzen in der inhaltlichen Diskussionen nicht aus. Zwei Punkte waren es, die besonders kontrovers diskutiert wurden: zum einen die "debt for nature saps" (Schuldentausch gegen Umweltschutzmaßnahmen), zum anderen die Bevölkerungspolitik. Umweltgruppen standen anfangs der Idee, Auslandsschulden in Umweltinvestitionen umzuwandeln, durchaus positiv gegenüber. Hier hat sich aber nun die Position durchgesetzt, daß dies eine nicht zu rechtfertigende Verknüpfung von Umweltschutzaufgaben mit der Auslandsverschuldung ist, die die zentrale Frage nach der Legitimität der Auslandsschulden nicht stellt. Wie schon vorher die indianischen Organisationen und der Rat der Kautschukzapfer hat nun auch das Forum eindeutig gegen die Tauschprojekte Stellung genommen.

Im zweiten kontroversen Punkt setzten sich die Frauengruppen durch. Sie haben eine Stellungnahme zur Bevölkerungspolitik formuliert, die insbesondere die Verknüpfung von Umweltzerstörung und Bevölkerungswachstum kritisiert.

An diesen beiden Punkten wird es während der UNCED-Konferenz im Juni sicherlich zu interessanten Kontroversen mit den großen Umweltgruppen des Nordens kommen.

Das Forum hat bisher sechs nationale Treffen organisiert, ein letztes fand Ende April statt. Auf diesem Treffen sollte endgültig der "alternative Bericht" verabschiedet werden, eine Art Zusammenfassung der Positionen des Forums, eine Antwort auf den Bericht der brasilianischen Regierung.

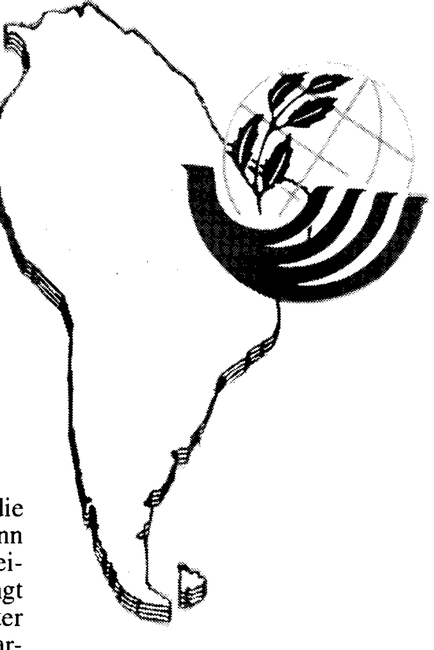
Auch in Brasilien sind die Erwartungen an die offizielle Konferenz ziemlich gering. Dasselbe läßt sich aber nicht über die Parallelveranstaltungen sagen. Die UNCED soll genützt werden, um eine Art Weltgipfel der Bewegungen zu veranstalten. Zwar werden immer wieder Befürchtungen geäußert, ob dies überhaupt noch managbar ist, aber noch überwiegen die positiven Erwartungen.

Thomas W. Fatheuer



"...das wird eher eine große Konfusion"

Interview mit Jean Pierre Geroy (brasilianisches Forum)



Die Erwartungen an die offizielle Konferenz sind - insbesondere nach dem Vorbereitungstreffen in New York - nicht mehr allzugroß. Der Sprecher des Internationalen Forums, Liszt Viera, sprach bei seiner Rückkehr von einem möglichen Scheitern der UNCED. Was wäre vor diesem Hintergrund für Sie ein positives Resultat der UNCED?

Ein positives Resultat könnte bei der Klimakonvention erzielt werden. Ein Abkommen, das definitive Fristen für Reduktion von Treibhausgasen setzt, wäre ein Erfolg. Beim Schutz der Artenvielfalt scheint es so, daß sich unsere Vorstellungen nicht verwirklichen lassen, die Forderung also, daß die Länder, die von der Artenvielfalt bei uns profitieren, dafür zahlen und auch den Technologietransfer ermöglichen. Bei der Frage des Technologietransfers gibt es auch unabhängig von der Konvention über Artenvielfalt eine Blockade. Man will die Regeln des Handelns nicht ändern. Die Frage der Finanzierungsinstrumente ist natürlich fundamental. Wir fordern, daß ein der UNO unterstellter Fond für Umweltprojekte eingerichtet wird, der nach den Regeln der UNO (ein Land - eine Stimme) funktioniert. Auch das hat aber wenig Chancen.

Für einen Fortschritt in den Ländern des Südens reicht es nicht aus, immer nur Technologietransfer und mehr Finanzmittel zu fordern. Uns beunruhigt, daß nur in ganz wenigen Ländern des Südens eine Demokratie mit einer Kontrolle durch die Gesellschaft existiert, die es ermöglicht, daß die Investitionen kontrolliert und beeinflußt werden.

Nehmen wir nur das Beispiel Brasilien. Gerade diese Woche hat noch der Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro verlauten lassen, "Was, ihr wollt eine Stärkung der Umweltbehörden, mehr Kontrolle gegen Abholzungen. Das kostet Geld. Und was ist mit den Straßenkindern? Wo liegt die Priorität - Straßenkinder oder Natur?" Der Gouverneur des Bundesstaates Amazonas, Gilberto Mestrinho sagt dasselbe. "Wir brauchen Entwicklung in Amazonien. Was sollen diese riesigen Indianerreservate. Das Volk leidet und deshalb brauchen wir Enwicklung." Das ist natürlich Demagogie, weil inzwischen auch die Arbeiter auf dem Land und in der Stadt sagen, nein, die Dinge müssen verbunden werden. Wenn wir diese soziale Marginalisierung erleiden, wenn wir in die Favelas gedrängt werden, dann leiden wir dort auch unter Umweltbedingungen. Und die Landarbeiter sagen, dieses ganze Gerede von der Modernisierung ist nur Propaganda. Denn in Wirklichkeit geschieht nichts.

Nun sehen viele Leute in der Konferenz nicht nur Chancen. Glauben Sie nicht, daß die Gefahr besteht, eine ökologische Legitimation für die Vorherrschaft des Nordens zu schaffen? Im Golfkrieg war schließlich auch die Rolle der UNO durchaus zweifelhaft. Ein ökologischer Internationalismus kann doch unter den gegebenen Machtverhältnissen nur ein Machtinstrument in den Händen der dominanten Staaten sein, eine Aushöhlung der staatlichen Souveränität und ein neues Legitimationsinstrumentarium für Interventionen.

Ich sehe hier keine große neue Entwicklung. Die Domination existiert und sie wird fortbestehen. Man wird etwas mehr investieren, auch die Unternehmer interessieren sich jetzt für Umwelt, aber das ändert natürlich nichts an den bestehenden Machtverhältnissen. Die werden weiter reproduziert, vielleicht mit einigen neuen Instrumenten.

Natürlich gibt es auch Tendenzen, die uns beunruhigen, zum Beispiel bei der Diskussion über die tropischen Wälder. In den USA bezieht sich fast der gesamte öffentliche Druck auf Bush, an der Konferenz teilzunehmen, auf diese Frage. Dieses Gerede vom "Erbe der gesamten Menschheit" führt natürlich dazu, daß man dann sagt, da brauchen wir eine gewisse Kontrolle über ein Land wie Brasilien, über Amazonien. Nur glaubt niemand, daß dies über eine territoriale Eroberung abläuft. Manchmal sprechen die Militärs darüber, aber niemand denkt, daß es eine reale Gefahr ist. Man kann natürlich über eine zukünftige Gefahr spekulieren, aber schlimm genug ist doch das, was heute schon da ist. Eine Invasion der dominierenden Kräfte existiert doch - und nicht erst seit heute. Alle die, die über einen grünen Faschismus, über eine grüne Legitimation der Dominanz nachdenken, sollten lieber sehen, daß diese Dominanz schon existiert.

Eine andere Kritik bezieht sich auf die Verbindung von Entwicklung und Umwelt in dieser Konferenz. Sie könnte einer neuen Entwicklungseuphorie Vorschub leisten in einem Augenblick, in dem alle Entwicklungsmodelle praktisch gescheitert sind. Erleben wir am Ende des Jahrhunderts eine Neuauflage klassischer Entwicklungspolitik mit grüner Tünche?

Das ist interessant, es ist, glaube ich, eine typische Reflexion aus dem Norden. Für uns ist diese Verbindung ein Fortschritt. Stellen Sie sich vor, dies sei nur eine Umweltkonferenz. Nehmen wir das Pilotprogramm der G-7 für Amazonien. Unsere erste Kritik war, daß es einen Schnitt macht zwischen Umwelt und Entwicklung. Es ist scheinheilig, einige Schutzzonen zu entwickeln, die vielleicht wirklich funktionieren, und so zu zeigen, was die G-7 für den Regenwald tut, während auf der anderen Seite nicht vom Bergbau, nicht von den großen Staudämmen, nicht von der Energiepolitik gesprochen wird. Diese Art von Entwicklung hat ihre Logik und es ist eine Logik der Zerstörung.

Auf der anderen Seite dann ein paar schöne Schutzzonen ... Die Bevölkerung geht dabei vor die Hunde. Der "Fortschritt" schafft keine Reichtümer für die Region, keine Arbeitsplätze, sondern nur Enklaven. Was wir brauchen ist eine reale Entwicklung, die gute Lebensbedingungen schafft für den größten Teil der Bevölkerung, der jetzt marginalisiert ist. Wir brauchen eine Entwicklung, die tatsächlich die Bevölkerung politisch, wirtschaftlich und sozial integriert und nicht ausschließt.

Das Industriemodell des Nordens ist für uns nicht erreichbar. Es ist nicht reproduzierbar.

Forderungen nach einem Boykott der UNCED habe ich in Brasilien nicht gehört, eher Kritiken

an der Boykottdiskussion, die in Europa die Zeitschrift "The Ecologist" losgetreten hat.

Ja, diese Diskussion kritisieren wir. Natürlich, die Zweifel über offizielle Konferenzen sind auch bei uns allgegenwärtig. Aber wenn wir die Kräfte im Süden stärken wollen, wenn wir das Konsummodell im Norden kritisieren wollen, wenn wir das Fehlen eines wirklichen Entwicklungsmodells anklagen wollen, dann müssen wir zusammenarbeiten. Deshalb glauben wir, daß unsere Anwesenheit in Rio, die Präsenz der NGOs, wichtig ist.

Sowohl der Sprecher des internationalen Forums, Liszt Viera, als auch Sie haben die Haltung der brasilianischen Regierung im Vorfeld der UNCED kritisiert, insbesondere ihre Weigerung ein "monitoring", eine Konditionalität internationaler Gelder zu akzeptieren. Ich finde ihre Haltung überraschend. Schließlich war diese Konditionalität in der Vergangenheit eher eine Forderung von Weltbank und IWF. Haben Sie eine neue Form von Konditionaliät im Sinne?

Ja, ja, natürlich. Wir fordern ja auch eine Reform der multilateralen Instanzen. Unter den gegebenen Umständen ist diese Kontrolle natürlich an die mächtigen ökonomischen Interessen einiger weniger Staaten gebunden. Wir wollen die Konditionalität, weil unsere Erfahrung zeigt, daß wir nur etwas in Brasilien erreichen, wenn internationaler Druck ausgeübt wird. Auch die NGOs im Norden fordern ja eine Beteiligung an den internationalen Instanzen, an Finanzierungsfonds, an der UNO. Wenn diese Instanzen nicht reformiert werden, dann ist die Konditionalität tatsächlich negativ.

Um noch einmal Liszt Viera zu zitieren: "Die offizielle Konferenz mag ein Flop werden, unsere Konferenz, das Treffen der NGOs, wird ein Erfolg". Teilen Sie diesen Optimismus?

Ich bin da etwas zurückhaltender. Die Konferenz der NGOs wird einen sehr appellativen Charakter haben. Sie wird auch ein großes Feld für Eitelkeiten sein. Hier wird es von allem etwas geben. Unsere eigene Erfahrung im brasilianischen Forum zeigt, wie schwierig es ist, mit so vielen Gruppen ernsthafte inhaltliche Diskussionen zu führen. Die Umweltfrage hat für vieles die Tür geöffnet. Neue Utopien, eine neue Ethik, alles schön und gut, nur es ist eben eine offene Tür für alles. Es ist eine Minderheit, die wirklich begreift, worum es geht. Bei dieser Heterogenität wird es schwierig sein, etwas Grundlegendes zu formulieren. Die Parallelkonferenz, nein, nein, das wird eher eine große Konfusion.

Was glauben Sie wird wichtiger sein bei der Parallelkonferenz, die Beeinflussung der offiziellen Konferenz oder die Schaffung eines neuen Internationalismus, die Stärkung einer internationalen zivilen Gesellschaft?

Letzteres. Zur Beeinflussung der offiziellen Konferenz haben wir schon alles gemacht, was wir tun konnten. Das ist jetzt nicht mehr das Hauptanliegen. Ich hoffe, daß die Konferenz der NGOs ein Sprungbrett für uns sein wird, um gemeinsame Aktionen und Strukturen für die Zukunft zu formulieren.

Ist das brasilianische Forum nicht auch deshalb so angewachsen, weil viele Gruppen nicht aus ökologischer Überzeugung, sondern eher aus politischem Opportunismus eingetreten sind, um also eine neue politische Konjunktur nicht zu verpassen. Hat nicht eine Konfrontation zwischen konservativen Umweltschützern und traditioneller Linker lange das Forum dominiert?

Ich stimme damit nicht überein. Es gab eine gewisse Spannung zwischen Umweltschützern und anderen Gruppen. Es war eher eine Konfrontation NGOs im Bereich der Solidaritätsarbeit versus Umweltbewegung. Es gab dieses Mißverständnids: "Was wollen die denn hier, die haben doch nichts mit Ökologie zu tun." Aber das hat alles nichts mit Opportunismus zu tun. Gerade das Beispiel der CUT (Gewerkschaftsdachverband, T.F.) ist sehr interessant. Fragen der Gesundheit am Arbeitsplatz haben natürlich unmittelbar mit Ökologie zu tun. Ebenso auf dem Land, denken wir nur an die Frage der Pestizide. In unserer sozialen Arbeit waren die ökologischen Fragen immer gegenwärtig. Ein Problem ist vielleicht die mangelnde Stabiltiät der Umweltgruppen. Die großen, eher traditionellen Umweltverbände sind im Forum nicht aktiv geworden, sie haben sich nicht auf die Debatte über Umwelt und Entwicklung eingelassen. Die Umweltgruppen, die größeres politisches Bewußtsein haben, sind zahlreich aber klein, entstehen, gehen wieder ein. Die Konsolidierung dieser Gruppen ist eine große Herausforderung für die brasilianische Umweltbewegung. Auch politisch ist die Umweltbewegung schwach. Es gibt einen kleinen Flügel innerhalb der PT, die grüne Partei existiert praktisch nicht mehr. Und so gibt es wenig öffentliche Aktionen oder politische Einmischungen im größeren Rahmen. Diese Fragmentierung und Schwäche der Umweltgruppen erwähne ich hier nicht, um ein Urteil abzugeben. Es ist einfach eine Tatsache, und ich erhoffe gerade von der Konferenz eine Stärkung dieser Gruppen.

Das Interview führte Thomas W. Fatheuer

Lutzenberger ade

"In gewisser Weise wünschten die Umweltschützer, daß Lutzenberger aus dem Amt scheidet, denn er war die richtige Person am falschen Platz. Er besaß nicht die politische Fähigkeit, eine Unterstützung innerhalb der Regierung zu bekommen und war zum Schluß isoliert." (Jao Paulo Capobianco, Exekutivkomitee des brasilianischen Forum)

Brasilianischen Presseberichten war zu entnehmen, daß die Entlassung Lutzenbergers in Europa eine gewisse Bestürzung hervorgerufen hat. Dieses Bedauern impliziert, daß Lutzenberger in der Regierung Collor eine positive Funktion hatte. Dies wird aber von brasilianischen NGOs in der Regel nicht so gesehen.

Lutzenbergers Rolle in der Regierung Collor muß an den Ergebnissen seiner Politik gemessen werden und nicht an seinen Reden vor internationalen Foren. Tatsächlich hat Lutzenberger es nie geschafft, seine Ideen in konkrete Politik umzusetzen. Er diente lediglich als Feigenblatt für eine real nicht existierende Umweltpolitik der Regierung Collor. Wenn Lutzenberger nach zwei Jahren Amtszeit die ihm unterstellte Umweltbehörde IBAMA als "Zweigstelle von Holzhändlern" bezeichnet, so trägt er für diese Entwicklung auch eine politische Mitverantwortung.

Die brasilianische Tageszeitung "Journal do Brasil" berichtet in ihrer Ausgabe vom 22.3.92 von einem spezifischen Grund, der jenseits der akuten Streitigkeiten die Entlassung Lutzenbergers beeinflußte. Der Regierung liegen jetzt die ersten vorläufigen Zahlen über die Waldvernichtung im Jahre 1991 vor. Sie erreichen die Höhe des Rekordjahres 1987!! Lutzenberger hatte sich immer damit gerühmt, wenigstens das Tempo der Waldzerstörung vermindert zu haben.

"Die Ernennung Luztenbergers zum Staatssekretär für Umweltfragen war mehr eine dekorative Maßnahme, als daß sie den Willen der Regierung Collor ausdrückte, eine wirkliche Umweltpolitik in Brasilien umzusetzen. Die Entlassung von Lutzenberger und Eduardo Martins(Präsident der Umweltbehörde IBAMA) paßt zu der Instabilität und Deskontinuität der politischen Aktionen der Regierung." (Auszug aus einer Stellungnahme des Nationalen Rates der Kautschukzapfer)

Thomas W. Fatheuer

Der unaufhaltsame Niedergang des algerischen Sozialismus

Bis 1988 schien das algerische Regime Modell eines stabilen sozialistischen Entwicklungsweges zu sein. Seit den "Brotunruhen" im selben Jahr, spätestens aber mit den Wahlsiegen der islamistischen Bewegung FIS bröckelte die Fassade, hinter der es schon lange gebrodelt hatte. Boutheina Cheriet verfolgt in ihrem Artikel - der vor den Parlamentswahlen im Dezember 1991 erschien - die ideologischen Strömungen der algerischen Nationalbewegung. Diese hat - so ihre These - mit ihrer populistischen, an den Islam angelehnten Ideologie entscheidenden Anteil am Wiedererstarken der islamistischen Bewegung heute. Selbst die FLN propagierte nach der Unabhängigkeit den Islam als zentrales Element des spezifischen, algerischen Sozialismus. Die Modernisierungspolitik, die das Regime gleichzeitig einleitete, untergrub aber genau diese auf dem Versprechen von "sozialer Gerechtigkeit" basierende Ideologie.

Algeriens ökonomischer und ideologischer Niedergang, der sich im Laufe der 80 er Jahre vollzog, ließ die offizielle, aus mehreren Versatzstücken bestehende egalitäre Ideologie des "spezifischen Sozialismus" immer fragwürdiger werden.[1] Dieser "algerische Sozialismus" geht einerseits auf einen islamischen Ursprung zurück. Gleichzeitig wird sein nationaler Charakter und seine Verankerung in den lokalen, traditionellen Organisationsformen und Sitten betont.

Ihren Ursprung hat die algerische Ideologie in der nationalen Bewegung der 30er Jahre, die zwei Richtungen umfaßte: eine säkulare -"L'Etoile Nord Africaine" (ENA), die in Kreisen nach Frankreich migrierter ArbeiterInnen entstand und von dort nach Algerien kam - und eine islamische Reformbewegung, die hauptsächlich in städtischen Gebieten (al-Ulamaal Muslimun al Jazairiyun) aktiv wurde. Die in Kreisen des gebildeten Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse formulierten nationalistischen Forderungen nahm die säkular ausgerichtete "Parti du Peuple Algérien" (PPA) auf. Während die PPA für die volle Unabhängigkeit eintrat, trieb die islamische Reformbewegung Ulama den Nationalismus subtiler voran. Unter der Führung von Shaikh Abd al-Hamid Ibn Badis trat sie für die Rechte der moslemischen Gemeinde, für Freiheit und Gleichstellung innerhalb eines Systems "ethnischer Brüderlichkeit" ein.[2]

Daraus entwickelte sich eine neue nationale Ideologie Algeriens, der Populismus. Die Ulama betonte den islamischen und arabischen Charakter Algeriens und selbst die Nationalisten kamen nicht daran vorbei, die Besonderheit Algeriens mit der Bedeutung des Islam zu verbinden. "Für den algerischen Moslem", schrieb 1939 "le journal du PPA", "bedeutet Assimilierung (an Frankreich, d.Ü.) Verrat, da dies das Verlassen der islamischen Gemeinschaft impliziert." Als Ferhat Abbas[3], dessen "Unión Démokratique du Manifeste Algérien" (UDMA) nicht für die Unabhängigkeit eintrat, die Existenz einer algerischen Nation einen Mythos nannte, stellte Ibn Badis, der Führer der Ulama, fest: "Diese moslemische Nation ist nicht Frankreich, ... es ist eine von Frankreich vollkommen verschiedene Nation, mit eigener Sprache, eigenen Sitten, besonderen ethnischen Ursprüngen und eigener Religion. (Diese Nation) lehnt die Assimilation ab, sie hat ein eigenes Vaterland mit genau erkennbaren Grenzen."



Diese hoch politische Behauptung einer unpolitischen Vereinigung beeinflußte entscheidend die politische Kultur und Sprache der nationalen Bewegung. Durch ihr ausgedehntes Netz von "Medressas" (freien Schulen) und Jugendorganisationen verbreitete sie die Parolen des Nationalismus unter den Kindern der städtischen Bevölkerung. Den Studenten brachte sie mit Bedacht die arabische Sprache und Literatur nahe, aber genauso Französisch, Mathematik, Geographie und Geschichte. Es war ein richtiges Erziehungssystem, das neben den französischen laizistischen Schulen betrieben wurde.

Auch die Moscheen waren nützlich, um zukünftige Anhänger der nach Unabhängigkeit strebenden Nationalbewegung heranzuziehen. Dies geschah nicht durch gegen das Establishment gerichtete Predigten, sondern durch ein subtiles Kritik am Sufi-Islam[4], der die koloniale Administration stillschweigend duldete.

Islamische Nationalbewegung

Die Ulama Bewegung betrieb die effektivste Agitation sowohl gegen die koloniale Ordnung, als auch gegen die traditionelle algerische Gesellschaft, die stark durch den Heiligenkult geprägt war. Ibn Badis, ein sehr produktiver Schreiber, unterschied zwischen "ethnischer Nationalität", die er für die muslimische Gemeinde geltend machte und "politischer Nationalität", die Unabhängigkeit beinhaltete und für die "das algerische Volk noch nicht reif war". Sein Konzept der

ethnischen Nationalität gab ihm Spielraum, um zum orthodoxen Islam zu bekehren. Mit diesem setzte er eine puritanische Interpretation der Schriften durch, bekämpfte die Abweichungen der Marabouts und ebnete damit dem "politischen Nationalismus"den Weg. Gellner[5] hat eine Parallele zwischen der Ulama und der protestantischen Reformbewegung in Europa gezogen, insofern daß beide ihre Anhängerschaft aus dem sich herausbildenden, städtischen Porletariat sowie dem Kleinbürgertum und den Mittelklassen rekrutierten, die alle auf der Suche nach einer rationaleren Weltinterpretation waren, die das mythische Wissen des Heiligenkults nicht befriedigte.

Auf diese Weise versorgte die Ulama im Schatten des Kolonialsystems die algerische Elite in Wirtschaft und Verwaltung mit einer philosophischen und politischen Kultur, die sie weder in der Kolonialkultur noch im traditionellen religiösen Mystizismus finden konnte. Die Ulama legte den Grundstein für eine algerische Nationalideologie, indem sie den puritanischen Islam in ein modernes Wertesystem übersetzte. Wenn das Element des Arabismus manchmal Ursache für Uneinigkeit war, die durch Teile des radikalen Flügels hervorgerufen wurden, weil sie an den Anteil der Berber innerhalb der algerischen Bevölkerung erinnerten, so blieb das islamische Element unhinterfragt.

So nahm der Unabhängigkeitskrieg die Form eines jihad (religiöser Krieg) an; die männlichen Kämpfer wurden mujahidin (Gottesstreiter), die weiblichen Kämpferinnen mujahidat genannt und auf dem Land beschimpfte man die Kolonialherren als "kuffar" (Ungläubige). Dies war nicht religiöser Fanatismus, sondern Ausdruck einer sich bildenden politischen Gemeinschaft, die ihre Vorstellungen aus der islamischen Weltanschauung ableitete. Diese bildete wahrscheinlich das einzige integrativ wirkende und verinnerlichte Erbe, das die Mehrheit der Algerier verband.

Als die Nationalbewegung die nationale Besonderheit Algeriens zu bestimmen suchte, zog sie dazu den Islam heran. Als Boumediennes technokratische Elite (seit Juni 1965 an der Macht, d.Ü.) den Kurs zur Entwicklung des "spezifischen Sozialismus" einschlug, präsentierten sie diesen als vom islamischen Egalitarismus inspiriert. Und wenn heute die Islamisten die politische Macht fordern, schließt sich mit ihrer Forderung nach einem islamischen Gemeinwesen der Kreis.

Vom algerischen Sozialismus zum Fundamentalismus

In den letzten vier Jahren wurde der algerische Populismus einer Schocktherapie unterzogen. Das Ergebnis bleibt ungewiß. Die Metamorphose des monolithischen "Volks" in eine "Zivilgesellschaft", die frei ihre Vertreter wählen oder abberufen kann, wird nicht ohne Schmerzen vonstatten gehen. Die Armee ist bis jetzt zweimal gerufen worden, um die "republikanische Ordnung zu verteidigen", im Oktober 1988 und wieder im Juni 1990.

Als im Oktober 1990 Unruhen ausbrachen, forderte der Großteil der Demonstranten nicht Demokratie, sondern eine egalitäre Verteilung des Nationalprodukts. Präsident Chadli (Nachfolger Boumediennes nach dessen Tod 1978, d.Ü.) schlug stattdessen eine neue Verfassung vor, die später im Februar 1989 angenommen wurde, und segnete ein Mehrparteiensystem und Demokratisierung als das neue "soziale Projekt" für Algerien ab.

Bestärkt durch ihre breite soziale Basis bereitete die FIS einen Sieg in den Parlamentswahlen vor. Diese waren zuerst für Februar versprochen, dann bis Juni verschoben und schließlich 26. Dezember und den 16. Januar 92 in zwei Runden festgesetzt worden. Seit der Verkündung der Verfassung von 1989 hat die von der FLN kontrollierte Nationalversammlung nicht weniger als vier Wahlgesetze für die ersten nationalen Mehrparteienwahl verabschiedet, das letzte im April 1991.

Durch den Erfolg der FIS bei den Kommunalwahlen im Juni 1990 verängstigt, schneiderten die Abgeordneten die Gesetze zugunsten der FLN zurecht. Sie schufen neue Wahlbezirke in ländlichen Gegenden, die für die Unterstützung der FLN bekannt waren und wiesen diesen eine astronomisch hohe Zahl Sitze im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung zu. Die FIS antwortete im Mai 91 mit einer Kampagne des zivilen Ungehorsams, die durch massive Kritik am Regime während des Freitagsgebets eingeleitet wurde.

Ihre dringlichste Botschaft war die Zurückweisung der Demokratie als fremden Wert für Algerien und die klare Forderung nach der Errichtung einer islamischen Republik, deren Verfassung dem Koran und der Sunna entnommen sein sollte. Dies sind also die Forderungen der Partei, die beansprucht, in drei Jahren sechs Millionen Anhänger gesammelt zu haben und die die ersten Kommunalwahlen auf der Basis des Mehrparteiensystems im Juni 1990 mit einer 55%igen Mehrheit gewann.

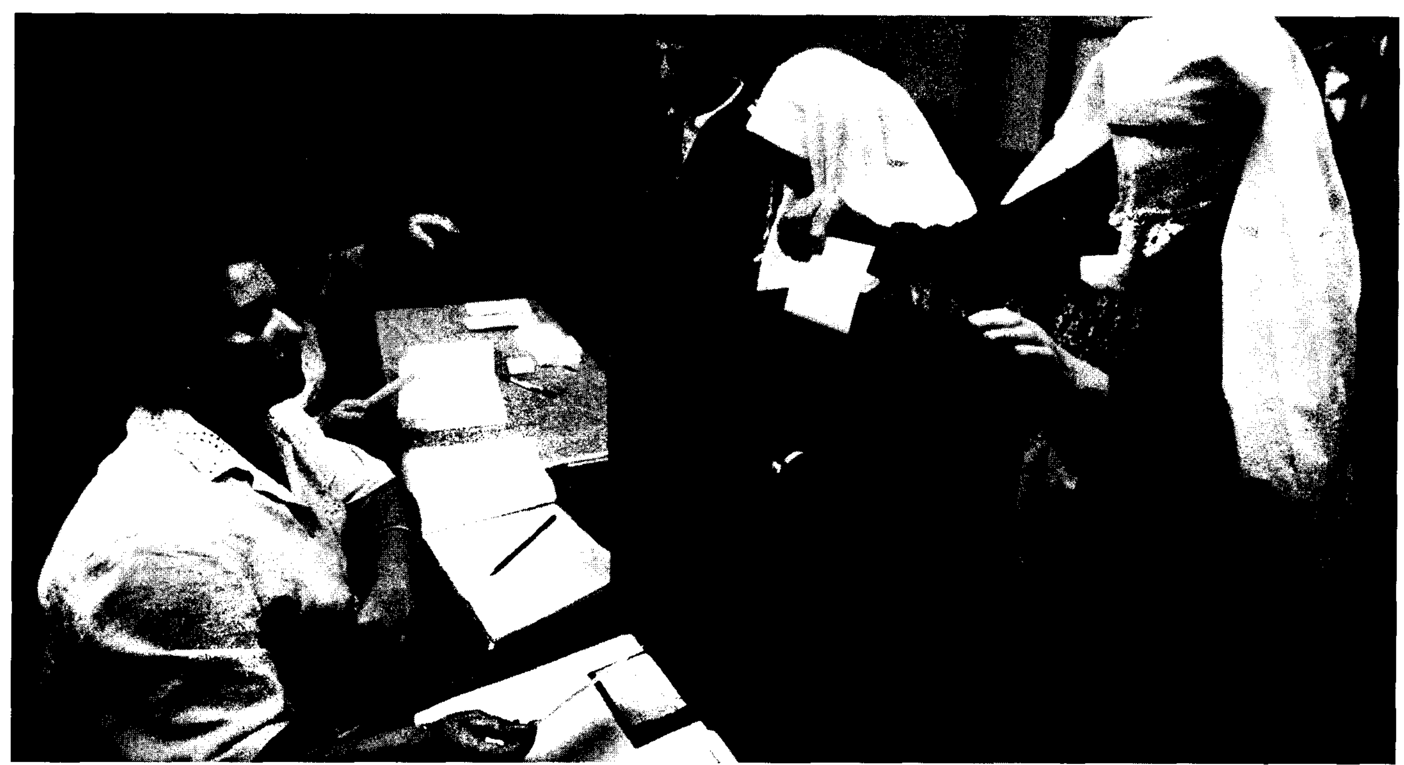
Der Generalstreik der FIS verursachte den Sturz der Regierung im Juni 1991. Aber er legte auch die internen Konflikte der FIS und der FLN offen. Die Führung spaltete sich in zwei Lager: das eine unterstützte den militanten Standpunkt von Abassi Madani und Ali Benhadj, das andere strebt eine politische Machtübernahme über Wahlen an.[6] Auf Seiten der FLN hatte der Generalstreiksaufruf der FIS zur Folge, daß der neue Premierminister, Sid Ahmed Ghozali, auf Konfrontationskurs zu prominenten Mitgliedern des FLN- Politbüros ging.

Krise des Verwaltungsstaates

Das Duell zwischen Ghozali und dem FLN-Politbüro war nur eine neue Auflage eines schon älteren Konfliktes innerhalb der Machtelite. Der Graben verläuft zwischen den jungen Technokraten des Regimes, mit Posten irgendwo in der Exekutive, wo sie völlig unabhängig von der FLN



Der charismatische Boumedienne, in Kontakt mit den Massen



Wahl der eigenen Unfreiheit?

schalten und walten können, und den Apparatschiks der Partei, die unter einem Minderwertigkeitskomplex gegenüber dieser gut organisierten Schaltzentrale der algerischen Politik leiden. Die alte Garde der FLN betrachtete den Vorstoß Ghozalis als erniedrigend und sah sich in ihrem schon legendären Mißtrauen gegenüber der "Intelligentsia" bestätigt.

Die Feindschaft reicht zurück in die frühen Tage des Unabhängigkeitskampfes. Unter dem Regime Boumediennes nahm sie deutlichere Formen an. Boumedienne war womöglich der einzige politische Führer Algeriens, der es sich erlauben konnte, gegen die alten Gruppensolidaritäten (assabiyyas)· anzugehen. Er selbst war das Produkt jenes rauhen ländlichen Milieus, aus dem der Unabhängigkeitskrieg seine Kämpfer bezog.

Boumediennes Reden offenbaren, welchen Stellenwert er dem Aufbau staatlicher Institutionen beimaß. Die Armee fest im Griff, errichtete er einen administrativen Apparat von einer maximalen funktionalen und territorialen Reichweite, mit dessen Hilfe er eine umfassende Sozial- und Wirtschaftspolitik in Gang brachte. Die Technokraten der 60er und 70er Jahre begaben sich in die Fußstapfen der Kolonialverwaltung und setzten alles daran, regionale Bindungen und Stammesloyalitäten in ihrem Nerv zu treffen und zu zerstören. Sie wußten instinktiv, wie gefährlich derartige Bindungen für den neuen Nationalstaat waren.

Um ihr 'gesellschaftliches Projekt' realisieren zu können, schalteten Boumedienne und seine Gefolgschaft das Parlament aus. Der Revolutionsrat wurde zum Organ, dem die Auslegung der Grundsätze der Revolution oblag. Die Forderungen der verschiedenen regionalen Gruppierungen, die ursprünglich im Parlament vertreten waren, konnten besser über regionale, administrative als über politische Kanäle aufgegriffen werden.

Die Partei wurde zwar als das "Symbol und die inspirierende Kraft" der Revolution gefeiert, aber ebenso entschieden von politischen Entscheidungen abgekoppelt. Damit wurde auf die ideologischen Verpflichtungen und die regionalen Bindungen reagiert, die die FLN nach wie vor in ihren Entscheidungen behinderten.

Dank der Marginalisierung des Einflusses der FLN ließ sich in Algerien die Entstehung eines Einparteienstaates (wie in Tunesien, Syrien, Irak) verhindern. Stattdessen bildete sich ein Verwaltungsstaat heraus, dem just aufgrund der Entpolitisierung der ökonomischen und gesellschaftlichen Entscheidungen die Herstellung eines breiten politischen Konsenses gelang.

Genau in dieser Entwicklung sind aber auch die Wurzeln der gegenwärtigen Krise zu suchen. Die beachtliche soziale Mobilität, die durch die umfassenden sozialen und ökonomischen Programme wie die forcierte Industrialisierung entfesselt wurde, förderte auch den Prozeß der Klassenbildung.

Im Jahr 1976 setzte das Regime die Nationalversammlung wieder ein und verabschiedete eine Nationalcharta, in der verkündet wurde, daß "die algerische Bevölkerung nun die nötige Reife erreicht habe". Diese Charta verklärte die algerische Bevölkerung einerseits als eine Gemeinschaft 'fortschrittlicher Kräfte' und machte "Bauern, Arbeiter und revolutionäre Intellektuelle" als die "lebendigen Kräfte der Nation" aus. Andererseits präsentiert sie ein dualistisches Bild von der algerischen Gesellschaft: auf der einen Seite die 'fortschrittlichen' und auf der anderen die 'rückschrittlichen Kräfte', einschließlich der 'bourgeoisen und feudalen Kräfte'.

Die Verfassung von 1976 erklärt den Islam zur 'Staatsreligion'; die erwähnte Nationalcharta desselben Jahres schreibt den Sozialismus als eine unwiderrufbare Weichenstellung fest. Die beiden Dokumente sind beredte Zeugnisse für den Eklektizismus des offiziellen ideologischen Diskurses in Algerien. Der 'algerische Sozialismus' bezieht demnach seine Spezifität vor allem aus dem 'Egalitarismus' des Islam und hat seinen Ursprung im antikolonialen nationalen Befreiungskampf.

Das Erbe Boumediennes

Der Tod Boumediennes im Jahr 1978 markiert den Beginn des Legitimationsschwundes des Regimes. Die Suche nach einem Nachfolger brachte den Konflikt ans Tageslicht, der schon seit längerem in Staatsapparat und Partei schwelte : der zwischen den Fürsprechern einer Liberalisierung und den Vertretern eines radikalen Sozialismus. Die Armee regelte die Angelegenheit dadurch, daß sie einen der ihren ins Amt hievte: Chadli Bendjedid wurde neuer Präsident.

Die Nachfolge Boumediennes anzutreten, war keine leichte Aufgabe. Er hatte zu verschiedenen gesellschaftlichen Kräften einen direkten persönlichen Kontakt hergestellt. In bester machiavellistischer Tradition gelang es ihm, die gesellschaftliche, politische und militärische Elite zu neutralisieren, indem er sich direkt an die "Massen" wandte. Zur

Umsetzung der Entscheidungen, die er und sein Technokratenteam fällten, bediente er sich des weitverzweigten Verwaltungsapparates. Vertretern von Massenorganisationen und Parteien ebenso wie Ministern blieb keine andere Wahl als sich zu fügen.

Chadli Bendjedid hingegen, eine blasse Persönlichkeit mit bescheidener Eloquenz, war für die Mehrzahl der Algerier ein Emporkömmling. Diese Gruppe war unter Boumedienne gut gediehen, dank der besonderen Privilegien, die Kriegsveteranen und ehemaligen Parteiführern eingeräumt wurden - während der Präsident nicht müde wurde, den Kapitalismus zu verdammen.

Die Versäumnisse Boumediennes wurden in den 80ern offenkundig, als sich in vielen Bereichen immer deutlichere Krisensymptome zeigten. Die Legitimationskrise des Regimes wurde durch drei Bewegungen ausgelöst, gegenüber denen sich das Boumedienne-Regime vollständig blind gezeigt hatte. Es hielt seine gesamten Kräfte auf die Neutralisierung der marxistischen und internen Opposition gerichtet.

Seit Beginn der 80er Jahre regte sich Widerstand aus der berberischen, der islamistischen und der feministischen Ecke. Im Jahr 1980 brachen in Tizi Ouzou, der Hauptstadt der Kabylenregion (die hauptsächlich von Berbern bewohnt ist, d.Ü.) Unruhen aus. Die Protestierenden machten auf die berberische Identität Algeriens aufmerksam, griffen die offizielle Arabisierungspolitik an und forderten kulturellen und politischen Pluralismus. Der "Berberfrühling" hat letztendlich den populistischen Konsens in Algerien aufgebrochen, indem er auch die übrigen Algerier auf die Vielgestaltigkeit der algerischen Identität gestoßen hat.

Die feministische und islamistische Herausforderung gelangten zwischen 1981 und 1987 ins Blickfeld, als beide Bewegungen ebenfalls Attacken gegen die Fassade der "demokratischen, modernen, sozialistischen islamischen Republik" führten. Sowohl der feministische wie der islamistische Protest waren im Unterschied zum Berberprotest noch innerhalb des offiziellen ideologischen Diskurses zu rechtfertigen: Die Islamisten konnten sich auf den Artikel aus der Verfassung von 1976 berufen, der den Islam in den Rang einer "Staatsreligion" hebt, während die Feministinnen mit Verweis auf die Artikel 39 und 40 derselben Verfassung ihre vollen Staatsbürgerrechte reklamieren konnten.

Zwischen Individualismus und Populismus

Allen drei Bewegungen wurde mit direkter Repression begegnet. Ihre jeweiligen Anführer und Anführerinnen hatten die Gelegenheit, sich in der Haft kennenzulernen. Während eines Fernsehinterviews kurz nach den Unruhen im Oktober 1988 erinnerten eine führende Feministin und ein Kriegsveteran den FIS-Chef Shaikh Abassi Madani an die Zeit, die sie gemeinsam im Gefängnis verbracht hatten. Die Feministin nahm Stellung zur Auffassung des Scheichs, derzufolge der Islam der Frau eine primär häusliche Rolle zuweist. Im besten polemischen Stil der algerischen Feministinnen konterte sie mit der Bemerkung, daß die Frauen während des Befreiungskampfes ja wohl auch nicht erst ihre Väter, Brüder, Onkel oder sonstige männliche Aufpasser um die Erlaubnis zum Kämpfen und Sterben gebeten hätten.

Diese Aussagen machen einen der tiefsten Gräben innerhalb der pluralistischen algerischen Gesellschaft sichtbar: er verläuft zwischen dem entschiedenen Individualismus und Modernismus der Feministinnen und dem Patriarchalismus und Populismus der Islamisten. Der Konflikt zwischen beiden Seiten wurde geschürt durch die wiederkehrende Debatte um das Zivilrecht. Während das säkulare Recht im öffentlichen Bereich weite Zustimmung findet, bleibt der häusliche Bereich der Familie der säkular-rechtlichen Regelung weitgehend entzogen.

An dieser häuslichen Front steht einiges auf dem Spiel, da das Funktionieren der Familie weitgehend von der reproduktiven Rolle der Frau abhängt. Es gilt als Angriff gegen die Familienharmonie, wenn Frauen als Staatsbürgerinnen angesehen werden, die direkt dem Staat verpflichtet sind.

Diese Debatte ist alles andere als spezifisch algerisch. Sie wird aber erhitzter geführt als in so manch anderer moslemischen Gesellschaft. Der Grund liegt in der großen Reichweite des islamistischen Projektes in Algerien. Es geht den algerischen Islamisten nicht nur um Fragen des zivilrechtlichen Status von Frauen, sondern darum, einen umfassenden Prozeß sozialer Veränderung auf den Weg zu bringen.

Proteste gegen die Verabschiedung eines neuen Familiengesetzes im Jahr 1984 führten erstmals in der postkolonialen Geschichte Algeriens zur Verhaftung von feministischen Aktivistinnen. Die Machtelite hatte sich nur zögerlich an die sehr umstrittene Materie herangewagt. Das Resultat ist bemerkenswert: ein Familienkodex, der besser ein "Kodex für das Verhalten der Frau" zu nennen wäre und der Zeugnis davon ablegt, wie ungebrochen der patriarchalische Geist in der algerischen Machtelite ist. Der Kodex regelt etliche Details - wie eine Frau sich zu verloben, wie sie sich gegenüber ihrem Ehemann und dessen Verwandten zu verhalten hat. Kurzum: er segnet die Minderwertigkeit und Rechtlosigkeit der Frau im Privaten ab. Sie kann von einem ihrer Aufpasser verheiratet, durch den Fluch ihres Gatten geschieden und einfach aus dem Haus gejagt und schließlich mit 1/6 oder 1/8 ihrer Erbschaft abgespeist werden.

Diese Gesetzgebung brachte den noch vitalen Traditionalismus in den politischen und rechtlichen Strukturen Algeriens ans Licht. Aber sie war auch ein Schlag ins Gesicht der sich herausbildenden zivilen Gesellschaft. Die feministische Reaktion auf das Gesetz blieb in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Noch weit ist die algerische Gesellschaft davon entfernt, den Anwandlungen der Abgeordneten der Nationalversammlung etwas entgegenzusetzen, die sich in ihrer Verblendung dazu hinreißen ließen, über die Länge des Stockes zur Züchtigung ungehorsamer Frauen zu diskutieren.

Inzwischen sind die sich als strenge Moslems aufführenden Veteranen in der Nationalversammlung längst von den Islamisten überholt worden. Deren Vorstellungen reichen viel weiter: Sie fordern den Aufbau einer islamischen Republik, die genau besehen das mythische Konstrukt einer perfekten Weltordnung ist. Sie muß als Gegenentwurf zu der chaotischen Welt des modernen Kapitalismus verstanden werden. Der einzige Preis, den das Subjekt für die Entstehung einer solchen harmonischen Sozialordnung zu bezahlen hat ist der des totalen Gehorsams. Mit diesem Versprechen einer auf göttlichen Prinzipien aufbauenden Jahrtausendlösung für die sozialen Probleme kommt die FIS gerade bei den jungen Algeriern gut an, die auf der Suche nach einem Halt in ihrem Leben sind.

Boutheina Cheriet

Aus: Middle East Report 174;
Übersetzung: cp und isar

Anmerkungen:

1) Algeriens Verschuldung, die auf 26 Milliarden$ geschätzt wird, bildet das zentrale Symptom der Krise, die in Wirklichkeit jedoch noch umfassender ist: Sie drückt sich in der niedrigen Produktivität, dem Bankrott der meisten staatlichen Unternehmen und endemischer Arbeitslosigkeit aus, die hauptsächlich die algerische Jugend betrifft. Die Zahl der offenen Stellen sank zwischen 1981 und 1990 um die Hälfte, während die Zahl derjenigen, die eine Arbeit suchten, sich im gleichen Zeitraum verdoppelte. Arbeitslosigkeit betrifft 1,2 Millionen Menschen, 19,7 % der gesamten aktiven Bevölkerung. 1989 waren mehr als eine Millionen Menschen arbeitslos, davon 83 % unter 30.

2) Ibn Badis löste eine ungeheuerliche sozio-kulturelle Revolution in der sehr traditionell strukturierten algerischen Gesellschaft aus und bereitete ungewollt die Entwicklung einer nationalistischen Ideologie vor. Er etablierte ein erzieherisches und kulturelles Netz, das sich auf islamisch-puritanistische Regeln stützte und damit den alten Heiligenkult brach. Gleichzeitig wurden moderne pädagogische Methoden in das alte "Medressa"- System eingeführt, um damit die Lehren der französischen laizistischen Schulen zu unterlaufen.

3) Führer der "Unión Démocratique du Manifeste Algérien" (UDMA)

4) Islamische Mystik, die als Gegenbewegung gegen den dogmatischen Rechtsislam (Shari'a) entstanden ist.

5) E. Gellner, Muslim Society, Cambridge University Press 1984

6) Der junge Imam Ali Benhadj, der aus bescheidenen Verhältnissen kommt, und Abassi Madani, Doktor für Erziehungswissenschaften an der Londoner Universität und ein Produkt der religiösen Reformbewegung der 30er Jahre, sind interessante Repräsentanten der neuen sozialen und ideologischen Konfiguration. Ali Benhadj, der für seine aufwieglerischen Freitagspredigten gegen das Regime bekannt ist, ist das Paradebeispiel für die jugendliche Desillusionierung und den religiösen Puritanismus, während Abassi Madani den typischen Denker und Ideologen der islamischen Bewegung repräsentiert, die mit der Errichtung eines islamischen Gemeinwesens eine endgültige Lösung für alle menschlichen Übel schaffen will.

Osttimor gibt keine Ruhe!

Im November 1991 ging ein Aufschrei durch die Weltpresse. Indonesische Truppen hatten ohne Vorwarnung auf die Teilnehmer einer friedlichen Trauerkundgebung geschossen und dabei nach Augenzeugenberichten mindestens einhundert Menschen umgebracht und mehr als zweihundert Menschen verletzt (s.blätter Nr. 179). Daraufhin forderten westliche Geberländer von Entwicklungshilfe eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle; einige froren ihre Hilfszahlungen ein. Unter diesem Druck sah sich die Regierung in Jakarta gezwungen zum ersten Mal in ihrer 26-jährigen Geschichte, eine Kommission einzusetzen, um das Verhalten des Militärs überprüfen zu lassen.

Die Regierungskommission unter Vorsitz eines pensionierten Generals kam zu einem von der Armeedarstellung abweichenden Ergebnis: Die Zahl der Toten wurde nun offiziell mit 55 angegeben. Das Militär wurde gerügt, nicht verhältnismäßig gehandelt, sondern überreagiert zu haben. Außerdem wurden personelle Konsequenzen gefordert. Der für Osttimor zuständige General sowie sein direkter Vorgesetzter wurden von Dienst suspendiert. Einige Offiziere wurden vor ein Militärgericht gebracht.

Der Bericht der Kommission war das fein austarierte Ergebnis eines Kompromisses, der den außenpolitischen Schaden des Massakers begrenzen sollte und zugleich den innenpolitischen Machtverhältnissen Rechnung tragen mußte. Auf der einen Seite wurde der Militärführung ein Eingeständnis von Fehlern abverlangt, gegen das sich der Stabschef wenige Wochen zuvor noch strikt gewehrt hatte. Und doch war die Kritik noch so moderat, daß der alternde General Suharto die nachrückenden Generäle nicht völlig verprellte. Auf der anderen Seite wurde der außenpolitische Zweck erreicht. Die meisten ausländischen Regierungen erkannten bereitwillig an, daß Indonesien sich zu einer Untersuchung bereit erklärt hatte, die sogar eine bisher nicht gekannte Kritik an der Führung der Streitkräfte übte. Dabei übersahen sie gerne, daß der Bericht nur eine entfernte Annäherung an die tatsächlichen Ereignisse beinhaltet, so daß die zurückgehaltenen Mittel erleichtert freigegeben werden konnten.

Doch daß Osttimor nicht ganz aus dem Blick der Weltöffentlichkeit verschwindet, dafür sorgten in den vergangenen Wochen vor allem zwei Länder. Die beiden ehemaligen Kolonialmächte Niederlande und Portugal gelten dem indonesischen Regime mittlerweile als Intimfeinde in dieser Angelegenheit. Besonders unangenehm für die Indonesier ist in der gegenwärtigen Situation, daß Portugal zur Zeit die EG-Präsidentschaft innehat und damit durch eigene Initiativen das Verhalten der EG beeinflussen kann. Während die meisten EG-Staaten bilateral bereits ihre Befriedigung über den indonesischen Untersuchungsbericht hatten erkennen lassen, ist ein solches Signal von der EG bisher ausgeblieben.

Sehr zum Ärger des indonesischen Außenministers Ali Alatas, der die EG-Staaten schon unverblümt davor gewarnt hat, die Beziehungen wegen einseitiger Interessen Portugals aufs Spiel zu setzen. In der Tat haben sich alle portugiesischen Regierungen, nachdem Portugal bei der Dekolonisierung Osttimors in den 70er kläglich versagt hatte, zu einer der ganz wenigen Fürsprecherinnen Osttimors in den internationalen Gremien gemacht. Ohne die immer wieder gestellte Forderung, die Osttimoresen sollten in einem von der UNO beaufsichtigten Referendum über ihre staatliche Zugehörigkeit selbst entscheiden, wäre von dem stillen Krieg der indonesischen Militärs gegen Osttimor wohl noch weniger zu hören.

Spektakulärer ist die Verstimmung zwischen Indonesien und den Niederlanden: die Holländer gehörten zu denjenigen, die sofort nach Bekanntwerden des Massakers ihre Zahlungen nach Indonesien einstellten. Im Gegensatz zu den anderen Staaten nahmen sie ihre Zahlungen aber nach der Veröffentlichung des Regierungsberichts nicht wieder auf, sondern mahnten in der Person ihres Entwicklungshilfeministers Jan Pronk eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Indonesien an.

Das Engagement der ehemaligen Kolonialmacht Niederlande, die sich erst nach einem blutigen Krieg aus dem Archipel hatte vertreiben lassen, läßt sich mit einer "Besorgtheit des ehemaligen Mutterlandes" nicht ausreichend erklären. Entscheidend ist wohl vielmehr, daß die Niederlande besonders nach dem Militärputsch von 1965 zum Zufluchtsort vieler Exilindonesier geworden sind, die die Entwicklung in ihrem Heimatland mißtrauisch beobachten und durch Lobbyarbeit Druck auf die Regierung in Den Haag ausüben.

Die indonesische Seite verbat sich die Aufforderung zur Verbesserung der Menschenrechtssituation und bezeichnete sie angesichts der niederländischen Kolonialgeschichte als koloniale Arroganz und Heuchelei. Am 25.3.1992 machte Radius Prawiro, der Koordinierungsminister für Finanzen und Wirtschaft die Ankündigung Präsident Suhartos wahr, Hilfe, die an Bedingungen geknüpft ist, nicht mehr anzunehmen und erklärte alle Wirtschaftsbeziehungen mit den Niederlanden für beendet. Die Niederländer wurden aufgefordert, ihrerseits ihr Engagement binnen eines Monats zu beenden.

Um den Bruch der Wirtschaftsbeziehungen vollständig zu machen, kündigte Indonesien gleichzeitig auch die Mitarbeit in der IGGI-Gruppe auf, in der die Gläubigerstaaten Indonesiens zusammengeschlossen sind. Den Vorsitz der IGGI, in der auch die BRD vertreten ist, führen traditionell die Niederländer. Die Weltbank wurde von Jakarta gebeten eine neues Gremium der Geberländern zu schaffen, in dem die Niederländer nicht mehr vertreten sein sollen. Während der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit dem ungeliebten Partner die indonesische Regierung nicht viel kostet, da holländische Hilfszahlungen nur 1,8 % der gesamten indonesischen Entwicklungshilfe ausmachen, haben die Politiker auf einen Bruch auf anderer Ebene bezeichnender Weise bisher verzichtet. Gerade im Bereich der Bildungs- und Wissenschaftszusammenarbeit bestehen sehr enge Beziehungen, die Indonesien nicht ohne weiteres ersetzen könnte.

khs

"Wir galten plötzlich als Prostituierte"

Eine Ex-Guerrillera berichtet über ihre Erfahrungen im unabhängigen Zimbabwe

Was passiert mit den Guerillafrauen, wenn die nationale Unabhängigkeit erreicht ist? Was ist, wenn sie nach langjährigem bewaffneten Kampf wieder in den Alltag der Gesellschaft zurückkehren? Diese Fragen stellen sich aktuell in El Salvador oder Kolumbien. Ndanatsei Mudokwenyu berichtet über ihre Erfahrungen im unabhängigen Zimbabwe. Dabei zeigt sich, daß ihre Situation nicht einzigartig ist und nicht nur für ein Land wie Zimbabwe gilt. Das Interview führte Gertrud Baud vom Afrika-Komitee Basel.



N.Mudokwenyu: "Nur die Männer waren Helden"

Du hast während rund fünf Jahren als Guerrillera in Moçambique gelebt und bist Anfang 1980 wieder nach Zimbabwe zurückgekehrt. War es schwierig, Dich wieder ins zivile Leben einzugliedern?

Ich kam kurz vor den Wahlen im Februar 1980 nach Zimbabwe zurück und begann sofort, für den Wahlkampf der ZANU zu arbeiten. Die ZANU gewann die Wahlen. Nachher hatte ich für mich selber zu sorgen. Tausende von jungen Leuten wie ich, alles ehemalige Guerrilleros, gingen immer wieder zum Hauptquartier der ZANU an der Manica Road 88 in Harare. Wir hofften, daß die Partei etwas für uns organisieren würde, einen Job, eine Ausbildung oder etwas ähnliches. Aber nichts geschah. Nach einiger Zeit realisierten wir, daß wir damit nur unsere Zeit vergeudeten. Es wurde uns langsam bewußt, daß nun alle für sich selbst schauen mußten. Dabei hatten Frauen im Vergleich zu den Männern die schlechteren Ausgangsbedingungen. Wir Guerilla-Frauen wurden deshalb beispielsweise kaum in die konventionelle Armee aufgenommen, die nach der Unabhängigkeit aufgebaut wurde. Die Regierung rekrutierte nur Männer, obwohl wir im Kampf mit den Männern gleichberechtigt waren. Wir Frauen wurden einfach nach Hause geschickt. Wir erhielten für den Aufbau unserer Zukunft keine Hilfe.

Ich selbst hatte Glück. Meine Familie half mir, d.h. meine Brüder. Sie bezahlten mir die Bücher und die Kurskosten, und so konnte ich mit dem Fernstudium beginnen. Denn bevor ich nach Moçambique gegangen bin, habe ich die Schule vorzeitig verlassen. Aber es war ein Problem, daß ich jetzt eine andere Person war als das junge Mädchen, das damals nach Moçambique gegangen ist. Ich bin mit 19 Jahren nach Moçambique gegangen, und kam zurück, als ich 24 Jahre alt war. Ich zog Jeans an, obwohl traditionellerweise eine Frau keine Hosen trägt, und rauchte sogar.

War es für Dich schwer, eine Arbeit zu erhalten? Hast Du hier irgendeine Hilfe von der Regierung erhalten?

Nach meinem Sekretärinnenkurs erhielt ich einen Job in der Regierung, aber das war Zufall, es wurde gerade eine Sekretärin gesucht. Von der Regierung erhielt ich keine spezielle Hilfe.

Es gab zwar ein Demobilisierungsprogramm, in dem jede Person, die nicht in die Armee aufgenommen wurde, eine monatliche Zahlung von 185 Zimbabwe-Dollar als Starthilfe für die Zeit von zwei Jahren erhielt. Aber wir gingen ja weg als Jugendliche und kamen als Erwachsene ohne irgendetwas zurück. Das Geld reichte wirklich nicht aus, um einen neuen Start zu ermöglichen. Wir hätten mehr Geld erhalten sollen. Die meisten verwendeten das Geld zur Bildung von Genossenschaften. Aber auch das war sehr schwierig, denn die wenigsten hatten dafür eine Ausbildung.

Wie reagierte die Bevölkerung, wenn sie erfuhr, daß Du als Guerrillera in Moçambique gelebt hast? Warst Du eine Heldin?

Nein, nur die Männer waren Helden.

Und vielleicht noch einige wenige Frauen, die es nach der Unabhängigkeit geschafft haben, eine Stelle zu kriegen. Männer waren akzeptiert als Soldaten, sie konnten Helden des Befreiungskampfes werden. Wir Frauen aber handelten außerhalb unserer traditionellen Rolle. Ich glaube, während des Krieges wurden wir wie alle anderen Guerrilleros von der Bevölkerung akzeptiert. Sie waren glücklich, daß es uns gab, daß wir mit dem Gewehr kämpften. Aber nach dem Krieg war das ganz anders. Sie waren alle völlig gleichgültig und hatten viele Vorurteile. Wir waren plötzlich alles Prostituierte.

Denn normalerweise lebt eine Frau in Zimbabwe mit der Familie, bis sie heiratet. Etwas anderes gab es nicht. Nun ändert sich das auch, aber vor zehn Jahren, als wir zurückkamen, war das noch so. Die Männer glauben, wenn eine Frau mit Verwandten zusammen wohnt, ist sie unter Kontrolle. Wir Guerilla-Frauen waren nicht mehr unter dieser Kontrolle. Die Leute glaubten, daß wir das ausgenutzt haben, um mit möglichst vielen Männern im Busch rumzuschlafen - eine völlig absurde Vorstellung. Niemand wußte, was damals im Busch wirklich geschah. Ich glaube, dies ist der Grund, warum dann alle diese Märchen über uns erzählt wurden. Es gibt viele Fälle, wo Eltern verhinderten, daß ihr Sohn eine Ex-Guerrillera heiratete. Sie sagten: “Wie kannst du eine Prostituierte heiraten?”

Wenn Du zurückschaust auf die letzten Jahre, würdest Du dann nochmals nach Moçambique gehen?

Nein, ich würde zu Hause bleiben. Wir kämpften für die Unabhängigkeit von Zimbabwe, dies war wichtig. Zimbabwe ist unabhängig und nicht mehr länger eine Kolonie - darüber bin ich sehr glücklich. Ich behaupte auch nicht, daß sich nach der Unabhängigkeit nichts verändert hat. Im Gegenteil, es hat sich in Zimbabwe viel geändert. Aber auf meine Person bezogen - nein, ich würde nicht mehr nach Moçambique gehen. Der Grund ist der: Du kämpfst ja nicht einfach so, sondern du hast Erwartungen. Wir waren junge Leute, wir kämpften für Land, für Arbeit, für eine Ausbildung. Und wenn Du all das nicht erhältst, dann hat das Ganze gar keinen Sinn mehr. Was motiviert Dich dann noch? Ich nahm am Befreiungskampf teil, weil ich eine Ausbildung wollte, weil ich Unabhängigkeit wollte - aber nicht nur für das Land, sondern auch für mich persönlich. Aber nach der Unabhängigkeit half mir die Regierung nicht, irgendetwas in meinem Leben zu ändern. Ich erwartete wirklich, daß die Regierung helfen würde. Da die Regierung nicht half, würde ich nicht mehr an einem Kampf teilnehmen, nur um einer anderen Regierung an die Macht zu verhelfen.

Hat sich seit der Unabhängigkeit viel an der Stellung der Frau geändert?

Ja, die Regierung hat eine Reihe von Gesetzen erlassen, die die Stellung der Frauen verbessert haben. Vor allem das erste, das Gesetz über die Volljährigkeit von 1982, ist sehr wichtig. Erst mit diesem Gesetz wurden die Frauen mit vollendetem 18. Altersjahr rechtlich dem Manne gleichgestellt. Vorher konnten die Frauen allein nicht einmal ein Bankkonto eröffnen oder einen Vertrag abschließen. Sie brauchten dazu die Einwilligung ihres Vaters, wenn sie jung waren, oder diejenige ihres Mannes, wenn sie verheiratet waren. Die Frauen waren das ganze Leben lang unmündig.

Dann gibt es noch ein neues Gesetz über die Unterhaltspflicht. Jeder Mann muß nun von Gesetzes wegen für seine Kinder Unterhalt bezahlen. Die Männer sind sehr wütend über dieses Gesetz. Sie wollen einfach nicht einsehen, daß auch sie Verantwortung übernehmen müssen. Aber die Frauen sind sehr glücklich darüber.

Es gibt auch noch ein neues Gesetz über das Erbrecht. Früher wurden die Frauen beim Tode ihres Mannes vom Bruder des Mannes als neue Frau übernommen. Wenn sie damit nicht einverstanden waren, verloren sie alles, was sie zusammen mit ihrem Mann besessen hatten: Nicht nur das ganze Vermögen, sondern auch die elterliche Gewalt über die Kinder. Jetzt sind die Frauen durch das Gesetz geschützt. Sie können die Kinder und das Vermögen behalten und die Verwandten des Mannes haben keine Rechte mehr.

Es gibt wirklich gute Gesetze, die den Frauen etwas gebracht haben. Ein großes Problem ist aber, daß die Gesetze nicht alle Frauen erreichen, ich denke da vor allem an die Frauen auf dem Land. Das einzige Gesetz, das sehr gut bekannt ist, ist das Gesetz über die Unterhaltspflicht. Viele Frauen gehen vor Gericht und klagen ihr Unterhaltsgeld ein.

Es gibt aber noch ein großes Problem, das noch nicht befriedigend gelöst ist, die Lobola, das heißt der Brautpreis. Bei der Heirat muß der Bräutigam den Eltern der Braut einen Brautpreis bezahlen. Das unterdrückt die Frauen nach wie vor sehr. Es hindert die Frauen, eigene Entscheidungen zu treffen, trotz der neuen Gesetze. Wenn die Männer einen Brautpreis bezahlen, haben sie das Gefühl, die Frau gehört ihnen. Die Frauen selbst können nichts mehr für sich allein haben. Sie bauen beispielsweise Mais an und verkaufen ihn. Wenn dann der Mann kommt und sagt: “Gib mir Geld”, ist es schwierig, nein zu sagen. Denn sie wissen, daß der Mann für sie einen Brautpreis bezahlt hat. Es ist sehr schwierig, die alten Traditionen zu überwinden.

Ich weiß, daß es um Lobola immer wieder heftige Diskussionen gibt. Du persönlich bist also gegen Lobola?

(Lacht) Lobola ist ein alter Brauch und ich würde nicht einfach sagen, daß ich dagegen bin. Aber ich bin völlig gegen die

Die Guerilla nach der Unabhängigkeit

Nach einer neunzig Jahre währenden britischen Kolonialherrschaft erlangte Zimbabwe 1980 die Unabhängigkeit. Der Befreiungskampf (Chimurenga) der beiden in der Patriotischen Front zusammengeschlossenen Befreiungsbewegungen ZAPU (Zimbabwe African People's Union) und ZANU (Zimbabwe African National Union) zwang die rassistische Regierung Rhodesiens (so benannt nach dem Briten Cecil Rhodes) 1979 zu Verhandlungen über die Zukunft des Landes. Im gleichen Jahr fand die sog. Lancasterhouse - Konferenz statt, an der neben der ZAPU und ZANU auch die britische und rhodesische Regierung teilnahmen. Die Konferenzteilnehmer einigten sich dabei auf eine neue Verfassung und auf die Durchführung von freien Wahlen. Mit den Wahlen vom 18. April 1980 wurde Zimbabwe unabhängig. Die ZANU unter der Führung des heute noch amtierenden Robert Mugabe ging als klarer Sieger hervor (63% aller Stimmen). Die Infrastruktur des Landes und die öffentlichen Einrichtungen (Schulen usw.) waren nahezu völlig zerstört. Etwa 1,4 Millionen Flüchtlinge mußten wieder angesiedelt und integriert werden.

Über 80.000 Guerillas waren auf der Suche nach Arbeit. Nur ein kleiner Teil von ihnen wurde in die neue Armee übernommen. Die Mehrzahl der Guerillas erhielt eine auf zwei Jahre befristete monatliche Rente, die etwas über dem Durchschnittseinkommen von 150 Zimbabwe-Dollar lag. Ein groß angelegtes Ausbildungsprogramm gab es für die zurückkehrenden Guerillas nicht. Auf den Rat der Regierung gründeten relativ viele Ex-Guerillas Genossenschaften (beispielsweise Verkaufsläden, Tischler- und Schneiderwerkstätten) oder betrieben Gemüseanbau. Doch die von der Regierung versprochene Unterstützung mit Geld und Beratung blieb aus. So mußten viele Genossenschaften bald wieder aufgeben. Nach Schätzungen nahmen etwa 30.000 Frauen am bewaffneten Kampf teil. Sie kamen meist im Alter zwischen 17 und 20 Jahren zur Befreiungsbewegung und waren im Befreiungskampf den Männern gleichgestellt.

G.B./uju



Marxismus international

Nr. 9, März 1992

Neubert/Dietzel/Siebert
Krise der internationalen Arbeiterbewegung

Hayasaka/Ikeda/Kotzias/Schmid
Marxistische Diskussion in Japan, Griechenland und Österreich

Hedeler
Zerfall der KPdSU

Castro/Dorestal
Situation der Linken in Lateinamerika

Song
Die Linke in Korea

Vidal-Naquet
Die Mörder des Gedächtnisses (III)

WER KOMMT SCHON FREIWILLIG NACH DEUTSCHLAND?

Krieg in Jugoslawien. Unterdrückung der Kurden in der Türkei - handfeste Gründe, um zu fliehen. Denn wo Mord und Folter herrschen, wo also Menschenrechte mit Füßen getreten werden, ist ein humanes Leben nicht mehr möglich. Und so suchen die Flüchtlinge, die zu uns kommen, weniger den goldenen Westen, als vielmehr Schutz. In ihrer Heimat können sie, auch wenn sie es wollen, nicht leben. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, diese Bedrohten aufzunehmen. Darum setzen wir uns für ein uneingeschränktes Asylrecht ein. Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitgliedschaft im Förderverein PRO ASYL e.V. oder durch eine Spende. Wir brauchen Sie, um weiterhin die Stimme für Flüchtlinge zu erheben.

Ich unterstütze die gerechte Sache.

☐ *Ich will mich über eine Fördermitgliedschaft informieren. Bitte schicken Sie mir die entsprechen den Unterlagen.*

☐ *Bitte schicken Sie mir zunächst weitere schriftliche Informationen zu PRO ASYL.*

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

*Bitte ausschneiden, auf eine Postkarte kleben oder in einen Briefumschlag stecken und senden an: **Förderverein PRO ASYL e.V.**, Neue Schlesingergasse 22, 6000 Frankfurt/M.1. Spenden bitte auf das Konto Nr. 3809 00-608, Postgiroamt Frankfurt/M., BLZ 500 100 60.*

PRO ASYL

Förderverein PRO ASYL e.V.

hohen Brautpreise, die heute bezahlt werden. Früher bedeutete Lobola Austausch von kleineren Geschenken und vor allem aber die Aufnahme von Gesprächen zwischen den Familien von Braut und Bräutigam. Heute werden tausende von Dollars für Lobola bezahlt. Wenn die Frau eine gute Ausbildung hat, kann der Vater noch mehr Geld verlangen. Die Eltern machen mit ihren Töchtern Geschäfte. Dies finde ich schlecht. Aber gegen den ursprünglichen Brauch habe ich nichts einzuwenden. Früher wurde als Lobola eine Hacke geschenkt oder ein Sack Maismehl oder ein Huhn. Wenn Lobola wieder das bedeuten würde, hätte ich nichts dagegen - aber es ist schwierig, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Hat dein Mann für dich auch Lobola bezahlt?

(Lacht) Ja, mein Mann bezahlte Lobola, aber nicht viel. Ich habe keine gute Beziehung zu meinem Vater. Es ist schwierig mit meinem Vater. Wir machten das vor allem wegen meiner Mutter. Sie ist schon sehr alt und sehr traditionell. Sie wünschte, daß ihre Tochter sich auf die übliche Art verheiratet. Und wenn ich geheiratet hätte, ohne daß Lobola bezahlt worden wäre, hätte sie das nicht als richtige Heirat akzeptiert. Ich wollte meine gute Beziehung zu meiner Mutter nicht aufs Spiel setzen. Deshalb bezahlten wir Lobola, 500 Zimbabwe-Dollar. Das war nicht viel, aber meine Mutter war trotzdem sehr glücklich. In Wirklichkeit bezahlte allerdings nicht mein Mann das Geld, sondern ich. Aber wir sagten, er habe das Geld bezahlt. Wir erklärten ihnen auch, daß es im Land meines Mannes nicht üblich sei, einen Brautpreis zu bezahlen, daß man dort nur einen Ring kaufe oder etwas ähnliches. Da ich meine Lobola selbst bezahlte, wollte ich auch möglichst wenig bezahlen - ich hatte auch gar nicht so viel Geld. Ich erklärte deshalb, daß mein damaliger Freund Student sei und auch deshalb nicht viel Lobola bezahlen könne.

Hinzu kommt noch, daß ich keine gute Beziehung zu meinem Vater habe. Mein Vater war nur am Geld interessiert, nicht an mir. Mein Vater hat eine zweite Frau. Sie ist sehr jung und er braucht alles Geld zur Unterstützung dieser Frau. Mein Vater war wegen des niedrigen Brautpreises sehr unglücklich.

Du hast gesagt, eine Lobola von 500 Zimbabwe-Dollar sei nicht viel.

Es ist sehr sehr wenig. Du kannst im Prinzip niemandem sagen, daß die Lobola so niedrig war. Denn es gibt Frauen, die sehr stolz sind, wenn die Lobola sehr hoch war. Sie können damit zeigen, daß sie einen reichen Mann heiraten. Meinen Preis kann ich im Prinzip niemandem sagen, denn dann denken die, mein Mann sei sehr arm. Als Lobola werden ohne weiteres 2000 bis 4000 Zimbabwe-Dollar bezahlt. Wenn die Tochter gut ausgebildet ist, verlangen die Eltern noch mehr, auch wenn die Eltern vielleicht gar nichts zur Ausbildung beigetragen haben. Die Lobola erhält zudem der Vater, die Mutter erhält nichts oder höchstens ganz wenig.

Hinweis:
Das vollständige Interview ist zusammen mit einer Biographie über die Kindheit und Jugend N. Mudokwenyus und einem Beitrag über die Stellung der Frau im unabhängigen Zimbabwe als Broschüre (26 Seiten, 5,- sfr.) erschienen. Bezug: Afrika - Komitee, Postfach 1072, CH-4001 Basel.
Ebenfalls hinweisen möchten wir auf eine neue Publikation des Zimbabwe - Netzwerks.
Wolfgang Döpcke "Bauern und Guerillas in Zimbabwe", eine Literaturübersicht zu neueren Studien zum Befreiungskampf. Bezug der 44 seitigen Broschüre gegen DM 5,- (plus Porto) beim Zimbabwe - Netzwerk, Haussmannstr. 16, 7000 Stuttgart 1.



Kostenlose Grundschule gehört zu den Errungenschaften der Unabhängigkeit.
Foto: Melanie von Pentz

Überlebenstraining in Guatemala

Eine ungewöhnliche Aktion auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin

Auf die weltgrößte Tourismus-Börse kamen dieses Jahr 30.000 BesucherInnen und brachen alle Rekorde, so brüsteten sich die VeranstalterInnen. Am Eröffnungstag, dem 7. März, war auch eine Gruppe aus der Mittelamerika-Solidarität unter ihnen. Sie rief nicht etwa zum Tourismus-Boykott auf, wie noch Anfang der 80er Jahre, obwohl die TouristInnen heute wie damals wichtige Devisen für ein nach wie vor repressives Regime liefern. Doch die Solidaritätsbewegung ändert ihre Taktik.

Deshalb schlüpften drei Kleingruppen ins jungdynamische Outfit und zogen durch die Halle 21 der Berliner Messehallen. Sie versuchten, die BesucherInnen für "Aktiv-Reisen nach Guatemala" zu gewinnen. "Überlebenstraining bei den Flüchtlingen", "Action-Urlaub bei den Todesschwadronen" und "Körperbewußtes Leben auf einer Bananenplantage" waren im Angebot. Und siehe da: Endlich einmal kam man mit den Leuten ins Gespräch und wurde ernstgenommen. Das ältere Ehepaar blieb etwas irritiert stehen, um sich über naturbewußtes Überlebenstraining bei den Flüchtlingen im guatemaltekischen Urwald zu informieren, die Gruppe mittleren Alters lachte interessiert bei der Beschreibung der Bombardierungen aus der Luft auf eben diesen Urwald, meinte jedoch "dafür sind wir schon zu alt", und der junge Typ blätterte in einem von der Gruppe extra angefertigten Reiseprospekt, erspähte den Satz "indische Gurus sind out" und meinte zu seiner Freundin: "In Indien waren wir ja letztes Jahr".

Nur die ganz coolen Manager und Managerinnen ließen sich erst gar nicht auf das junge Reiseunternehmen ein, ebenso wenig die Frau, die abwinkte: "Guatemala hab ich letztes Jahr schon gemacht". Die Ausschnitte guatemaltekischer Wirklichkeit, satirisch verpackt in die Sprache der Tourismuswerbung, fielen kaum auf. Und ein Blick in den 'offiziellen' Reiseprospekt vom Guatemala-Stand zeigte, daß der Zynismus in den Faltblättern der Soligruppe dort, wie in vielen anderen Prospekten auf der ITB, um Längen geschlagen wurde.

Im Gegensatz zum Prospekt der Solidaritätsgruppe sind die in Reiseprospekten angebotenen Scheinwelten allerdings erlogen, zurechtgebogen wie von den KundInnen erwünscht. Die stets dienstbeflissenen Menschen werden unverhohlen rassistisch dargestellt. Und alle Länder können weiße Strände und bunte Indio-Märkte vorweisen. Original-Zitat: "Wenn man sich zu diesem Hintergrund noch die lachenden Gesichter der acht Millionen Guatemalteken dazudenkt, hat man eine genaue Vorstellung von diesem Land... Ein Paradies von Farben und Freundlichkeit. Die typische Bauernfamilie in Guatemala ist sehr fleißig; die Männer bestellen die Felder und die Frauen verrichten die Hausarbeit und versorgen die Familie... An der karibischen Küste zeigt sich der Einfluß der afrikanischen Kultur, die sich durch die Einwanderung von Negern aus der Karibik entwickelt hat... Die Luxushotels haben einen zusätzlichen Vorteil... das freundliche Dienstpersonal, das für Guatemala so typisch ist."



"In Indien waren wir ja letztes Jahr"
Foto: E.Köppen

Schließlich begann die Gruppe Lose zu verteilen. Um 13 Uhr nämlich sollte vor der Lateinamerika-Halle eine Reise nach Guatemala zu gewinnen sein. Als die Marimba-Musik einsetzte, standen sie schon zahlreich da, mit ihren roten Losen in der Hand. Jetzt interessierten weder die Mariachi-Sänger am Mexiko-Stand oder die Folklore-Gruppe aus Peru, noch der echte Schuhputzer aus der Türkei. Denn bei 'dem jungen Reiseunternehmen' gab es ja eine Reise zu den guatemaltekischen Bananenplantagen, Flüchtlingen und Todesschwadronen zu gewinnen.

Auch während der Vorstellung der Reise mit Beschreibung des Tagesablaufes - Wettpacken von Bananenstauden, Flucht vor dem Militär und Jagd auf Guerilleros - blieben die Gesichter noch erwartungsfroh. Ein Vater schickte seinen Jungen vor: "Hol dir noch ein Los!"

Der Auftritt der frisch gekürten und extra zur Verlosung eingeflogenen "Miss Guatemala 1992" wurde freundlich beklatscht. Während sie den Hauptgewinn zog, tauchten erste DemonstrantInnen mit Plakaten gegen die Menschenrechtsverletzungen in Guatemala auf. Obwohl der Leiter 'des jungen Reiseunternehmens' sich für diese unangenehmen Zwischenfälle entschuldigte, "die leider auch öfter in Guatemala vorkommen", ließ es sich nun nicht mehr übersehen, daß es um Politik ging. Ein Teil der Reiselustigen verließ den Ort daraufhin hastig, um sich wieder richtige Scheinwelten anzugucken.

Als eine Gruppe von schwerbewaffneten Militärs aus dem Klo der Vorhalle auftaucht und einen Demonstranten 'erschießt', sind nicht mehr viele ZuschauerInnen übriggeblieben. Einer findet, das Blut des 'erschossenen' Demonstranten verschmutze den Boden. Die Flugblätter, in denen dagegen protestiert wird, daß Guatemala sich auf der ITB als Urlaubsland präsentieren darf, und in denen der Berliner Senat und die Messegesellschaft AMK aufgefordert werden, keinen Stand mehr für Guatemala zur Verfügung zu stellen, werden jedenfalls nicht zu den Prospekten des Robinson-Clubs in die Plastiktüte gesteckt.

Karin Gabbert

Die Rössing-Uranmine in Namibia

Rio Tinto Zinc denkt nicht an Schließung

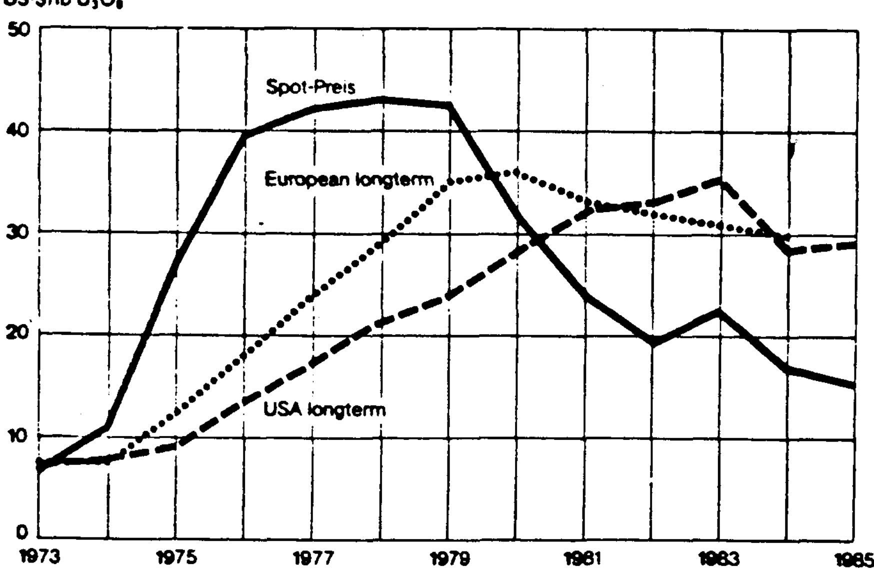
Konzernportrait Rössing

Die Rössing-Uranmine in Namibia, die in den frühen achtziger Jahren das weltgrößte Uranabbauvorhaben war, wurde in den siebziger Jahren von Hunderten von Ovamboarbeitern gebaut, die man von ihren Familien getrennt hatte und die in Unterkünften wohnen mußten, die die britische Wirtschaftszeitschrift 'Economist' als "entsetzliche provisorische Lager" beschrieb.

Die Minenarbeiter organisierten sich aber von Anfang an, erst in Arbeiterkomitees und später dann in einer anerkannten Gewerkschaft und erzwangen durch mehrere Streiks und große internationale Unterstützung Verbesserungen ihrer sozialen Situation. Der britische Minenkonzern Rio Tinto Zinc (RTZ), Mehrheitseigner der Mine, mußte daraufhin für die festangestellten Arbeiter und ihre Familien das Township Arandis mit festen Häusern und entsprechender Infrastruktur bauen.

Bis zum Zeitpunkt des Rückzugs Südafrikas aus Namibia 1990 hat die Tätigkeit der RTZ gegen die UN-Resolution über die natürlichen Ressourcen Namibias (UN-Dekret Nr. 1) und zahlreiche andere Resolutionen verstoßen, die eine Ausbeutung von Namibias Bodenschätzen verbieten. In den achtziger Jahren machte der Anteil der Uranmine am Bruttosozialprodukt Namibias, je nach Preis des Urans auf dem Weltmarkt, bis zu 20% und am Export des Landes bis zu 40% aus. Die Uranmine war aus diesem Grunde von RTZ gegen alle Kritiker immer als ein Pfeiler der namibischen Wirtschaft gelobt worden. Auch in den Geheimverhandlungen mit der SWAPO vor den Wahlen zur Unabhängigkeit (1989) sowie später mit der neuen namibischen Regierung konnte sich der Konzern mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Bedeutung der Mine für den Aufbau des Landes durchsetzen.

Sogar Sam Nujoma, SWAPO-Vorsitzender und heute Namibias Präsident, lobte das Wirken des Uranproduzenten bei einer seiner ersten Reisen durch Namibia nach seiner Rückkehr aus dem Exil. Und das, obwohl seine Haltung offen gegen alle Resolutionen verstieß, die die SWAPO während des Befreiungskampfes über die Rolle des Konzerns geäußert hatte. Dieser Gesinnungswandel ist nur mit der Drohung des Konzerns zu erklären, bei Nichteingehen auf dessen Forderungen sich aus dem Land zurückzuziehen. Ob diese Drohung allerdings



Preisentwicklung bei Uran

Problematischer Uranabbau

Das größte Umweltproblem beim Uranerzbergbau sind die radioaktiv und chemisch verseuchten Rückstände der Produktion und deren Lagerung. Das gebrochene Erz wird zuerst auf Zuckerkorngröße zermahlen und danach wird das Uran mit Schwefelsäure chemisch gelöst. Dafür werden täglich 700 Tonnen Schwefelsäure in einer eigenen Fabrik auf dem Gelände von Rössing hergestellt. Das Gemisch aus Schlamm und Wasser, das zur endgültigen Deponierung in einem Schlammabsetzbecken gelagert wird, ist eine chemisch äußerst aggressive Säure. Das saure 'Wasser' sickert durch das calcium- und magnesiumhaltige Dolomitgestein, welches den Untergrund von Rössings Schlammdeponie bildet.

Die durch versickern in dem kalkhaltigen Gestein einigermaßen neutralisierte Flüssigkeit wird zum großen Teil wieder aufgefangen und dem Produktionsprozeß erneut zugeführt. Dabei reichert sich dieses 'Wasser' bei jedem neuen Durchlauf immer mehr mit den radioaktiven Isotopen aus den Zerfallreihen von Uran 235, 238 und Thorium 232 an.

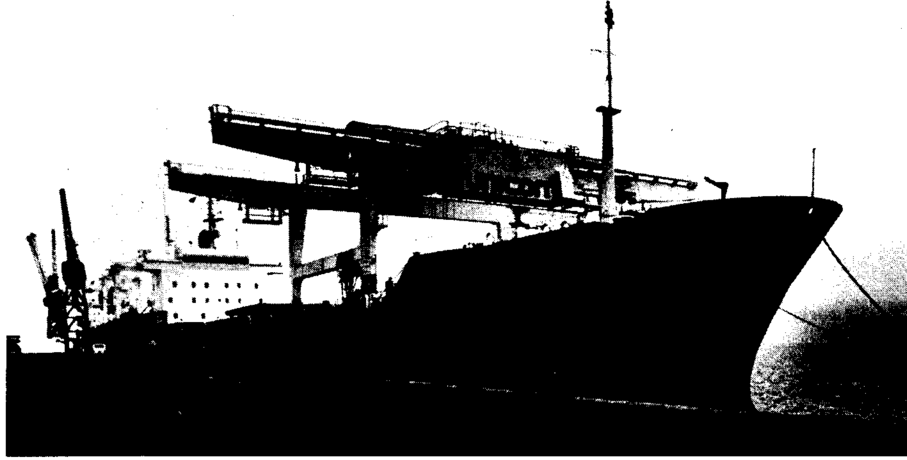
Nach den Vorschriften der Internationalen Atomenergiebehörde sollen Schlammabsetzbecken sowohl nach unten durch wasserundurchlässige Schichten wie nach oben durch Wasser gegen den Austritt von Radongas abgesichert sein. Beides passiert bei Rössing nicht.

ts

einen realen Hintergrund hat, muß bezweifelt werden. Es ist gerade heute aufgrund des wachsenden Widerstands gegen Uranabbau und Atomenergie sowohl in den Industrieländern wie auch in den projektierten Regionen sehr schwer für die internationalen Minenkonzerne, neue Minen in Betrieb zu nehmen.

Zudem haben sich die Zukunftsaussichten für die Mine verdüstert. Der Weltmarkt für Uran ist seit über fünf Jahren in einer tiefen Depression, da aufgrund des Widerstands gegen Atomanlagen in den industrialisierten Ländern kaum noch neue Aufträge erteilt werden. Die Beendigung des "Kalten Krieges" ließ auch den militärischen Schwarzmarkt für Uran schrumpfen. Der Preis auf dem Spotmarkt für Uran ging seit Anfang der achtziger Jahre von über 100 US-$ pro Kilo auf weniger als 17$ 1991 zurück. Der Spotmarkt, auf dem sehr kurzfristige Kontrakte gehandelt werden, ist ein wichtiger Markt für Rössing, da wegen der instabilen politischen Lage vor der Unabhängigkeit nur wenige Verträge über langfristige Uranlieferungen abgeschlossen werden konnten. Außerdem drängen nun auch die ehemaligen Staatshandelsländer Osteuropas mit großen Mengen Uran auf den westlichen Markt.

Mit der Begründung, die Marktlage für die Uranproduzenten sei schlecht, kündigte Rössing im zweiten Jahr der Unabhängigkeit Namibias starke Produktionseinschränkungen an und entließ im September 1991 über 750 Arbeiter, fast ein Drittel der Belegschaft. Zuvor waren schon alle Unterstützungszahlungen der Firma für Clubs, Sportvereine, Weiterbildungseinrichtungen und andere Freizeitaktivitäten in Arandis und Windhoek im Rahmen eines "Programms zur Kostensenkung" eingestellt worden. Die namibische Bergarbeitergewerkschaft MUN wurde erst in letzter Minute zu den Entlassungen konsultiert. Die MUN vermutet, daß nicht die schlechte Weltmarktlage Rössing zu den Entlassungen veranlaßte, sondern die Tatsache, daß noch das alte südafrikanische Arbeitsrechtgesetz gilt, nach dem die Arbeiter bedeutend weniger Einspruchsmöglichkeiten gegen Entlassungen haben als unter dem geplanten neuen namibischen Gesetz. Dieses ist aber im Parlament immer noch nicht verabschiedet, obwohl es ganz oben auf der Prioritätenliste der Regierung steht. Die Position der Gewerkschaft in dieser Auseinandersetzung ist sehr schwierig, da es immer einfacher ist, in wirtschaftlich günstigen Jahren Lohnerhöhungen und Sozialleistungen zu erkämpfen, als in einer Depression Massenentlassungen, gegen die auch keine gesetzliche Handhabe besteht, zu verhindern.



Verladung von Uranoxyd im Hafen Walfishbay

Da der Verlust des Arbeitsplatzes auch den Verlust des Wohnrechts in Arandis bedeutet, fürchten die entlassenen Arbeiter jetzt, daß sie aus der Gegend ganz vertrieben und in ihre Heimat im Norden Namibias ohne Aussicht auf Beschäftigung zurückgebracht werden sollen. Die Bewohner, die ein Bürgerkomitee gegründet haben, verlangen den Erhalt der Townships und Wohnrecht für alle Beschäftigten. Im Laufe des Jahres 1992 soll Arandis von Rössing der Regierung übergeben werden, damit wird der Ort zur Stadt erklärt, allerdings unter der Verwaltung nicht der Bewohner, sondern des Ministeriums for Local Government in Windhoek. Die wichtigste Änderung für die Bewohner wird sein, daß statt der jetzt gezahlten symbolischen Mieten von ca. 10 Rand für ein Haus marktübliche Preise von bis zu 250 Rand gezahlt werden müssen.

Zur rechten Zeit kommt in diese Auseinandersetzungen ein Bericht des 'Namibia Support Committee' (NSC) und der 'People against Rio Tinto Zinc and its subsidiaries' (Partizans) aus England über die Arbeits- und Umweltbedingungen bei Rössing, vorwiegend über die vergangenen 10 Jahre. "Past Exposures" - so der Titel der Studie - deckt anhand von Interviews mit Augenzeugen und Rössingarbeitern, vor allem aber durch interne Rössing-Dokumente den krassen Widerspruch zwischen dem öffentlichen Selbstlob Rössings und den realen Zuständen in der Mine auf. Es wird nach der Lektüre dieser Dokumente klar, daß die Staubkonzentrationen im Tagebau und in der Umgebung der Gesteinsmühlen 20-30 mal höher sind als der Standard, den Rössing angeblich anwendet, und damit das Risiko für Silicose und andere Lungenkrankheiten entscheidend erhöht ist. Außerdem sind Rössings Belastungswerte für die radioaktive Strahlung im Staub sechs mal höher als diejenigen der International Commission for Radiological Protection (ICRP) von 1979 - die allgemein auch schon als unzureichend kritisiert werden - und 36 mal höher als der Grenzwert der US National Academy of Sciences von 1990. Die Dokumente enthalten noch weitere erschreckende Details.

Über diese Fakten wurde sowohl die Rössing-Belegschaft wie die Öffentlichkeit in Namibia und weltweit durch falsche Presseerklärungen und Publikationen des Konzerns getäuscht. Bis heute weigert sich der Konzern, mit der Mineworkers Union of Namibia (MUN) Verhandlungen über Verträge im Gesundheits- und Arbeitssicherheitsbereich aufzunehmen, weil er der Ansicht ist, daß die bestehenden Verträge ausreichen. Allein schon aus diesem Grund wäre es für Namibia an der Zeit sich von dem Konzern zu trennen.

Thomas Siepelmeier (AKAFRIK)

Dieser Beitrag entstand im Rahmen der Arbeit des AKAFRIK-Öko-Netzwerks: Afrika-Europa, in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung (Köln). Die erwähnte Studie "PAST EXPOSURES" über Rössing ist über den AKAFRIK Münster, Albersloher Weg 27, 4400 Münster, zum Preis von 20 DM erhältlich.

MISEREOR
500 Jahre Lateinamerika

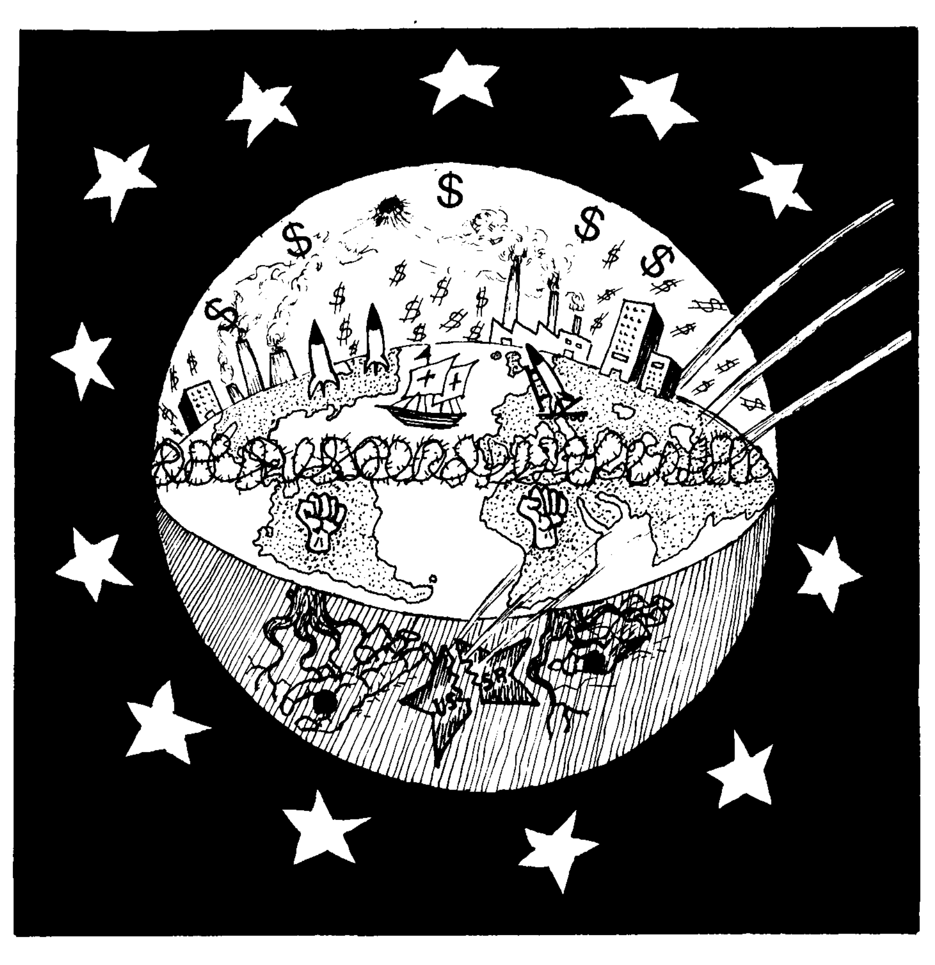
Berichte u. Dokumente Nr. 5: Die Eroberung Amerikas und wir in Europa
Eine wichtige Hilfe für alle, die sich ein eigenes Urteil zur Bedeutung der 500 Jahre für Lateinamerika, Europa und die Kirche bilden wollen. Mit Beiträgen von P. Rottländer, Chr. Kargl-Schnabl und I. Ellacuria. 148 Seiten. **DM 5,00**



Eindrucksvolle Sammlung authentischer Dokumente zum Landkonflikt in Lateinamerika. „Misereor lädt mit diesem guten Buch zur politischen Gewissensbildung ein." (Publik-Forum). 220 Seiten. **DM 12,50**

Bestellen bei (gegen Rechnung)
MISEREOR, Mozartstraße 9, 5100 Aachen
Kostenlosen Katalog anfordern

Kontinuitäten und Brüche



Neues zur alten Weltordnung

Wir leben in einer Periode der großen weltpolitischen Umbrüche, der rapiden Zunahme der ökologischen Zerstörungen weltweit, der wachsenden Verelendung von Millionen von Menschen im Süden und Osten. Gleichzeitig sind gerade im Jahr 1992 die geschichtlichen Wurzeln der heutigen weltwirtschaftlichen Strukturen, die auf der Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Arbeit der Frauen und Männer in den Ländern der „Dritten Welt" und der Frauen in der ganzen Welt basieren, evident, die Dominanz weißer Herrenkultur zeigt sich geschichtlich wie aktuell tief in den Menschen und den gesellschaftlichen Machtverhältnissen gegründet.
Mit dem Golfkrieg 1991 wurde der Begriff der „Neuen Weltordnung" geprägt. Daß die Mehrheit der Menschheit unter menschenunwürdigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen leben muß, ist allerdings keineswegs neu, vielmehr ist abzusehen, daß die bestehende hegemoniale Ordnung keine Verbesserung dieser Situation hervorbringen wird bzw. auch nicht soll.
Soweit scheinen die Analysen der Linken, der Solidaritäts- und 3.Welt-Bewegung noch Bestand zu haben.
Trotzdem fordern die „großen" politischen Umbrüche von uns, daß wir uns darauf einlassen querzudenken, Leerstellen wahrzunehmen, wo vordem Dogmen und Ideologien standen. Die Veränderungen in den Ländern Osteuropas müssen wir in unsere Weltsicht miteinbeziehen, die Entwicklungen und Fehlschläge der realsozialistischen Staaten aufarbeiten, ebenso wie wir uns damit konfrontieren müssen, daß die Konzepte und politischen Umsetzungen gesellschaftlicher Veränderungen in andere Richtungen gehen, als es unsere bisherigen Vorstellungen vom Umsturz durch Volksbewegungen zuließen. Das Konsummodell des Kapitalismus übt mit seinen Wohlstandsversprechen eine ungeheure Anziehungskraft auf Menschen aller Kontinente, auch auf uns selbst, aus. In Mittelamerika, in Afrika, im Nahen Osten, überall verändern sich die Koordinaten der bisherigen Herrschaftsverhältnisse in Prozessen, die nicht entlang einfacher Denklinien zu analysieren noch mit ebenso unilinearen Solidaritätsaktionen zu unterstützen sind. Wir haben noch keine Alternativen zur „Neuen Weltordnung" entwickelt. Unsere politischen Handlungen und praktische Solidarität müssen im Spannungsfeld von Kontinuität und Umbruch stehen. Wir sollten neue Chancen in einer Epoche ohne „Stellvertreterkriege" suchen und nutzen, neue Problemfelder angesichts der US-Hegemonie analysieren. Wenn wir keine neuen Bündnisse aufbauen, wie auch das Verhältnis von Utopie und Alltagspragmatik nicht auszubalancieren lernen, werden wir unserem Namen Bewegung nicht gerecht werden.
Auf dem 16.BUKO haben wir als Internationalismusbewegung den Ort, in Arbeitsgruppen, Workshops und Plena unsere Diskussionen und Arbeit im o.g. Sinn zu bestimmen, neue Pfade zu suchen.
Der BUKO ist entstanden aus vielfältigsten Initiativen der 70er Jahre, die nationale Befreiungsbewegungen unterstützten und in der Bundesrepublik die Öffentlichkeit auf eklatante Ungerechtigkeiten im Nord-Süd-Verhältnis aufmerksam machen wollten. Heute steht der BUKO an einem Punkt, an dem eine Neuorientierung gesucht werden muß, inhaltliche und organisatorische Vorstellungen der aktuellen Arbeit und Bewegung entsprechen müssen.
Inhaltliche Arbeitsgruppen dieses Kongresses sollen aus diesem Grund eng an die Frage nach dem politischen Selbstverständnis gekoppelt sein. Das heißt, es wird auf diesem BUKO nicht auf der einen Seite eine Strukturdiskussion für wenige FunktionärInnen und auf der anderen Seite viele interessante Arbeitsgruppen zum Konsumieren geben. Wir sind alle aufgefordert, Strukturen und Inhalte gleichzeitig zu berücksichtigen, um aus organisatorischen Sackgassen, z.B. keine Wahl des Koordinierungsausschusses im letzten Jahr, herauszukommen.
Es gilt eine Gratwanderung zu beginnen, die Utopien und Realitäten eines befreienden Projektes heute zusammenbringt. Der BUKO in Stuttgart wird lernen müssen zu balancieren.

16. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

28.5. - 31.5.1992 in Stuttgart

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/393156
Postgiroamt Hamburg, Konto 79112-201, BLZ 20010020

Arbeitsgruppen

In allen Arbeitsgruppen sollen folgende Fragestellungen und Aspekte behandelt werden:
1. (500 Jahre) Kontinuitäten versus Umbrüche im Weltsystem
2. Weltunordnung: Nur Anlaß zu Pessimismus oder Chancen und Perspektiven für neue Entwicklungen?
3. Welche Aktionsformen und Organisationsformen (als Lösungsansätze) sind wichtig?
4. Welche Formen der Solidarität streben wir an?
5. Die Bedingungen von Frauen und patriarchale Strukturen und deren Konsequenzen

1. Welche Chancen hat eine internationale Umweltbewegung? – Umweltbewegung – Neue Chance für Eine Demokratisierung

Anhand mehrerer ausgewählter Beispiele „umweltrelevanter Entwicklungsvorhaben" (z.B. Staudämme, Bergbau, Industrialisierung) soll der Stand der Ökologiediskussion innerhalb der Umweltbewegung verschiedener Länder besprochen werden. Um diese nationalen Auseinandersetzungen verstehen und über Aktions- und Bündnisformen nachdenken zu können, werden die ausgewählten Beispiele näher auf den nationalen Zusammenhang hin beleuchtet.
Weiterführend steht die Frage an, ist die internationale Umweltbewegung in der Lage, den Anforderungen einer „Weltinnenpolitik" gerecht zu werden? Die bald anstehende UNCED und ihre begleitenden Konferenzen bieten dafür genug Diskussionsstoff.

2. Transnationale Konzerne, Weltmarkt und wir? Macht – Ohnmacht – Gegenmacht

Die Schwäche bisheriger Versuche der Internationalismus- und Solibewegung, sich dem Thema zu nähern, sind offensichtlich. Von Vorstellungen, wie eine internationale Gegenmacht organisiert werden könnte, die sich an ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Zielen orientiert, sind wir weit entfernt. Zudem ist der politische Austausch, der auch in der Öffentlichkeit relevante Ergebnisse zeigt, zwischen gewerkschaftlich/betrieblichen Gruppen und unserem Spektrum faktisch nicht vorhanden. Und doch gibt es hoffnungsvolle Ansätze in verschiedenen Bereichen, an denen eingehakt werden kann.
Wir wollen die Arbeitsergebnisse von verschiedenen Organisationen, die in dem Themenbereich arbeiten, vorstellen, sie diskutieren und uns anschließend fragen, wie die Koordination zwischen den unterschiedlichen Spektren zu verbessern ist und wo unsere inhaltlichen Schwerpunkte in Zukunft liegen können.

3. Supranationale Organisationen als Steuerungsinstrumente

In dieser AG soll versucht werden, die Bedeutung und Möglichkeiten von Supranationalen Organisationen innerhalb der „Neuen Weltordnung" einzuschätzen. Insbesondere geht es hierbei um die Rolle dieser Organisationen bei der Lösung von Konflikten. In der AG wird dieser Themenkomplex kontrovers diskutiert werden.

4. Die militärische Rolle Europas

In der AG werden folgende Aspekte diskutiert:
- Wird Europa in einigen Jahren militärische Supermacht sein?
- Welche Arbeitsteilung werden die europäischen Länder im Rahmen einer Schnellen Eingreiftruppe entwickeln?
- Kann es überhaupt eine homogene europäische Militärmacht angesichts der bestehenden Widersprüche innerhalb des europäischen Bündnisses geben?
- Ist Europa in der Lage, aufgrund der nach wie vor bestehenden Konkurrenz seiner national organisierten Rüstungsindustrie eine gemeinsame europäische Militärmacht aufzubauen?
- Wie können wir Antimilitarismus konkret artikulieren?

5. Rassismus und europäische Dominanzkultur

Im Mittelpunkt soll die Frage nach dem Zusammenhang der europäischen Ausbreitungsgeschichte der letzten 500 Jahre und der Entwicklung von rassistischen Gedanken- und Praxismodellen stehen. Inwieweit ist Rassismus eine Legitimationideologie zur Herrschaftssicherung? Inwieweit war die Herausbildung der kapitalistischen Weltökonomie mit der Entstehung oder Ausbreitung von Rassismus verbunden?
Welche Spuren hat der Rassismus bei den Trägern der europäischen Kolonisation hinterlassen? Welche Bedeutung kommt dem Rassismus heute zu?
Zusätzlich soll die Frage angegangen werden, welchen Stellenwert die Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalismus in der Internationalismusbewegung – insbesondere im BUKO – hat, wie sie hier – bspw. in Form eines Arbeitsschwerpunktes – auch strukturell verankert werden kann und welche Bedeutung sie bei dem Gegenkongreß in München haben soll.

6. Das Recht auf Entwicklung als Menschenrecht

Sprangers neue Leitlinien der Entwicklungspolitik schließen die Konditionierung der Entwicklungshilfe aus Menschenrechtsgründen mit ein. Zusätzlich zur kritischen Auseinandersetzung mit den o.g. Leitlinien sollen weitere Schwerpunkte der Menschenrechtsdiskussion in dieser AG Thema sein.
- Das von den Entwicklungsländern geforderte „Recht auf Entwicklung" als Dritt-Dimensionsrecht wird aufgrund der Gegenwehr der Industrieländer seit Jahren nicht als allgemeines Menschenrecht anerkannt.
- Sind die klassischen Menschenrechte durch die Integration kultureller Wertvorstellungen zu differenzieren, wie es in der afrikanischen Menschenrechts-Charta bereits unternommen wurde?
- Sind Menschenrechte auch Frauenrechte?

7. (Selbst-)verständnis und Standort internationaler Solidarität – Versuch einer Positionsbestimmung

In der Ära nach der Blockkonfrontation und dem zweiten Golfkrieg, nach dem Scheitern diverser Entwicklungsmodelle und „Befreiungsbewegungen an der Macht", steht die Bündnisfrage und Wertediskussion vor neuen Herausforderungen. – Womit und zu welchen Zwecke sollen wir noch internationale Solidarität üben? Welche Adressaten und Verbündete haben wir hierzulande, welche anderswo – und was hat das alles mit uns zu tun?!

8. Feministische Flüchtlingspolitik

Frauen haben vielzählige Gründe, um aus ihren Ländern, aus ihrer Lebenssituation zu fliehen:
Politische und soziale Unterdrückung, ebenso wie geschlechtsspezifische Verfolgung und patriarchale Gewalt zwingen Frauen zur Flucht.
Wie sieht unsere Zusammenarbeit mit Flüchtlingsfrauen aus und wie setzten wir unsere Vorstellungen von feministischer und internationalistischer Politik konkret dabei um?
Die Ansätze und Erfahrungen von zwei Frauen-Flüchtlingsprojekten stehen im Mittelpunkt der Diskussion.

9. Große Töne – wenig erreicht?

Kritische Bestandsaufnahme unterschiedlicher Ansätze der Aktionsgruppenarbeit am Beispiel Verschuldung. Was ist aus der BUKO-Arbeit zur Schuldenkrise (IWF-Kampagne) geworden und was hätte eigentlich passieren können bzw. müssen? Wo blieb unser Biß und langer Atem? Sind bestimmte Aktionsformen (z. B. Lobbying) vernachlässigt worden? Was wird heute in diesem Bereich gemacht, z. B. auf europäischer Ebene und in den neuen Bundesländern?

10. Weltmarkt ohne Ende?

In einem ersten Teil wird am Beispiel eines kolonialen Handelsproduktes, des Zuckers, ein Bogen vom Anfang des Handels mit Lateinamerika zum „modernen" Welthandel geschlagen; vom kolonialen Raubrittertum zum technokratischen Weltmarktsystem in Zeiten von GATT, EG-Binnenmarkt etc., das auch heute Milliardenbeträge aus den ehemaligen Kolonien zieht.
Im zweiten Teil wird über Alternativen nachgedacht: die bisherigen Versuche von Rohstoffpreissicherungen historisch abgerissen, an einem Beispiel ein Rohstoffabkommen differenziert dargestellt, anschließend werden Thesen zu einer anderen Welthandelsordnung/NWO diskutiert.

11. Internationalismusarbeit in Osteuropa

Nicht nur für die mit den Warschauer Pakt-Staaten verbündeten Entwicklungsländer (Kuba, Vietnam, Jemen u.a.) haben die Umwälzungen in Osteuropa eine neue Positionsbestimmung unumgänglich gemacht. Auch viele andere sind von den Veränderungen in den Welthandels- und -finanzströmen und der Einschränkung ihrer politischen Optionen betroffen. In der AG sollen mit drei VertreterInnen entwicklungspolitischer Initiativen aus Rußland, Polen und (Ost-)Berlin die in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Osteuropa vorhandenen Programme und Projekte einer solidarischen und ökologischen Weltwirtschaftsordnung, der Stand der Aktivitäten in den Basisinitiativen der Internationalismusarbeit sowie neue Kooperationsansätze West-Ost-Süd herausgearbeitet werden.

12. Reparationen statt Schuldenstreichung?!

Die Lebensbedingungen der meisten Menschen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas werden nach wie vor von der Verschuldung ihrer Länder bestimmt – auch wenn die Schuldenkrise der „Dritten Welt" in der öffentlichen Meinung nicht mehr das zentrale Problem zu sein scheint.
In der AG werden die aktuelle Verschuldungssituation und das gegenwärtige Schuldenmanagement analysiert. Darüberhinaus soll diskutiert werden, ob und wenn ja, unter welchen Bedingungen die Forderung nach Reparationsleistungen für Kolonialismus und Sklaverei, wie sie z.B. von indigenen Bevölkerungen Lateinamerikas, aber auch von der OAU erhoben wird, die Diskussion um Schuldenstreichung und um einen substanziellen Ressourcentransfer von Nord nach Süd auf eine tragfähigere Basis stellen kann.

13. „Ethno-Konflikte", „Verteilungskämpfe" überall – eine neue Wirklichkeit oder nur ein neues ideologisches Raster der Berichterstattung?

Armenien/Aserbaidschan, Kroatien/Serbien, Türkei/Kurdistan, Nord-/Südsudan, Afroamerikaner/Juden in New York – „Ethnokonflikte" finden heute fast auf jedem Kontinent statt. Früher sprachen wir von Klassenkampf, von imperialistischen Kriegen, von sozialen Bewegungen. Heute gibt es ungleich mehr offene Kämpfe und Kriege als in den ersten 40 Jahren „Nachkriegszeit". Aber die jetzigen Szenarios verschlagen uns die Sprache. Scheinbar verstehen wir mit den alten Begriffsinstrumentarien die neue Welt-Un-Ordnung nicht mehr. Läuft heute tatsächlich alles nach ganz anderen, für uns unverständlichen Mustern? Oder handelt es sich schlicht um Manipulationen der Staaten und Massenmedien, die nur noch von „Ethno" sprechen, ganz gleich, was passiert? Die uns in den Kopf hämmern, wie wir – und andere – uns zu definieren haben, um ein Stück vom großen Kuchen abzubekommen?

14. „Die Eroberung der Seelen – das Verhältnis Kirche und Conquista"

Die katholische Kirche hat in der 500jährigen Geschichte Lateinamerikas viel Schuld auf sich geladen: Sie hat Ausbeutung und Unterdrückung geduldet, legitimiert und sich selbst daran beteiligt; sie hat unter dem Mantel der Missionierung andere Kulturen zerstört; sie versucht bis heute, emanzipatorische innerkirchliche Kräfte zu unterdrücken. Die AG befaßt sich mit dem Verhältnis von Kirche und Conquista sowie mit Widerstandstendenzen bis hin zur Befreiungstheologie. Ferner geht es um die Frage einer Befreiungstheologie im europäischen Kontext.

15. Geschäft mit der Gesundheit – ein deutscher Pharma-Konzern in Lateinamerika

Die „Entdeckung" und Eroberung der „Neuen Welt" durch die Europäer hatte die weitgehende Dezimierung der „indianischen" Bewohner des Kontinents zur Folge. Neben brutaler Behandlung durch die Konquistadoren war das Einschleppen bisher unbekannter Krankheitskeime wie Pocken, Masern u.a. verantwortlich für das Massensterben. 400 Jahre später versprach eine aufstrebende Industrie hingegen Gesundheit durch neuentwickelte Arzneimittel. Auch in Lateinamerika gründete die deutsche Pharma-Industrie Niederlassungen. Am Beispiel eines deutschen Pharma-Konzerns, der in Lateinamerika besonders aktiv ist, sollen in der AG folgende Punkte untersucht werden: Geschichte der deutschen Pharma-Industrie in Lateinamerika; wie wichtig sind Arzneimittel für die Gesundheit; problematische Werbestrategien; Forderungen an deutsche Pharmafirmen.

16. Der EG-Binnenmarkt nach Maastricht

In dieser Arbeitsgruppe soll eine Bestandsaufnahme des EG-Binnenmarktprojektes gemacht werden. Die Beschlüsse von Maastricht bzgl. der Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere für den entwicklungspolitischen Bereich werden vorgestellt. Es wurde in Maastricht nicht wie angekündigt, eine Demokratisierung der EG beschlossen, sondern eine weitere Kompetenzverlagerung im Bereich der Außen- und Militärpolitik weg von den Mitgliedsstaaten hin zur Zentrale nach Brüssel. Angesichts dieser Entwicklung soll in dieser AG über Perspektiven der EG, insbesondere über Ansätze für eine entwicklungspolitische Arbeit über 1992 hinaus diskutiert werden.

17. Wie peripher ist die „Dritte Welt"?

Ist es ein Mythos, daß Ausbeutungsbeziehungen den Reichtum der „Ersten Welt" und die Armut der „Dritten Welt" systematisch vergrößern? Sind gar, wie in der letzten Zeit behauptet wird, die Peripherien für die Metropolen so gut wie bedeutungslos geworden? Im einzelnen sollen (aktuellere) Entwicklungen in den Bereichen Rohstoffe, Absatzmärkte, Kapitalbewegungen und Direktinvestitionen einer genauen Analyse unterzogen und daraus folgende politische Konsequenzen gezogen werden.

Workshops und sonstige Treffen

WORKSHOPS

Samstag 9.00 - 13.00 Uhr

1. Kaffee und Dritte-Welt-Handel

Informationen aus erster Hand über die Auseinandersetzungen GEPA/AG3WL und die Veränderungen im Dritte-Welt-Kaffeehandel

2. Boot-Schaft '92

Eine ungewöhnliche Aktion zur Umkehrung der Blickrichtung: „Entdeckungsreisende aus der Dritten Welt" fahren per Boot zwecks Besichtigung der Alten Welt den Rhein hinauf.

3. Gegenaktivitäten zum Weltwirtschaftsgipfel in München

Der neueste Stand der Vorbereitungen für Gegenkongreß, Demo und Aktionstage gegen den WWG im Juli in München, Informationen, Austausch, Kontakte.

4. ANPED

„Alliance of Northern People for Environment and Development", das relativ neue internationale Netzwerk sozialer Bewegungen und NGO aus den Bereichen Umwelt und Entwicklung stellt sich vor.

5. „Nofretete will nach Hause"

Diese Kampagne ruft dazu auf, 1992 zum Jahr der Rückgabe der geraubten Kulturgüter zu machen. Informationen zur Kampagne

6. Stadtrundgang

Stuttgart erleben und begehen mit antikolonialem Blick. Mitzubringen sind Neugier, Lust und bequeme Schuhe.

7. Kampagne „500 Jahre Kolonisierung und Widerstand in Lateinamerika" – TeilnehmerInnen der Indio-Delegation berichten

Auf dem panamerikanischen Treffen aller Indioorganisationen Lateinamerikas 1990 bereits geplant, reist eine Delegation von Abgesandten der unterschiedlichen Indio-Organisationen im Mai / Juni durch die BRD. Auf dem BUKO werden einzelne VertreterInnen über ihre Arbeit und die Kampagne in Lateinamerika berichten.

8. 500 anos de que? 500 Jahre wovon? – Mythen und Arbeit der spanischen Solibewegung

Ein Aktivist der Madrider Kommission gegen die 500-Jahr-Feierlichkeiten wird von der aktuellen Kampagnenarbeit berichten.

SONSTIGE TREFFEN:

Am Freitag zur Zeit der Arbeitsgruppen treffen sich alle Anti-EG-Gruppen zum Infoaustausch und zur Kontaktaufnahme (Freitag 9-16 h).

Technisches

Resolutionen: Auch in diesem Jahr werden auf dem Kongreß nur Resolutionen abgestimmt, die bis zum 15.4.92 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind. Eine Resolutionsantrags-Kommission stellt fest, ob eingehende Resolutionsvorschläge bereits existierende BUKO-Beschlüsse nur wiederholen würden. Solche werden dann nicht zugelassen. Inhaltlich ähnlich gelagerte Resolutionsanträge werden von der Kommission in sinnvoller Weise gebündelt. Um den Gruppen Gelegenheit zu geben, die Resolutionen zu diskutieren, werden sie mit den Vorbereitungsmaterialien verschickt. Später eingehende Resolutionen werden nur noch zugelassen, wenn sie durch aktuelle Ereignisse bedingt sind.

Vorbereitungsmaterialien werden mit der Anmeldebestätigung verschickt.

Termin und Ort: Der 16. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom 28.5. bis 31.5.92 im Kulturzentrum „MITTE", Hohe Straße 9 in Stuttgart statt.

Teilnahme: Teilnehmen am 16. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnahmegebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von BUKO-Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1992 ihren Mitgliedsbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 150,-DM (plus FORUM-Abo 40,-DM). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 350,-DM, plus FORUM-Abo 40,-DM).

Anmeldung: Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnahmebeitrag (80,-DM für TeilnehmerInnen aus BUKO-Mitgliedsgruppen, 110,-DM für sonstige TeilnehmerInnen) IM VORAUS auf das Konto des BUKO überwiesen werden:
Postgiroamt Hamburg, Kto.-Nr. 79112-201 (BLZ 20010020).
Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an.
Der Anmeldeschluß ist der 24.4.92.
Die Anmeldung auf dem Kongreß selbst erfolgt im Kulturzentrum „MITTE".

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

Essen: Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die TeilnehmerInnen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Schüssel, Teller) und Besteck mitzubringen.

✂ ....

Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen (allerspätestens 24.4.92)

Anmeldung für den 16. Bundeskongreß in Stuttgart, 28.5. - 31.5.1992

(an den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50)

1) Name der Gruppe/Institution: ....

2) Anschrift: ....

Teilnehmerpreis von 80,- DM/110,- DM pro Person am .... überwiesen.

Datum .... Unterschrift ....

Arme Menschen abschaffen

Bevölkerungspolitische Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll

Die bevölkerungspolitische Tagung am 9. und 10. April in Bad Boll hat wieder einmal gezeigt, welche unversöhnlichen Lager sich bei der Diskussion um bevölkerungspolitische Maßnahmen gegenüberstehen. Auf der einen Seite stehen die Demographen und Wirtschaftswissenschaftler, die statistisches Datenmaterial erfassen und danach die Wirtschaftskraft eines Landes beurteilen. In jüngster Zeit haben sich auch Umweltschützer, die um die Tragfähigkeit der Erde bangen, auf diese Seite geschlagen. Auf der anderen Seite formieren sich all diejenigen, die pauschale Erklärungsmuster ablehnen und für eine regional differenzierte Sichtweise eintreten. Dazu gehören kritische Journalisten, Dritte-Welt-Gruppen und Kirchenvertreter. Alle Fraktionen waren in Bad Boll vertreten, und somit war bereits im Vorfeld eine kontroverse und emotionale Diskussion zu erwarten. Von einem "klärenden Streitgespräch", das sich die Veranstalter erhofften, konnte also keine Rede sein.

Oberarzt Dr. Kießling, Mitglied des Internationalen Forschungsinstituts für Reproduktionsmedizin und -biologie bekräftigte im Einführungsreferat die Notwendigkeit von bevölkerungspolitischen Maßnahmen der Vereinten Nationen, indem er den TeilnehmerInnen ein Lehrstück der Statistik vorführte, das eine andere Sichtweise gar nicht zuließ. Alle Zahlenbeispiele und Modellrechnungen sollten beweisen, daß sich die Menschen zu schnell vermehren. Folglich ist es mathematisch konsequent, wenn dort, wo zu viele Menschen geboren werden, geburtensenkende Maßnahmen in Kraft treten. Daran schließt sich nach Kießling ein weiteres Argument an: Viele Menschen belasten die Umwelt und gefährden den Rohstoffvorrat. So einfach ist das. Wer nur Zahlen sieht, kommt auch nur zu diesem Ergebnis.

Mit einem recht fragwürdigen Ausflug in die biologistische Sozialpsychologie weiß der Referent auch eine Antwort auf die Frage, warum in manchen Ländern der sogenannten Dritten Welt so viele Kinder geboren werden. Der Fortpflanzungstrieb scheint das Problem zu sein. Um das zu beweisen, muß eine russische Bäuerin, die laut Guinness-Buch der Rekorde 27 Kinder geboren hat, herhalten. Spätestens hier waren auch Zweifel an seinen Forschungsmethoden angebracht. Den Zusammenhang zwischen ökonomischen und sozialen Gründen und den hohen Bevölkerungswachstumsraten in der sogenannten Dritten Welt wollte Herr Kießling (und nicht nur er) nicht sehen. Bilder, wie "der Bevölkerungs-D-Zug fährt mit Volldampf am Halteschild vorbei", sind da wesentlich eingängiger.

Das abendliche Streitgespräch bot die Möglichkeit, über Sinn oder Unsinn bevölkerungspolitischer Maßnahmen zu diskutieren. Auf dem Podium saßen sich Ingrid Spiller (Aktion Solidarische Welt, Berlin), Dr. Franz Alt (ZDF-Moderator und engagierter Vertreter der christlichen Lehre), Dr. Kießling (hier als Vertreter des UN-Bevölkerungsprogramms) und Ulli Kulke (Redakteur der Zeitschrift 'natur') gegenüber, beste Voraussetzung also für eine spannende Diskussion. Kulke, dessen polemischer Artikel "Die Geisterfahrer der Bevölkerungspolitik"* für die Tagungsleitung der Anlaß für die Veranstaltung gewesen war, befürwortet Familienplanungsprogramme, da für ihn Bevölkerungswachstum zwangsläufig zu wachsender Umweltzerstörung führt. Eine Senkung der Geburtenrate ist daher absolut erforderlich, um einem ökologischen Kollaps zu entgehen. Wer nun erwartet hatte, diese These genauer erläutert zu bekommen, wurde enttäuscht. Ein schlecht vorbereiteter Kulke beschränkte sich darauf, gegen die seltsam anmutende Meinungsallianz von Kirche und Dritte-Welt-Gruppen zu polemisieren (obwohl auch ihm der Streitpunkt Verhütung und Abtreibung bekannt sein dürfte).

Auch Kießlings Redebeitrag enttäuschte; er hatte wohl sein Pulver schon am Nachmittag verschossen. Ingrid Spiller konnte so den unzulässigen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung widerlegen und brachte zusätzlich die feministische Kritik an Bevölkerungspolitik in die Diskussion ein. Die Familienplanungsprogramme richteten sich nur an Frauen und muten ihnen durch höchst fragwürdige Verhütungsmethoden gesundheitliche Risiken zu. Außerdem stehe die Kontrolle der Gebärfähigkeit der Frauen (durch Langzeitpräparate) im Vordergrund, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen werde damit ausgehöhlt.

Für die Überraschung des Abends sorgte durch seinen Redebeitrag allerdings Franz Alt (der klugerweise die Abtreibungsfrage nicht erwähnte). Scharfe Kritik übte er an der herrschenden Bevölkerungspolitik, die für ihn aus dem Überlegenheitsdünkel der Menschen in den Industrieländern entspringt, und stellte damit sogar noch Ingrid Spiller in den Schatten. Ausgehend von der These, daß für das starke Bevölkerungswachstum in der sogenannten Dritten Welt die dortigen desolaten Verhältnisse verantwortlich sind, forderte er gerechtere Handelsbeziehungen und Schuldenstreichung und machte die Industrieländer für die globale Umweltkrise verantwortlich. Mit Unterstützung von Ingrid Spiller übte er grundsätzliche Kritik am westlichen Entwicklungsmodell, das "in der ganzen Welt Unheil angerichtet hat" und sah die einzige Lösung in einer Abkehr von unseren Wachstumsidealen. Anstatt mehr Entwicklungshilfe (die diesen Namen oft nicht verdient) und mehr Gelder für - fragwürdige - bevölkerungspolitische Programme zu fordern, sei es sinnvoller, die Länder der sogenannten Dritten Welt einfach "machen zu lassen".

Starken Zuspruch erhielt er von einer brasilianischen Teilnehmerin, die Bevölkerungspolitik heftig kritisierte und mit ihrer Forderung "Laßt uns doch in Ruhe! 500 Jahre Kolonialismus sind genug!" zumindest kurzfristig für betroffenes Schweigen sorgte. Doch dieses war von kurzer Dauer. Leute wie Franz Alt und Ingrid Spiller behinderten Problemlösungen durch ihre unrealistischen Forderungen, nur Phantasten glaubten an eine Veränderung hin zu gerechten Verhältnissen, war u.a. aus dem Publikum zu hören.

In der Tat tun wir uns schwer mit grundsätzlichen Veränderungen hier (und getrauen uns deshalb nicht einmal mehr, Utopien zu formulieren), und sei es auch nur, die hiesige Ressourcenverschwendung einzudämmen, um "unsere Umwelt" zu retten. Da ist es schon einfacher, die wachsende arme Bevölkerung des Südens zur Umweltbedrohung zu erklären. Und die Konsequenz daraus ist dann wohl ein neuer Entwicklungsslogan: Nicht mehr Abschaffung der Armut, sondern Abschaffung der Armen.

ck/rw

* in: natur 6/1991

Schmutzfinken auf der Anklagebank

Zweites Internationales Wassertribunal in Amsterdam

Daß der Rhein und seine Nebenflüsse wieder freier atmen können, haben wir unter anderem auch einem internationalen Tribunal zu verdanken, das 1983 in Amsterdam die Anklagen mehrerer Bürgerinitiativen gegen Rheinverschmutzer verhandelte. Das "International Water Tribunal" (IWT) hat zwar keine legalen Mittel, seine durch eine internationale, hochkarätig besetzte Jury gefaßten Entscheidungen durchzusetzen, da es ein privater Verein ist. Doch neben der Jury ist ein Team von Experten tätig, das die Berechtigung der vorgebrachten Anklagen prüft, und eine internationale Presseberichterstattung sorgte 1983 im Fall des Rheins dafür, daß die beschuldigten Firmen Maßnahmen zur Reduktion des Schadstoffeintrages in die Flüsse einleiteten.

Im Februar 1992 fand das zweite internationale Wassertribunal in Amsterdam statt. Diesmal ging es um Gewässerverschmutzung, Wasserverschwendung und ökologisch fragwürdige Staudammprojekte in Ländern der sogenannten Dritten Welt, deren Verursacher vor allem im Bereich Bergbau und Ölförderung große internationale Konzerne sind. Neben drei Professoren aus Frankreich, Deutschland und der GUS saßen VertreterInnen aus Ländern der Dritten Welt in der Jury: Keri Hulme aus Aotearoa (Neuseeland), Schriftstellerin und Vorsitzende des Maitahi Maori Committee; Devaki Jain, Sozialwissenschaftlerin aus Indien und Mitglied der South Commission; Mary Okelo, Bankerin aus Kenia; Mochtar Lubis, Schriftsteller und Journalist aus Indonesien sowie Vincente Sánchez aus Chile, der auch Mitglied im UNCED-Vorbereitungskomittee ist.

Hatten 1983 noch die meisten beschuldigten Firmen und Institutionen das IWT mit dem legalistischen Hinweis auf seine "Unzuständigkeit" zu ignorieren versucht, so war die Reaktion auf die diesjährige Sitzung erstaunlich: auf die 21 Anklagen, die entweder direkt verhandelt oder nur schriftlich vorgetragen wurden, wurde von acht Beschuldigten geantwortet, einige erschienen sogar persönlich, um auf die Vorwürfe zu antworten. Die verblüffenste Antwort kam von der argentinischen Tochtergesellschaft des deutschen Pelikan-Wagner-Konzerns, dem neben anderen die Verseuchung des Matanza-Riachuelo-Flusses bei Buenos Aires durch Produktionsabfälle vorgeworfen wird. Sie gestand unumwunden ihre Schuld ein und präsentierte ein Sanierungsprogramm für ihre Einleitungen. Das IWT wird in Zukunft die Erfüllung dieser Zusagen überwachen.

Zu den Angeklagten, die durch Abwesenheit glänzten, zählten z.B. die Verantwortlichen für die Geschäfte der Ok Tedi Kupfer- und Goldmine in Papua-Neuguinea. Die Mine gehört zu 20% deutschen Investoren, die weiteren Anteile halten der Staat Neu Guinea (20%) sowie amerikanische und australische Firmen (je 30%). Zwischen 1984 und 1988 wurde hauptsächlich Gold abgebaut, danach begann der Kupferabbau.

Die Mine ist heute der fünftgrößte Kupferproduzent der Welt. Die Mengen an Erz und Abraum, die in Ok Tedi bewegt werden, sind gewaltig: wenn man den Angaben der Betreiber über den Erzgehalt und die Kupferförderung Glauben schenkt, entstehen jährlich bis zu 60-70 Millionen Tonnen Abraum in Form von Schlamm, der von den Flüssen Ok Tedi und Fly River in das vor dem Gebirge liegende Tiefland geschwemmt wird, so daß sich in den Sumpfgebieten des Vorlandes bis zur Mündung des Fly Rivers ins Meer durch den Abraum langsam eine neue, meterdicke, schwermetallhaltige Bodenschicht ablagert, die mehr und mehr Leben in den Flüssen und Sümpfen erstickt.

Schon nach wenigen Jahren Minenbetrieb sind die Fischbestände um 50-80% reduziert. Die kleinen Gärten und Felder der Menschen im Tiefland werden unbebaubar. Die Minenbetreiber erfüllen seit Beginn des Betriebes nicht die Auflage zum Bau von Dämmen, um die Abraumprodukte zurückzuhalten.

Die Wasserproblematik im Nahen Osten wurde durch die Präsentation zweier Fälle aus Israel deutlich. Einmal ging es um die Verweigerung der Wasser- und Abwasserversorgung für ca. 7500 nomadisierende Beduinen im Norden und im Zentrum Israels. Schon vor der Gründung des israelischen Staates hatten diese für längere oder kürzere Zeiträume Dörfer in der Region errichtet, die die israelische Regierung als "illegal concentration" bezeichnet und nicht anerkennt.

Israel verteidigte sich auf dem Tribunal durch Beamte der Botschaft in den Niederlanden damit, daß der Staat das Recht habe, seine Planung für diese Gebiete durchzusetzen. Den Beduinen würden andere Orte zugewiesen. Die Jury urteilte dagegen, daß ein Staat zwar das Recht habe, Entwicklungs- und Bebauungspläne für Gebiete zu entwerfen, aber er könnte nicht Menschen, wenn sie dieser Planung im Wege ständen, die Wasserversorgung verweigern. Ein zweiter Fall über die Wasserrechte in den besetzten Gebieten, von der Palästinensischen Hydrologie-Gruppe eingebracht, wurde nur präsentiert, aber nicht verhandelt. Von seiten der israelischen Delegation gab es dazu keine Stellungnahme.

Daß die Reaktionen der Beschuldigten auf den Veranstaltungen des IWT sich nicht auf Briefe, Gegendarstellungen und Verteidigungsreden beschränkten, zeigt der Fall des Goldbergbaus der philippinischen Benguet Corporation. Während der Sitzungen des IWT wurde in Amsterdam bekannt, daß die philippinischen Militärs mehrere Studenten in Baguio City verhaftet und geschlagen haben. Sie arbeiteten mit der anklagenden Initiative Mining Communities Development Center (MCDC) zusammen, die die Benguet Corporation beschuldigt, das Gewässernetz von Itogon in Benguet und den Fluß Agno durch den Goldabbau zu zerstören. Bis heute ist über den Verbleib der Studenten nichts bekannt. Eine Delegation von amnesty international, die gerade zu Untersuchungen über Menschenrechtsverletzungen auf dem Weg in die Philippinen war, wurde über den Fall informiert.

Thomas Siepelmeier

Demokratie und Umwelt in Südostasien

Vom 14.- 16.2. 1992 fand auf Einladung der Südostasien-Informationsstelle in Bochum eine Tagung über die Zusammenhänge zwischen Umweltsituation und Demokratie in den Ländern Südostasiens statt. Ihrem Konzept lag der Gedanke zugrunde, daß der Umweltschutz gerade in solchen Ländern im Argen liegt, in denen politische Partizipation und demokratische Kontrolle kaum oder gar nicht möglich ist. Neben fast einhundert Teilnehmern waren auch mehrere Experten, die z.T. aus der Region selbst stammen, nach Bochum gekommen, um sich an den Diskussionen zu beteiligen, die drei Themen abhandelten:

- die Abholzung des Regenwaldes und den Importboykott für Tropenhölzer (am Beispiel von Sarawak),
- die Problematik der ungezügelten Industrialisierung (z.B. Thailand),
- das in breiteren Kreisen bisher kaum bekannte Mekongprojekt, das vorsieht,. am Mekong von seinem Oberlauf in Thailand bis zur Mündung in Vietnam eine Vielzahl von Staudämmen zur Gewinnung von Elektrizität zu errichten.

In der Frage des Tropenholzimports wandte sich der malaysische Oppositionspolitiker und Parlamentsabgeordnete Sim Kwang Yang gegen einen sofortigen und totalen Boykott durch die EG und forderte die Vertreter der Umweltgruppen dazu auf, die Situation differenzierter zu analysieren. Die EG ist der größte Abnehmer von Halbfertig- und Fertigprodukten der malaysischen Holzindustrie. Ein solcher Importstopp würde der Bevölkerung in Sarawak die Existenzgrundlage entziehen und jegliche Entwicklungschance zunichte machen, argumentierte Sim. Es müsse vor allem darum gehen, die ungehemmte Abholzung und den Export von Rohholz (Hauptabnehmerländer: Japan, Südkorea, Taiwan) einzuschränken oder wo nötig ganz einzustellen. Zugleich müßten verstärkt Bemühungen unternommen werden, alternative Einkommensquelle für die Menschen Sarawaks auch in der Holzverarbeitung zu erschließen.

Anders die Situation in Birma, deren Militärjunta ihren Krieg gegen die eigene Bevölkerung durch den Verkauf von Abholzungslizenzen finanziert. Hier kann nur ein sofortiger Boykott Abhilfe schaffen, so einer der anwesenden Birmesen.

Der Dialog zwischen westlichen und asiatischen Umweltgruppen ist noch zu wenig entwickelt, so daß immer wieder Mißverständnisse entstehen:

- Eine Umweltaktivistin aus Malaysia betonte im Hinblick auf die Robin-Wood-Aktion im Juli 1991, wie schmal der Grat zwischen erwünschter und hilfreicher Solidarität einerseits und schädlicher und unerwünschter Intervention (Stichwort: Ökoimperialisten) sei. Die Aktion, bei der sich europäische Aktivisten auf Bäumen in einer Abholzungszone in Sarawak angekettet hatten, erschwerten die Arbeit der örtlichen Umweltgruppen, denen ohnehin von der Regierung in Kuala Lumpur vorgeworfen wird, vom Ausland gesteuert zu sein und sich gegen das "nationale Interesse" zu wenden. Es wird befürchtet, daß die Ureinwohner wegen der einsetzenden Regierungspropaganda isoliert werden und sympathisierende malaysische Politiker nicht mehr bereit sind, sich offen zu solidarisieren. Die Repression durch die Sicherheitsorgane nahm bis hin zur Verhaftung von NGO-Vertretern zu.

-Umweltschützer aus Südostasien beklagen, daß Gruppen aus den Industrieländern ihre Untersuchungsergebnisse über Aktivitäten der großen Konzerne nur sehr sparsam und zögernd zur Verfügung stellen. Nur eine bereitwillige Weitergabe von vorhandenem Wissen ermöglicht effektive Aktionen gegen eine zerstörerische Industrialisierungpolitik auch schon in der Planungs- und Ansiedlungsphase.

Eine engere Zusammenarbeit und das bessere gegenseitige Verständnis zwischen den Umweltgruppen in den verschiedenen Weltgegenden ist dringend erforderlich, um wirkungsvolle Strategien entwickeln zu können. Voraussetzung dafür ist ein Dialog wie er in Bochum geführt wurde: offen, differenziert und problembezogen. **khs**

(Weitere Informationen und Tagungsunterlagen bei: Südostasien-Informationstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum)

südostasien informationen



Kultur: Zwischen "Tradition" und "Moderne"

Heft Nr. 1/92

aus dem Inhalt:
* Lyrik- und Prosabeispiele aus Südostasien
* Wayang, Tempel und Konsum
* Vietnam: Literaten als Kritiker politischer Macht
* Burma: Zähne zeigen - Zur Situation junger Literatur
* Rock-Programme im malysischen Fernsehen
* Comics und Karikaturen in Malaysia und Indonesien
* Philippinen: Kritische Kultur gegen Show und Busineß

außerdem:
Tagungsbericht: Umweltsituation und Demokratie in Südostasien

Schwerpunkt des nächsten Heftes:
Kolonialismus

erscheinen vierteljährlich
Umfang 66-70 Seiten
Einzelpreis: DM 7.-

Jahresabonnement:
DM 28,- für Einzelpersonen
DM 56,- für Institutionen

erhältlich bei:
Südostasien-Informationsstelle
Josephinenstr. 71
D-4630 Bochum 1
Tel.: 0234/50 27 48
Fax: 0234/50 27 90
E-Mailing:
Geonet GEOD:SEAINFO

Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302481
Postgiro Dortmund (BLZ 440 100 46) Nr. 1748-460

Tombéza

Ein Amoklauf durch die algerische Geschichte



Algerien Anfang der vierziger Jahre. Die Moderne bricht in Form von deutschen Stukas in das bäuerliche Leben ein. "Sie stiegen sehr hoch in den Himmel, höher als der Adler und höher als die Sonne, dann ließen sie sich mit gedrosselten Motoren geräuschlos, damit niemand gewarnt wurde, herabstürzen. Gnade Gott den beleuchteten Orten". Später kommt die US-Army, die ein riesiges Militärlager errichtet. Der Schrecken weicht einer wachsenden Faszination. Schon der Würfelzucker und das Mehl dieser Soldaten, welches sie gegen algerische Früchte und Kaninchen eintauschen, macht dies sinnlich klar: "Würfelzucker, viel weißer als der Schnee auf unerreichbaren Bergen, weißer als die Zähne eines kleinen Kindes, weißer als die Haut der schönsten Mädchen, aber nicht so weiß wie dieses phantastische amerikanische Mehl, das so gut bindet ohne zu klumpen". Die Menschen ahnen, dem haben sie kaum etwas entgegenzusetzen. Die Tragödie der algerischen Gesellschaft, die heute einem neuen Höhepunkt zustrebt, beginnt.

Vier Jahrzehnte Kampf innerhalb der zunehmend traumatisierten Gesellschaft Algeriens. Das ist der Rahmen des Romans **Tombéza**. Der Mythos einer nationalrevolutionären Regierung zerbröselt dabei von der ersten Seite an.

Tombéza, die zentrale Figur des Romans, ist ein Outcast, jeder kann ihm ungestraft die Fresse polieren. Seine Mutter wird mit fünfzehn vergewaltigt, sie versucht abzutreiben, bei der Geburt stirbt sie, Tombéza kommt gezeichnet auf die Welt. Die Familie kann die Schande nicht ertragen, sie setzt ihn aus. Der örtliche Geistliche vertreibt ihn aus der Koranschule. Er wird zum Gejagten, der nur den nackten Überlebenskampf kennt.

Ende der fünfziger Jahre. Der Befreiungskampf der FLN tobt mit unerbittlicher Härte. Die Kolonialmacht, personifiziert durch einen französischen Leutnant, erkennt die Möglichkeit, Tombéza als Spitzel und Kollaborateur einzusetzen. Er, der als Bastard nichts zu verlieren hat, aber doch wie kein anderer die Tücken und Schliche seiner Mitmenschen kennt, die ihn hassen, wird zum Jäger. Er wird Chef eines "Umgruppierungsdorfes", das die Guerilla von der Bevölkerung, die zentral zusammengepfercht wird, abschneiden soll. Eine Variante der Unterdrückung, die sich bei Militärs weltweit größter Beliebtheit erfreut. Das Opfer wird zum Täter. Eine fast schon klassische Konstellation.

Der 1945 geborene algerische Schriftsteller Rachid Mimouni führt uns mit seinem 1984 in Französisch erschienenen Erfolgsroman Tombéza in einen Strudel von grausamen Bildern, die die algerische Gesellschaft gnadenlos sezieren. Sie

ist zerrissen, ist islamisch geprägt, hat das Funkeln des Wohlstands Europas vor Augen und weiß doch, daß dieser so fern ist. Das Trauma der Kolonialzeit wirkt noch nach und gleichzeitig verblaßt der Mythos der Regierungspartei, die doch die Freiheit bringen sollte.

Anfang der siebziger Jahre wacht Tombéza schwer verletzt in dem Krankenhaus auf, in dem er früher als Pfleger gearbeitet hat. Das Krankenhaus als Mikrokosmos Algeriens. Ein trostloses, durch und durch korruptes Gemeinwesen. Nur der eigene Vorteil gilt, alles andere, ob moralischer Ehrenkodex oder Glaube, ist Fassade. Wer kein Geld oder Beziehungen hat, verreckt wahlweise in seiner eigenen Kotze oder Scheiße.

Was Fanon, der ebenfalls in einem algerischen Krankenhaus gearbeitet hat, in "Die Verdammten dieser Erde" nationalrevolutionären Bewegungen noch vorsichtig in ihr Stammbuch geschrieben hat, wobei er der einsame Rufer in der Wüste blieb, wird hier in einem fast Dantischen Inferno vorgeführt. Tombéza wird in seinen ursprünglichen Zustand zurückgestoßen. Er, der sich durch Denunziation und Ausbeutung von abhängigen Patienten eine gesicherte Stelle im Krankenhaus verschafft hat, muß nun in seinem Dämmerzustand erkennen, daß er sich selbst die Falle gestellt hat in der er nun rettungslos sitzt.

Die Hoffnungslosigkeit, die der Autor uns präsentiert, wird auch an der verzweifelten Situation der Frauen deutlich. Fast schon prophetisch erkennt er die heutige Situation, in der sich die algerische Frauenbewegung zwischen der islamischen Heilsfront und einer Militärdiktatur eingeklemmt sieht. Fundamentalistischer Aberglaube und Männlichkeitswahn bedrohen die Frauen, die sich nicht unterordnen wollen. Dabei wäre doch vieles einfacher, wenn nicht... "Armes Mädchen! Arme Frauen! Euer Fluch ist dieses Häutchen, das den Eingang eurer Vagina verschließt. Welch obskure, doch unerbittliche Notwendigkeit hat die Natur dazu gebracht, euch dieses unglückselige Hymen zu bescheren? Ohne Häutchen wäre alles viel einfacher. Ein anschwellendes Stück Fleisch, das in eine Höhle aus Fleisch dringt, daraus muß man doch kein Drama machen". Ohne Frage, auf den Punkt gebracht. Allerdings zeigt nicht nur der sich anschließende Satz, daß der Autor selbst nicht weit vom aufgeklärten Macho entfernt ist: "Ein sorgfältiges Bad würde genügen, um die Spuren von tausend aufeinanderfolgenden Vergewaltigungen abzuwaschen". Im Klartext: Vergewaltigung an sich ist nicht so schlimm, kann ja abgewaschen werden. Nur das religiöse Brimborium, das darum gemacht wird, ist nervend. "Ein kleines Häutchen, das eine Zivilisation begründet". Ausnahmsweise projiziert der Autor hier seine eigenen Phantasien auf Tombéza, seine Romanfigur. Das manchmal schwülstige Pathos schadet dem ansonsten blendend analytisch geschriebenen und von Bernhard Thieme hervorragend übersetzten Buch.

Wo bleibt in diesem Dunkel der Hoffnungsschimmer? Er strahlt völlig unerwartet, wenn die Nacht am tiefsten ist. Anfang der sechziger Jahre, Tombéza ist wieder einmal am Ende. Der Krieg ist aus, die Franzosen ziehen sich zurück. Kollaborateure sind der persönlichen Rache ausgeliefert, Freiwild für jeden aufgeputschten Sadisten. In einem Vorhof der Hölle wird gerade einer kastriert. "Ein Schrei vom anderen Ende der Welt". Da geht die Tür auf und herein tritt ein FLN-Kommandant, der völlig entstellt ist. Nachdem er die Guerillatechnik aufgegeben hatte, gruppierte er seine Mannen um und wollte, wie jeder Militär, einen schulmäßigen Angriff durchführen. Sie liefen in den Tod. Die französische Luftwaffe entdeckte sie und belegte sie mit Phosphor und Napalm. Das Leben ist für ihn vorbei und doch befreit er Tombéza. "Ich sehe ihn an, stumm vor Staunen, bis ich diese Augen wiedererkenne, die der Strahl meiner Taschenlampe einmal nachts im Umgruppierungslager unter einer Hecke getroffen hat". Er hat ihn damals, aus für ihn unerklärlichen Gründen, laufen lassen. Und jetzt: "Der Arm des Mannes faßt brüderlich unter meine Achsel und hebt mich hoch. Zum erstenmal in meinem Leben habe ich mich auf eine mir dargebotene Schulter stützen können".

Für Mimouni gibt es keine positive Utopie mehr, nur die Hoffnung auf individuelle Hilfe in einem Meer der Grausamkeit und Gleichgültigkeit.

gelu

Rachid Mimouni: Tombéza, Roman, Aus dem Französischen von Bernhard Thieme. Rotbuch Verlag, Berlin 1991, 295 Seiten, 34,- DM

Sozialismus lebt



Die marxistische Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇨ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇨ *ökonomische Analysen* national und international (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇨ aktuellen *politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

Philippinen: Guerilla und Revolution

Die philippinische Neue Volksarmee (NPA) galt 1985 als die "weltweit schnellstwachsende" Guerillabewegung, doch die "Februarrevolution", die die Marcos-Diktatur stürzte und "Cory" Aquino ins Präsidentenamt brachte, drängte die NPA ins politische Abseits. Nach knapp einem Jahr hatte sich die Cory-Manie gelegt. Die soziale und wirtschaftliche Dauerkrise auf den Philippinen schüttelt weiterhin die Bevölkerungsmehrheit, aber die philippinischen Revolutionäre in der illegalen Dachorganisation National Democratic Front (NDF) mit ihren stärksten Gruppierungen, der kommunistischen Partei CPP und der NPA, scheinen auf einem Tief ihrer jüngsten Geschichte angekommen zu sein.

Mit großer Akribie hat Sven Hansen aus schwer zugänglichen Dokumenten und Stellungnahmen der Revolutionäre und ihrer Organisationen Gründe für diese Krise herausgearbeitet und versucht, "die Perspektiven einer von der NDF geführten Revolution einzuschätzen" (S. 13). Die NDF steht in der Tradition der philippinischen Landrevolten der vergangenen zwei Jahrhunderte, die ihren Grund haben in der extrem ungerechten und rückständigen Gesellschaftsstruktur, die von der CPP als "semifeudal" und "semikolonial" begriffen wurde. Für ihre Gründung hatte die CPP mit dem 26. Dezember 1968 bewußt den 75. Geburtstag Maos gewählt: Wie die chinesische KP setzte die CPP auf die Bauern als revolutionäre Hauptkraft und den "langwierigen Volkskrieg", in dem die Städte (als Machtzentren) vom Land her eingekesselt und perspektivisch erobert werden sollten.

Hansen sieht hierin eine "kritiklose Übernahme des chinesischen Revolutionsmodells", da der im Vergleich zu China "größere Einfluß des Kapitalismus, die lange bürgerlich-parlamentarische Tradition, die stärkere Zentralregierung und die größere Verstädterung der Philippinen unberücksichtigt" (22) blieben. Daß mit diesem Konzept die NDF trotzdem große Erfolge erzielte, verdankte sie der - scheinbaren - Bestätigung ihrer Analyse durch die Verhängung des Kriegsrechtes im Jahr '72, wodurch andere Wege als der bewaffnete Kampf zunächst ausschieden. Im folgenden Jahrzehnt wurde aus einer kleinen Gruppe eine Guerillabewegung, die etwa 20 Prozent der philippinischen Bevölkerung unter ihren Einfluß brachte, insbesondere durch konsequente Organisationstätigkeit im ländlichen Bereich, wo sie "Schutzfunktionen für die Bauern" gegen Großgrundbesitzer und Militär wahrnahm. Nach militärischen Rückschlägen hatte die NPA eine "Filipinisierung der maoistischen Strategie" (33) vorgenommen. Anders als die chinesische KP verzichtet sie auf den Aufbau befreiter Gebiete bzw. fester Basen, sondern nutzte stattdessen die geographische Gestalt der philippinischen Inselwelt zu dezentralen Operationen.

Zentralistisch blieb allerdings die politische Führung und strikt maoistisch ihre Machtgewinnungsstrategie. Die NDF hielt fest an den "Dogmen" des Vorrangs des bewaffneten, ländlichen vor dem legalen, städtischen Kampf sowie an einem Konzept von Bündnissen, die grundsätzlich ihrer inhaltlichen und organisatorischen Führung bedurften (95). Nach der Ermordung des Oppositionsführers Ninoy Aquino 1983 verlagerte sich der Kampf gegen die Diktatur unter massiver Beteiligung der Mittelschichten aber plötzlich in die Städte, und der "sektiererische Elitismus", den eine parteiinterne Kritikerin der CPP vorwarf, ließ breite gesellschaftliche Bündnisse scheitern (68). Zudem lehnte die CPP mit orthodoxer Theoriegläubigkeit den vom Aquino-Lager geführten und von Millionen von Filipinos unterstützten Wahlkampf gegen Marcos als "hohlen und geräuschvollen Wettstreit lokaler Reaktionäre" (65) ab. Seitdem hat sie es nicht mehr vermocht, ihre einstige politische Vormachtstellung im philippinischen Oppositionsspektrum zurückzuerobern.

Das NDF-Lager hat seit 1986 mehrfach strenge Selbstkritik geübt, die von Hansen herausgearbeiteten Dogmen jedoch unangetastet gelassen. Eine übermäßige Militarisierung wurde eingestanden, an dem Primat des bewaffneten Kampfes aber festgehalten, obwohl angesichts der mangelnden Bewaffnung der NPA und der Möglichkeit einer US-Intervention "die Aussichten auf einen rein militärischen Sieg gering" (135) sind. Eine stärkere Betonung des politischen Kampfes in den Städten zwecks Vorbereitung eines Aufstandes (à la Nicaragua) fordert eine Gruppe in der NDF, über eine an internationale Entwicklungen und den Interessen der philippinischen Bevölkerung angepaßte Haltung zu Wahlen oder Friedensverhandlungen verfügt sie aber nicht. Hansen ist nicht so naiv, den philippinischen Revolutionären ein Einfügen in das etablierte System und das Niederlegen der Waffen zu empfehlen. "Reformunwilligkeit der Eliten und des Militärs" sowie historische Erfahrungen sprechen dagegen (136).

"Das alte Revolutionsmodell gewährleistet vermutlich auch in Zukunft die militärische Unbesiegbarkeit der NPA im Hinterland", prognostiziert Hansen, da die Ausbeutungsstrukturen in den ländlichen Gebieten nach wie vor stark sind, "mehr jedoch nicht " -, denn die NDF "entbehrt gegenwärtig einer überzeugenden revolutionären Perspektive" (96). Hierfür müßte die NDF den politischen und soziologischen Veränderungen auf den Philippinen (eine formal funktionierende Demokratie, rasant zunehmende Verstädterung und kapitalistische Elemente in allen Wirtschaftssektoren) in ihrer Analyse und Strategie Rechnung tragen. Vereinfacht ausgedrückt: Mit einer Bauernarmee kann man keine bald überwiegend in den Städten lebende Bevölkerung zum Sozialismus führen.

Der Dominanzanspruch in Bündnissen und die autoritäre Ausgestaltung innerparteilicher Diskussionen - hier hätte man sich von der Studie deutlichere Hinweise gewünscht - stimmen auf fatale Weise mit den Äußerungen von CPP/NPA/NDF zu den Krisen in den (einstmals) sozialistischen Ländern überein. Sie werden nur aus verfehlter Wirtschaftspolitik, nie aus demokratischen Defiziten erklärt. Damit ist die NDF weit davon entfernt, "ein neues demokratisches Modell anzubieten, . . . das sowohl die Herrschaft der kommunistischen Parteien in Osteuropa als auch die Begrenzungen des westlichen Prinzips der demokratischen Repräsentation hinter sich läßt" (137). In einem solchen Modell sieht Hansen eine wichtige inhaltliche Perspektive des Befreiungskampfes auf den Philippinen. Wenn die NDF dies nicht zu leisten vermag, dann vielleicht neue potentielle Bewegungen, die sich aus minoritären Positionen des Untergrundes - die Hansen ausgiebig vorstellt - sowie kleineren legalen Gruppierungen entwickeln könnten.

Frank Braßel

Sven Hansen, Philippinen. Guerilla und Revolution. Ursprünge, Entwicklungen und Krise der NDF, Münster 1991, Wurf Verlag, 174 S., 19,80 DM

Beitrag zur GEPA-Diskussion vgl. "blätter des iz3w" Nr. 167 ff

Fast drei Jahre ist es her, daß für die 'Gesellschaft zur Entwicklung und Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt' (GEPA) ein neues Konzept beschlossen wurde. Die GEPA ist der größte Importeur von Waren für die Welt-Läden und Aktionsgruppen. Sie ist ein wichtiges Bindeglied in der Infrastruktur der Läden.

Heute zeigen sich die Auswirkungen, und wir denken, es ist an der Zeit, nochmals zu fragen: "quo vadis GEPA?"

Wohin führt die Entwicklung des sogenannten 'fairen Handels'? Der erste GEPA-Katalog (für Haushalte) ist auf dem Markt und der zweite ist in Vorbereitung. Es gibt die ersten Supermärkte, die GEPA-importierten Kaffee anbieten. Wirtschaftlich erscheint dieses neue Konzept folgerichtig und erfolgsversprechend. Aber:

- geht es für die Produzenten auf?
- geht es auch für die Produzenten auf, die nicht am GEPA-Konzept teilhaben können?
- geht es für die entwicklungspolitische Arbeit bei uns auf?

Für die Produzenten, die das Glück haben, über die GEPA vermarkten zu können, scheint das Konzept vordergründig aufzugehen. Sie erhalten höhere Preise als die marktüblichen und sie können u.U. ihre Produktion ausbauen, da sie mehr absetzen können. Uns bleiben aber Fragen: Wie reagiert die GEPA auf Schwankungen des Absatzmarktes (Moden, Sättigungseffekte etc.). Schafft die GEPA nicht neue Abhängigkeiten, bzw. zementiert sie nicht alte? Was passiert mit einem Produzenten, wenn der Markt für sein Produkt zusammenbricht?

Zur zweiten Frage: Man kann von der GEPA nicht erwarten, daß sie alle potentiellen Erzeuger weltweit erfaßt. Aber kann sie wenigstens (wie früher) auf kleine Produzenten Rücksicht nehmen? Auf solche, die geringe Stückzahlen herstellen, weil sie in Subsistenzwirtschaft produzieren (d.h. von ihrem Produkt nicht primär abhängig sind)? Kleine Stückzahlen kann man nicht an Supermärkte und Großverbraucher liefern, nicht über einen Katalog vertreiben. Kleine Produzenten passen nicht in das neue Konzept und haben es folglich heute bei der GEPA schwerer, wie ein Vertreter der GEPA sagte.

Verstand sich die GEPA vor zehn Jahren noch als Handelsunternehmen mit bildungspolitischem Anspruch, so hat dieser Teil des Selbstverständnisses der GEPA wohl am meisten gelitten. Im Katalog taucht dieser Anspruch kaum noch auf, und in der Tat ist auch der Bildungsetat der GEPA nicht adäquat zur eingetretenen Umsatzsteigerung mitgewachsen.

Läden und Aktionsgruppen werden im neuen Konzept zu 'Bestellcentern' eines modernen Versandhandelsgeschäfts abqualifiziert, als wenn der Umsatz alles wäre.

Unserer Ansicht nach hat sich die GEPA von einem politisch motivierten Handelsunternehmen in ein Handelsunternehmen mit caritativem Ansatz verwandelt. Im Vordergrund steht bei der GEPA (und leider vielen Läden) der 'Mehrpreis' der Waren (aus Marktsicht die 'Spende' des Kunden), nicht die Problematisierung der internationalen Handelsstrukturen. Ihr wesentlicher Charakter bleibt erhalten: Der Süden produziert noch immer für den Norden. Sorgt die GEPA nur noch für das alternative Mäntelchen?

Arbeitskreis Zweidrittelwelt in der Katholischen Hochschulgemeinde Koblenz

Was hier nicht steht, steht in der taz.

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Ich teste die tageszeitung

Nur gegen Vorauszahlung
☐ 4 Wochen für 30,- DM
☐ 8 Wochen für 60,- DM
Auslandsporto (Europa) zzgl. 19,-/monatl.

Vorname, Name: ______

Straße, Haus-Nr.: ______

PLZ, Ort: ______

☐ Scheck liegt bei

Datum, Unterschrift: ______

Coupon (mit Verrechnungsscheck) in einen Umschlag und senden an: taz Abo-Abteilung, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61

Abonnieren Sie die tageszeitung.

Indigenas fürchten um ihre Nahrungsmittel

Ende Januar gab die kolumbianische Regierung dem Drängen vor allem der US-Drogenpolizei (DEA) nach. Der nationale Drogenrat Kolumbiens beschloß, das Totalherbizid Glyphosat zum großflächigen Einsatz mit dem Ziel der Vernichtung von Mohnfeldern einzusetzen. Seit Jahren fordern die USA die flächendeckende Vernichtung von Drogenpflanzungen in Kolumbien. Auf dem Drogengipfel Ende Februar 1992 wiederholte US-Präsident Bush seine Forderungen an die lateinamerikanischen Länder. Zukünftige Wirtschaftshilfe sei von einer völligen Vernichtung der Drogenkulturen und einem Sinken des Kokainexports in die USA abhängig.

FIAN, eine Menschenrechtsorganisation, die sich für das Recht sich zu ernähren einsetzt, erreichten in den letzten Wochen wiederholt Nachrichten kolumbianischer Indianer- und Ökologiegruppen, die vor den nicht absehbaren Folgen des flächendeckenden Einsatzes von Glyphosat warnen. Insbesondere die Indianergruppen haben Angst, daß ihre Nahrungsmittelversorgung ernsthaft Schaden nehmen könnte. Dieses zu den weltweit am meisten eingesetzten Totalherbiziden zählende Glyphosat (Markenname u.a. Roundup) ist in den meisten Ländern zugelassen. Allerdings darf es keine Anwendung auf Flächen geben, von denen die Gefahr einer Abschwemmung in Gewässer durch Regen oder Bewässerung (besonders in bergigem Gelände) droht. Die kolumbianischen Drogenpflanzungen, die vernichtet werden sollen, befinden sich jedoch in bergigen Regionen.

Eine Studie der 'National Academie of Science' der USA enthält darüber hinaus den Hinweis, daß Glyphosat-Rückstände in Lebensmitteln möglicherweise Krebs hervorrufen können. Die in den betroffenen Regionen lebenden Indianer befürchten nun vor allem Opfer der neuen 'Drogenpolitik' zu werden. In doppelter Hinsicht ist ihre Nahrungsmittelversorgung bedroht (Fischvergiftungen, Ernteverluste bzw. belastete Lebensmittel durch das Totalherbizid). Die kolumbianischen Organisationen fordern dagegen als geeignete Maßnahmen den Einsatz der vorhandenen Mittel zur Drogenbekämpfung für soziale Investitionen in den betroffenen Regionen, um den drogenproduzierenden Bauern Alternativen zu bieten. Spritzaktionen werden ohne Verbesserung der Lebensbedingungen nur zu Verlagerungen des Anbaus führen.

Weitere Infos:
FIAN - Food First Information and Action Network
Postfach 10 22 43
6900 Heidelberg
Tel.:06222-50108

Wohin mit den Altlasten?

Mehr als 45.000 Liter des Insektizids Dieldrin lagern in Depots nahe der Hafenstadt Toliara in Madagaskar. Die 200-Liter-Fässer sind in einem miserablen Zustand: einige von ihnen sind bereits durchgerostet und lecken. Die EG lieferte die Chemikalie zur Bekämpfung von Wüstenheuschrecken, bevor der Einsatz von Dieldrin 1982 verboten wurde. Madagaskar fehlen die nötigen technischen Einrichtungen, um die Chemikalie umweltgerecht zu beseitigen. Gemeinsam mit Shell International, dem Hersteller des Produktes, und dem lokalen Pflanzenschutzdienst wird die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Herbst 1992 die Altlast entsorgen: Das Dieldrin soll in sichere Transportbehälter umgefüllt und nach England verschifft werden. Dort wird es in einer speziellen Verbrennungsanlage entsorgt.

Die Situation in Madagaskar ist kein Einzelfall. Im Niger waren 1991 ebenfalls 65.000 Liter Dieldrin zu entsorgen. Das Nachbarland Libyen hatte einen großen Teil davon als Geschenk geliefert. Allein auf dem afrikanischen Kontinent lagern nach Zahlen der Welternährungsorganisation (FAO) rund 6.500 Tonnen alter Pestizide, die meist kostenlos durch internationale Hilfsprogramme dorthin gelangten. Aus Pestiziden entstehen Altlasten bei: übertriebenen Liefermengen und Vorratshaltung, mangelnder Geberabstimmung, fehlender Logistik für den Einsatz vor Ort, zu spätem Eintreffen, schlechter Qualität der Produkte und unvorhersehbaren Änderungen des Schädlingsbefalls. Auch das Lagermanagement vor Ort ist oftmals unzureichend. Bei unsachgemäßer Aufbewahrung verseuchen die Pflanzenschutzmittel den Boden und das Grundwasser, gefährden dabei den Menschen und seine Umwelt.

"Leider sind return-to-sender-Aktionen wie im Niger nur selten möglich. Häufig ist der Hersteller nicht mehr herauszufinden oder die nationalen Gesetzgebungen der Lieferländer verhindern einen Rücktransport", schildert ein GTZ-Experte seine Erfahrungen. In diesen Fällen sucht er nach einer Lösung vor Ort: Für die Verbrennung der Pestizide werden Öfen mit teuren Rauchgasreinigungsanlagen be-nötigt. Sind die Anlagen aber technisch veraltet, lassen sie sich nicht mehr für den neuen Zweck umrüsten. Deshalb fordert der GTZ-Mann: "Es bedarf länderübergreifender Lösungen und internationaler Zusammenarbeit in dieser Problematik", zur Verhinderung von Pestizidexporten und zur Erzwingung von Rücktransporten, möchte man hinzufügen.

(gtz-pressemitteilung, ug)

Multilaterale Handelsorganisation gefordert

Im Entwurf des GATT-Generalsekretärs Arthur Dunkel für den geplanten Abschlußtext der achten Verhandlungsrunde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) findet sich in der letzten Version der Vorschlag zur Gründung einer Multilateralen Handelsorganisation (MTO). Diese MTO soll nach dem Vorschlag von Dunkel Rechtsnachfolgerin des derzeitigen GATT-Abkommens werden.

Auch wenn in der Präambel davon gesprochen wird, daß es Ziel einer solchen Organisation sei, eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu fördern und Entwicklungsländer gerechter am zukünftigen Wirtschaftswachstum zu beteiligen, fehlen dem Entwurf in jeder Hinsicht Regelungen, um den Herausforderungen der nächsten Jahre - weltweit zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise zu kommen - gerecht zu werden. Sowohl bei den konkreten Abschnitten, als auch den vorgeschlagenen Institutionen fehlen Mechanismen, die menschenrechtlichen und ökologischen Mindeststandards Beachtung zukommen lassen. Ebenso fehlt ein Vorschlag für ein internationales Kartellrecht, das insbesondere für Agrarproduzenten im Süden von großer Bedeutung wäre. Denn nach Angaben des Zentrums der Vereinten Nationen für Transnationale Unternehmen unterstehen achtzig Prozent aller landwirtschaftlichen Nutzflächen für Exporte in Entwicklungsländern der Kontrolle weniger Multinationaler Firmen.

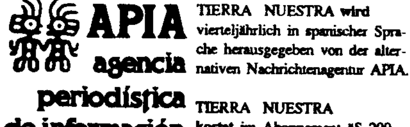
FIAN - Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren
Postfach 10 22 43
6900 Heidelberg
Tel.:06222-50108



Organ der Kampagne
»500 Años de Resistencia Indígena, Negra y Popular«

TIERRA NUESTRA **berichtet**
in Reportagen, Interviews und Analysen viermal im Jahr
o aus der Perspektive der lateinamerikanischen Volksbewegungen
o über Gegenaktivitäten zu den offiziellen 500-Jahre-Feiern in Lateinamerika
o über die Arbeit der vielfältigen Basisbewegungen des Kontinents (auch über 1992 hinaus)
o mit dem Ziel, zur Vernetzung dieser Bewegungen beizutragen.

TIERRA NUESTRA **ist**
ein Instrument der Kommunikation zwischen all jenen, deren Stimme fünf Jahrhunderte lang zum Schweigen gebracht worden ist.



TIERRA NUESTRA **wird**
vierteljährlich in spanischer Sprache herausgegeben von der alternativen Nachrichtenagentur APIA.

TIERRA NUESTRA
kostet im Abonnement öS 200.- pro Jahr (Einzelheft öS 50,-).
kann bestellt werden bei APIA, Mumbgasse 1-3/49, 1020 Wien.

Wahlrecht für Flüchtlinge

Einwanderinnen und Einwanderern wird in der Bundesrepublik das Wahlrecht vorenthalten, obwohl es eines der elementaren Rechte des Menschen in einer demokratischen Gesellschaft ist. Am 20. März 1992 stellten die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände (BAGIV), der Verband bi-nationaler Familien und Partnerschaften (IAF) und der Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit (VIA) ihren gemeinsamen Aufruf vor, indem sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht für Einwanderer und Einwanderinnen gefordert wird. In der aktuellen Diskussion, die gekennzeichnet ist von Gewaltbereitschaft und Ablehnung gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen, reicht es nicht aus, daß Deutsche Ausländerfreundlichkeit demonstrieren. Gerade jetzt sei es notwendig, die Forderung nach der vollen politischen Mitbestimmung für MigrantInnen und Flüchtlinge in die Debatte einzubringen. Nur mit dem Stimmzettel in der Hand könnten MigrantInnen und Flüchtlinge verhindern, daß sie von Politikern zu Wahlkampfzwecken mißbraucht würden. Nachdrücklich fordern die Verbände die Bundesregierung, den Bundesrat, die Länderparlamente und die Parteien auf, jetzt die Initiative für eine Änderung des Grundgesetzes zur Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Einwanderinnen und Einwanderer zu ergreifen. Mit einer Unterschriftensammlung, die über das gesamte Jahr 1992 laufen wird, wollen die oben erwähnten Verbände ihre Forderung öffentlich machen und die Diskussion aufrechterhalten. Die gesammelten Unterschriften werden der Verfassungskommission, die bis zum 31.3.1993 arbeiten wird, Anfang 1993 übergeben werden.

Weitere Infos und Unterschriftenlisten:
BAGIV
Poppelsdorfer Allee 19
5300 Bonn 1

IAF
Kasseler Str. 1a
6000 Frankfurt/Main 90

VIA
Theaterstr. 10
5300 Bonn 1

Ausbildungsverbot für jugendliche Flüchtlinge

Das hessische Innenministerium hat jugendlichen Asylsuchenden durch einen Erlaß vom 19. März 1992 die Aufnahme einer Berufsausbildung untersagt. Scharfe Kritik an dieser jetzt bekannt gewordenen Maßnahme äußerte die Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter Frauen / Verband bi-nationaler Familien und Partnerschaften. Nach Ansicht des Verbandes, der sich seit Jahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einsetzt, widerspricht das Ausbildungsverbot allen pädagogischen und humanitären Erwägungen. Für jugendliche Flüchtlinge, die oft nicht wüßten, ob und wie lange sie in der Bundesrepublik bleiben können, die außerdem unter den Erfahrungen der Flucht, der Trennung von den Eltern und des Kulturwechsels litten, stellte die Möglichkeit einer Berufsausbildung oft den einzigen Hoffnungsschimmer dar.

"Was nützen alle Bemühungen des Jugendamtes, der Betreuerinnen und Betreuer, des Vormunds etc. diesen Kindern und Jugendlichen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, wenn ein amtlicher Federstrich alles wieder zunichte macht?", heißt es in dem Schreiben des Verbandes an die Fraktionen der beiden hessischen Regierungsparteien (SPD und Grüne). Das Ausbildungsverbot ist nach Ansicht des Verbandes außerdem kurzsichtig, weil den Jugendlichen sowohl Möglichkeiten verbaut werden, später in der Bundesrepublik ihren Lebensunterhalt zu verdienen als auch bei einer etwaigen Rückkehr in ihr Herkunftsland, dort wieder Fuß zu fassen.

DIE BRÜCKE

NACHRICHTEN • MEINUNGEN • KULTUR
FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

DISKUSSIONSFORUM

DIE BRÜCKE erscheint seit zehn Jahren regelmäßig zweimonatlich. Inhaltliche Schwerpunkte sind: das schwierige Verhältnis des Deutschtums zu seinen eingewanderten Minderheiten, der Umgang mit Menschenrechten in Europa, Themen des alltäglichen und strukturellen Rassismus und Ethnozentrismus sowie Bereiche interkultureller Begegnung. Sie bietet in einem kommentierten Nachrichtenteil und einer umfassenden Medienschau einen Überblick über die aktuelle Diskussion.

DIE BRÜCKE entwickelt und verändert sich mit den Interessen ihrer Leserschaft. Sie verharrt nicht, sondern mischt sich in die Mehrheitsgesellschaft ein. Unbequemlichkeit bei der Meinungsäußerung und Streitkultur sind ihre Grundelemente. Die Redaktion sieht darin auch ihre politische Aufgabe und versucht, die Diskussion mit Herausgabe von themenspezifischen Sonderbänden zu vertiefen. Zum Beispiel der kürzlich erschienene

SONDERBAND
ISLAM IM ABENDLAND

Bilden die 30 Millionen Muslime in Westeuropa den Brückenkopf eines Islam, der heute von Süden her die Industrienationen bedroht wie kürzlich noch von Osten der Kommunismus? Was wird hier mit dieser fremden Religion »eingeschleppt«, von welchen Menschen, mit welchen Absichten? Wie wird ihnen durch die Mehrheitsgesellschaft begegnet? DIE BRÜCKE greift die Thematik in einem Sonderband auf, um zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Konfliktfeld »ISLAM IM ABENDLAND« beizutragen.

160 S. • 14.— DM im Buchhandel • ISBN 3-925134-06-9 (für AbonnentInnen der Zeitschrift DIE BRÜCKE 10.— DM zzgl. Porto. 30% Ermäßigung bei Bestellungen von mehr als drei Exemplaren.)

Bestellungen: **DIE BRÜCKE e.V.**
Riottestr. 16, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/390 58 50
Fax 0681/81 72 29

Die Zeitschrift DIE BRÜCKE befindet sich im zehnten Jahr ihres Bestehens. Kostenloses Probeheft anfordern!

Straßentheater zu 500 Jahre Kolonialismus

Zwei Straßentheatergruppen wollen im 'Kolumbus-Jahr' ihre Arbeit lokalen Gruppen zur Verfügung stellen. Die Straßentheatergruppe 'Schluck & weg' startet mit ihrem neuen Programm zu einer Entdeckungsreise am 25.5. und beendet die Tour am 6. Juni 1992. 'Land in Sicht', so der Titel des Straßentheaterstücks, das die Gruppe 'zu Ehren' eines ganz bestimmten Pharmamultis im Rahmen ihrer Aktionswoche (s.o.) auf öffentlichen Plätzen aufzuführen gedenkt. Die Gruppe arbeitet mit der BUKO Pharma-Kampagne zusammen und wendet sich an alle Gruppen im Postleitzahlenbereich 6000 bis 8999.

Kontakt:
'Schluck & weg'
Markus Müller
Gustav-Müller-Str.9
1000 Berlin 62
Tel.: 030/782 57 09 •

Das 'Aktionstheater 500 Jahre' bereitet unter dem Arbeitstitel: '500 Jahre Kolumbus und die Folgen' eine Collage von Szenen der Conquista und ihren Kontinuitäten vor. Die Theaterarbeit der Gruppe orientiert sich an Augusto Boals 'Theater der Unterdrückten'. Geplant ist eine sechs- bis achtwöchige Rundreise durch die BRD, ab Anfang August. Startort ist Regensburg. Die Gruppe sucht bevorzugt Gruppen aus kleineren Städten.

Kontakt:
Aktionstheater 500 Jahre
c/o Christoph Luckhaus
Grunewaldstr.35
1000 Berlin 62

Beide Gruppen verlangen kein Honorar. Die Veranstalter müssen allerdings für Bewirtung und Unterbringung der Gruppenmitglieder aufkommen sowie einen Unterstützungsbeitrag für die Deckung der Reisekosten leisten. Die genauen Konditionen sind unter den oben angegebenen Adressen zu erfahren. Viel Spaß.

BOLIVIA 93, Januar/Februar 1992
BOLIVIAMAR - bolivianischer Pazifikstrand und Freihandelszone in Peru * COMIBOL - Privatisierungen und Bergarbeiter-Proteste * die Instrumente der US-Außenpolitik gegenüber Bolivien in den 50er und 60er Jahren * Beitrag der politischen Stiftungen zur entwicklungspolitischen Arbeit in Bolivien * Interview mit Carlos Toranzo: Die Paradoxien der Kommunalwahlen.
Bezug: BOLIVIA Sago, Informationszentrum Bolivien e.V., Kottbusser Damm 101, 1000 Berlin 61

Lateinamerika Nachrichten Nr. 214, April 1992
Kuba - Wo stehen wir?
Haiti - Haiti droht die neue schöne Welt der formalen Demokratie / **Internationale Tourismusbörse** - Begegnung zweier Welten / **Mexiko-Stadt** - Mit Polizeigewalt gegen StraßenhändlerInnen / Kuba - "Beleben Sie die Revo . . . " - Die kubanischen Intellektuellen im Widerspruch / Solidarität - aber wie? Solidarität, Hilfe und der Mainstream. Eine Replik / **Peru** - Chronik eines angekündigten Mordes - Senderos Attentat auf María Elena Moyano und die Konsequenzen / **El Salvador** - "Die Vereinbarungen sind sehr unpräzise" Interview mit Ana Guadelupe Martínez (ERP/FMLN) **Chile** - Demokratie und Sicherheit / **Ökologie** - Müllexporte: Hauptsache billig und weit weg / Argentinien: Müll, Moneten, Machenschaften. Brasilien: Erfolgreiche Recycling-Projekte "Von Abfall kann man leben" - MüllsammlerInnen in Brasília, ECO 92 - Festival der NGOs, Rezension: Chile - Entwicklung gegen die Umwelt
Nicaragua - Die Atlantikküste am Rande eines Krieges?
Bezug: Lateinamerika Nachrichten-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Tel. 030 - 694 61 00, Fax 030 - 692 65 90. Einzelheft: DM 5,- / Jahresabo DM 55,-

Kritische Ökologie: 10 (1) März 1992
(ehemals Umweltzeitung)
Schwerpunkt: "Und wäre nicht der Bauer, so hätten wir kein Brot (...) - Einige Überlegungen und Fallbeispiele zum Verhältnis zwischen Wissenschaftlern, Experten, Helfern und Bauern in Forschung, Katastrophenhilfe und Entwicklungsförderung / um Welt: Chile - Verkehrsinferno in Santiago de Chile / Biotechnologische Forschung in Afrika / Desertifikation in Mauretanien / forum: G-7 und die Wälder Brasiliens /UNCED-92 / Kaffee - Universität Mainz setzt auf Alternativkaffee / BAYER: Trauerflor in Leverkusen - Wie BAYER eine Niederlage erlitt.
Einzelpreis: DM 7,-; im Jahresabo: DM 25,- oder als Förderabo Hrg. und Vertrieb: Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt (VFLU) e.V., Langgasse 24/H; RFA/FRG, 6200 Wiesbaden 1, Tel.: 0611/37 03 71

DRITTE WELT, Nr. 4/1992
Schwerpunkt Drogen: Drogenfront / Drogenkultur: Zwischen Himmel und Hölle /Boliviens drogenabhängige Wirtschaft /Peru - Koka als Überlebensstrategie / Vom "Goldenen Dreieck" um die Welt / Die Opiumkriege / Drogen, CIA, Contras /Fiasko trotz Satelliteneinsatz: Die US-Drogenkriege / Wohin fließen die Drogendollars? / Rezension: Ciro Krauthausen, Koka-Kokain / Maghreb: Brief an meine algerische Schwester / Kolumbus kam nicht aus China / Internationaler Aufruf "Peace for Cuba" / Kontroversen: Der "weiße Mann" - zur Dominanz verurteilt? / Leonardo Boff: Der Kapitalismus bietet keine Rettung /Porträt: GERMANWATCH / Rückblick: Krieg um die Malvinas / Falkland-Inseln
Einzelheft 6,50 DM; Abo 60 DM
Bezug: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3500 Marburg

informationsdienst südliches afrika Nr. 1 Jan./Febr. 1992
Schwerpunkt: Umweltschutz in Afrika
Südafrika: Die Verhandlungen haben begonnen - Runder Tisch mit Lücken - Vielparteienkonferenz CODESA * Eine Rolle für die UNO beim Übergangsprozeß? * Spirale der Gewalt. Sambia: Eine Träne für den alten Mann * Chilubissimo - Sambias neuer Staatspräsident. Namibia: Altlast Rössing. Zimbabwe: Strukturanpassung * Kleinkapitalismus. Mosambik: Faustrecht und Zerfall * Barama-Führer getötet. Umwelt: Wächter im Garten von Eden - Umweltschutz in Afrika * Naturschutz im Kaokoveld: Das Purros-Projekt * Wasserpoker im Okavango-Delta. Diskussion: Demokratisierungsbewegung in Afrika. Beigeheftet: SADCCA-Brief "Ausblick auf morgen" - Interview mit Simba Makoni * INWASA - Informationen aus Wirtschaft und Arbeitswelt Nr. 5 * Index 1991
Preis: DM 6,-; Abo DM 40,-
Bezug: Informationsstelle Südliches Afrika, Königswinterer Str. 116, 5300 Bonn 3

Referentin für den Bereich Südliches Afrika (Zimbabwe und Südafrika)

gesucht zum 1. Oktober

Erforderlich sind:
- Landeserfahrung
- verwaltungstechnische Kenntnisse im Rahmen der Projektarbeit
- Erfahrung mit entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit
- gute Englischkenntnisse

Wünschenswert sind:
- portugiesische und französische Sprachkenntnisse

Wir wünschen uns eine Kollegin, die bereit ist zur Teamarbeit, die sich in den aktuellen politischen Diskussionen auch im südlichen Afrika auskennt und sich daran beteiligen kann.
Es handelt sich um eine Vollzeitstelle, die in Anlehnung an BAT Vb - Einheitsgehalt - bezahlt wird.
Wir sind eine NGO, die von Basisinitiativen getragene Projekte v.a. in den Bereichen Frauen, Ökologie und Menschenrechte in Lateinamerika, Afrika und Indien finanziell unterstützt.

Bewerbungen sind bis zum 30. Mai an die ASW Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61 zu richten.

EPK 1/92: Nichts zu lachen. Kinder zwischen Selbstbestimmung und Marginalisierung
Beiträge: "Wie vom Himmel gefallen", Namibische Kinder zwischen den Welten * Von der Seligkeit der Kindheit * Ganz bleiben, ohne zu explodieren, Straßenkinder in Sao Paulo * Brasilien: Eugenisches Denken und Gewalt gegen Straßenkinder * Wenn Schulen kaputtgehen, Das Beispiel Kamerun * Die Navajo in der Schule der Weißen * Zwischen Tradition, Kolonialismus und Moderne, Erziehung in Afrika * Check-out ins Ungewisse, Minderjährige Flüchtlinge * Heimat Deutschland? Ausländische Kinder in der Bundesrepublik * Armut hat viele Gesichter, Zur Arbeit von ATD "Vierte Welt" * Kinderarbeit in Indien: grausam aber unvermeidlich? * IAO - Strategien gegen Kinderarbeit * Doppelt benachteiligt: Behinderte Kinder in der Dritten Welt * Teppichknüpfen - kein Kinderspiel * Kinderkonvention mit Vorbehalten * Intifada: Kinder unter Ausnahmerecht * Schweigende Zuschauer der Zerstörung. Indianische Kinder in Guatemala * On aus Bangkok: Wo bin ich zu Hause? * EPK-didaktisch: Spielend lernen - KINDERleicht
Bezug: EPK, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/390 52 21, Preis: DM 6,-

Südostasien Information, Nr. 1/92 (April)
Kultur: Zwischen "Tradition" und "Moderne"
aus dem Inhalt: Lyrik- und Prosabeispiele aus Malaysia, Singapur, Indonesien und den Philippinen / Südostasien: Wayang, Tempel und Konsum / Vietnam: Literaten als Kritiker politischer Macht / Die Friedensidee des kambodschanischen Buddhismus / Burma: Zähne zeigen - Zur Situation junger Literatur / Rock-Programme im malaysischen Fernsehen / Malaysia: Comic-Geschichte von Lat / Die Funktion von Karikaturen in der indonesischen Politik / Philippinen: Kritische Kultur gegen Show und Business außerdem: Tagungsbericht: Umweltsituation und Demokratie in Südostasien / Jahresregister 1991
Bezug: Südostasien Informationsstelle, Josephinstr. 71, 4630 Bochum 1; Tel.: 0234/502748;

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 160:
Schwerpunkt: Entwicklungshilfe - Hilfe zur Selbsthilfe? Interview: Lebensstil eines Entwicklungshelfers * Jörg Brandes: Die neuen politischen Kriterien des BMZ * Brigitte Erler: Entwicklungshilfe ist Ausbeutung * Walter Cirsovius: Entwicklungshilfe - Schwierigkeiten von Nichtregierungsorganisationen * Vera Buerschaper: Überlebenskampf der neuen entwicklungspolitischen Gruppen im Osten Deutschlands * Interview G. Hilliges: Ein alter Hase im entwicklungspolitischen Geschäft * Entwicklungspolitisches Lexikon.
Bestellung: Redaktion FORUM, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/325156,

ila 154, April 92
Schwerpunktthema "El Salvador: Frieden schaffen ohne Waffen?"
Auf 46 Seiten Beiträge zu El Salvador nach 12 Jahren Krieg: Rückblick, Augenblick, Ausblick (Aufstandsbekämpfung, Die Rolle der USA, Menschenrechte, Regierungspartei ARENA, Befreiungsbewegung FMLN, Wirtschaft: Wiederaufbau oder Neuaufbau, Rückkehr der Flüchtlinge, Frauenorganisationen, BRD-Entwicklungshilfe, Salvador-Solidarität).
Weitere Berichte und Interviews zur Lage in Honduras, über die Öffnung der Naziarchive in Argentinien, zur gegenwärtigen Situation auf Kuba, zum Widerstand gegen das Regime in Haiti und über die Fortsetzung des Kampfes mit anderen Mitteln der kolumbianischen Indianerguerilla Quintín Lame.
80 Seiten, Einzelpreis jetzt 6,- DM, Abo unverändert 50,- DM, Bezug: ila, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1

Frauen im Sudan
Situation, Hintergründe, Perspektiven - eine Veranstaltung des Hilfswerk für den Süd-Sudan e.V., der ESG-Frankfurt, der KHG Frankfurt, den Comboni-Missionaren, dem Verein der sudanesischen Studenten in Deutschland e.V., dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt und dem ASTA der Uni Frankfurt vom 16.-17. Mai 1992 in der Universität Frankfurt. Anmeldung und Infos bei:
Saif Eldin Ali Khogali
c/o Sabina Bohnet
Taunusring 42
W-6050 Offenbach
Tel.:069/838204

Konferenz Globale Entwicklung
Eine Tagung der SPD am 15. Mai 1992 in Bonn
Anmeldung und Infos bei:
SPD-Parteivorstand
z.Hd. Roland Röscheisen
Ollenhauerstr. 1
W-5300 Bonn 1
Tel.:0228/532297

Selbstorganisation und Chaos. Entwicklungspolitik und Entwicklungspädagogik in neuer Sicht
Symposium vom 15.-17. Mai 1992 in Burg Rieneck/Gemünden
Anmeldung und Infos bei:
Prof.Dr. Treml
Pappelallee 19
W-2055 Dassendorf
Tel.:040/65412803

Imperialismus und kulturelle Identität
Die Rolle der Kultur als Vehikel der Befreiung und die Kulturzerstörung, die gleichzeitig die Identität zerstört, ist Thema dieses Seminars vom 5.-8.Juni 1992 in Hamburg-Hoisbüttel
Anmeldung und Infos bei:
Dienste in Übersee
Esplanade 14
W-2000 Hamburg 36
Tel.:040/341446

Kultur der Entwicklung - zur Fragwürdigkeit von Entwicklungsparadigmen
Themen: Entwicklungspolitische Leitbilder der Metropolen, alternative Entwicklungsparadigmen und Monokultur der Entwicklung, Tagung vom 10.-12. Juni 1992 in Witzenhausen
Anmeldung und Infos bei:
Hans Herman
Steinstr. 19
W-3430 Witzenhausen
Tel.:05542/503216

Kairos Europa Ökumenisches Pfingstfest 1992
für Familien, Gruppen und Einzelpersonen vom 6.-8. Juni 1992 in Bad Boll, es finden u.a. Arbeitsgruppen mit den Titeln: Festung Europa, wie lebt sich's in Europa, Zweidrittelgesellschaft Europa, Europas Landwirtschaft statt
Anmeldung und Infos bei:
Evangelische Akademie
Akademieweg 11
W-7325 Bad Boll
Tel.:07164/79-238

Schule und Eine Welt
Arbeits- und Koordinationstreffen für entwicklungspädagogische Informationszentren und LehrerInnenbibliotheken zum Lernbereich Eine Welt vom 26.-28. Juni 1992 in Arnoldshain
Anmeldung und Infos bei:
Evangelische Akademie Bad Boll
Büro Reutlingen
z.Hd.Frau Morville
Kaiserstr. 137
W-7400 Reutlingen

Die Wüste tobt? - Soziale Bewegungen in Lateinamerika und hier
Das dritte Seminar der Projektgruppe internationalistische Zusammenarbeit, Zukunft und Aktion (PIZZA) vom 15.-17. Mai 1992 in Bad Karlshafen/Helmarshausen
Anmeldung und Infos bei:
Informationsbüro Nicaragua
z.Hd. Anke Spiess
Hofaue 51
W-5600 Wuppertal

Sympathiewerbung für Fremde
Eine Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 22.-24. Mai 1992 in Bad Boll für alle Menschen, die gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit tätig werden wollen
Anmeldung und Infos bei:
Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11
W-7325 Bad Boll
Tel.:07164/79-0

Kulturarbeit von Frauen - Afrika, Asien, Lateinamerika/Karibik
In diesem Seminar vom 29.-31. Mai 1992 in Hamburg geht es um die vielfältigen Methoden, wie Frauen der drei Kontinente sich kulturell betätigen
Anmeldung und Infos bei:
Cultur-Cooperation e.V.
Nernstweg 32-34
W-2000 Hamburg 50
Tel.:040/394133

Ferhad Ibrahim/Mir A. Ferowsi, **Die Kuwait-Krise und das regionale Umfeld**; Das Arabische Buch (Verlag), 1992; Das Arabische Buch, Horstweg 2, 1000 Berlin 19; 177 Seiten

Hans Diefenbacher/Ulrich Ratsch, **Verelendung durch Naturzerstörung**; Sachbuch Fischer (Verlag), Frankfurt, Februar 1992; 277 Seiten; 18,80 DM

Charles Pauli, **G-7 Der Gipfel, diese Weltwirtschaft?** isw München (Verlag), März 1992; isw-sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München, Georg-Wopfner-Str. 46, 8000 München; 33 Seiten, 5,- DM

Dietmar Dirmoser, **Conquista, Kapital und Chaos**; LIT-Verlag Münster, Hamburg 1992; 280 Seiten; 29,80 DM

Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Jens Rainer Behrendt (Hrsg.), **Die Asiatische Entwicklungsbank**; Hamburg, 1992, Nr.205; 117 Seiten, 24,- DM

Nuruddin Farah, **"Maps"**, (Roman); Ammann Verlag AG, Zürich; 381 Seiten; 46,- DM

Unrast Kollektiv, **Europa 1993 Der Große Zauber**; unrast, Münster 1992; unrast-Verlag und Vertrieb, Querstr. 2, 4400 Münster 141 Seiten; 14,80 DM

Manfred Mols/Peter Birle, **Entwicklungsdiskussionen und Entwicklungspraxis in Lateinamerika, Südostasien und Indien**; LIT-Verlag, Münster, Hamburg, 1991; LIT-Verlag, Rothemburg 41, 4400 Münster; 284 Seiten

Institut für Asienkunde; **Asien, Pazifik Wirtschaftsbuch 1992**; 2000 Hamburg 13, 1992; 560 Seiten, 65,- DM

Christoph Links, **Sandinismus**; Edition, Der andere Buchladen Köln, 1992; Der andere Buchladen Köln, Zülpicherstr. 197, Köln; 113 Seiten

Anzeige



Foto: G.A.F.F./STERN

Den lasse ich mal auf mich zukommen: 6 Wochen lang den Freitag für 10.- DM (nur Vorkasse: bar, Scheck oder Briefmarken).

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim Freitag widerrufen kann. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abo um.

Einsenden an: Vertrieb Freitag, PF 360 520, W-1000 Berlin 36

Aufeinander zugehen

JEDEN FREITAG AM KIOSK!

Freitag
Die Ost-West-Wochenzeitung

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

Die WochenZeitung

WoZ



In folgenden Buchhandlungen können Sie die WoZ auch direkt vergleichen und kaufen:
Göttingen: Buchladen Rote Strasse 10 GmbH. Kassel: Buchhandel Terra Cotta, Frankfurterstr. 108. Düsseldorf: Bi Ba Buze, Achenerstr. 1. Bochum: Ubu-Antiquariat, Unistr. 16. Hagen: Quadrux, Langestr. 21. Frankfurt: Autorenbuchhandlung, Reuterweg 57. Buchhandlung Das Lesecafé, Diesterwegstr. 7HH. Land in Sicht, Rotteckstr. 13. Eine Weltladen, Gr. Friedbergstr. 29. Buchhandlung Die Wendeltreppe, Brückenstr. 54. Südseite, Int. Buchhandlung, Münchnerstr. 56. Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11. Buchhandlung Waide, Alt-Schwanheim 22. Uni-Buch, Jügelstr. 1. Offenbach/Main: Buchladen am Markt, Wilhelmplatz 12. Buchhandlung Tucholsky, Mittelseestr. 14. Mühlheim: Mühlheimer Buchladen, Bahnhofstr. 1. Darmstadt: Buchhandlung Georg Büchner, Lauteschlägerstr. 18. Hanau: Bücherstube Dausien & Erb, Am Freiheitsplatz 6. Heidelberg: Der andere Buchladen, Plöck 93. Konstanz: Buchladen zur Schwarzen Geiss, Obermarkt 12. Freiburg: Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15. Würzburg: Buchladen Neuer Weg, Senderstrasse 33/35

WEIL'S IN DER GANZEN BRD NICHTS VERGLEICHBARES GIBT.

☐ **Ich will die schweizerische WochenZeitung WoZ kennenlernen und vergleichen, bitte senden Sie mir vier Nummern gratis zur Probe.**

Vorname: ____________

Name: ____________

Strasse: ____________

PLZ/Ort: ____________

Einsenden an:

WoZ, Postfach, CH-8059 Zürich